REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 379 · 1.6.1995

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 49 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. " Ich bin ein Rom" - Karl Stojka, Birkenau-Häftling Z-5742 berichtet
2. Karl-Heinz Dellwo ist raus
3. Neofaschisten bedrohen Abgeordnete der PDS
4. In eigener Sache: Spendensammlung, Gremliza gegen ak
5. Jean-Marie Le Pens letzter Versuch. Frankreichs Rechtsextreme weiterhin im Boom - Bernhard Schmid
6. Frankreich nach Mitterrand. Sieben Jahre Chirac - Bernhard Schmid
7. Der "Witikobund": Stramm neofaschistisch durchdrungen - Bürokollektiv Ulla Jelpke
8. Rechte Geschäfte. Die ideologischen Hintergründe des "European Kings Club" - anw
9. Reform- oder Modernisierungsprojekt? - he., Hamburg
10. Ich bin der, der ich bin (zu Mauricio Rosencof) - Katja Leyrer
11. So oder so - die Zeiten werden heiß. Notwendige Infos zu den wahrscheinlichen Resultaten des anthropogenen Treibhauseffektes - hhH
12. " Dieser Konsens-Schröder hält uns noch für blöder ... - gg.
13. BND-Plutoniumskandal. "Operation Hades" - im Stück oder in Scheiben? - Bürokollektiv Ulla Jelpke
14. Wende wider den Zeitgeist? Regierungsumbildung in Österreich - mehr als nur Stühlerücken? - Balduin Winter
15. Israels geheimes Atomwaffenpotential (Vorabdruck aus "Die Vanunu-Affäre")
16. Rosa Zeiten. Italiens Rechte auch auf Provinzebene geschlagen - Js.
17. Eco, Rossanda, Balestrini, Moroni: Neue Bücher aus Italien - Js.
18. Wir brauchen politische und ökonomische Demokratie. Interview mit René Vivas, Mitglied der nationalen Führung der FSLN - Olaf Goebel
19. Antisemitismus und kurdischer Nationalismus. Anmerkungen zu einem Artikel in "Özgür Ülke" - Jan Keetman
20. Antisemitismus in der Türkei - Js.
21. Dokumentation: Spezialkrieg und Judentum - A. Inanc. Aus
22. Eine spannende Reportage. Georg Fülberth: Der große Versuch - Geschichte der kommunistischen Bewegung - Dietrich Marquardt, Frankf.
23. Drei Demonstrationen in Berlin. Unterschiedliche Einschätzungen zur Bedeutung des 8. Mai - kuk
24. Gedenken im Gefängnis und hinter Stacheldraht. Wuppertaler Polizei terrorisiert AntifaschistInnen - Anke Spiess
25. Asylrechtssäule verhüllt. Nürnberg: Proteste gegen Rassismus und Out-of-area-Einsätze - Al., Nürnberg
26. "Es ist etwas Fürchterliches über uns hereingebrochen." Selbstmitleid und (moralische) Wiederaufrüstung - das Kriegsende im TV - Js.
27. Freundlichkeiten im Berliner Schauspielhaus. Hezogs 8. Mai-Rede macht deutsche Opfer zum politischen Faktor - kuk
28. Der Streit um die Wehrmacht. Die Weißwäscher geben nicht nach - Js.
29. Der kleine Diktator (Augstein) - Js.
30. Menschen, laßt Tote ruhen und erfüllt ihre Hoffnungen (Buchbesprechungen: Carlebach, Eiden-Biographie) - Werner Rätz, Bonn
31. Internationales Hearing zum 50. Jahrestag der Befreiung - fs./mb., Berlin
32. Nationalsozialistische " Zigeunerpolitik" - KM
33. Vom Überleben eines Rom in dieser Welt - Annotation: Karl Stojka, Auf der ganzen Welt zu Hause
34. Die Lage bleibt ernst - Veränderungen ziehen sich hin - ak-Redaktion
35. Ergebnisse der ak-LeserInnenumfrage - Fragebogenkollektiv
36. Unsere LeserInnen - Fragebogenkollektiv

37. Notwendige Erklärung. Warum wir nicht mehr RedakteurInnen der "jungen Welt" sind - Dreyer, Lang, Öder, Tolmein, Weber
38. Friedliche Autonome, chaotische Polizei. 1. Mai 1995 in Berlin - Peter Nowak
39. Internationaler HausbesetzerInnenkongreß in Leipzig - Peter Nowak
40. Wege des Überlebens. Kai Ehlers" Suche nach der "Wiederentdeckung des Kollektivs von unten" - mx.
41. Elefant im Porzellanladen (Replik auf "Am Problem vorbei" und "Artenschutz im ak", ak 378) - kuk
42. Berlin - Moskau - Kolyma und zurück (Vorabdruck aus "Gespräch mit Nathan Steinberger")
43. Asylrechtssäule verhüllt
44. Quelldatei 23-bu.htm
45. Quelldatei 30.htm
46. Quelldatei 49.htm
47. Quelldatei 50.htm
48. Kapitulation und Befreiung
49. Quelldatei frageka2.htm

1. " Ich bin ein Rom" - Karl Stojka, Birkenau-Häftling Z-5742 berichtet

Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:33

Einen schönen guten Tag, liebe Freunde, liebe Kameraden, liebe Kollegen, einen großen Dank an alle, die es geschafft haben, uns Zeitzeugen hierher zu bringen. Das ist wirklich Kunst. Aber ich nehme Kunst weg, das ist Gottesfügung. Sie sollen von meinem Weg, meinem Schicksal hören. Sie sollen erfahren, was ein Rom, ein Zigeuner, im Dritten Reich erlebt hat.

Frei geboren

Ich habe einen sehr berühmten Geburtstag. Noch jemand ist geboren an einem 20.4., ein Mann mit einem Schnauzbart, der mich sein ganzes Leben und auch nach seinem Tod und bis heute verfolgt. Ich bin geboren am 20.4.1931 in Österreich. Als ich geboren wurde, in einer Zigeunergruppe, in einem Wohnwagen, sind wir - mit sechs, sieben Wohnwagen für andere Familien - herumgereist, wir haben frei gelebt, wir wurden von keiner Gendarmerie belästigt. Wir konnten auf verschiedenen Plätzen vierundzwanzig Stunden bleiben oder achtundvierzig Stunden. Mein Vater war ein Pferdehändler und meine Mutter ist hausieren gegangen, sie hat Spitzen gehabt, sie hat Vorhänge gehabt und so sind wir in Österreich herumgezogen.

Als ich geboren wurde im Zigeunerwagen - das steht sogar so in meinem Geburtsschein -, hat mich mein Vater genommen, in einen Bach zwischen Niederösterreich und Burgenland reingegeben und hat mich einmal gründlich gewaschen. Freeborn, frei geboren sind wir Rom und Sinti oder Zigeuner.

Wir waren sechs Kinder, drei Mädchen, drei Buben, das jüngste Kind 1937 geboren. Zu der Zeit habe ich schon gehört, wie sie immer gesprochen haben die Eltern, wenn auch Verwandte gekommen sind, von Soldaten, von Soldaten und von Hitler. Sie hatten irgendwie eine Angst bekommen, weil man hat auch gesagt, daß Hitler nach Österreich kommt. Die Zigeuner dürfen dann nicht mehr umherreisen, umherwandern. Dann kam das Jahr 1938. Wir sind umhergereist, in Sankt Pölten und in Oberward, eine Rundreise von Mitte März bis November. Und vom November an haben wir in Wien unseren Wagen mit den Pferden in einem Hof eingestellt. Hitler ist einmarschiert in Österreich. Mein Vater mußte 1939 den Wagen zerlegen und in einen Hof rein, einen Freund hatte er dort, der hat auch Pferdefuhrwerke gehabt, und der hat ihm geholfen, ein kleines Holzhaus zu machen. Die Pferde hat er verkauft, und so sind wir einmal von der Straße weggekommen.

Das erste Konzentrationslager in Österreich, das haben auch die Wiener nicht gewußt, war in Wien, und zwar auf der Wanko-Stätten, im 10. Bezirk. Dort war ein großer Lagerplatz für Zigeuner, die durften seit Jahrhunderten immer hin, und überwintern und übersommern mit ihren Pferden. Meine Großmutter war dort, sie konnte ihre Wagen nicht verkaufen und einfach weggehen. Da waren dreißig, vierzig Familien. Ich und mein Bruder sind immer hingelaufen, weil die Großmutter hat immer gekocht und hat uns immer zu essen gegeben. Eines Tages sind wir hingekommen, das war etwa 1940, auf einmal war der ganze Platz eingezäunt mit spanischen Wänden, das sind spitzige Haken, die zieht man auseinander, das ganze Lager, die ganzen Wohnwagen waren eingezäunt, nur ein halber Meter war frei. Da durften sie einkaufen gehen bis vier Uhr nachmittags. Wir sind den nächsten Tag wieder hingekommen. Die Gitter waren zusammengeschoben, die Wohnwagen waren alle dort, aber kein Mensch mehr. Die hat man alle in der Nacht auf die Lastwagen, in die Züge geladen. Irgendwo auf dem Weg nach Polen, zwischen Kattowitz und Auschwitz, hat man sie im Wald erschossen, den ganzen Stamm, alle unsere Freunde und Verwandten.

Es kam das Jahr 1941, wir haben gelebt in dem kleinen Holzhaus. Auf einmal in der Nacht um drei oder vier Uhr wurde die Tür eingeschlagen. Wir haben aufgeschrien und haben geweint. Es sind vier SS-Leute gekommen oder Gestapo-Leute und haben meinen Vater verhaftet. Meine Mutter hat ihm ein Handtuch gegeben und Seife reingegeben, er mußte sich schnell anziehen, er hatte einen lichten Pepitaanzug an, und er wurde weggeführt.

Asche, Knochen

Nach drei Wochen haben wir einen Brief bekommen aus Dachau: "Liebe Frau, liebe Kinder, es geht mir gut", das mußten sie schreiben, "ich hoffe, bald bei Euch zu sein." Nach zwei Monaten kam wieder ein Brief, jetzt aus Mauthausen, das in Österreich ist: "Liebe Frau, liebe Kinder, ich hoffe, bald bei Euch zu sein, es geht mir

gut" usw. Und vierzehn Tage drauf kam ein Paket. Wir waren alle zu Hause, die Kinder, Mutter. Das Paket war groß, Mutter hat es aufgemacht, sie hat geschrien und geweint und geschrien und geweint und wir wußten nicht, warum. Sie wußte das schon, was da drinnen ist, weil vielen anderen ist es auch so geschehen. Sie hat das Paket aufgemacht, hat sie die Schuhe rausgenommen, das Hemd rausgenommen und den Pepitaanzug. Wie sie den Pepitaanzug rausnimmt, ist so eine braune Schachtel runtergefallen und aufgesprungen, das war lauter Asche und Knochen. Da hat sie geschrien: "Diken gatoj dumaro dat!" (Schaut, das ist Euer Vater!)

Meine Mutter war eine stolze Zigeunerin, sie hat langes Haar gehabt, immer auf einen Kron zusammengebunden. Jetzt hat sie eine Schere genommen und sich die Haare bis an den Kopfboden abgeschnitten, hat die Asche und die Knochen in ein Tuch reingegeben und ihre Haare auch. Natürlich war ihr größter Wunsch, diese Knochen, diese Asche zu begraben. Sie ist zum Pfarrer gegangen, und der hat gesagt, das geht nicht, das ist verboten, wir dürfen das nicht, aber bitte, komm' abends, wir haben einen Friedhof in der Nähe, wo der Großvater begraben liegt. Dort wollte man auch den Vater zugeben, die Asche und die Knochen. Komm' abends wieder, und da ist der Pfarrer mit ihr hingegangen, in der Nacht, haben da ein Loch gemacht, haben das Tuch reingegeben mit den Haaren, mit den Knochen und der Asche und der Pfarrer hat gesegnet.

Das große Problem war jetzt bei meiner Mutter mit sechs Kindern, die haben immer nur Hunger gehabt. Meine Mutter ist hausieren gegangen, das war aber verboten damals 1942. Sie ist betteln gegangen, abends ist sie nach Hause gekommen, schachmatt, hat eine Tasche gehabt mit Kartoffeln, mit Resten. Wir haben uns draufgestürzt und haben halt das gegessen. Sie ist jeden Tag gegangen hausieren und betteln.

Dann kam der 3. März 1943. Ich war in der Schule, es wurde an der Tür geklopft, herein kamen vier Gestapo-Leute mit dem Schuldirektor. Sie sprachen mit der Lehrerin. Sie sagte: "Karl Stojka, nimm deine Sachen, komm raus. Du mußt mit diesen Herren mitgehen." Ich bin mit ihnen gegangen, runter auf die Straße. Da waren zwei große Lastwagen, die waren offen, aber voll mit Zigeunern, in jedem Wagen waren fünfzig, sechzig Zigeuner, die sie rundherum verhaftet haben. Da haben sie mich dazugegeben und sind nach Hause gefahren zu mir. Dort stand auch ein Lastwagen, auch voll Zigeunern, Roma und Sinti, und meine Mutter und meine fünf Geschwister. Man hat uns in die Rossauer-Kaserne geführt. Dort im ersten Stock, zweiten Stock, das war ein Gefängnis, da waren hunderte, hunderte Zigeuner drinnen, überall lagen Zigeuner, Zigeuner, Zigeuner, in jedem Stock, in jedem Stock, und wenn sie tausend gehabt haben, sind sie mit dem Lastwagen zum Südbahnhof und dann sind wir gefahren, wir waren tausend Personen, mit zweiter Klasse in die Hölle gefahren. Von Wien weg, tausend Personen, bis zur tschechischen Grenze. Da mußten wir umsteigen in einen Viehwaggon. Da waren hunderte Waggons. In unserem Waggon waren Frauen, Kinder, sind wir rein, haben wir müssen reinspringen, raufklettern, raufgehen, wir waren 83 Personen. Es war im Waggon oben nur eine kleine Luke links, die war auch mit Stacheldraht zu, und auf einmal ist diese große Schiebetür zugegangen, und es war finster. Und der Zug hat sich in Bewegung gesetzt.

Auschwitz-Birkenau

Jetzt sind wir gefahren den ganzen Tag, eine ganze Nacht, kein Wasser, kein Brot, kein Austreten nirgends, nichts. Im zweiten Tag sind die Kleinkinder verstorben, die Kleinen mit fünf Monaten, drei Monaten, zwei Monaten, sechs Monaten, die sind verstorben und in die Ecke haben wir sie reingegeben. Im dritten, vierten Tag sind dann die Vier-, Fünf-, Sechsjährigen verstorben, und auch ältere Leute, sechzig-, siebzigjährige, weil wir haben zu wenig Luft bekommen. Die sind erstickt, die haben wir auch in die Ecke reingegeben. Jetzt haben die Toten da gestunken und die Menschen haben sich von oben bis unten ... der Kot ist nur heruntergelaufen und der Urin, weil wir konnte ja nicht sagen, bitte laßt uns raus, es ist nur heruntergelaufen alles. Wir sind gefahren acht Tage und irgendwann sind wir nach Auschwitz-Birkenau auf der Rampe angekommen.

Die gehen konnten, sind rausgesprungen oder rausgefallen, oder man hat sie rausgehoben, waren auch schwangere Frauen drinnen, die auch verstorben sind. Von den dreiundachtzig sind nur fünfzig ausgestiegen, die anderen dreiunddreißig waren da in der Ecke. Mengele war dort, Kremer war dort, die haben die Leute jetzt empfangen und haben sie in eine große Baracke reingetrieben, die Kapos und die SS mit den Hunden. Mit der SS haben wir wenig zu tun gehabt, die sind nur mit den Hunden gestanden, aber die Kapos und die Blockältesten, die haben die Prügel gehabt und ihre Reitpeitschen und ihre Ochsenziemer, die haben hineingeschlagen.

Wir sind in eine Baracke hineingekommen, die ist mir, ich war damals elf Jahre alt, so vorgekommen als ob sie drei Kilometer lang ist, zwei Kilometer breit. Da hat es geheißen, Frauen nach links, Männer nach rechts. Wir mußten uns in Reihe anstellen, vorne standen zwei Kapos und einer hat die Hand gehalten und der andere hat reingestochen [tätowiert - Anm. KM]. Jetzt sind wir auch dran gekommen, mein Bruder war vorne, mein ältester, der war zwölf Jahre, und mein kleiner Bruder, der Ossi, der war sechs Jahre alt, den haben wir in die Mitte genommen. Meine Mutter hat geweint und meine Geschwister, mehr wie wir. Bin ich auch drangekommen. Habe ich die Hand hingehalten und da hat man so reingestochen, mit so einer Nadel, so lang, so hineingestochen, so hinein: Z - Zigeuner 5742, das war mein Name im Dritten Reich. Sonst kein Name mehr. Überall, wo ich hingekommen bin: "5742, hier." Da habe ich meinen Namen verloren im Dritten Reich.

Dann sind wir ins Zigeunerlager BIIe-Familienlager reingekommen, aber vorher wurden wir noch entlaust. Frauen, Kinder, Männer, alt, jung, mußten sich nackt ausziehen. Da kamen diese Menschen, nicht die SS, diese Kapos, und haben uns die Haare abgeschnitten, überall wo Haare waren, haben sie abgeschnitten. Dann weiter vorne stand einer mit einer großen Pumpe. Der hat heruntergespritzt, heruntergespritzt, man mußte die Füße auseinandermachen und da haben sie reingespritzt. Die Weiber, die sind umgefallen vor Schreck und vor Schmerz. Dann haben sie uns Decken gegeben, die waren verlaust, und die haben Typhus gehabt, schon infiziert.

Zigeuner-Familienlager

Wir sind in eine Baracke hineingekommen, Zigeunerlager, standen links sechzehn Baracken, rechts sechzehn Baracken. Wir kamen auf Block 10. Es waren Betten drinnen, dreistöckige, Betten immer zwei Meter mal zwei Meter - Pritschen. Auf jede Pritsche mußte eine Familie rauf, ob sie waren fünf, zehn oder fünfzehn, das war egal. Wir haben die oberste Pritsche bekommen. In der Mitten ist so ein Kamin gelaufen. Dort haben wir das erste Mal Brot bekommen und Kaffee oder Zichorienkaffee oder was das war und auch eine Suppe. So ging es die ersten zwei, drei Tage. Von diesen tausend sind in den ersten zwei, drei Monaten hundert übergeblieben, weil die sind alle verreckt. Nicht nur an Hunger, sondern am Durst. Das Wasser in Auschwitz war verseucht. Von einem Liter Wasser war dreiviertel Liter Rost. Man konnte das Wasser nicht trinken. Jetzt sind viele verstorben, sind verdurstet. Natürlich haben wir auch müssen arbeiten, ab zehn Jahre. Haben Steine und Rasenziegel getragen.

Mein kleiner Bruder, der Ossi, der war sechs Jahre, der war ganz oben auf der Pritsche immer alleine, weil die Mutter ja auch arbeiten gehen mußte. Jetzt hat er keine Aufsichtsperson gehabt. Die Blockführer und diese Leute, Blockältesten, wenn wir ihm das Brot gegeben haben oder die Suppe, hat man ihm das gestohlen. Er ist auch krank geworden, Flecktyphus hat er bekommen. Das sind so große Flecken, da kommt Blut raus und Eiter. Jetzt mußte meine Mutter ihn geben in die Krankenbaracke. Und da lagen dort zehn Leichen schon, Leichen, Muselmänner hat man zu ihnen gesagt, die haben kein Fleisch mehr gehabt, die lagen dort nackt. Man hat ihn auch dazugegeben. Ich und mein Bruder sind am nächsten Tag hingelaufen und haben mit ihm geredet. Aber er hat keine Kraft mehr gehabt zum Überleben. Ein Tag später sind mein Bruder und ich wieder hingelaufen, und da lag er nicht mehr auf der Pritsche. Man hat immer die Verstorbenen - oder die ermordet wurden, die hat man hinten beim Klo, beim Klosett in eine Ecke hingeschmissen und mit Kalk bedeckt, damit sie nicht so stinken. Wir haben ihn dort gesehen. Er lag unter diesen Skeletten, den Toten.

Aber das schrecklichste war: Jede Nacht sind die Lastwagen gekommen und haben die Leichen abgesammelt. Wir haben immer so Angst gehabt, weil sie die ganze Nacht gefahren sind, in jeden Block. Waren zehn, fünfzehn oder zwei oder zehn Tote, die haben sie aufgesammelt und sind weitergefahren zum nächsten Block. Das hat die ganze Nacht gedauert.

Dann kam der 2. August 1944, der Tag, an dem das Zigeunerlager liquidiert wurde. Man hat Nummern aufgerufen, man hat die ausgesucht, die stark waren und kräftig waren, um als Sklaven irgendwo, in Fabriken zu arbeiten. Es waren 6.000 Zigeuner, Roma und Sinti, in Birkenau im Familienlager, und man hat 800 Männer und 300 Frauen rausgerufen, aufgerufen. Familien mit Kleinkindern wurden nicht aufgerufen. [D.h., sie wurden in den Gaskammern ermordet - Anm. KM.] Somit hat Gott wollen, daß Ossi stirbt, daß wir aufgerufen wurden. Zu meiner Schwester - die war neun Jahre, ich war elf Jahre -, hat ein SSler gesagt: "Nein, nein, das geht nicht." Hat meine Mutter gesagt: "Das sind Zwergeln, das sind Zwergeln, Sie sehen, die anderen Kinder sind auch nicht größer." Und da hat man uns auch rausgeschickt. Wir mußten aus dem Lager raus und uns in Fünferreihen aufstellen.

Meinen Onkel haben sie auch aufgerufen. Er hieß Lullo, und seine Familie hatte Kleinkinder, zwei Jahre war die Schofie, sechs Jahre war der Kurti, sein Sohn, also mein Cousin, und seine Tochter war vierzehn Jahre. Und weil seine Frau Kleinkinder hatte, hat man sie nicht aufgerufen. Warum hat man ihn aufgerufen? Sie waren nicht verheiratet. Romanes waren sie, Romanes, also auf Zigeunerart verheiratet. Und jetzt stand seine Frau hinten, durch den Zaun getrennt von uns, wir standen draußen. Lullo stand neben mir. Und da hat seine Frau rausgerufen: "Lullo, kate muges e Kurtes gorgori, de merel dei wi amen?" (Lullo, läßt Du Deinen Sohn, den Kurti, und uns hier alleine sterben?) Hat er geschrien: "Nitschi." (Nein.) Er ist wieder zum Lagertor gegangen und hat gesagt: "Ich möchte zu meiner Familie." Da hat er noch einen über den Schädel bekommen, einen Tritt, und ist rein, hat sich hingestellt zu seiner Frau und Familie, hat seinen Sohn genommen und hat uns noch nachgerufen: "Mug de merel muru schawo ante mure wast." (Laßt meinen Sohn sterben in meinen Händen.)

Todesmarsch

Für uns hat es geheißen "Abmarsch". Und wir sind ins große Lager marschiert in Auschwitz und von dort nach vielleicht vierzehn Tagen nach Buchenwald überstellt worden. In Buchenwald war ich fünf, sechs Monate. Dann bin ich Anfang 45 nach Flossenbürg mit meinem Bruder gekommen, die Frauen kamen nach Ravensbrück. Von Flossenbürg aus sind wir im März 45 auf den Todesmarsch gegangen. In Bayern war das, Oberpfalz. Wir sind von Flossenbürg mit 62.000 Menschen wegmarschiert, über Kamm, Regensburg. Überall wo wir durchkamen, hat die SS den Leuten gesagt, das sind Mörder, Banditen und Verrückte. Aber die Leute haben uns Brot gegeben und Kartoffeln. Weil die haben gesehen: Wir sind Kinder, nur Skelette, aber wir waren Kinder.

So kam der 24. April 1945. Auf einmal stand vor mir ein Panzer, der war so groß wie ein Haus. Und oben stand ein Mensch in einer Uniform. Vorne hat er gehabt eine Flagge mit blau und Streifen und Sternen. Und er hat einen Helm oben gehabt, und ich hab' gesagt: "Das ist der Gott mit seiner Krone." Ich hab gesagt: "Das ist Gott." Und der ist wirklich wie der Gott mir vorgekommen. Und der hat gesagt: "Rechts, rechts, weggehen, und die SS hinten nach links", und da hat er nachgeschossen. Das war meine Befreiung.

***

Das deutsche Volk und auch die Österreicher riefen begeistert: "Führer befiehl, wir folgen Dir." Das war der Weg nach Auschwitz. Ich wurde nicht von Hitler, Göring, Eichmann, Goebbels oder Himmler verhaftet. Nein, ich wurde vom Bäckermeister, vom Nachbarn, vom Schneidermeister, vom Straßenbahner verhaftet. Diese Menschen hatten Freude daran, andere Menschen ins KZ zu bringen - nur weil sie anders sprachen, anders aussahen, nur weil sie eine andere Hautfarbe hatten. Man fragt mich heute, Herr Stojka, Sie müssen ja einen Haß haben auf die Deutschen und auch die Österreicher. Ich sage: "Nein, ich hab keinen Haß." Ich sag immer nur, ich versteh eines nicht, daß es Menschen waren, die das gemacht haben. Sie kamen nicht von einem Planeten oder einer anderen Erde, sondern sie waren Menschen, wie Du, Du, Du und ich. Und das verstehe ich nicht.

Ich bin ein Überlebender der Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, Buchenwald, Flossenbürg und bin Zeuge von Massenmorden, die Millionen Tote gekostet haben. Ich bin ein Überlebender des nazistischen Völkermords an Zigeunern, Russen, Polen, Franzosen, Juden und allen andern. Es ist meine Pflicht, die jungen Menschen an die Vergangenheit zu erinnern. Denn solange es Rassenhaß und Fremdenfeindlichkeit gibt, werden wir nie in Frieden leben können. Wir Überlebenden der Hitler-Konzentrationslager bitten die Menschheit und die Jugend, daß es niemals wieder, DASS ES NIEMALS WIEDER zu solchen Massenmorden, wie Hitler-Deutschland sie verübt hat, kommt. Wir, die Opfer und Zeitzeugen, werden ohne Unterlaß allen denen, die versuchen, die Verbrechen zu leugnen, zu bagatellisieren oder in Vergessenheit geraten zu lassen, die Wahrheit der Tatsachen entgegensetzen. Gott wollte es, daß ich überlebte, um als Zeitzeuge vor Ihnen zu stehen.

Berlin, 3. Mai. Im Hotel "Fischerinsel" sind einige der Rednerinnen und Redner des am nächsten Tag beginnenden "Internationalen Hearing zum 50. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus" bereits eingetroffen: Henri Krischer, die Eltern galizische Juden, er selbst in Dortmund geboren, später nach Frankreich gezogen, während der deutschen Besetzung Frankreichs im bewaffneten Widerstand, Mitglied der Francs-Tireurs et Partisans - Main d'Oeuvre Immigrés; Liza Czapnik, beim Überfall auf die Sowjetunion

achtzehn Jahre alt und Mitglied des Komsomol, zusammen mit anderen jungen Jüdinnen bereitete sie den Gettoaufstand in Bialystok vor, versorgte Flüchtlinge aus den Todeslagern, beschaffte Waffen für Partisanen; der Niederländer Joop Smidt, der als Jugendlicher 1944 am Eisenbahnerstreik in den Niederlanden teilnahm und danach in den Untergrund gehen mußte; Gina Turgel, sie wird beim Hearing leise und eindringlich über ihren Weg von Plaszow über Auschwitz nach Bergen Belsen berichten; und ihr Ehemann Norman Turgel, Sergeant der britischen Armee, der an der Befreiung von Bergen-Belsen teilnahm, hochrangige SSler jagte, heute Mitglied der Association of Jewish Ex-Servicemen and -women. Dazu GastgeberInnen, ÜbersetzerInnen und BetreuerInnen. Gesprochen wird Französisch, Russisch, Englisch, Deutsch, Niederländisch und zwischendurch auch mal Jiddisch.

Weitere Gäste kommen. Darunter ein kräftig wirkender, gedrungener älterer Mann. Vollbart, eisgrau. Dunkle Haut, schwarzer Hut. Den Versuch, ihn mit den anderen Gästen bekannt zu machen, lehnt er entschieden ab. "Ich stelle mich selbst vor!" Und geht auf jeden Einzelnen zu: "Karl Stojka, ich bin ein Rom." Sagt zu Liza Czapnik: "Ich bin ein Rom." Zu Henri Krischner: "Ich bin ein Rom." Zu Joop Smidt, zu allen.

Gekommen ist der Rom Karl Stojka aus Wien. Rom vom Stamm der Bagaretschi, der fast vollständig von Erschießungskommandos, in KZs, auf Todesmärschen ermordet wurde. Er ist, wie er in seinen Lebenserinnerungen schreibt, "ein Nachfahre jener zahlreichen wandernden Scharen, die seit Jahrhunderten die östlichen Teile Europas, den Balkan, die ungarischen Ebenen und die polnischen Wälder durchstreift haben, immer unterwegs mit ihren Pferdewagen, immer begleitet von ihren Hunden und Kinderschaften."

Karl Stojka war acht Jahre alt, als mit dem Anschluß Österreichs an Nazi-Deutschland die Verfolgung der dort lebenden Zigeuner begann. Eines Tages waren die Wiener Wanko-Stätten, ein Platz, auf dem 200-300 Zigeuner mit ihren Wagen lagerten, leer. Unter den Verschwundenen auch seine Großmutter. SS hatte sie abgeholt und den ganzen Stamm irgendwo in einem Wald in Polen erschossen.

Er war knapp neun Jahre, als sein Vater verhaftet wurde und die Familie drei Monate später aus dem KZ Mauthausen einen Kasten mit Asche und einen blutbefleckten Anzug erhielt. Und Stojka stand kurz vor seinem zwölften Geburtstag, als er in einem Viehwaggon zusammen mit elendiglich Sterbenden nach Auschwitz-Birkenau gekarrt wurde. Knapp fünfzig Jahre nach seiner Befreiung entzündet er, stellvertretend für die Zigeuner dieser Welt, eines der ewigen Lichter bei der Eröffnung des Holocaust Memorial Museum in Washington.

Berichtet Stojka vom Transport nach Auschwitz, kauert er wieder im Viehwaggon; berichtet er vom Sterben seines kleinen Bruders, stirbt ihm sein Bruder nochmals. Auf gedruckte Worte reduziert verliert sein Bericht außerordentlich viel an Kraft und Eindrücklichkeit. Auch aus diesem Grunde ist in den Wortlaut seines Vortrags nur sehr behutsam eingegriffen worden, sind doch die Gesetze deutscher Grammatik völlig unbedeutend gegenüber dem, was Karl Stojka uns und auch wie er es uns zu sagen hat. KM

2. Karl-Heinz Dellwo ist raus

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:40

Nach 20 Jahren Knast wurde der 43jährige Karl-Heinz Dellwo am 10.5.1995 endlich "auf Bewährung" aus dem Celler Gefängnis entlassen. Zwei Wochen zuvor hatten sich bereits für Lutz Taufer (auf dem Foto rechts), der seinen langjährigen Mithäftling mit sichtlicher Freude begrüßte, die Knasttore geöffnet (siehe ak 378). Lutz und Karl-Heinz wünschen wir alles Gute für die Zukunft und den Gefangenen schnellste Freilassung.

3. Neofaschisten bedrohen Abgeordnete der PDS

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:20

Zu den Drohungen gegen ihre Person durch eine sogenannte "Anti-Antifa-Infogruppe" Naumburg/ Saale erklärt die innenpolitische Sprecherin der Bundestagsgruppe der PDS, Ulla Jelpke:

Eine sogenannte "Anti-Antifa-Gruppe" aus Naumburg/Saale (mit weiterer Kontaktanschrift in meiner Heimatstadt Hamburg) hat bundesweit ein Flugblatt mit meiner Privat- und Büroanschrift sowie einem Bild von mir verbreitet. Das Flugblatt wurde auch in der Straße, wo ich wohne, und sogar im Treppenhaus meiner Wohnung ausgelegt. Die "Anti-Antifa-Gruppe" ruft dazu auf, daß man mir "klar machen" soll, daß "auch nationalgesinnte Menschen ein Recht auf freie Meinungsäußerung und politische Betätigung haben". In Richtung des neofaschistischen Gewaltpotentials in dieser Republik richten sie die Aufforderung: "Der Fortschritt der nationalen Opposition darf nicht durch solche Personen behindert werden!" Wie diese Aufforderung zur Beseitigung dieses Hindernisses von Teilen des neofaschistischen Spektrums aufgefaßt werden könnte, darüber legen die monatlichen Statistiken über rechtsextreme Straftaten in der BRD ein erschreckendes Zeugnis ab.

Zum Zielobjekt für diese neofaschistischen Gruppen bin ich durch meine parlamentarischen Initiativen gegen rechtsextreme Aktivitäten in diesem Lande geworden, oder, wie die Verfasser des Pamphlets schreiben: "JELPKE stellt häufig Anfragen im Bundestag, die im Zusammenhang mit der nationalen Opposition stehen. Sie kommt damit an Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden heran, die diese über nationalgesinnte Bürger und Organisationen zusammengeschnüffelt haben. Von diesen Anfragen profitiert auch die linksradikale ‚Antifa`-Szene, die schon des öfteren über Anfragen dieser Abgeordneten in ihren Pamphleten berichtet haben. Außerdem wird durch parlamentarische Anfragen JELPKES der Sicherheitsapparat der BRD unter Druck gesetzt, der angeblich auf dem rechten Auge blind sei. Will man es der JELPKE recht machen, so soll der Staat seine ohnehin starke Repression gegen nationalbewußte Deutsche noch erhöhen."

Ich nehme diese Bedrohung durch die "Anti-Antifa" sehr ernst. Ich werde mich aber keineswegs abhalten lassen, in das Zentrum meiner parlamentarischen Tätigkeit weiterhin die Aufklärung über rassistische, antisemitische und neofaschistische Aktivitäten zu stellen.

Bei den zuständigen Behörden habe ich Strafanzeige gegen die Verfasser dieses Pamphlets gestellt.

4. In eigener Sache: Spendensammlung, Gremliza gegen ak

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:43

Summe bis ak 377 45 014,21

T.B., Berlin 25,00

A.K., xy 4,00

W., München 10,00

C.O., Recklinghausen 20,00

W.B., Hamburg 80,00

N.G., Augsburg 100,00

B.K., Frankfurt 33,33

R.St., Landau 100,00

L.R., Magdeburg 500,00

KB Nürnberg 100,00

xy, nn 28,00

J.G., Hamburg 200,00

G.R., Göttingen 150,00

R.+D.M., Frankfurt 50,00

N.N., Lüneburg 100,00

H.Sch., Bonn 20,00

I.Sch., Laatzen 50,00

G.Sch., Hamburg 200,00

H.-W.M., Aachen 100,00

M.U.H., Bad Liebenz. 100,00

T.K., Hamburg 109,40

G.-W.R., Bonn 650,00

W.P., Rickling 2 000,00

Summe seit ak 377 4 729,73

Summe Spenden 49 743,94

Damit haben wir unserer Spendenziel erreicht. Wir danken allen FreundInnen von ak für ihre Unterstützung.

Gremliza gegen ak

Über den Prozeß, den Hermann L. Gremliza gegen ak angestrengt hatte und der uns durch Urteil des Hamburger Landgericht in zweiter Instanz insgesamt DM 8500.- kostet, haben wir in der letzten Ausgabe von ak berichtet. Wir baten um Spenden speziell zu diesem Zweck und können freudig überrascht feststellen, daß es umgehende Solidarisierungsakte gegeben hat.

Spenden "HLG" Prozeß Gremliza

S.B.W., Frankfurt 500,00

R.H., Berlin 23,00

J.H., Nürnberg 500,00

S.H., xy 250,00

Summe Spenden HLG 1 273,00

bisher (s. Spendenlisten) 123,00

insgesamt 1 396,00

Uns erreichten darüberhinaus eine Zuschrift eines konkret-Lesers, der an HLG schreibt:

"Sehr geehrter Herr Berater, Herausgeber, Nichtverleger,

mit ziemlichen Entsetzen habe ich gelesen, wie sie - wg. einer Nichtigkeit - mit anderen linken Publikationen umgehen. Jemanden wegen einer schlampig recherchierten, sonst keinerlei Schaden anrichtenden Meldung vor Gericht zu ziehen und zu ruinieren, erinnert an Methoden, wie sie beim Staatsschutz in den 70er Jahren beliebt waren. Dafür habe ich keinerlei Verständnis. Ich werde KONKRET, die ich bisher mehr oder weniger regelmäßig am Kiosk kaufte, in Zukunft rechts liegen lassen. Weiterhin werde ich meine sämtlichen Bekannten über Ihre Methoden informieren.

Uwe Schmegler, Berlin-Neukölln."

Der gehässige Kommentar in der laufenden Ausgabe der Konkret, hier hätten wir einen "Dummen gefunden", quittierte ein weiterer Leser mit der Bemerkung: "Lieber H.L. Gremliza, es ist einfach schlimm mit der Dummheit in diesem Lande. Jetzt hat der Heini noch einen Dummen gefunden. Hiermit kündige ich mein langjähriges Konkret-Abonnement... Gruß Bernhard Winter"

Nun wissen wir zwar, daß Hermann L. Gremliza und Konkret lieber auf LeserInnen verzichten, als von den falschen gelesen zu werden, dennoch versichern wir, daß unsere Genugtuung nur eine klammheimliche ist - vernünftigerweise kann keine richtige aufkommen.

5. Jean-Marie Le Pens letzter Versuch. Frankreichs Rechtsextreme weiterhin im Boom

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:39

Wer kennt es nicht, das Argument: "Wenn nicht so viel über die Rechtsextremen berichtet würde, dann würden die durch Totschweigen raschbedeutungslos gemacht werden. Die Aufmerksamkeit der Medien ist es erst, die sie aufwertet..." Die jüngste französische Präsidentschaftswahl beweist anschaulich die Untauglichkeit dieses Arguments; im ersten Wahlgang am 23. April erhielt der Kandidat Le Pen 4.573.252 Stimmen (15%).

Als in den 80er Jahren in Frankreich die neofaschistische Partei "Front National" unter ihrem Chef Jean-Marie Le Pen zu einem einflußreichen politischen Faktor heranwuchs, da war dieser Aufstieg auch begleitet von einem enormen Medienecho. So stand der Kandidat Le Pen im Mittelpunkt des Präsidentschafts-Wahlkampfs 1988 (bei dieser Wahl erhielt er 14,4 %), seine "Wortspiele" und seine Hetze waren Gegenstand einer aufrichtigen Empörung in Teilen der bürgerlichen Öffentlichkeit und der Medien. Die Kette reicht vom "point du détail" 1987 (als er die Gaskammern als "nur ein Detail des Zweiten Weltkriegs" einordnete, über das sich die Historiker einmal streiten würden) über die "sidaiques" (aus sida = AIDS und judaiques für Juden), die er in ein "Sidatorium" sperren würde (1988), bis hin zu der Wortkombination "Durafour-crématoire" (Durafour ist der Name eines jüdischstämmigen Ministers, four-crématoire bedeutet Verbrennungsofen). Anfang der 90er Jahre provozierte Le Pen in der Kantine des Europaparlaments eine Schlägerei mit sozialistischen Abgeordneten. Anläßlich eines Besuchs von Nelson Mandela hatte Le Pen gefragt: "Wer ist dieser Hund Mandela?"

Inzwischen jedoch hat sich die Behandlung Le Pens merklich gewandelt, die Empörung ist abgeklungen, vielleicht ist auch eine Art Gewöhnung eingetreten. 1992 wurde eine Krise seiner "Bewegung" vermeldet. Bei den Wahlen der Regionalparlamente im März 1992 hatte Le Pen den Mund zu voll genommen: Wer "mehr als 20%" ankündigt, der hat auch mit einem Ergebnis von 13,9% im Landesschnitt verloren. Mit dem vorübergehenden Aufstieg der Ökologisten - der französischen Grünen - hatten die Konservativen einen anderen Koalitionspartner in den Regionalparlamenten gefunden und benötigten den FN dort nicht mehr. Nach den Regionalwahlen 1985 hatte es in sieben von 22 Regionalparlamenten Bündnisse der Konservativen mit dem Front National gegeben, 1992 in keinem einzigen mehr. 1984 hatten in Umfragen 35% der UDF- und 56% der RPR-Wähler erklärt, Allianzen mit dem "Front National" zu unterstützen; 1992 waren es nur noch 8% der WählerInnen insgesamt und 18% der Wählerschaft von RPR und UDF.

Schließlich hatte der Front National im Vorfeld der Abstimmung über den Maastricht-Vertrag im Herbst 1992 Konkurrenz bekommen in Gestalt des autoritär-nationalen Flügels der Konservativen, der sich entlang dem "Nein zu Maastricht" in dieser Kampagne formierte (um die Köpfe Charles Pasqua, Philippe Séguin und Philippe de Villiers). Zwar erhielt der Front National bei den Parlamentswahlen im März 1993 mit 12,4% erneut ein Spitzenergebnis und eroberte 1994 die absolute Mehrheit in Dreux, 100 km westlich von Paris, wo der Aufstieg des FN 1983 anfing. Dennoch wurde der neofaschistischen "Bewegung" nicht wieder die Aufmerksamkeit wie in den 80er Jahren zuteil, und im Vorfeld der jüngsten Präsidentenwahl schien kaum jemand mehr Anstoß am Diskurs des Kandidaten Le Pen zu nehmen.

Dabei hatte der Front National gerade in diesem Jahr noch einmal unübersehbar sein wahres Gesicht gezeigt: Am 21. Februar 1995, kurz vor Mitternacht, erschossen Plakatkleber des Front National in Marseille den 17jährigen Ibrahim Ali, einen von den Komoren stammenden Rap-Sänger, der auf dem Weg nach Hause aus dem Bus stieg. Augenzeugen geben an: "Es gab keinen Streit, keine Vorwarnung, nichts. Ibrahim Ali starb, weil er schwarz war." Der Front National reagierte äußerst kaltschnäuzig. Parteisprecher Alain Vizier kommentierte: "Es gibt immer Manipulationen in Wahlkampfzeiten", es gebe vorerst "nichts als die Zeugenaussagen von ein paar Komorern." FN-Chef Le Pen sprach von einer Medienkampagne gegen ihn, die Radioberichte über die Tat seien "suspekt", und er forderte zu "ein bißchen Mäßigung" auf - gemeint waren die Journalisten, nicht seine Parteigänger. Noch einmal demaskierte sich der FN, als aus der FN-Prozession für die "Nationalheilige" Jeanne d'Arc am 1. Mai 1995 heraus Skinheads den Marokkaner Brahim Bouarram in der Seine ertränkten; diesmal sprach Le Pen von "kommunistischen Skinheads" als Tätern.

Die Wählerschaft der extremen Rechten

Der Front National, der mit dem Thema "Immigration" seit den Kommunalwahlen von Dreux 1983 und den Europaparlamentswahlen im Juni 1984 (11% der Stimmen) seinen Aufschwung nahm, profilierte sich ursprünglich mit einem radikal-konservativen Programm, geprägt von einem Wirtschaftsliberalismus à la Ronald Reagan. Am Anfang sprach er damit eine Wählerschaft von Mittelständlern und Bauern, aber auch Arbeitern an, fand aber auch Zuspruch bei den Eltern und Lehrern der katholischen Privatschulen, die damals in einer Mobilisierung gegen die sozialistisch-kommunistische Regierungskoalition zwei Millionen Leute auf die Straße brachten. Teile des katholischen Klerus wie auch die Anti-Vatikan-Fundamentalisten des abgesetzten Bischofs Lefèbvre unterstützten die "Bewegung", und auch ein gewisser Karol Woytila stand nicht abseits. Die Nachrichtenagentur afp meldete am 10.4.1985: "Le Pen und Almirante beim Papst / Jean-Marie Le Pen ... hatte am Mittwoch zusammen mit politischen Freunden eine kurze Unterredung mit Papst Johannes Paul II. in Rom. ... Der Chef der französischen ‚Nationalen Front` erklärte anschließend, der Papst habe ihn und seine politischen Freunde aufgefordert, ‚weiter gegen die Gefahr eines Zerfalls der moralischen Werte in Europa zu kämpfen` und ihm gute Wünsche für die Arbeit der Abgeordneten (im Europaparlament) mit auf den Weg gegeben..." (taz, 11.4.1985)

Le Pen selbst kommt ursprünglich aus der Bewegung des "Poujadismus" der 50er Jahre, einer kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen, anti-staatlichen und anti-gewerkschaftlichen Bewegung aus ökonomischer Unzufriedenheit, die gegen Steuern und staatliche wirtschaftliche Bevormundung rebellierte. Der Front National freilich verlor Anfang der 90er Jahre zunehmend bürgerliche und kleinbürgerliche WählerInnen, welche die Konservativen bzw. ihr 1992 sich formierender autoritär-nationaler bonapartistischer Flügel zurückgewannen. Der Aristokrat Philipp de Villiers, der sich nach wie vor zum konservativen Spektrum von RPR/UDF zählt, aber bei den Europaparlamentswahlen 1994 mit einer eigenen Liste antrat, dürfte viele dieser Stimmen heute auf sich ziehen. Sein "Mouvement pour la France" (Bewegung für Frankreich) gewann über 12% der Stimmen, bei den Präsidentschaftswahlen bekam de Villiers 1.444.082 Stimmen (4,74%). Die Wählerschaft dieses katholischen Fundamentalisten aus der seit 1793 konterrevolutionär-reaktionär geprägten Vendée, der gegen die "Ideen von 1789" zu Felde zieht, ist im Vergleich zu jener des Jean-Marie Le Pen älter, wohlhabender, dörflicher.

Im Ausgleich für diese Verluste gewann der Front National immer mehr proletarische, sozial schwache Wählerschichten; ihm gelang mit vordergründig antikapitalistischer Rhetorik der Einbruch in den ehemaligen "roten Gürtel" rund um Paris, in die "banlieue" genannten proletarisierten Vorstädte, und in ehemals linke Sektoren der Arbeiterschaft. Diese Tendenz hat sich bei dieser Wahl fortgesetzt: Mit 27% Stimmenanteil war Le Pen in der Arbeiterschaft stärkster Einzelkandidat; bei den Erwerbslosen waren es sogar 33%, die für den Kandidaten des Front National stimmten. (Zum Vergleich: 20% der Arbeiter stimmten für den Sozialisten Jospin, 17% für den Kommunisten Hue, 14% für den Gaullisten Chirac.) Aber auch 24% der Kaufleute, Kleinhändler und Handwerker, also Mittelständler, wählten Le Pen. Bei einer Selbsteinordnung wählten 13% derer, die sich zu "den Privilegierten" zählen, den Kandidaten Le Pen, 9% der - laut Eigenangaben - "Vermögenden", 12% der "oberen Mittelschichten", aber 19% der "kleinen Leute" und 33% der "Benachteiligten".

Besonders aufschlußreich sind die Antworten der FN-Wähler auf die Frage, welche politischen Probleme für ihre Wahlentscheidung entscheidend waren: 54% von ihnen (nur 13% der gesamten Wählerschaft) nennen "die Immigration" als entscheidend für die Wahlentscheidung. Alle anderen Probleme sind ihnen weniger wichtig, auch das der Arbeitslosigkeit: 29% der Gesamt-, aber nur 23% der Le-Pen-WählerInnen nannten es "entscheidend für Stimmabgabe". Gefragt wurde ferner, was die WählerInnen mehr zur Stimmabgabe motiviert habe: entweder die Person des Kandidaten oder sein politisches Projekt. Hier liegen der Faschist Le Pen und der Ultra-Reaktionär de Villiers mit anderen zusammen an der Spitze bezüglich der Zustimmung der WählerInnen zum politischen Projekt - und wenn dies nur bedeutet: Zustimmung zu "Ausländer raus!" bzw. einem "starken Frankreich". Bezogen auf die Gesamtzahl der WählerInnen stimmten 70% aufgrund des politischen Projekts für eine/n KandidatIn; bei der linken Grünen Dominique Voynet sind dies 90%, bei de Villiers 88%, dem KPF-Kandidaten Hue 87% und bei Le Pen 86% - hingegen bei den bürgerlichen Kandidaten Balladur und Chirac nur 52% bzw. 51%. Umgekehrt räumen der Person des Kandidaten 24% der WählerInnen entscheidende Bedeutung ein; bei Dominique Voynet sind dies nur 7%, bei Le Pen und Hue jeweils nur 10%, de Villiers 11% - hingegen bei Chirac und Balladur 45% bzw. 44%.

Ebenso bemerkenswert ist, daß die Anhänger Le Pens jene WählerInnen sind, die sich deutlich am frühsten auf ihren Kandidaten festgelegt haben. 64% derer, die ihre Stimme Le Pen gaben, hatten sich schon "vor mehreren Monaten" dafür entschieden; bei allen anderen Kandidaten ist diese Zahl geringer (Chirac 58%, Jospin 54%, Hue 58%, de Villiers nur 32%). Hingegen ist die Zahl derer, die sich erst "in den letzten Tagen" für ihren Kandidaten entschieden, unter den Le-Pen-Wählern am geringsten (10%, bei der Gesamtwählerschaft 15%). Das bedeutet, daß der Kandidat des "Front National" über eine ideologisch eingeschworene feste Kernwählerschaft verfügt und es sich keineswegs um eine - durch die anderen Parteien leicht zurückzugewinnende - Schar von ProtestwählerInnen handelt. Der Direktor des Zentrums für Studien des französischen politisches Lebens (CEVIPOF) gibt folgende Erklärung dazu: "10 bis 15% der französischen Bevölkerung betrachten alle Probleme der französischen Gesellschaft durch den Filter ‚Einwanderungsproblem`".

Auch die französische extreme Rechte wird übrigens von mehr Männern als Frauen gewählt: Le Pen wählen 19% der männlichen Wähler zwischen 18 und 24 Jahren, jeweils 17% in den Altersgruppen 25 - 34, 35 - 49 und 50 bis 64 Jahre sowie 15% der über 65jährigen Männer. Dagegen stimmen für Le Pen: 10% der Frauen zwischen 18 und 24 Jahren, 16% der Altersgruppe 25 - 34 Jahre, 13% zwischen 35 und 49 Jahren und in den nächsthöheren Altersgruppen 12% sowie 9%. 21% der zum ersten Mal Abstimmenden wählten Jean-Marie Le Pen. 8% der praktizierenden Katholiken, aber 16% der nicht-praktizierenden und 15% der Religionslosen stimmten für den Neofaschisten.

Perspektiven

der extremen Rechten

Zu beobachten wird sein, inwieweit die bürgerliche Rechte - die nunmehr sowohl die parlamentarische Mehrheit und den Premierminister als auch den Präsidenten stellt - künftig die Wähler der extremen Rechten umwirbt. Chirac hatte bereits zu Beginn seiner Kampagne zur Präsidentschaftswahl, im November 1994, ein erneutes Referendum über die Europäische Union angekündigt. (Die Maastricht-Abstimmung im September 1992 ging mit 51 zu 49% denkbar knapp aus.) In der Endphase der Kampagne warnte er vor "Horden von Afrikanern", die im Fall seiner Niederlage gegen den sozialistischen Kandidaten nach Frankreich strömen würden. Das für den Eintritt des Front National ins Parlament erforderliche (und von Innenminister Charles Pasqua öffentlich empfohlene) Verhältniswahlrecht wollte Chirac freilich - "für den Augenblick" - nicht versprechen; ebensowenig tat dies Jospin, obwohl die Sozialisten seit einigen Jahren für das Verhältniswahlrecht eintreten. (In den 80er Jahren hielt die sozialistische Regierung die parlamentarische Präsenz des Front National für günstig, da die Rechte dadurch gespalten würde; daher führte sie 1986 vor den Wahlen zur Nationalversammlung das Verhältniswahlrecht ein, das die bürgerliche Mehrheit nach den Wahlen wieder abschaffte.) Jospin sprach in der Endphase davon, das Verhältniswahlrecht "in fünf Jahren" wieder einzuführen, womit Le Pen kaum zufrieden sein wird.

Bereits bei den Kommunalwahlen im Juni dürfte den Konservativen erneut klar werden, wie sehr sie auf die Wähler der extremen Rechten angewiesen sind. Bei den letzten Kommunalwahlen 1989 waren es noch 11 von 34 Städten über 100.000 Einwohner, in denen der Front National über die 10-Prozent-Marke kam und damit seine Kandidaten auch in den zweiten Wahlgang - die Wahl des Stadtoberhaupts - schicken konnte. 1989 tat der FN dies auch in allen Fällen. Legt man das Ergebnis der Präsidentenwahl vom 23. April 95 zugrunde, dann könnte der Front National jetzt in 28 von 34 Großstädten am zweiten Wahlgang teilnehmen und sogenannte "triangulaires" herbeiführen, also Stichwahlen mit drei Kandidaten: der Linken, der bürgerlichen Rechten und des Front National. In einigen dieser Fälle kann die Konkurrenz eines bürgerlichen Kandidaten mit einem der extremen Rechten der Linken den Sieg in der Stichwahl eintragen.

Durch sein Pokern zwischen den beiden Wahlgängen der Präsidentenwahl mühte Le Pen sich nach Kräften, den politischen Preis seiner Formation für die bürgerliche Rechte in die Höhe zu treiben: Le Pen hatte zunächst für den 1. Mai eine Wahlempfehlung an seine Anhänger angekündigt, eine solche dann verweigert und einen Hinweis auf sein persönliches Wahlverhalten für den Abend nach der Fernsehdebatte der Stichwahl-Kandidaten versprochen. Mit der Verweigerung einer Wahlempfehlung strich der Chef des Front National dann seine Nichtzugehörigkeit zur konservativen Rechten und die völlige Autonomie, ja Frontalstellung seiner "Bewegung" gegenüber allen anderen politischen Kräften heraus: "Der Front National ist nicht die Partei der Rechten, sondern die Partei Frankreichs". (Fraglich ist freilich, ob der FN-Führer sich

genauso verhalten hätte, wäre Premierminister Balladur statt Chirac in die Stichwahl gekommen. Le Pen haßt den Pariser Bürgermeister seit Jahren, während er Balladur stets umschmeichelte und an dessen Amtssitz bisher fünfmal empfangen wurde. Das auf Abgrenzungserfordernissen beruhende Haßverhältnis zwischen Le Pen und dem Populisten Chirac, die inhaltlich Berührungspunkte zueinander haben, gleicht jenem zwischen Edmund Stoiber und Franz Schönhuber. Chirac hatte 1988 mit Blick auf Le Pen von einem "Pakt mit dem Teufel" gesprochen, den er nicht eingehen werde - wodurch Le Pen sich tödlich beleidigt fühlte.)

Mit seiner Rede auf der Feier für die "Nationalheilige" der extremen Rechten, Jeanne d'Arc, am 1. Mai 1995 ging der Front-National-Führer hart an den Rand dessen, was er politisch vertreten konnte, ohne für einen eventuellen Sieg der Linken verantwortlich gemacht zu werden. Während er Jospin nur zehn Minuten widmete, diesen weitgehend schonte und ihm gar "Unbestechlichkeit" attestierte, griff er Chirac über 25 Minuten hinweg ungleich schärfer als "Verräter" und Mann ausländischer Interessen an: "Chirac, das ist Jospin in schlimmerer Form". Die Präsidenten des Le-Pen-Unterstützungskomitees empfahlen ihrem Kandidaten das "revolutionäre Votum" für den Sozialisten Jospin, was den radikalen Bruch mit der konservativen Rechten impliziert hätte, während der Chefideologe des Front National, Bruno Mégret, dazu riet, sich als Teil der Rechten zu integrieren und zur Stimmabgabe für Chirac aufzurufen. Die FN-nahe Wochenzeitung Minute - eine Brücke zum konservativen Spektrum - warnte: "auf keinen Fall Jospin"; das ebenfalls zum FN-Spektrum zählende Wochenblatt Hebdo National forderte hingegen den Wahlboykott.

Schlußendlich stimmten 39% der Le-Pen-WählerInnen des ersten Wahlgangs im zweiten Durchgang für Chirac, 17% votierten für Jospin, und 31% gingen überhaupt nicht zur Urne. 13% der Le-Pen-Anhänger im ersten Wahlgang (bzw. 20% derer, die an die Urne gingen) stimmten so, wie ihr Chef nach der Fernsehdebatte der beiden Kandidaten für sich selbst reklamierte: "blanc" (weiß), also ungültig. Damit prägten sie den zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl mit: Noch nie waren in einem Wahlgang so viele ungültige Stimmen registriert worden - insgesamt um die 6%, wobei neben 20% der Le Pen-Anhänger auch 12% der WählerInnen der Trotzkistin Arlette Laguillier und 14% aus dem Lager der linken Grünen Dominique Voynet sowie 9% der Anhänger des Ultrareaktionärs de Villiers "blanc" stimmten. Die Rekorde halten das Elsaß mit 8% ungültigen Stimmen (hier liegt der FN rund 10% über dem Landesdurchschnitt) und die FN-Hochburg Metz mit 26% aller Stimmen.

Die Nicht-Empfehlung des FN-Chefs für den zweiten Wahlgang trug also auch der Heterogenität seiner Bewegung Rechnung, auf die er Rücksicht nehmen muß - von katholischen Fundamentalisten über Monarchisten bis hin zur "Neuen Rechten" und Neu-Heiden. Diese Gegensätze könnten in absehbarer Zeit aufeinanderstoßen, im Streit um die Nachfolge des Chefs: Le Pen hatte im Vorfeld der Präsidentenwahl angekündigt, dies werde seine letzte Wahl sein.

Bernhard Schmid

6. Frankreich nach Mitterrand. Sieben Jahre Chirac

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:45

Der neue französische Staatspräsident heißt Jacques Chirac. Diese Tatsache ist wenig überraschend, war ihm doch vor den beiden Wahlgängen ein klarer Sieg prognostiziert worden; unerwartet war eher, daß der sozialistische Bewerber Lionel Jospin gegen ihn in der Stichwahl immerhin 47% erzielen konnte - nachdem der Parti Socialiste bei den Europaparlamentswahlen im Juni 1994 auf 14% der Stimmen abgesackt war. Zwischen den beiden Wahlgängen am 23. April und am 7. Mai hatte sich eine Dynamik zugunsten des Kandidaten der Linken entfacht, ausgelöst durch die Überraschung der ersten Runde, nach der der PS-Kandidat mit 23,3% an der Spitze der Bewerber lag.

Mensch kann diese Dynamik jedoch auch als Strohfeuer betrachten: Der "1. Platz" für Lionel Jospin hatte seine Ursache primär in der Aufteilung der rechten Stimmpotentiale auf zwei annähernd gleichstarke bürgerliche (Chirac und Balladur) plus zwei rechtsextreme Kandidaten (Le Pen und de Villiers). Die Sozialdemokratie war dieses Mal weit davon entfernt, eine gesellschaftliche Alternative zu präsentieren; von Anfang an hatte Lionel Jospin auf die traditionellen Symbole der Linken verzichtet, den Begriff "Sozialismus" gemieden und als Farbe seiner Kampagne ein eher fades Hellgrün gewählt. In der Fernsehdebatte der beiden Spitzenkandidaten vor dem zweiten Wahlgang gaben beide Bewerber einander auf der inhaltlichen Ebene immer wieder Recht; eines der zugkräftigsten Argumente Jospins lautete: "Lieber fünf Jahre Jospin als sieben Jahre Chirac!" (Jospin trat für eine Verkürzung der Amtsperiode des Staatspräsidenten auf fünf Jahre ein.) Dennoch hielt - mangels einer Alternative - das linke Potential überwiegend zu ihm; 86% der WählerInnen des KP-Kandidaten Hue und 66% aus dem Lager der Trotzkistin Laguiller stimmten in der zweiten Runde für Jospin.

Chirac führte seine Kampagne zum überwiegenden Teil mit sozialen Themen und dem Anprangern der Arbeitslosigkeit; seine AnhängerInnen scheint dies allerdings nur begrenzt motiviert zu haben, zählte doch für sie das politische Programm des Kandidaten deutlich unterdurchschnittlich (51%, das ist weniger als bei allen anderen KandidatInnen des ersten Wahlgangs; der Durchschnittswert beträgt 70%) und seine Persönlichkeit dafür überdurchschnittlich (45%; nur der andere bürgerliche Bewerber Edouard Balladur erreicht hier 44%, alle anderen KandidatInnen liegen bei maximal 15%). In der Stichwahl wählten Chirac 59% der "Privilegierten", 67% der "Vermögenden", 60% der "oberen Mittelschichten"; hingegen Jospin 68% der "kleinen Leute" und 53% der "Benachteiligten". (Die Kategorisierung erfolgte entsprechend der Selbsteinschätzung der Befragten; die Prozente sind jeweils bezogen auf die Gesamtzahl derer, die ihre Stimme für einen der beiden Kandidaten abgaben.) Damit stimmt das klassische Links-Rechts-Muster annähernd, jedoch wählten deutlich mehr "sozial schwache" und vor allem deutlich mehr junge WählerInnen Chirac, als dies 1988 der Fall war. 55% der 18- bis 24jährigen sowie 52% der 25- bis 34jährigen wählten Chirac - sie wurden während der 14jährigen Regierungszeit eines zunehmend monarchischer werdenden "sozialistischen" Präsidenten politisch sozialisiert. Hingegen bevorzugten 53% der 35- bis 49jährigen Jospin; die Jahrgänge zwischen 50 und 65 Jahren neigten wiederum mit 56%, die über 65jährigen mit 55% zu Chirac.

Eher typisch denn untypisch für die "Generation Chirac", die am Abend des 7. Mai 1995 auf die Straßen und Plätzen von Paris strömte, den Sieg zu feiern - jene Generation, die unter 14 Jahren Mitterrandismus geprägt wurde - ist wohl eine 20jährige Chirac-Wählerin, die am nächsten Tag in Libération zitiert wurde: "Chirac hat während des Wahlkampfs zu sehr linke Ideen betont. Ich hoffe, daß man nun nicht sieben Jahre lang von den Benachteiligten und Ausgegrenzten reden wird; es muß aufhören, daß diesen Leuten beigestanden wird. Sollen sie sich selbst helfen!"

Die WählerInnen werden gut daran tun, die sozialpopulistische Rhetorik Chiracs nicht für bare Münze zu nehmen. Es handelt sich um die Sprüche eines Mannes, dessen Karriere bemerkenswert wechselvoll verlief: In den 50er Jahren wurde Jacques Chirac in den Akten der "Renseignements Généraux" (ein Pendant zu den Verfassungsschutzämtern hierzulande) als Kommunist geführt, der im Universitätsviertel Unterschriften für Kampagnen sammelte. Im Mai 1968 verhandelte er als junger Staatssekretär im geheimen mit den Gewerkschaften, um zu "schlichten". Die 70er Jahre sehen ihn als knallharten Rechten mit stark antieuropäischen Tönen, und in der jüngsten Kampagne zeigte er mit sozialpopulistischer Rhetorik

streckenweise ein "linkes" Gesicht, ohne immigrantenfeindliche Töne zu unterlassen; diese rückten allerdings zeitweise stark in den Hintergrund.

Chirac wird unter Druck stehen, seinen Verheißungen in puncto Arbeitslosigkeit und Verarmung Taten folgen zu lassen; die Antrittserklärung des von ihm eingesetzten Premierministers Alain Juppé war denn auch ganz überwiegend diesem Thema gewidmet. Die zurückliegende Wahl war deutlich eine soziale Krisenwahl, wie der Sozialwissenschaftler Pascal Perrineau konstatiert. Politische "Peripheriekräfte", also KandidatInnen links von der Sozialdemokratie (der KP-Kandidat Hue, die Trotzkistin Laguiller, die Linksgrüne Voynet) und rechts vom bürgerlichen Konservativismus (de Villiers, Le Pen) wurden von 58% der Erwerbslosen und 55% der Arbeiter gewählt (und von 38% der Gesamtwählerschaft).

Ignoriert der bürgerliche Präsident die verschäften sozialen Probleme gar zu offenkundig, könnte sich dies rächen. Denn an einem Punkt hat der Faschist Le Pen Recht, wenn er feststellt: Die Verantwortung der bürgerlichen Rechten ist total, da sie nunmehr alle Positionen im Staat vom Präsidenten über das Parlament und den Premierminister bis in die Regionen hinein besetzt hält. Le Pen zog daraus am 1. Mai auf dem "Jeanne d'Arc"-Fest der extremen Rechten den Schluß: "Scheitert Jospin an den Problemen, so wird die Verantwortung für dieses Scheitern der Linken zugeschrieben werden. Scheitert Chirac an den Problemen, so wird dieses Scheitern der Rechten zugeschoben werden - obwohl die (wahre) Rechte gar nicht an der Macht ist." Le Pen setzte sich darum scharf ab von der bürgerlichen Rechten, um in deren von ihm erwartetes Scheitern nicht hineingezogen zu werden, sondern die Enttäuschten weiter nach rechts radikalisieren zu können.

Bemerkenswert übrigens ist das beinahe völlige Verschwinden der ökologistischen (grünen) Tendenz von der wahlpolitischen Bildfläche. Mit 3,32% (1.011.488 Stimmen) schnitt die Kandidatin Dominique Voynet unter den neun KandidatInnen am zweitschwächsten ab. Hinter ihr blieb nur der kaum ernstzunehmende rechte Sektierer Jacques Cheminade mit 0,28 % zurück. (Dieser kommt aus dem hierzulande unter dem Namen "Europäische Arbeiterpartei EAP" oder "Schillerinstitut" bekannten Imperium des US-Millionärs und Verschwörungsideologen Llyndon LaRouche.)

Die grüne Kandidatur vertrat indes nur einen Teil der politischen Ökologie in Frankreich: Der Nur-Ökologe Antoine Waechter hatte sich im Vorfeld von den ihm zu links gewordenen Grünen (Les Verts) abgespalten und seinen eigenen Verein "Unabhängige Ökologen" gegründet. Er hält streng an dem Grundsatz "nicht rechts und nicht links" fest und weigerte sich in der Vergangenheit sogar, in Stichwahlen zwischen einem Kandidaten des Front National und einem/r KandidatIn der Linken eine Wahlempfehlung zugunsten der Linken abzugeben. Ihm fehlten am Schluß 40 von erforderlichen 500 Unterstützungsunterschriften gewählter politischer Amtsträger (Bürgermeister etc.) zu einer eigenen Kandidatur.

Brice Lalonde, Gründervater der zweiten großen Umweltpartei "Génération Ecologie", hatte seine Kandidatur im Vorfeld der Wahl zurückgezogen - wohl um die Sozialdemokratie zu schonen, deren Umweltminister er Mitte der 80er Jahre war. Somit scharte die Kandidatin Dominique Voynet, die eine authentische Linke ist, nur einen eingeschränkten Teil des grünen Parteienspektrums um sich; sie wurde dafür oberlehrerhaft von dem Frankfurter Grünenpolitiker Dany Cohn-Bendit kritisiert, der ihr in einem Libération-Interview vorwarf, sie vertrete in Wahrheit traditionelle Themen und überdecke diese nur mit einer "ökologischen Sauce".

Bernhard Schmid

7. Der "Witikobund": Stramm neofaschistisch durchdrungen

Autor: Bürokollektiv Ulla Jelpke · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:04

Unter der Überschrift "Oskar-Schindler-Kreis" schreibt der "Witiko-Brief", die Zeitung des "Witikobundes": "Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat - wie z.B. in der ‚Landshuter Zeitung` vom 5.3. zu lesen war - die Gründung eines ‚Oskar-Schindler-Kreises` zur Verständigung von Sudetendeutschen und Juden angekündigt. Der Kreis soll ‚zur Völkerverständigung und Pflege des deutschen und jüdischen Erbes in den böhmischen Ländern beitragen`." Nachdem der "Witiko-Brief" diese Meldung so wiedergegeben hat, fragt der (namenlos gebliebene) Autor: "Wer diesen Kreis initiiert hat und wie er finanziert wird, ist bisher ein Geheimnis. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL) als ‚Trittbrettfahrer` im zeitgenössischen Holocaust-Express? Zugleich mit dieser Pressemeldung war auf dem amerikanischen Fernsehsender NBC zu hören: ‚Schindler`s List is the most dramatical holocaust film, the German people has ever been confronted with, (Schindlers Liste ist der dramatischste Holocaustfilm, mit dem das deutsche Volk je konfrontiert wurde)" (Witiko-Brief 2/1994).

Mit dieser kommentierten "Meldung" wird in klassisch rechtsextremer Weise aufgezeigt, daß der "Witikobund" den Massenmord an den Juden relativiert, das Andenken an die ermordeten jüdischen Opfer als "zeitgenössischen Holocaust-Express" diffamiert und auch keinen Hehl aus seinem Antisemitismus machen und die Völkerverständigung mit den Jüdinnen und Juden diskreditieren will.

Dieser Vorgang ist kein Einzelfall. In dem Artikel "Die Ungerechtigkeit der Geschichte" (ebenfalls ohne AutorInnenangabe) heißt es zum "millionenfachen Gewaltakt der Vertreibung gegen Deutsche": "Erst kürzlich kritisierte noch der deutsch-französische Publizist jüdischer Abstammung Alfred Grosser in einem Vortrag, daß die Sudetendeutschen sich nicht mit der Vertreibung und totalen Enteignung abfinden und daß die Bundesregierung diesen Standpunkt noch unterstütze." (Witiko-Brief 3/1994). Durch die Herstellung des Zusammenhangs zwischen der jüdischen Abstammung des Publizisten Grosser und seiner Ablehnung von Forderungen der SL, wird ein typisches antisemitisches Argumentationsmuster entwickelt.

Der Antisemitismus ist Teil der rechtsextremen Programmatik des "Witikobundes". Seit jeher ist der "Witikobund", die "nationalistische Gesinnungsgemeinschaft" innerhalb der SL, besonders rechtsextrem durchsetzt.

Der "Witikobund" hat in den letzten Jahren innerhalb der Vertriebenenverbände eine ähnliche Radikalisierung nach rechts vollzogen, wie dies auch beim "Ostpreußenblatt", dem "Schlesier", der "Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" usw. zu beobachten ist. Dabei werden jegliche taktischen und politischen Rücksichtnahmen fallengelassen. Offenbar geht man hier von einer unbedingten Rückendeckung durch die Führung des "Bundes der Vertriebenen" (BdV), der Bundesregierung und hier namentlich durch das Bundesministerium des Innern aus.

Der "Witikobund" kann bei diesem Prozeß der Radikalisierung nach rechts auf besondere Startbedingungen zurückblicken. Als eine Strömung innerhalb der SL sammelte er in den 50er Jahren vor allem alte Nationalsozialisten als Mitglieder auf. Die Besetzung der Führungspositionen innerhalb des "Witikobundes" mit alten NSDAP-Funktionären hatte eine Sogwirkung auf Angehörige der alten nationalsozialistischen Sudetendeutschenpartei Konrad Henleins.

In Abgrenzung zur sozialdemokratisch ausgerichteten "Seliger-Gemeinde" und der katholisch ausgerichteten "Ackermanngemeinde" in der SL verstand und versteht sich der "Witikobund" als eingeschworene "nationale Gesinnungsgemeinschaft", ja als geistige Elite, die dazu berufen ist, die Vertriebenenverbände politisch auf eine völkisch deutschnationale Linie zu trimmen.

1957 erläuterte der damalige bayerische Landesminister Walter Stain in kurzen prägnanten Worten die Ziele des "Witikobundes" und gab einen Einblick in das zukünftige Wirken dieser Organisation: "Der Witikobund war bisher eine Gemeinschaft, die vor allem als ein Protest gegen die Traditionslosigkeit der Fünfundvierziger zustande kam. Da es in den Jahren nach 1945 ein echtes Sichwiederfinden der völkischen Kräfte auf der politischen Ebene nicht gab, so konnte es auch nicht anders sein, als daß der Witikobund im Vergleich zu den

anderen Gesinnungsgemeinschaften eine mehr oder weniger lose Zusammenfassung von Menschen gemeinsamer Vergangenheit, aber noch lange beabsichtigter gemeinsamer Zukunft darstellt" (zitiert nach: Kurt Hirsch, Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945, München 1989, S. 185)

Diese Worte Walter Stains haben auch heute noch ihre Gültigkeit. Mit einer erlesenen Schar von Rechtsextremisten, Braunzonenpolitikern ist der "Witikobund" bemüht, den "Nach-45er-Geist", also die Demokratie zu überwinden und sich bewußt in die alte Traditionslinie deutscher antidemokratischer, rassistischer und expansiver Politik zu stellen. Dieses "Sichwiederfinden" gelang und gelingt dem "Witikobund" durch die Übernahme rechtsextremer politischer Essentials wie den Kampf gegen die "Umerzieher", die Leugnung und Relativierung der Verbrechen des Hitlerfaschismus und durch das Eingebundensein im rechtsextremen Organisationsgeflecht. So stellt sich auch heute immer noch die "gemeinsame Zukunft" dieses Bundes dar.

Für die "Reinhaltung

der Blutsgemeinschaft"

Der Rassismus ist im "Witikobund" besonders ausgeprägt. Dies hat zum einen einen handfesten organisatorischen Grund. Die Verbindungen des "Witikobundes" zur rechtsextremen Vorfeldorganisation "Schutzbund für das deutsche Volk" sind äußerst eng. Der derzeitige Vorsitzende des "Schutzbundes", Friedrich Köberlein, ist Mitglied des "Witikobundes". Köberlein ist ein Garant dafür, daß der "Witiko-Brief" für diese rechtsextreme rassistische Organisation wirbt (vgl. Witiko-Brief 6/1994).

Inhaltlich drückt sich das so aus, daß der "Witikobund" gegen die "multikulturelle Gesellschaft" auftritt und vor der "Überfremdung" der Gesellschaft warnt. Hans-Ulrich Kopp, langjähriger Redakteur der "Jungen Freiheit" und Schriftleiter des "Witiko-Briefes" schreibt in der Ausgabe 6/1994 zur Politik der CDU bezüglich des Staatsbürgerrechts: "... Unterdessen fordert aber eine der einflußreichsten CDU-Politikerinnen, Bundestagspräsidentin Süssmuth, die Abschaffung des geltenden Staatsbürgerrechtes, das ‚nicht länger primär von der Blutsgemeinschaft` ausgehen dürfe, und ein ‚Miteinander unterschiedlicher Kulturen` innerhalb der Bundesrepublik als ‚Gegenbegriff zu ethnischer und kultureller Homogenität`". Kopp kommentiert diese Position: "Damit wird die zweite Vertreibung der Deutschen eingeläutet - durch Überfremdung des noch verbleibenden Bodens" (Witiko-Brief 6/1994). Durch diese schroffe Ablehnung der Position der Bundestagspräsidentin Süßmuth macht Kopp deutlich, daß er eben für den Erhalt und die Reinhaltung der "Blutsgemeinschaft" ist.

In einer anderen Ausgabe des "Witiko-Briefes" wird unter der Überschrift "Aus dem Ortskreis München" über ein Referat des Witikonen Alf Torsten Werner über die "Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes" berichtet. Der Referent hat laut "Witiko-Brief" ausgeführt, daß die gegenwärtige Bundesregierung "Deutschland zu einem Vielvölkerstaat gemacht habe". Soziale Gerechtigkeit und Absicherung könne es laut Werner nach dem Grundgesetz nur für Deutsche geben. Die Benachteiligungsabsicht des Witikonen Werner für Menschen mit anderer Hautfarbe und/oder Herkunft begründet er wie folgt: "Aus den Worten Staatsbürger (...) ergebe sich (...) eindeutig, daß Adressat eines sozialen Ausgleichs nur Deutsche sein können, zumal das Grundgesetz, wenn man vom Einfluß der Sieger und deren Genehmigung einmal absehe, ja eine Schöpfung des deutschen Volkes für das deutsche Volk sei". Werner geistreich weiter bezüglich des durch das Grundgesetz "postulierten Amtseid(es), ‚alle Kraft zum Wohle des deutschen Volkes`" einzusetzen: "Dieser Amtseid beinhalte gleichzeitig die Selbstverständlichkeit: ‚Du sollst keine anderen Völker neben mir haben!`" Mit dem rechtsextremen Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt befürchtet der Witikone Werner, daß die Deutschen "in einem Anfall perverser Fremdenliebe" ihrer "eigenen Verdrängung den Weg bereiten". Der Witikone Werner zog dann als nächstes mit dem Autoren "Pankratz" besonders gegen die "Großkirchen" zu Felde, die "eine mehr als zwielichtige Rolle" beim "blinden, leidenschaftlichen Wüten gegen die Lebensinteressen der eigenen Ethnie" einnehmen würden. Werner wirft dann die rhetorische Frage auf, ob man sich in Anbetracht der AusländerInnenpolitik der Bundesregierung noch wundern müsse, "wenn die betroffenen Deutschen das Vorgehen gegen das eigene Volk als ‚ethnische Säuberung` empfinden?" (Witiko-Brief 3/1994).

In einem Artikel zur "fälligen und notwendigen Neuordnung Europas" formuliert diesen Standpunkt auch Walter Staffa, Bundesvorsitzender des "Witikobundes" und presserechtlich verantwortlich für den "Witiko-Brief", ähnlich: "Aus dieser Gesinnung ergibt sich ganz selbstverständlich die Achtung vor der Würde des Menschen,

wie die Würde der Völker. Jeder einzelne, jedes Volk muß die eigene Identität erhalten, ja stärken, jedes muß nach seiner Eigenart leben und wirken können. Dies allein sichert die europäische Vielfalt, den Reichtum der vielen reinen schöpferischen Quellen - keine chaotische Mischung, keine Multikultur..." (Witiko-Brief 1/1994).

Neben dem "Erhalt des deutschen Volkes" geht es dem "Witikobund" vor allem auch um den Erhalt des "Sudetendeutschtums", bei schroffer Frontstellung gegen die tschechische Bevölkerung. Dies beschreibt recht charakteristisch Horst-Rudolf Übelacker, früher REP-Landtagskandidat in Bayern und heute stellvertretender Bundesvorsitzender des "Witikobundes": "Die Deutschen, zusammengedrängt auf die Restgebiete in West- und Mitteldeutschland sowie in Österreich und zudem bedrängt von einem ‚Millionenheer` volksfremder Zuwanderer, sehen sich einer allmählich zerbröckelnden Zeitgeschichtsfassade gegenübergestellt. (...) Sehen wir zu den Tschechen hin, die auf fremde und Jahrhunderte hindurch besiedelte deutsche Heimatgebiete pochen und trotz dünner Besiedelung, der Unfähigkeit, das Land zu bewirtschaften, und des Verfalls dieser Landstriche mit dem Mut der Verzweiflung am Raub von 1945/46 festhalten..." (Witiko-Brief 5/1993).

Gegen die

"Raubsicherungspolitik" der Tschechen

Zu den Zielen des Bundes hieß es Anfang der 50er Jahre: "Es ist geschichtlich erwiesen (...), daß die Tschechen allein den Stürmen aus dem Osten nicht Widerstand zu leisten vermögen, wenn das deutsche Ordnungselement fehlt. (...) Es geht heute nicht mehr um einfache Rückkehr, sondern um einen Neuaufbruch, um eine Wiedervereinigung unserer Heimat durch eine neue Siedlung, die der alten Kolonisation des Mittelalters durchaus ebenbürtig wäre, wenn auch mit den Mitteln der heutigen Technik durchgeführt" (zitiert nach: Kurt Hirsch, a.a.O.).

Die Forderung nach Revanche und Änderung des Status quo ist für den "Witikobund" das zentrale Politikfeld. Der Bundesvorsitzende Staffa schreibt zum "50. Jahrestag der Vertreibung": "Große Völker haben in ähnlicher Lage beispielhaft jahrtausendelang ihren legitimen raum- und zeitübergreifenden Anspruch für die Zukunft aufrechterhalten. Das durch vorsätzliche Zerstreuung in Raum und Zeit getroffene Sudetendeutschtum im Bewußtsein einer Schicksalsgemeinschaft zu erhalten, war das Bestreben unserer Führung und Tausender von Idealisten in den letzten 50 Jahren und sollte unverändert auch für die Zukunft selbstverständliche Verpflichtung sein. (...) Von hier aus gilt es, den immerwährenden Anspruch auf die Heimat in den böhmischen Ländern aufrechtzuerhalten, die seit Karls des Großen Zeiten in einem übernationalen europäischen Zusammenhang stehen." (Witiko-Brief 1/1995)

Dem "Witikobund" geht es darum, grundlegend die Nachkriegsordnung, wie sie im Potsdamer Abkommen niedergelegt ist, zu ändern. Übelacker führt u.a. aus: "Es wäre die Forderung und Bitte an die beteiligten Regierungen Deutschlands und Österreichs zu richten, die alliierten Sieger darauf aufmerksam zu machen, daß es an der Zeit ist, sich vom Mittel des Bevölkerungs-Transfers als Mittel der Politik deutlich zu distanzieren und den Artikel 13 des Potsdamer Abkommens für null und nichtig zu erklären - mit allen Konsequenzen" (Witiko-Brief 5/1993). Die Politik der tschechischen Regierung wird von Übelacker als "Raubsicherungspolitik" bezeichnet (ebenda).

Der Bundesvorsitzende Staffa formuliert diesen Gedanken so und mahnt dabei die Schwankenden, denen dieses Vorhaben als zu groß erscheint: "Wir wollen und müssen diesen offensichtlich im Charakter geschwächten bzw. durch Medien usw. Verunsicherten immer wieder den richtigen Weg aufzeigen und sie daran erinnern, daß nur feste Treue zum Recht, zur Wahrheit und damit Treue zum Erbe der Vorfahren der gewünschten Neuordnung Europas dient" (Witiko-Brief 4/1994, Hervorhebungen im Original). Das heißt also, daß Staffa eine europäische Neuordnung anstrebt. Er stellt diese ganz bewußt in die unsägliche großdeutsche Traditionslinie.

Mit diesen Forderungen bewegt sich der "Witikobund" auch im Widerspruch zur SL und zur Bundesregierung. Staffa über deren aktuelle Politik: "Niemandem steht es zu, unser Recht auf die Heimat und auf Selbstbestimmung zu Gunsten eines Staates aufzugeben, der sich nach wie vor weigert, die Austreibungs- und Enteignungsdekrete sowie das Verbrechenslegitimierungsgesetz aus der Benesch-Ära aufzuheben..." (Witiko-Brief 1/1995).

In dem Grundsatzartikel "Sudetendeutsche Frage 1994" setzt sich Übelacker mit dem "Verrat" des linken Unionsflügels sowohl in der Bundesregierung als auch in der SL auseinander. Die von der SL-Führung "eingeleitete Annäherungs- und gleichzeitige Rechtsaufweichungspolitik" sei gescheitert. Nach Ansicht Übelackers beginnt die seit vielen Jahren zur Versöhnung ausgestreckte Hand "allmählich zu verdorren", da die tschechische Regierung die Partnerschaft nicht wolle. Die "volksgruppenfeindlichen Aktivitäten" von Repräsentanten der SL hätten folgendes Ziel: "Eine schuldlose, tapfere deutsche Volksgruppe ist bedroht geopfert zu werden, soll in ‚gute` und ‚schlechte` Sudetendeutsche aufgeteilt und damit gespalten werden, soll auch historisch in verschiedene unverbundene Volksstämme aufgeteilt, geschwächt und politisch atomisiert werden durch Bestreitung ihrer Identität" (Witiko-Brief 3/1994).

Für den angeblichen Verrat der SL-Führung hat man im "Witikobund" auch gleich eine Erklärung zur Hand, denn - so Alois Jahn, Pressereferent des SLÖ-Landesverbandes für Wien, Niederösterreich und Burgenland, in dem Leserbrief "Tschechenjoch statt Selbstbestimmung?" - diese Vertreter führen das "Leben von Bestverdienern". Alois Jahn im rechtsextremen Originalton: "Diese anscheinend von einem wohlstandsbedingten Gesinnungswandel und von eigenen Bedürfnissen geprägte Oberschicht hat das Vertrauen der Landsleute ganz und gar verloren. Fremdwünschen, dem fanatisch-zerstörerischen Zeitgeist und nicht mehr der Volksgruppe verpflichtet, verliert sie sich jetzt in fast infantilen Vorstellungen und frönt hemmungslos dem Verzicht auf Recht und Heimat." (Witiko-Brief 2/1994)

Die Ausfälle gegen die tschechische Bevölkerung gehören bei seiner revanchistischen Politik zum Handwerkszeug des "Witikobundes". So schreibt beispielsweise der Schriftleiter des "Witiko-Briefes", Kopp, über seine Eindrücke "anläßlich einer Heimatfahrt", also einer Fahrt in die Republik Tschechien: "Ohne die Deutschen wird das Sudetenland seine verlorene Seele nicht wiederfinden. Wer soll das Unkraut jäten, das bald wieder auf den Gräbern wuchern wird?" Kopp schreibt über die tschechische Bevölkerung: "Wenn sie denn einmal die Absicht hegten, mit ihrer Hände Kraft zu erhalten, was Generationen vor ihnen in deutscher Arbeitslust erschaffen hatten, so ist es ihnen jedenfalls nicht geglückt. Sie haben nicht gesät, also werden sie nicht ernten." Für ihn ist offenbar charakteristisch für dieses Land, daß in "einem einst wohlhabenden Bürgerhaus" - deutschem Bürgerhaus - nun "ein Trunkenbold das frühere Klavierzimmer" bewohnt (Witiko-Brief 5/1994).

Kopp versucht damit, wie die gesamten Vertreter des "Witikobundes" natürlich, den völkerrechtswidrigen Anspruch auf Teile des tschechischen und polnischen Staatsgebietes wachzuhalten und deren Bewohner und Bewohnerinnen - wegen ihrer Herkunft - herabzusetzen.

Der Pflege des Heimatgedankens versucht der Schriftleiter des "Witiko-Briefes", Kopp, den größeren politischen (rechtsextremen) Rahmen zu geben. "In dieser Lage heißt sudetendeutsche Heimatpolitik immer auch Mitarbeit an der Wiederfindung gesamtdeutschen Selbstbewußtseins. Es gilt illusionslos zu erkennen, daß die politisch führenden Kreise zur Zeit noch nicht in der Lage und willens sind, den Anschluß an einen europaweit aufstrebenden Patriotismus zu finden und dem neurotisierten, entwurzelten Volk Wege zu einem fundierten Selbstbewußtsein zu öffnen. Der ‚Rückruf in die Geschichte`, wie der junge Historiker Karl-Heinz Weißmann sein aufsehenerregendes Buch betitelt hat, gehört aber zu den Voraussetzungen einer sinnvollen Ostpolitik. Um noch einmal eine überspitzte Formulierung zu gebrauchen: Deutsche Schulen in Reichenberg sind nur dann ein wahrhafter Gewinn für unser Vaterland und die Sache der Sudetendeutschen, wenn aus der verfälschten Gesellschaftskunde der Umerzieher wieder ein ansehnlicher Geschichtsunterricht geworden und Günter Grass` ‚Rättin` wieder Josef Weinhebers ‚Hymnus an die Muttersprache` gewichen ist" (Witiko-Brief 4/1993).

Geschichtsrevisionismus

Das Credo des "Witikobundes" bezüglich der Uminterpretation der Geschichte und der Leugnung der NS-Verbrechen führte der Bundesvorsitzende Staffa auf der Jahrestagung 1993 aus: "Als einen wichtigen Schritt schlägt der Witikobund vor, die durch laufende Desinformationen weitverbreiteten zeitgeschichtlichen Lügen gemeinsam zu entlarven. Miteinander zu Wahrheit, miteinander zu der Not-wendenden Bewußtseinsänderung im Sinne einer geistig-sittlichen Erneuerung!" (Witiko-Brief 5/1993). Der Neonazismus hat diesen Gedanken bei seinen Kongressen zur Leugnung des Holocaust mit der Formulierung "Wahrheit macht frei" ausgedrückt. Dies ist auch die Maxime des "Witikobundes".

In reinster rechtsextremer Art und Weise geht der Bundesvorsitzende bei der Relativierung und Leugnung der NS-Verbrechen vor. Die Propaganda von der "Kriegsschuldlüge" wird von ihm im "Witiko-Brief" ausgiebig betrieben. In dem Artikel "Der Wahrheit und dem Recht verpflichtet bleiben" schreibt er: "Ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende und Vertreibung stellen die veröffentlichte Meinung und ein Großteil der von linksradikalen Ideologen beherrschten Politik Deutschland und das deutsche Volk einseitig und wahrheitswidrig unter die Last der Alleinschuld an den in diesem Jahrhundert begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Staffa rechnet die Verbrechen des NS-Staates gegen die sogenannten Vertreibungsverbrechen auf: "Neben dem schrecklichen Holocaust, der Teile des Judentums vernichtete, gilt der andere Holocaust, der Millionen von Leidtragenden bei der Vertreibung erfaßte, bereits als ein Tabu" (Witiko-Brief 1/1995). Auffallend ist, wie Staffa die Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden mit "Teile des Judentums" anonymisiert und abschwächt und die "Millionen von Leidtragenden bei der Vertreibung" dagegenstellt und herausstreicht.

Staffa hebt damit nicht nur die Einmaligkeit von Auschwitz auf, sondern geht sogar soweit, daß er die "Verbrechen gegen die Vertriebenen" als das schlimmste Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs bezeichnet. Staffa schreibt an anderer Stelle: "Der nach 1945 an den Sudetendeutschen begangene Völkermord ist eines der einmalig furchtbaren und auf keinen Fall wie auch immer hinzunehmenden Großverbrechen dieses Jahrhunderts" (Witiko-Brief 1/1994).

Die Verbrechen des NS-Staates werden in unglaublicher Weise heruntergespielt. So schreibt der stellvertretende Bundesvorsitzende des "Witikobundes", Übelacker, beispielsweise über die Vergeltungsaktion der SS in Lidice: "Hier sind die 133 Opfer von Lidice zu beklagen. Etwas, was leider in Kriegszeiten bei Anwendung von Gewalt gegen einen führenden Vertreter eines anderen Staates eine völkerrechtlich übliche Sache ist..." (Witiko-Brief 5/1993). Es sei hier angemerkt, daß niemand gegen diese Rechtfertigung der Greuel der SS im "Witiko-Brief" öffentlich beispielsweise in Form eines Leserbriefes protestiert. Diese Rehabilitierung des Faschismus und die Propagierung antisemitischer Positionen scheint daher innerhalb des Bundes einheitlich zu sein.

Das Leben im Protektorat beschönigt Übelacker im gleichen Artikel: "In der Protektoratszeit ging es den Tschechen den Verhältnissen entsprechend gut, sie hatten ein gutes Auskommen, wenige Opfer und keine Kriegsgefallenen zu beklagen..." (Witiko-Brief 5/1993)

Vor allem die Politik des Hitler-Faschismus im Jahre 1938 wird immer wieder durch den "Witikobund" gerechtfertigt. In einem Leserbrief schreibt ein Adolf Korsch: "Mit dem Anschluß Österreichs geschah, was 1918 durch die Sieger verhindert wurde. Mit der Abtrennung der Sudeten wurde das Unrecht von 1918 beseitigt. In beiden Fällen gab es triftige Gründe für die Eingliederung. Es wurde vereinigt, was zusammenstrebte." (Witiko-Brief 1/1995)

Der Leser Dr. Alfred Ardelt schreibt: "Wem es 50 Jahre nach der großen Katastrophe um Normalität im deutschen Geschichtsverständnis geht, der muß über München 1938 und die Errichtung des Protektorates 1939 normal und emotionslos sprechen können. Das Münchner Abkommen wird von denen, die heute die öffentliche Meinung zu erzeugen in der Lage sind, zumeist so dargestellt, daß die demokratischen Staatsmänner vor einem Diktator kapituliert hätten. Den Tschechen sei einfach diktiert worden. Wenn es ein Diktat war, dann war es kein deutsches, vielmehr ein britisches und französisches" (Witiko-Brief 1/1995).

In einem Artikel fordert Ferdinand Lukas "die ganze Wahrheit" über das Protektorat, also die Rechtfertigung der Okkupationspolitik des NS-Staates: "Der neu gegründete tschechische Staat hatte nicht nur das Verlangen der Sudetendeutschen nach nationaler Freiheit brutal niedergeschlagen, sondern sich auch unmittelbar in Bündnisse gegen die Deutschen begeben - gegen ein damals bitterarmes, entwaffnetes, demokratisches Deutschland. (...) Wir sind sehr schnell bereit anderen ‚berechtigte Sicherheitsinteressen` zuzubilligen. Sollten solche für Deutschland nicht gegolten haben?" Er meint damit die Sicherheitsinteressen des Hitler-Faschismus. Auch der Witikone Lukas verherrlicht die Lebensbedingungen für die Menschen im Protektorat. (vgl. Witiko-Brief 6/1994)

Der "Witiko-Brief" gibt die Rede des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Übelacker vom 15.1.1994 wieder, die er gehalten hatte, als ihm das Große Ehrenzeichen der SL überreicht wurde. In der Rede heißt es: "Von 1914 bis 1945 sei ein zweiter 30jähriger Krieg gegen den Kern Mitteleuropas geführt, Deutschland und

Österreich seien gezielt destabilisiert worden. Die Zwischenkriegszeit vom Pariser Gewaltfrieden bis zum 2. Weltkrieg hätten Churchill und andere Staatsmänner realistisch nur als Atempause angesehen bis zum erneuten Waffengang. (...) Bereits 1918 habe man die Assimilierung der Sudetendeutschen in 50 Jahren verkündet. Die verschiedensten Formen der Unterdrückung führten nach vergeblichen Versuchen eines Ausgleichs mit den Tschechen zur endgültigen Hinwendung der Sudetendeutschen zum Mutterland, eine Entwicklung, die unabhängig von Hitler unter jedem Reichskanzler eingetreten wäre." An anderer Stelle bedauert Übelacker, daß Deutschland heute zwar "in die Völkergemeinschaft" offiziell wieder aufgenommen worden ist, daß das "deutsche Volk (...) in den amerikanischen Medien und in Hollywoodfilmen ständig diffamiert" werde und daß "kein namhafter deutscher Politiker" dagegen auftrete (Witiko-Brief 2/1994).

Weitere Verbindungen

ins rechtsextreme Lager

Seit seiner Gründung versuchte der "Witikobund", gezielt die Vertriebenenverbände und andere Gruppen wie die studentischen Korporationen, aber auch Bildungseinrichtungen und Verlage zu unterwandern. Mitte der 50er Jahre erklärte der damalige bayerische Minister Walter Stain auf einer Jahreshauptversammlung des "Witikobundes" diese Vorgehensweise: "Alle Umsetzung geistiger Erkenntnis und damit ihre Verwirklichung vollzieht sich in Organisationen. Auf diese aber kann man nicht oder nur schwer - und dann vielfach unerwünscht - von außen einwirken. Man muß selbst in ihnen stehen. Und wenn man dann auf diese tatsächlich Einfluß ausüben will - und dies ist schließlich das legitime Recht eines jeden einzelnen Mitgliedes -, dann muß man eben an solche Stellen gelangen, von denen aus man zu wirken in der Lage ist" (zitiert nach Kurt Hisch, a.a.O., S. 185/186).

Die Mitgliederzahl des "Witikobundes" dürfte heute bei ca. 1.000 liegen. Der Anteil der Rechtsextremisten unter den Mitgliedern, die in rechtsextremen Parteien/Vereinigungen organisiert sind und/ oder für rechtsextreme Zeitungen/Verlage schreiben, ist beträchtlich und in den letzten Jahren angestiegen. Dabei ist beachtlich, daß gerade rechtsextrem orientierte Personen an den entscheidenden Stellen des "Witikobundes" sitzen. Und es ist nach wie vor so, daß Witikonen wichtige Schnittstellen im rechtsextremen und/oder Braunzonen-Spektrum besetzen.

An herausragender Stelle ist hier der Witikone und Verleger Dr. Herbert Fleißner zu nennen. Schon 1957 wies Walter Stain im Zusammenhang mit der Unterwanderungstaktik stolz darauf hin, daß Fleißner einen "Grenzlandausschuß der deutschen Burschenschaften" gegründet habe "mit dem er ganz neue Kreise für den deutschen Osten gewonnen" hat (ebenda, S. 186). Verglichen mit dem was er heute leistet, war seine Einflußmöglichkeit für den "deutschen Osten" bei der Deutschen Burschenschaft eher bescheiden. Heute verfügt er über ein Verlagsimperium; ihm unterstehen u.a. der Ullstein-Verlag, der Verlag Langen-Müller etc. Über 20 Verlage stehen ihm zur Verfügung, um für den "deutschen Osten", aber auch für rechtsextreme Ideen Menschen zu gewinnen. Überdies wirbt die Verlagsgruppe für ihre Bücher fast in der gesamten rechtsextremen Presse.

Andere Witikonen haben sich in führenden Stellen in den Vertriebenenverbänden eingenistet und auch in der CDU organisiert, teilweise sind sie für die CDU in Landtage eingezogen.

Wieder andere sitzen in den rechtsextremen oder neurechten "Denkfabriken" und "Theorieorganen" und üben hier Meinungsführerschaft aus. Da wäre vor allem zu nennen das schon erwähnte ehemalige Mitglied des "Republikanischen Hochschulverbandes" (RHV), jetziges Mitglied der rechtsextrem durchsetzten Burschenschaft Danubia und ehemaliger langjähriger Redakteur der "Jungen Freiheit", Hans-Ullrich Kopp, Schriftleiter des "Witiko-Briefes". Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß der "Witiko-Brief" für die "Junge Freiheit" wirbt (vgl. u.a. Witiko-Brief 1/1994), eine Zeitung, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als "geistiger Wegbereiter" der REPs bezeichnet wird. Und unter diesen Umständen ist es auch kein Wunder, daß eine ganze Reihe weiterer Mitarbeiter der "Jungen Freiheit" beim "Witikobund" aktiv sind.

Gleichfalls in diesen Kreis gehört Annelies Thomas. Sie kommt aus dem rechtsextremen "Nationaleuropäischen Jugendwerk" und verbreitet heute als Verlegerin nicht nur revanchistische Literatur, sondern auch Literatur zur "Konservativen Revolution", eben zu den anderen geistigen Wegbereitern, jenen, die der NSDAP zum Durchbruch verhalfen. In ihrem Verlag werden die "Witiko-Briefe" hergestellt.

In einer anderen "Denkfabrik" sitzt Dr. Rolf Kosiek, ehemaliger baden-württembergischer Landtagsabgeordneter der NPD und Bundesvorsitzender der "Gesellschaft für freie Publizistik". Kosiek leitet das dem "Grabert"-Verlag nahestehende "Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte", in dem vor allem die Verbrechen des Hitler-Faschismus geleugnet bzw. beschönigt werden.

Weitere Mitglieder sind u.a.

- Kurt Beckmann, ehemaliger Landesvorsitzender der REPs in Nordrhein-Westfalen

- Karl Baßler, ehemaliger baden-württembergischer Landtagsabgeordneter der NPD

- Walter Bachmann, langjähriger bayerischer NPD-Vorsitzender

- Karl-Heinz Sendbühler, ehemaliger Bundesvorsitzender des "Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB) und der "Jungen Nationaldemokraten" (JN) sowie heutiger NPD-Bundespressesprecher

- Günther Schwemmer, ehemaliger NHB-Bundesgeschäftsführer

- Dr. Walter Hawelka, Mitglied in der "Kolbenheyer-Gesellschaft"

- Michael Paulwitz, 1993 stellvertretender Bundesvorsitzender der "Jungen Landsmannschaft Ostpreußen", Autor in "Criticón"

- Prof. Richard Eichler, Autor im rechtsextremen "Grabert-Verlag"

- Helmut Kowarik, Mitglied im Verein für das Deutschtum im Ausland, Vorsitzender der rechtsextremen "Österreichischen Landsmannschaft" und presserechtlich verantwortlich für den antisemitischen "Eckartboten"

Ein illustre Runde also, die da für den "deutschen Osten" und die "alten deutschen Traditionen" und gegen die "Fünfundvierziger" streitet. Bemerkenswert ist, daß der "Witikobund" über die Jahre hinweg in die SL politisch und organisatorisch eingebunden war. Über diese Einbindung hatten die Witikonen auch Anteil an der politischen und finanziellen Förderung, die die Bundesregierung der SL jährlich zukommen ließ und läßt. Aber auch direkt wird der "Witikobund" von der Bundesregierung gefördert: Für seine teilweise rechtsextreme und die Greuel des Hitler-Faschismus leugnende Propaganda erhielt er in den Jahren von 1983 bis 1991 ca. 72.000,- DM.

Bürokollektiv Ulla Jelpke

8. Rechte Geschäfte. Die ideologischen Hintergründe des "European Kings Club"

Autor: anw · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:16

Das Angebot klingt gut: Man investiert einmalig 1400.- DM, und erhält nach einer Wartefrist von drei Monaten zwölf Monate lang Auszahlungen in Höhe von DM 200.-; insgesamt also DM 2400.-. Das entspräche Zinsen von sage und schreibe 57% jährlich. Das Erstaunlichste an diesem Angebot ist, daß Leute, die sich darauf eingelassen haben, das Geld zeitweise tatsächlich bekommen haben. Inzwischen freilich ist die "EKC-Re-Insurance", die die "Letters", wie sich die rentablen "abstrakten Zahlungsversprechen" nennen, ausgegeben hatte, pleite. Experten sprechen von einem Schaden von 1,2 Milliarden DM (1). Ein ganz normaler Fall von Anlagebetrug? Nicht ganz, denn auch in bürgerlichen Medien war zu lesen, daß die Betreiber, die sich zum Teil selbst fürstliche Gehälter von mehr als einer halben Million DM im Monat gezahlt haben, ihr Angebot mit einer "fast religiösen" Botschaft verbunden haben.

EKC steht für "European Kings Club", der 1991 in der Schweiz gegründet wurde. Die geschäftliche Seite wurde aus juristischen Gründen nicht durch den Club selbst, sondern durch die "EKC Re-Insurance LTD Dublin" abgewickelt, die mit dem Club die moralischen Ziele teilt, welche da sind:

"Seinen Mitgliedern will der EKC helfen, sich aus Fremdbestimmung und Verschuldung zu befreien. Darüberhinaus bemühen sich die Mitglieder des EKC aktiv um bessere Arbeits- und Lebensformen, Verwirklichung der menschlichen Grundrechte, Umweltschutz und mehr Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen." (2)

Der Club, der vor allem in der Schweiz und Deutschland aktiv war und teilweise noch ist, behauptete rund 90.000 Mitglieder zu haben. Dabei fanden Neumitglieder vom Familienvater bis zur Schülerin keineswegs nur eine Möglichkeit vor, scheinbar spielend Geld zu verdienen, sondern auch ein reiches Angebot an Clubabenden und sozialen Aktivitäten. Dementsprechend wurde die finanzielle Seite des Unternehmens begleitet durch eine kaum überschaubare Flut von Hochglanzbroschüren, mehr oder weniger unabhängigen Publikationen, Clubabenden, sozialen Aktivitäten und "exklusiven" Angeboten.

Linkes Image - rechter Inhalt

Doch die modernen Robin Hood Nachfolger begnügten sich nicht mit Umverteilung und Freizeitgestaltung. In der Club eigenen Zeitschrift "Civilcourage Forum" (3) kamen auch politische Themen zur Sprache. Wohlwollende Artikel über Nelson Mandela, Kritik an dem Vorgehen der Münchner Polizei beim Weltwirtschaftsgipfel und Eintreten für die Menschenrechte erwecken zunächst einen linksliberalen Eindruck. Doch in der gleichen Ausgabe erscheint eine Lobeshymne auf die Theorien des biologistischen "Humanethologen" Eibl-Eibesfeld, der Rassismus als in der Natur des Menschen liegendes Verhalten interpretiert. Wenn schon bei dieser mehr Public-Relation-Zwecken dienenden Zeitschrift der rechte Inhalt durchscheint, dann kann man Schlimmeres bei den internen Schriften des Clubs erwarten und wird darin nicht enttäuscht. Der Informationsdienst Civilcourage-Hintergründe publiziert Aufsätze von "unabhängigen Autoren", bei denen schon deutlicher wird, welcher Geist hier vorherrscht. Die sagenhaften Renditen des Clubs werden damit erklärt, daß die Banken insgeheim durch "Geldschöpfung" riesige Gewinne machen, die dem Sparer vorenthalten werden (4). Nur der EKC liefere seinen Kunden wirklich den vollen möglichen Ertrag. Auch der Hinweis auf die Zinstheorien des auch in anarchistischen Kreisen beliebten Ökonomen Silvio Gesell (5) fehlt nicht. Mit dieser Argumentation wurden offenbar bei vielen Menschen, denen die Bankenmacht zu Recht unheimlich ist, offene Türen eingerannt. Doch der EKC weiß noch mehr über die finsteren Machenschaften der Bankenmafia zu berichten:

"Nun, das Ziel der Kontrolleure der Macht, die oft aus dem Hintergrund agieren und in der Öffentlichkeit kaum bekannt sind, besteht darin, auf der Erde eine neue Weltordnung mit einer Ein-Weltregierung zu errichten. Sie wollen die ganze Welt unter ihre Kontrolle bekommen." (6)

Gewerbsmäßiger Betrug?

Das enorm aufwendige und fanatische Auftreten des Clubs, die Organisierung von riesigen Jubelveranstaltungen, die scharfe Abschirmung der Clubabende, wo den Mitgliedern vermittelt wurde zu einer Elite von Auserwählten zu gehören, die inflationäre Verwendung von Symbolen - all das hat den Großteil der bürgerlichen Presse dazu bewogen, den EKC als betrügerische Sekte einzustufen. Die Geldgeschäfte des Clubs brachten schnell die Staatsanwaltschaften der Schweiz und der Bundesrepublik in Bewegung. Die Ermittler vermuteten ein Schneeballsystem hinter den hohen Auszahlungen und verhafteten die wesentlichen Repräsentanten wegen gewerbsmäßigen Betruges. In der Schweiz ist der Club inzwischen als kriminelle Organisation verboten, auch in der Bundesrepublik hagelte es Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen und Festnahmen. EKC Vorsitzende Damara Bertges sitzt gegenwärtig in Klagenfurt in Auslieferungshaft. Nach Angaben der Staatsanwaltschaften handelt es sich bei der EKC-Re-Insurance "um einen der größten Fälle organisierten Anlagebetrugs in den vergangenen Jahrzehnten" (1).

Als die Ermittlungen begannen und immer mehr die Machenschaften des Clubs in Zeitungsartikeln öffentlich wurden, schien das die Mehrheit der Mitglieder nicht sehr zu beeindrucken. Eine geschickt gemachte Feindbildpropaganda des Clubs ließ die meisten an eine gigantische Verschwörung von Justiz, Medien und Banken glauben, die mit Justizterror und Meinungsmanipulation versuchen die Konkurrenz des EKC kaputt zu machen. Die Pleite des Club lasten die meisten nun den staatlichen Maßnahmen an. Tatsächlich ist die schnelle Reaktion der Staatsmacht schon erstaunlich, wenn man daran denkt, wie langsam die selben Mühlen oft arbeiten, wenn es darum geht Waffenhändlern oder Neonazis das Handwerk zu legen. Offensichtlich sah man die Aktivitäten des Clubs als höchst bedrohlich an. In Zeitungsberichten wurde der Club auch mit Geldwäsche der italienischen Mafia in Verbindung gebracht, ohne daß freilich bisher dafür ein Beweis geliefert wurde.

Gegen das linke Medienkartell

Doch auch der Club hatte seine einflußreichen Fürsprecher. So ließ sich Michail Gorbatschow, der anscheinend zur Zeit für alles zu kaufen ist, vom Club einen Preis verleihen und sich mit Club-Oberen zusammen ablichten. Interessanter freilich ist die Verbindung zu rechtskonservativen Kreisen. Denn da gibt es in Erlangen eine seriös aufgemachte Publikation namens "TM" (Transparenz in den Medien), die eifrig die Werbetrommel für den Club rührte (7). Auch Helmut Markwort vom FOCUS hat anscheinend nichts dagegen, daß das Blatt ein Interview, das er dem "Mediendialog" gegeben hat, in voller Länge mit Foto nachdruckt und so den Eindruck erweckt, er habe es direkt "TM" gegeben. Die professionell gemachte Monatszeitschrift wird angeblich von kritischen Journalisten gemacht, die die Meinungsmanipulation der etablierten Medien kritisieren. Tatsächlich werden vor allem die "zu allem entschlossenen Seilschaften ideologischer Überzeugungstäter" attakiert, die ganz im Stil von Stoiber vor allem beim SPIEGEL, dem WDR, der taz und der Süddeutschen Zeitung ausgemacht werden.

Ob es um die Verteidigung der rassistischen Äußerungen der "Bevölkerungswissenschaftlerin" Charlotte Höhn oder um die Ehrenrettung der Familienministerin Nolte geht - "TM" läßt keine Gelegenheit aus um linke Kritik mit dem "Political Correctness" Vorwurf (8) zu belegen. Der Aufschwung der Neonazis in der Bundesrepublik wird vor allem auf den Einfluß ausländischer Drahtzieher in den USA und in England zurückgeführt. Dagegen wird die "Junge Freiheit" als "vielbeachtetes Forum intellektuellen Gedankenaustausches" gelobt. Der Erlanger Verein "Bürger fragen Journalisten", der "TM" herausgibt, rühmt sich auch die Kampagne zum Lizenzentzug gegen den Nürnberger Alternativsender Radio Z ins Rollen gebracht zu haben.

Eingestreut zwischen die bösartig aggressiv formulierten Artikel gegen die "linke Kampfpresse" finden sich - scheinbar objektiv - eingestreut Verteidigungen des European Kings Club, der auch als ein Opfer von Medienmanipulation diesmal nicht der Linken sondern der "Macht des großen Kapitals" dargestellt wird. Im Dezember 1994 widmete die Zeitschrift sogar dem "Justizskandal" eine ganze Sonderausgabe. Nach Erkenntnissen des Autors wurde die Zeitschrift neben den anderen EKC Publikationen aktiv durch die Werber des Clubs vertrieben und den Mitgliedern dringend ein Abonnement ans Herz gelegt, um die "Falschinformationen" der Anti-EKC-Verschwörer zu durchschauen. Selbst wenn der EKC nicht unmittelbar hinter dem Verein "Bürger fragen Journalisten" und dem Blättchen "TM" steckt, gibt es also mindestens eine organisierte Zusammenarbeit zwischen beiden.

Antisemitische ...

"TM" ist keineswegs die einzige rechtslastige Publikation, die durch den EKC verbreitet wird. Mindestens ein Funktionär des EKC, Georg Hörmann aus Wilpoldsried (Geschäftssitz Kempten), verkauft nebenbei Bücher aus dem rechtsradikalen esoterischen Ewert Verlag an die Mitglieder, die er bequemerweise bei seinen EKC-Hausbesuchen gleich stapelweise im Auto mitführt. Die Bücher, die hauptsächlich geheime Verschwörungen von Freimaurern und Zionisten beschreiben, wurden den Mitgliedern unter anderem mit dem Argument aufgedrängt, hier würden sie mehr über die Hintergründe der Bankenmacht und der Verschwörung gegen den EKC finden. Daher spricht einiges dafür, daß es sich nicht nur um private Aktivitäten des Herrn Hörmann handelt, sondern um eine weitere Form der Zusammenarbeit zwischen Club und rechten Kreisen handelt. In der Tat liegen die Bücher auch durchaus inhaltlich auf der Linie der EKC Argumentation. Besonders beliebt ist das Buch "Geheimgesellschaften und ihre Macht im zwanzigsten Jahrhundert" von einem gewissen Jan van Helsing (9). Die gesamte menschliche Geschichte wird hier als mit dem Wirken der "Illuminati" und anderer Geheimgesellschaften verbunden dargestellt. Dabei schreckt der Autor selbst vor der Neuauflage antisemitischer Fälschungen wie der angeblichen "Protokolle der Weisen von Zion" nicht zurück. An allem Übel der Welt sind die Machenschaften der Rothschild-Familie und der Zionisten schuld, die über ihre Kontrolle der britischen Wirtschaft auch die beiden Weltkriege angezettelt haben und heute den internationalen Drogenhandel kontrollieren. Damit nicht genug: Die bereits seit längerem in der Esoterikszene, besonders unter völkisch ausgerichteten Ufologen kursierenden Spekulationen über eine Entwicklung von UFO-Technologie durch das Dritte Reich und eine geheime Nazi-UFO-Flotte mit Sitz in der Antarktis (10) werden wieder aufgewärmt und als Tatsache hingestellt. EKC Vertreter Hörmann läßt dann so nebenbei durchblicken, daß diese geheimen Technologien unter anderem einer der Bereiche sind, in die der Club die geliehenen Gelder investiert und aus denen er die enorme Rendite zieht. Nichts ist anscheinend zu primitiv, als daß es Menschen die bereits ein paar Auszahlungen erhalten haben, nicht glauben.

... und andere rechte Verschwörungstheorien

Schlägt man schließlich unter den Literaturangaben des Buches nach, wimmelt es geradezu von Zitaten aus Büchern des Dr. Böttiger Verlag, der zum Imperium des amerikanischen Antisemiten und "Philosophen" Lyndon LaRouche (11) gehört. Für die LaRouche Zeitung "Neue Solidarität", die eine der wenigen unabhängigen Zeitungen sei, wird ebenfalls Werbung gemacht. Nun gibt es große Gemeinsamkeiten zwischen den LaRouche Verschwörungstheorien und den Ansichten des Clubs, z.B. wenn in den unmittelbaren EKC-Publikationen nebulös von einem Szenario zur Zerstörung der Gesellschaft die Rede ist:

"Die versteckten Strategien und Ziele sind klar, weltweit soll genug Verwirrung (d.h. Krisen, Terror, Kriminalität, Kriege, Konflikte, Inflation, Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung) verursacht werden, damit die Menschen nach einer Ein-Weltregierung verlangen, um alle verursachten Probleme zu lösen. Natürlich ahnen sie nichts von den Zielen der eigentlichen Kontrolleure der Macht."(6)

Die selbe Sorte von düsteren Spekulationen wird auch immer wieder in den LaRouche-Publikationen vertreten, wobei als "Kontrolleure der Macht" dann abwechselnd Freimauer, Zionisten oder die "ewig britische Politik" geortet werden. Eine weitere Lieblingsthese der LaRouchies, nämlich daß die deutschen Neonazis vor allem ein aus England und den USA importiertes Phänomen sind, findet sich wiederum in "TM" wieder. Verschwörungstheorien dieser Art sind vor allem in den USA inzwischen ein festes Bindeglied der verschiedenen rechtsextremen Gruppen. Auch die Motive der mutmaßlichen Attentäter von Oklahoma liegen offenbar in solchen Wahnvorstellungen begründet. So schreibt die SZ (12) über die Weltsicht des US-Rechtsextremisten Bo Gritz:

"Die Feds (Federals - US Bundesregierung), so glaubt Gritz, arbeiten daran, Amerika einer Weltregierung der Vereinten Nationen zu unterstellen. Ein wichtiger Drahtzieher in der UN-Verschwörung sei die US-Bundesbank, die Federal Reserve. Sie werde von 'acht jüdischen Familien' kontrolliert und strebe letztendlich die Außerkraftsetzung der Verfassung an."

Bei so viel ideologischen Gemeinsamkeiten ist es fast belanglos, ob es eine direkte organisatorische Verbindung zwischen EKC, TM, Ewert Verlag und offen faschistischen Gruppen gibt oder ob der EKC - was wahrscheinlicher ist - nur die verschiedenen im rechten Lager verfügbaren Verschwörungstheorien zur eigenen Legitimation verwertet. So oder so ist der "European Kings Club" ein Projekt hinter dem - mindestens auch - rechte Ideologie steckt und das wieder einmal die enge Verbindung zwischen Geldgeschäften, Kriminalität und faschistischen Umtrieben zeigt. Es stellt sich die Frage, warum die bürgerliche Presse in ihrer

umfangreichen Berichterstattung über den EKC den rechtsextremen Hintergrund des EKC ausblendet und statt dessen wie der SPIEGEL (Nr.49, 5.12.1994) den Club nur als kleinbürgerliche Gruppe von Anlagebetrügern darstellt.

anw

Anmerkungen:

1) FAZ 8.3.1995

2) EKC Spezial Sonderheft Nr.1 Mai 1994

3) Civilcourage Forum Heft 1/94, Friedastr.16, 81479 München, Chefredakteur Peter Papst, Verleger: Hans Günther Spachtholz

4) Thomas Estermann: Theorie und Praxis moderner Geldschöpfung, in: Civilcourage-Hintergründe 1/94, EKC Editorial BV

5) zu den Theorien Silvio Gesells siehe: Volkmar Woelk, Natur und Mythos, DISS Texte Nr.21, 1992

6) Nicola Telsa: "Machtmißbrauch in sieben Szenarien" in s. Anm. 2. Der Name des Autors dürfte ein Pseudonym sein, wobei interessant ist, daß in den Schriften aus dem Ewert-Verlag dauernd auf angebliche Erkenntnisse des Physikers Nikola Tesla (also nur zwei Buchstaben vertauscht) Bezug genommen wird.

7) TM Transparenz in den Medien, Januar 1994, Herausgeber: Bürger fragen Journalisten e.V. Erlangen, Anschrift: Sonnenstr.4, 91058 Erlangen. Im Impressum werden genannt: Gerd Besnard, Carmen Geiger, Gabi Hajduk, Hansjörg Klein, Ulrich Lehmkühler, Klaus Meßler

8) Zum Charakter der Political-Correctness-Kampagne siehe: "Political Correctness - neuer Kampfbegriff der Rechten" in Internationaler Sozialismus Nr.2 erhältlich bei: L. Sensever, Friedberger Landstr.175, 60389 Frankfurt

9) Jan van Helsing: Geheimgesellschaften und ihre Macht im Zwanzigsten Jahrhundert, Ewert-Verlag 1993

10) Gugenberger/Schweidlenka: Mutter Erde - Magie und Politik, Verlag für Gesellschaftskritik Wien 1987

11) Zu LaRouche siehe: Schiller über alles ak 330, 6. Mai 1991, S.20. Gegenwärtig tritt die LaRouche-Sekte in Deutschland unter der Bezeichnung "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" auf.

12) Rambo, der Krieger der Apokalypse SZ 1./2.4.1995

9. Reform- oder Modernisierungsprojekt?

Autor: he., Hamburg · Rubrik: Wahlen; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:44

Schon wird davon gesprochen, der Ausgang der Wahlen in NRW und Bremen würde "eine Zeitwende für ganz Deutschland markieren"(Die Woche). Von einem "Triumph der Grünen" ist die Rede. In Zahlen liest sich dies zwar nüchterner, aber auch darin spiegelt sich die Umbruchsituation wider. In NRW holten die Grünen 830.000 Stimmen, gewannen damit gegenüber den Bundestagswahlen 1994 50.000, gegenüber den Landtagswahlen 1990 360.000 Stimmen dazu. Die SPD erhielt 3.800.000 Stimmen, verlor damit gegenüber 1994 730.000 und gegenüber 1990 840.000 Stimmen. Die CDU verlor 900.000/300.000 Stimmen, die FDP 470.000/200.000. Ein vergleichbares Bild ergibt sich aus den Wahlen in Bremen. Damit sind die Grünen die einzige Partei, die bei abfallender Wahlbeteiligung absolut an Stimmen gewonnen hat und zwar im Vergleich zu beiden vorangegangenen Wahlen. Darin liegt der eigentliche Triumph: Die Grünen sind Gewinner gegen den Trend zur politischen Abstinenz und damit mehr noch als es die nackten Zahlen demonstrieren die politisch psychologischen Sieger dieser Wahl.

Die Verlierer sind leicht auszumachen. Zunächst selbstverständlich die SPD, die in NRW ihre absolute Mehrheit deutlich verlor und in Bremen innerhalb von 17 Jahren von der absoluten Mehrheit auf 33% herabsank. Aber auch die CDU, der es in beiden Ländern nicht gelang, aus dem Abwirtschaften der SPD nennenswert Kapital zu schlagen. Und vor allem natürlich die FDP, die in beiden Landesparlamenten nicht mehr vertreten ist und wohl vor ihrem endgültigen Aus steht.

In besonderem Maße ist jedoch das Machtzentrum der SPD der Verlierer dieser Wahlen. Mit Johannes Rau war sie angetreten, in NRW noch einmal eine absolute Mehrheit zu holen, womit der Beweis angetreten werden sollte, daß die SPD für die Mehrheitsbildung nicht auf die Grünen angewiesen ist. Als Kanzlerkandidat der SPD 1987 hatte er dies schon einmal vergeblich versucht; bei den Bundestagswahlen 1990 gelang es der SPD noch, die Entscheidung auf die Wahl zwischen CDU und SPD zu orientieren (was damals dazu führte, daß die Westgrünen knapp den Einzug in den Bundestag verfehlten). Bei der Wahl des neuen SPD-Parteivorsitzenden spielte Rau seine Hausmacht aus, um den auf Rot-Grün orientierenden Schröder zu verhindern, und kürte Scharping zum Nachfolger Engholms. Scharping dankte dies mit einem Wahlkampf à la Rau und einer deutlichen Absage an eine rot-grüne Option.

Die Weichen sind auf Rot-Grün gestellt. Während sich die Bremer SPD-Spitze mit der Entscheidung noch schwer tut und diese mit dem neuerdings in Mode gekommenen Hang zur "Basisdemokratie" an eine Urabstimmung delegiert, macht Rau sie zur Chefsache. Nach Holger Börner, der noch 1986 die Grünen am liebsten mit der "Dachlatte" bekämpfen wollte und der dann 1987 die erste rot-grüne Koalition auf Länderebene einleitete, ist dies der zweite Fall, in dem ein "klassischer Arbeiterführer" eine taktische Wende für die Partei vollzieht. Kaum etwas könnte deutlicher machen, daß es dieser SPD gerade nicht um den reformerischen Geist geht, für den Rot-Grün von seinen AnhängerInnen gepriesen wird, sondern daß es der reine Wille zum Machterhalt ist. Aber auch wenn die Proportionen zwischen SPD und Grünen immer noch eine klare Mehrheit für die SPD ergeben, ist der Wille der SPD längst nicht mehr der allein entscheidende Faktor für das Ergebnis der Koalitionsvereinbarung. Denn die Entwicklung hat eine Situation geschaffen, in der die SPD selbst zur getriebenen und nicht die Handlung bestimmenden Seite geworden ist.

Der Aufstieg der Grünen, insbesondere der schon erwähnte Aufwärtstrend bei sinkender Wahlbeteiligung, dokumentiert, daß innerhalb der nachwachsenden Generationen aus der Mitte der Gesellschaft ein Veränderungswille wächst, der von keiner der traditionellen Parteien aufgenommen und artikuliert wird. Dieses Potential hat nur noch weit entfernt etwas mit den Wurzeln der grünen Partei und den sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre zu tun. In ihr spiegelt sich ein Lebensgefühl wider, das zunächst in den Großstädten entstand, heute aber Ausstrahlung weit darüber hinaus hat. 20, 30 bis hin zu 40% der BewohnerInnen der inneren Städte wählen heute grün, aber dies würde eben noch nicht ausreichen, um in einem Land wie NRW auf landesweit 10% zu kommen. Neu ist ein rasanter Zugewinn von der SPD; in NRW sind ein Drittel der grünen WählerInnen ehemalige WählerInnen der SPD. Den sozialen und milieuhaften Kern dieser WählerInnen bilden die 30-45jährigen mit höherer Bildung und guter sozialer Stellung, die ein großes Maß an persönlicher und gesellschaftlicher Mobilität repräsentieren. Herablassend nur von einer Partei der

gutsituierten Mittelklasse zu sprechen, verbietet sich allerdings schon deshalb, weil in sehr hohem Maße auch an den Rand gedrückte Schichten (wie beispielsweise in Hamburg-St. Pauli) angesprochen werden. Es gibt eine interessante Parallele zu Entwicklung und Aufstieg der SPD Anfang der 60er bis hinein in die 70er Jahre. Damals löste sich die SPD von der Vorstellung, nur eine Arbeiterpartei zu sein und wendete sich in besonderem Maße den "Weißkitteln" zu, d.h. der technischen Intelligenz, den gehobenen Angestellten usw. Als "Leistungsträger" der Gesellschaft wurden sie angesprochen, mit der SPD die verkrusteten Verhältnisse des CDU/Adenauer-Staates zu brechen. Es entstand eine besondere Ideologie der Verantwortung der in der Gesellschaft Stärkeren für die Schwächeren, was dann in der Parole für Chancengleichheit und der Propagierung eines starken Sozialstaats mündete. Eine durchaus ähnliche Rolle spielen heute die Grünen. Die Partei repräsentiert in besonders starkem Maße die gebildeten Mittelschichten. Ihre wachsende Stellung in der Gesellschaft, die derzeit durch keine gesellschaftlichen Brüche oder sozialen Verwerfungen gefährdet ist, ermöglicht es ihr, neben der Verfolgung der eigenen Interessen für Solidarität mit den und Rücksichtnahme auf die sozial und gesellschaftlich Schwachen einzutreten.

Dieser durchaus positive Zug gesellschaftlicher Entwicklung bedeutet jedoch nicht, daß wir es derzeit mit einem gesellschaftlichen Linkstrend zu tun hätten. Besonders deutlich dokumentiert sich dies im Bremer Wahlergebnis. Dort hatte sich eine Gruppe von erzkonservativen Sozialdemokraten um den Sparkassendirektor Rebers von der SPD abgespalten und war mit dem erklärten Ziel zur Wahl angetreten, eine Koalition mit CDU und FDP zu bilden. Sie erhielt auf Anhieb 10% der Stimmen. Ihr Name war gleichzeitig ihre demagogische Wahlparole: Arbeit für Bremen. Aber nicht - wie fälschlicherweise häufig angenommen wird - von denen, die auf Arbeit angewiesen wären, erhielten sie den Hauptteil ihrer Stimmen, sondern von den bessergestellten Angestellten und Beamten.

Der Aufschwung der Grünen geht nicht einher mit einer Änderung der Mehrheitsverhältnisse in der Gesellschaft. Der konservative Block verliert nicht wesentlich an Zustimmung und Einfluß. Ähnlich wie die SPD ist er aber gegenwärtig nicht mehr in der Lage, zu mobilisieren und damit den Trend für Rot-Grün aufzuhalten. Die noch herrschende Vereinbarung, offen rechtsradikale und rechtsextremistische Parteien nicht zuzulassen und sie durch eine extreme Stigmatisierung in die Bedeutungslosigkeit zu drücken, versagt derzeit ein parteiförmiges Auffangen der von CDU/CSU und FDP enttäuschten Menschen, die in keinem Falle nach links gehen, sondern im Lager der NichtwählerInnen landen. Mit dem gleichzeitigen Zerfall der FDP verliert damit die CDU vorübergehend die Fähigkeit, Mehrheiten zu bilden.

Chancen für ein Reformprojekt?

Die Grünen begleiten die SPD in gegenläufiger Tendenz. Ein halbes Jahr nachdem die SPD nach 13 Jahren Regierungsverantwortung 1982 von der Kohlregierung abgelöst worden war, schafften die Grünen erstmals den Sprung in den Bundestag. Trotz Schwankungen und Einbrüchen bleibt der Trend, daß die SPD verliert, während die Grünen gewinnen. Seit 1982 begleitet die Grünen die Diskussion um Rot-Grün, die von Anbeginn ein Paradoxon enthielt. Die SPD war schon Mitte der siebziger Jahre, also nach gerade einmal sechs Jahren Regierungszeit, am Ende ihrer Reformkraft angelangt. Die zweite Hälfte der siebziger Jahre und die ersten Jahre der achtziger bestanden in vielerlei Hinsicht in der Rücknahme der Versprechen, die bei der Regierungsübernahme 1969 gegeben worden waren. Mit dieser auf dem Reformkurs gerade gescheiterten SPD wollten die Grünen ein neues Reformprojekt starten. Der Streit zwischen ÖkosozialistInnen und sogenannten Fundamentalisten einerseits und den Realos andererseits hatte schon hier seine Wurzel. Die Frage, ob mit der SPD ein wirklich durchgreifendes gesellschaftliches Reformprojekt zu vereinbaren und durchzusetzen sei, wurde gegensätzlich beantwortet. Während die ÖkosozialistInnen dies verneinten und daraus die Konsequenz zogen, nicht auf Koalitionen mit der SPD hinzuarbeiten (auch wenn diese nicht für alle denkbaren Fälle ausgeschlossen wurden), entwickelten die Realos eine Politik, in der Rot-Grün zu einer strategischen Option wurde. Sie setzten sich damit in der Partei durch.

Der oft erhobene Vorwurf, die Grünen würden damit linke Positionen verraten, kann diese heute schwerlich treffen, hält doch nur eine Minderheit daran fest, eine linke Partei zu sein. Nicht links, nicht rechts, sondern vorn ist sicherlich die treffendste Beschreibung des grünen Politikgefühls. Dennoch schöpft sie nach wie vor einen wichtigen Teil ihrer Identität und ihrer Ausstrahlung aus politischen Losungen, die gemeinhin linken und sozialistischen Gruppierungen zugeordnet werden: Gleichheit und Solidarität.

Rot-Grün war ein politisches Schreckgespenst in den Gazetten der Konservativen. Für die SPD war es die Faust im Nacken und für die Grünen der Anspruch, nicht nur Opposition zu sein, sondern die Mehrheitsverhältnisse im Land zu kippen. Heute ist spürbar nur noch übriggeblieben, selbst ins Räderwerk der Macht eingreifen zu können.

Niemand kann ernsthaft an einem Scheitern der Koalitionsverhandlungen in NRW zweifeln. Die Weichen sind von beiden Seiten so gestellt, daß ein Scheitern nicht möglich ist. Das heißt aber auch, daß es keine weitgehenden Vereinbarungen über Veränderungen der Landespolitik geben wird. Der als Knackpunkt angesehene Beginn des Braunkohleabbaus in Garzweiler II kann "beruhigt" ausgeklammert werden, da er sowieso erst in zehn Jahren beginnen soll. Bis dahin wird es in etwa eine Auseinandersetzung wie um die Plutoniumwerke in Hanau oder das Endlager in Gorleben geben.

SPD und Grüne sind gleichermaßen gezwungen, bis zu den Bundestagswahlen 1998 eine Erfolgsbilanz vorzulegen. Für die SPD ist es auf absehbare Zeit die einzige Chance, die Regierungsverantwortung in Bonn/Berlin zu übernehmen. Für die Grünen hieße ein Scheitern des Versuchs in NRW das Ende dieser Option überhaupt, denn in NRW werden sich alle gesellschaftlichen und parteipolitischen Probleme auftun, die auch eine rot-grüne Bundesregierung vor sich hätte.

Die "Entlarvung" dieses Gangs der rot-grünen Idee bringt eine andere linke Diskussion noch nicht voran, zumal sie nicht besonders neu ist. Schon 1989 schrieben Thomas Ebermann und Rainer Trampert in einem Grundsatzpapier für die damals entstehende "Radikale Linke" über die "kapitalistische Modernisierung" und die Rolle, die die Grünen darin spielen würden. Für die Linke formulierten sie damals als Aufgabe: "Angesichts dieser ‚Revolutionierung` der Verhältnisse von oben und des allgemeinen Trends zur Anpassung sollten sich radikale Linke den ‚Luxus` isolierter Diskussion und Politik nicht länger leisten. Sie müssen versuchen, eine wirksame linke Opposition gegen den Konsens der kapitalistischen Modernisierung zu entfalten." (zitiert nach ak 311, 16.10.1989) Auch wenn darin die Tatsache, daß die grüne Partei ein Teil kapitalistischer Modernisierung ist, richtig beschrieben wird, war der Ansatz, dies nur und ausschließlich als Anpassung zu sehen, schon damals falsch. Diese Kritik folgte dem Ansatz, mit einer scharfen Abgrenzung könne "eine wirksame linke Opposition" aufgebaut werden. Dieser Ansatz ist nicht nur nicht weiterverfolgt worden, er ist gänzlich ins Leere gelaufen.

Wenn dagegen Jürgen Gottschlich heute über Rot-Grün als eine "notwendige gesellschaftliche Entwicklung"(TAZ) schreibt, dann kommt man der Wahrheit vielleicht näher. Genauso wie die Reformpolitik der SPD Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre für die gesellschaftliche Weiterentwicklung notwendig war, ist der Inhalt grüner Politik ein notwendiger Schritt kapitalistischer aber auch gesellschaftlicher Modernisierung. Löst man sich ein wenig vom Gedanken der reinen Ökologie und wendet sich dem Menschen zu, dann ist unzweifelhaft eine radikale Veränderung der Gesellschaft und ihrer Wirtschaft im Interesse des Lebens und der Lebensbedingungen der Menschen notwendig. Damit ist die Politik der Grünen, unabhängig vom Agieren einzelner Personen, nicht nur Anpassung, sondern aktives Vorantreiben einer notwendigen Veränderung, die eben nicht nur den Kapitalismus besser funktionieren läßt, sondern auch die Bedingungen des Lebens berührt. Auf einem anderen Blatt steht, daß von der ökologischen Idee bei der Unterordnung unter die kapitalistische Modernisierung nur die Hülle verbleibt und die Rechnung vor allem von den sozial Schwachen bezahlt soll. Wie die Grünen mit diesem Widerspruch umgehen werden, wird einer der entscheidenden Mäßstäbe für linke Ansprüche an Rot-Grün sein müssen.

Die geforderte wirksame Opposition gibt es in der Gesamt-BRD bisher nicht, und innerhalb der westlichen Bundesländer gibt es aus der Linken heraus auch keinerlei Anstrengungen, eine solche aufzubauen. Ebenso gibt es kaum nennenswerte außerparlamentarische Bewegungen, die als Kraft und Korrektiv auf die Grünen wirken könnten. Auf einem Teilgebiet der BRD wird eine solche Opposition von der PDS repräsentiert. Das Ergebnis der Bremer Wahlen hat andererseits deutlich gezeigt, daß eine solche Politik nicht zu verpflanzen ist, sondern daß sich linke Oppositionspolitik neu herausbilden muß.

Es wäre eine Überlegung wert, von links doch noch einmal den Weg zu beschreiten, Forderungen an Rot-Grün zu entwickeln, statt nur die Anpassung anzuklagen.

he., Hamburg

10. Ich bin der, der ich bin (zu Mauricio Rosencof)

Gespräch mit Mauricio Rosencof:

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: Kultur; Uruguay; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:19

Vor gut zehn Jahren, im März 1985, wurden die letzten "Geiselgefangenen" der Militärdiktatur in Uruguay freigelassen. Einer von ihnen war der heute 61jährige Mauricio Rosencof. Der Journalist und Dramatiker hatte 1985 dreizehn Jahre Folter und Haft hinter sich, mehr als elf Jahre davon in vollständiger Isolation. Einige seiner Theaterstücke sind in dieser Zeit unter den schwierigsten Bedingungen entstanden (1).

Seit seiner Freilassung widmet sich Mauricio Rosencof ganz legal dem Theater und vor allem der literarischen Arbeit. Zur Zeit schreibt er ein Erinnerungsbuch über seine Kindheit, das von nichtangekommen Briefen handelt. Rosencof ist als Sohn jüdischer Emigranten aus Polen in Uruguay geboren. Viele seiner Verwandten wurden in Auschwitz und im Warschauer Ghetto ermordet.

Auf deutsch erschienen ist jetzt sein Roman "Der Bataraz" (2). El Bataraz ist ein grauweißer, südamerikanischer Hahn. Das Buch ist ein politisches Buch über die Würde des Menschen in Gefangenschaft.

Es ist dem 1989 verstorbenen Raúl Sendic gewidmet, einem Mitgefangenen Rosencofs und Gründer der urugayischen Tupamaros.

Mauricio Rosencofs "Bataraz" wurde bereits 1992 in Montevideo verlegt. Ich habe Mauricio 1991, als er davon erzählte, versprochen, es zu rezensieren, wenn es auf deutsch herauskommt. Nun ist es soweit, und ich finde es sehr schwer, mein Versprechen einzulösen. Nicht, weil es ein schlechtes Buch ist, im Gegenteil. Aber es gehört zu denen, bei deren Be-schreibung es schwer ist, die richtigen Wörter zu finden.

Das Buch "Der Bataraz" ist ein Geschenk, obwohl es ein Buch über Folter und Verfolgung ist. Es ist ein Juwel unter den Büchern, eines, das im Kopf weiterarbeitet, eines, das man nicht weglegen kann. Ich glaube, es gehört zu den wichtigen Texten, die aus der Perspektive eines Überlebenden geschrieben wurden - anders, aber genauso einprägsam wie Primo Levis "Ist das ein Mensch?" (3) und Jirí Weils "Leben mit dem Stern" (4). Levi beschreibt Auschwitz, Weil die Judenverfolgung im von den Deutschen besetzten Prag, Rosencofs Roman hat die Erfahrung von Isolationsfolter und Geiselhaft zum Thema.

Die Tage glitten in symmetrischen,langsamen, immergleichen, ruhigen, sterbensmüden, lustlosen Wellen am Fuß der Mauer dahin.

Denn es gab eine Mauer. Oder zwei, oder drei. Vielleicht auch vier. Ich habe sie nie gesehen. Ich habe die Mauern nie gesehen. Nicht einmal die, die senkrecht zu meinen Füßen abfiel.

Die Mauer war massiv, aus einem einzigen Stück von unvorstellbaren Ausmaßen. Es war unmöglich, ihre Höhe abzuschätzen. Ich nahm an, daß sie sehr hoch war, und zwar so hoch, daß sich auf ihren Zinnen, mit denen sie vermutlich - das war möglich, ja sogar wahrscheinlich - abschließen würde, kein Vogel, gleich welcher Spannweite und so hoch er auch fliegen mochte jemals niederlassen würde, um sich auf der Reise auszuruhen, so wie es Zugvögel tun, die über das Meer fliegen und einen Augenblick auf einem unbekannten Mast rasten.

Elfeinhalb Jahre völlige Isolation, in Erdlöchern oder Ställen, lange Zeit ohne ausreichende Nahrung, oft ohne Wasser, meist völlig allein. Rosencof war 1972 als Tupamaro, als Militanter, verhaftet worden und wurde erst im März 1985 als einer der letzten politischen Gefangenen freigelassen, als die Militärdiktatur zu Ende war. Wie hält einer das aus?

In "Wie Efeu an der Mauer" (5), das vor einigen Jahren veröffentlicht wurde, beschreiben "El Ñato" (Eleuterio Fernández Huidobro) und Rosencof in einem über Tage geführten Erinnerungsgespräch die realen Bedingungen in der Geiselhaft, wie die Klopfzeichen durch die Wand funktionierten, wie die Zeit verlief und wie die Verhöre stattfanden. Die Aufzeichnung dieses Gesprächs fand 1987, zwei Jahre nach Freilassung der Gefangenen statt.

Rosenkofs "Bataraz"-Erzählung ist in vieler Hinsicht eine Ergänzung der "Efeu"-Gespräche, denn er greift die Erinnerungen auf, thematisiert aber auch Erfahrungen, über die die bisher erschienenen Berichte Gefolterter meistens schweigen: Träume, Wahnvorstellungen, Sexualität, Wahrnehmungsveränderungen durch die Isolation, Angst und aus der Luft gegriffene Hoffnungen.

Es begann damit, daß mir etwas Merkwürdiges auffiel, wenn ich beim Gehen die Richtung wechselte. Den Ausmaß unseres Hühnerstalls entsprechend konnte ich in der Diagonale drei kurze Schritte machen. Wenn ich in die Ecke kam - immer kam ich mit dem linken Fuß zuerst an - drehte ich ihn um 45 Grad, damit ich nicht an die Mauer stieß. Den Rückweg legte ich genauso zurück. (...) Auf eben einer dieser täglichen Wanderungen überraschte ich mich dabei, wie ich eine Bewegung machte, die nicht zu mir gehörte - inzwischen aber zu mir gehört. Als ich in der Ecke angekommen war, den Fuß gedreht hatte und mich wieder auf den Rückweg machen wollte, entwickelte ich - beileibe nicht jedesmal - die Gewohnheit, ein Bein anzuziehen. Dabei krallte ich die Zehen in den Leinenschuhen zusammen und ruckte kurz und abgehackt mit dem Kopf. Dann setzte ich das Bein vorsichtig wieder auf den Boden und setzte meinen Marsch fort, als ob nichts geschehen sei.

Im "Bataraz" gibt es verschiedene Ich-Erzähler und Figuren, Menschen und Tiere, sowie eine vielschichtige, lebendige Welt mit Städten und Stränden zwischen Montevideo, Paris, Stockholm und Lappland, Erinnerungen und erfundene Geschichten. "Wirklichkeit" sind allein das winzige, dunkle Verließ und die Wachsoldaten. Um das auszuhalten, ist es für den Gefangenen notwendig, sich selbst andere "Realitäten" zu erfinden. Um nicht verrückt gemacht zu werden, um die eigene Würde zu behalten, läßt sich der Gefangene auf Phantomgespräche und Erscheinungen ein, die er sich selbst ausdenkt. Der Titel des Buches nennt eine dieser Figuren: es ist ein sprechender Hahn, der von den Militärs wie ein Geiselgefangener behandelt wird. Eine andere Figur ist Hortensio, der Romanfigur bleibt, und dessen Liebesgeschichten, Tod, Wiederauferstehung und Lebensbeschreibung dem Gefangenen phantastische Ausbrüche aus dem real erlebten Folteralltag erlauben. Hortensios Geschichte in der Geschichte bietet zudem Anlaß für einen großartigen Traum von einem Wunder, dem der eigenen Befreiung: Nobelpreis, Regierungsverhandlungen auf höchster Ebene, um den Gefangenen, der den Roman über Hortensios Leben schrieb, freizuhandeln, dann Schweden, ein Landgut mit Orangenbäumen und einer Fischzucht ...

Neben den Erinnerungen und Zukunftsträumen, die meist mit ganz konkreten, früher einmal gekannten, Personen zu tun haben, gibt es auch prominente Phantasiebesucher im Verließ der Isolation. Auch Jesus persönlich taucht auf. Man tauscht sich über Knasterfahrungen aus, und auch Jesus wird von den Militärs gefoltert.

Doch das, was unglaubhaft und vielleicht sogar kitschig scheint, ist genau das Gegenteil. Es ist nicht weniger vorstellbar wie die realen Erfahrungen, von denen berichtet wird. Es werden Grenzen überschritten, zweifellos, aber die sind bereits durchbrochen durch das Unerhörte und Unbeschreibliche des Lebens in der Isolationshaft. Rosencof gelingt es mit seiner schönen Sprache und dem Vermögen, die Welt und die Phantasiewelt in der Zelle zu beschreiben - auch mit Zynismus und Witz - einen Roman zu schreiben, der, obwohl er im Kerker spielt, die ganze Welt hereinholt, illegal, versteht sich. Gleichzeitig ist "Der Bataraz" genau deshalb auch mehr als ein Knastbuch, es ist eines über das Leben und die Würde und vor allem die Träume und Phantasien von Menschen. Ein Schlüsselsatz des Romanes sagt: ICH BIN DER, DER ICH BIN.

Das Buch handelt davon, wie einer es schafft, das zu bleiben, trotz unmenschlicher und unvorstellbarer Lebensbedingungen. Was macht es da schon, wenn Jesus ein Ronson-Feuerzeug benutzt, die Gefangenen gegen eine Ladung Seehecht ausgetauscht werden und das Graben eines Tunnels in die Freiheit mit dem kleinen Löffel 342 Jahrhunderte dauern würde?

Katja Leyrer

Anmerkungen:

1) Als der Kerker zur Theaterwerkstatt wurde. Büro für Kultur- und Medienprojekte, Hamburg 1995

2) Mauricio Rosencof: Der Bataraz. Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1995

3) Primo Levi: Ist das ein Mensch? dtv, München 1992

4) Jirí Weil: Leben mit dem Stern, rororo, Reinbek bei Hamburg 1995

5) Mauricio Rosencof, E. Fernández Huidobro: Wie Efeu an der Mauer. Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1990

Gespräch mit Mauricio Rosencof:

Phantasie als Widerstand gegen Isolationsfolter

Frage: "El Bataraz" ist ein wichtiges Buch über Folter, Widerstand und Überleben. Es ist kein Buch, über das man schreiben kann: Lest es, denn es ist ganz schönes Buch! Wie würdest Du eine Rezension darüber machen?

Mauricio Rosencof: (Lacht) Bueno! ... Neben dem offensichtlichen Chaos gibt es in diesem Buch eine Ordnung. In der Erinnerung und im Denken eines Individuums gibt es keine Chronologie. Alles besteht gleichzeitig, die Erinnerung, die Phantasie, die Gegenwart und die Träume.

Das, was in der Geschichte geschieht, hat mit einer persönlichen Konzeption von Zeit zu tun - was ich auch in der Politik anwende. Die Vergangenheit ist die Gegenwart der vorhergehenden Tage. Die Befreiung der Konzentrationslager ist nicht etwas, das ganz pompös vor 50 Jahren stattgefunden hat - das ist vor einigen Stunden gewesen! Und die Zukunft ist die Gegenwart, die in einigen Momenten beginnt.

Auf diese Weise kommt man zu dem Ergebnis, daß die Gegenwart nicht existiert.

Und diese Erkenntnis ist Teil der Überlebensstrategie in "El Bataraz"?

Die Gegenwart des Protagonisten dieses Romans ist nicht lebbar. Sein Leben ist eine Halluzination, ein Traum der Projektion auf einen Hahn. Das kann gleichzeitig und ohne Widersprüchlichkeit eine Projektion seiner Vorstellungen sein, eine Projektion seiner Persönlichkeit oder ein Hahn, der wirklich und anfaßbar ist. Alles gilt. Zur gleichen Zeit. Darauf gibt es keine Antwort, weil darauf keine zu geben ist.

Es gibt aber dabei eine wichtige Konstante in diesem Individuum, und das ist der Erhalt seiner Würde. Es handelt sich um einen Menschen, dessen Kopf auf diese Weise funktioniert, und das ist der letzte Rest - die Zuflucht des Widerstandes. Er ist dabei, seine letzte Schlacht zu schlagen in seinen Vorstellungen und Halluzinationen.

Man kann "El Bataraz" als Ergänzung zu den "Efeu"-Erinnerungen lesen, obwohl sich das Buch auf einer völlig anderen Ebene bewegt ...

... Exakt.

Es werden Themen, auch tabuisierte, im Zusammenhang mit Gefangenschaft und Folter angesprochen. War das Deine Absicht?

Im "Efeu" werden wirklich die Fakten erzählt, Ñato und ich haben damals absichtlich diese Form gewählt, damit die Leute nicht glauben könnten, es handele sich um Literatur. Die Erinnerungen beschreiben die Fakten.

"El Bataraz" ist eine literarische Ausarbeitung dessen, was sich im Kopf derer abspielte, die die Erinnerungen geschrieben haben. Dieser Punkt ist mir sehr wichtig. Ich glaube, daß die Biographie eines Menschen verfälscht wird, wenn man nicht auch von seinen Träumen und Phantasien und von den ganz trivialen Dingen spricht. Hatte Jesus am Kreuz den Drang zu pinkeln?

An politische Gefangene wird oft der Anspruch gestellt, daß sie Helden sein müssen. Hat es Kritik an Deinem Umgang mit dem Thema gegeben?

Ich glaube, dieses Problem ist hier, in Deutschland, verbreiteter als bei uns. Kurz nachdem wir aus dem Knast raus waren, haben mich allerdings einige Genossen auf diesen Punkt angesprochen. Ich habe ihnen gesagt, daß ist eine politische Meinung, die eine Dummheit ist.

In "El Bataraz" gibt es auch eingestreute Berichte über reale Ereignisse. Hat der verharmlosende Besuch der Vertreter des Roten Kreuzes während Deiner Gefangenschaft wirklich stattgefunden?

Si, si... Sie haben später mit mir gesprochen und zugegeben, daß das ein Fehler war.

Und hat es wirklich die politische Auseinandersetzung um den Wein gegeben unter den Genossen?

Si, si ... Das war 1966 in einer illegalen Wohnung.

"El Bataraz" ist oft autobiographisch. Wir hatten die Realität von Folter, und die Geschichte, wo die Soldaten auf den Gefangenen im Graben pissen, ist auch Realität gewesen. Es gibt einiges, was hinzugefügt, literarische Ausarbeitung ist, z.B. daß Gott im Kerker erscheint...

Du beschreibst einen der Knastärzte mit dem Namen "Mengele" ...

... meine Familiengeschichte ist immer anwesend gewesen, auch in meinen Vorstellungen und meinem Verhalten. Die Ärzte dieses Knastes "Mengele" zu nennen, ist ganz normal. Es ist meine persönliche Sprache, aber wenn ich ihn so nenne, dann wissen meine Leute, was das bedeutet.

Das Interview fand am 22. Mai 1995 in Hamburg statt. Die Fragen stellte Katja Leyrer.

11. So oder so - die Zeiten werden heiß. Notwendige Infos zu den wahrscheinlichen Resultaten des anthropogenen Treibhauseffektes

Notwendige Infos zu den wahrscheinlichen Resultaten des anthropogenen (1) Treibhauseffektes

Autor: hhH · Rubrik: Umweltpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:05

"In der Entwicklung der Produktivkräfte tritt eine Stufe ein, auf welcher Produktionskräfte und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, die unter den bestehenden Verhältnissen nur Unheil anrichten, welche keine Produktionsmittel mehr sind, sondern Destruktionskräfte."

Karl Marx, "Die Deutsche Ideologie", 1846, nach MEW 3, S. 69.

"Dieser Widerspruch zwischen den Produktivkräften und der Verkehrsform, der, wie wir sahen, schon mehreremal in der bisherigen Geschichte vorkam, ohne jedoch die Grundlage derselben zu gefährden, mußte jedesmal in einer Revolution eklatieren ..." (Ebenda, S. 74).

Welcherart der "Eklat" sein wird, auf den die im Klimaproblem kumulierenden "Widersprüche zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen" gegenwärtig zutreiben, ist durchaus noch offen. Um ein böses Erwachen in einem - auch sozial und politisch - katastrophal rauhen Klima (zwischen "Rette sich, wer kann" und "Ökodiktatur") zu vermeiden, müssen sich gerade jene Kräfte, die aus verschiedenen Gründen gegen die (selbst-)mörderischen "Verkehrsformen" der bürgerlichen Gesellschaft opponieren (und deren Überwindung anstreben), fragen: "Was wird an Klimaveränderungen erwartet, wen werden diese wie treffen?" Und vor allen Dingen: "Welche Maßnahmen sind erforderlich?"

Unter der Voraussetzung eines "business as usual" geht die Klimawissenschaft heute von einer globalen Temperaturerhöhung um zwei bis fünf Grad bis zum Jahr 2100 aus. Die Folgen wären eine Erhöhung des Meeresspiegels um 30 bis 60cm (2), ein vermehrtes Auftreten von Dürreperioden, ungewöhnlich heftigen Niederschlägen und Stürmen (mit bis zu 70% über dem heutigen Niveau liegenden Windgeschwindigkeiten) sowie eine globale Verschiebung und Veränderung von Klimazonen. Von der Erhöhung des Meeresspiegels wären die Flußmündungen von Nil, Ganges, Indus, Jangtse, Mekong, Niger, Mississippi, Amazonas und Po sowie die niedrig gelegenen Inseln (wie die Malediven) und Festländer (wie Bangladesch) besonders hart betroffen. "Fünf Millionen Quadratkilometer Land entlang der Küsten - eine Fläche, halb so groß wie Europa - würden verschluckt. Das entspricht zwar nur drei Prozent der irdischen Landfläche, aber einem Drittel des derzeit verfügbaren Ackerlandes." (Spiegel 12/1995) (3) Weite Siedlungsgebiete, darunter Millionenstädte wie Manila oder Schanghai, würden unbewohnbar bzw. zerstört. Ähnliches gilt für Flachmeere (z.B. das Wattenmeer), Mangrovenwälder und Korallenriffe mit ihren abertausend Arten und wichtigen Speisefischen, die eine herausragende Funktion bei der Reproduktion der Fischbestände haben. In den nächsten 50 Jahren würden sich die Klimazonen um mehrere hundert Kilometer auf die Pole zubewegen. In nur 30 Jahren könnten dadurch bis zu 50.000 Tier- und Pflanzenarten aussterben und weite Gebiete Südeuropas sowie des Mittelwestens der USA zu Wüsten werden. Von Trockenheit am stärksten geschädigt würden voraussichtlich die jetzt schon relativ trockenen und häufig von Dürren heimgesuchten Gebiete im westlichen und südlichen Afrika, in Südostasien und in Teilen Mittel- und Südamerikas. Durch Wassermangel und hohe Temperaturen würden sich Krankheiten wie Malaria, Asthma, Tuberkulose, Lepra, Denguefieber und Masern wieder stärker ausbreiten. Moskitos würden neue Lebensräume in Teilen der USA, in Australien, Großbritannien, Bangladesch, China und Ägypten finden. 50 bis 90 Prozent der nördlichen "boralen" Wälder würden die Erwärmung nicht überleben. Erste Zeichen einer erhöhten Anfälligkeit gegen Insekten und vermehrte Waldbrände sind bereits zu verzeichnen. Die in diesen Wäldern lebende indigene Bevölkerung, wie die der Lubicon Cree aus Kanada, der skandinavischen Sami oder der Chanten aus Westsibirien, deren Existenz schon heute durch die Aktivitäten der holzverarbeitenden Industrie und der Ausbeutung von Öl, Gas und mineralischen Bodenschätzen bedroht ist, würde mit ihren Wäldern verschwinden. Auch die durch Luftschadstoffe bereits geschwächten Wälder Mitteleuropas gerieten zusätzlich unter Klimastreß. Für Mitteleuropa werden schon bei einer Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur um ein Grad ein

mediterranes Klima und eine Verschiebung der Vegetationszonen um 200 km nordwärts erwartet. Die hiesigen Eichen müßten weichen, nach Fichten oder Buchen müßten wir mühevoll suchen. Ausbreiten würden sich dafür eine Reihe von Schadinsekten, welche in der geschwächten Vegetation ausreichend Nahrung und in dem erwarteten winterwarmen und -feuchten Klima beste Bedingungen für die Vermehrung vorfänden. Allerdings bleiben Detailaussagen für solche regionalen Veränderungen schwierig. Sollte sich der Salzgehalt des Nordmeeres infolge des Schmelzen der arktischen Gletscher allzu stark verringern und sollten die leichter gewordenen Wassermassen dadurch nicht mehr ausreichend absinken, würde der warme Golfstrom weniger stark angesogen werden. Infolgedessen könnte sich der Temperaturanstieg in Mitteleuropa verringern oder gar umkehren. Das hieße, daß wir uns in Mitteleuropa eventuell trotz oder gerade wegen der Erderwärmung ganzjährig warm anziehen müssen. Daß dies keine reine Spekulation ist, belegt die Tatsache, daß die Sinktiefe des Grönland-Wassers bereits einmal von 5000 Meter auf 1000 Meter abgenommen hat. (4)

Ob der diesjährige kalte Frühling (mit einem fünftägigen Hochsommereinbruch in dem mehr vom Kontinentalklima beeinflußten Osten Deutschlands) eine Folge davon ist, läßt sich natürlich nicht belegen. Doch dafür, daß der anthropogene Treibhauseffekt global gesehen bereits Wirkung zeigt, gibt es eine Reihe Indizien.

Klimaveränderungen

sind bereits Realität

In diesem Jahrhundert stieg die globale Durchschnittstemperatur bereits um 0,6 Grad. Die zehn seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen vor 140 Jahren heißesten Jahre traten alle nach 1980 auf. Das heißeste war 1990, das drittheißeste 1991. (5) In den USA war der Winter 1991/92 der wärmste seit Beginn der Aufzeichnungen. Moskau registrierte sechs milde Winter in Folge. Bohrungen im Eis ergaben, daß die letzten 50 Jahre die wärmste Periode seit 12.000 Jahren bedeuteten. Das kann natürlich nicht ohne Auswirkungen bleiben. Die schneebedeckte Fläche Eurasiens ist seit 1970 um 10% (eine Fläche von der Ausdehnung Alaskas) zurückgegangen. Die Alpen büßten in den letzten 100 Jahren die Hälfte ihrer Gletschermasse ein. Tendenz: Steigend! Seit den 80er Jahren verlieren sie jährlich 40 cm Eisdicke. Von den Gletschermassen am Mount Kenia sind seit 1963 40% abgeschmolzen. Derzeit wandert die Gebirgsflora vier Meter im Jahr in Richtung der Gipfel.

Auch Motten, Käfer und Spinnen erobern sich immer neue Lebensräume: Weiße Fliegen vernichteten 1991 große Teile der Obst- und Gemüseernte Südkaliforniens, im selben Jahr kam es in Ostaustralien (wie zwei Jahre später in Ungarn) zur schlimmsten Heuschreckenplage seit Gedenken. Tausende Hektar österreichischer und süddeutscher Wälder wurden in den Jahren 1992 und 1993 von Borkenkäfern vernichtet, neu eingewanderte Mottenarten verspeisten derweil Felder und Wälder Englands und Schottlands. Dafür bleiben immer mehr Zugvögel im Norden oder kehren früher zurück und verdrängen die Nichtzieher. In den Regenwäldern verstärkte sich zwar infolge des Düngeeffekts das Wachstum der Bäume; doch sie sterben dafür auch früher, so daß ernste Störungen dieser empfindlichen - schon durch den Raubbau beeinträchtigten - Ökosysteme befürchtet werden. In der Mongolei (1990), in Indonesien (1991), Kalifornien(1992 und 1993), Sibirien, Simbabwe, Kanada (alle 1992) und Australien standen in den letzten Jahren riesige Waldflächen in Brand. In China war zwischen 1990 und 1991 ein Achtel des Landes von starker Trockenheit betroffen. Kalifornien verzeichnete die mit fünf Jahren längste Dürreperiode dieses Jahrhunderts. Dasselbe widerfuhr Peru 1990 und Südengland 1991. Schon 1992 gab es in Peru eine noch verheerendere Dürre. Dänemark beklagte aufgrund der Trockenheit Ernteausfälle im Wert von rund einer Mrd. Dollar. "Jahrhundertdürren" gab es ebenso in Griechenland, Frankreich und Spanien. 1993 plünderten hungernde Bauern in Brasilien nach vier Jahren Dürre Lebensmittelgeschäfte; Simbabwe, Sambia, Malawi, Angola, Mosambik, Namibia, Botswana und Südafrika wurden von der größten Dürre seit Menschengedenken heimgesucht, ebenso wie das nordöstliche Queensland in Australien.

Auch die Zahl und Schwere von Überschwemmungen nimmt rasant zu. (6) Niederschläge in Rekordhöhen und schwere Überschwemmungen gefährdeten 1990 über drei Millionen Menschen in Burma, Bangladesch und Indien. Nach den schwersten Überschwemmungen seit Menschengedenken wurden 1991 100.000 Menschen in Bombay, entlang des Jangtse in China 10 Mio. Menschen obdachlos. Auch Kambodscha erlitt seine bisher größte Flutkatastrophe. In Israel und Ägypten gab es verheerende Überschwemmungen, der Wasserpegel der Donau stieg in nie gekannte Höhen, und in Chile stand die Wüste unter Wasser. 1992 traf es neun

US-Bundesstaaten entlang des Mississippi, in China wurden 50 Mio. Menschen von Überflutungen in der Provinz Fudschian in Mitleidenschaft gezogen. 1993 verursachten heftige Niederschläge in der Schweiz, in Frankreich und in den italienischen Alpen große Schlammassen, die die Städte überfluteten. In Deutschland, Frankreich und Belgien wurden einige Städte evakuiert, Nordeuropa erlebte seine "Jahrhundertflut", und auch die USA wurden wieder stark in Mitleidenschaft gezogen. Nicht vergessen ist die zweite "Jahrhundertflut" in diesem Winter am Rhein.

Auch die Erwärmung der Weltmeere hat längst begonnen. In den letzten 40 Jahren stieg deren Temperatur um 0,8 Grad. In den vergangenen 100 Jahren stieg der Meeresspiegel insgesamt um 20 cm. In Australien und Neuseeland wurden seit 1975 Erhöhungen von vier Zentimetern gemessen. Global erhöht sich der Pegelstand derzeit um drei Zentimeter pro Jahrzehnt. Als Folge der Erwärmung werden auch die Bleiche der Korallenbänke und das Planktonsterben angesehen. In der Straße von Hormuz sind 50% der Korallen tot. Im nordöstlichen Pazifik ist die Masse des Planktons seit 1950 um 80% zurückgegangen. Weil von der Wassertemperatur auch die Zahl und Intensität von Wirbelstürmen abhängt, kann die Zunahme der verheerenden Wirbelsturmkatastrophen (Bangladesch, Nicaragua, Kalifornien usw.) in den letzten Jahren ebenfalls dem aktuellen Konto des anthropogenen Treibhauseffektes "gut"geschrieben werden. Auf den Malediven mußten die ersten BewohnerInnen kleinerer bedrohter Inseln auf größere umgesiedelt werden. Auf der Pazifikinsel Kiribati sterben die Palmen, weil die Stürme Salzwasser in die Süßwasserreservoire drückten. In der zweitgrößten Stadt Mosambiks, Beira, stand 1993 das Meer in den Straßen und drang in die Häuser ein.

Neben der Sorge, wer die Folgen der treibhauswirksamen Emissionen mit persönlicher Not, Hunger und Vertreibung bezahlen muß, stellt sich immer dringlicher auch die Frage nach den finanziellen Möglichkeiten des Katastrophenschutzes. Nach einer niederländischen Studie würde es weltweit allein 488 Mrd. Dollar kosten, die dichtbesiedelten Küstenstädte, Hafenanlagen und landwirtschaftlich genutzen Gebiete vor Überschwemmungen zu schützen. "Während die OECD-Staaten im Durchschnitt 0,037% ihres Bruttosozialproduktes für Küstenschutzmaßnahmen aufzuwenden hätten, müßten die Bewohner der Malediven - ihr höchster Berg ist gerade drei Meter hoch - für ihre Rettung 34% ihres Bruttosozialproduktes ausgeben." (7) Doch selbst für die wirtschaftlich starken Nationen sind die Klimaveränderungen (schon jetzt) kein Pappenstiel: Verglichen mit den 60er Jahren ist die Zahl der Naturkatastrophen von 1985 bis 1994 auf das Vierfache gestiegen, der Schaden für die Volkswirtschaften auf das Sechsfache und für die Versicherungen auf das Vierzehnfache. (8) Der 1990 über Süddeutschland stürmende Orkan "Wiebke" verursachte allein vier Mrd. Mark Schaden. Der Hurrikan Andrew vom August 1992 war mit umgerechnet 45 Mrd. Mark Schaden die teuerste Katastrophe der US-Geschichte. Acht Versicherungsgesellschaften fegte "Andrew" in die Pleite. (9) Die Rückversicherungsgesellschaften haben ihre Prämien um 1.000% erhöht und denken über eine Einschränkung der Deckungssummen nach. (10)

Welche Maßnahmen sind erforderlich?

In der FR vom 28.3.1995 stellte Prof. W. Bach, Mitglied der ehemaligen Bonner Klima-Enquete-Kommission und Leiter der Abteilung Klima- und Energieforschung der Universität Münster, sein Konzept einer Eindämmung des anthropogenen Treibhauseffektes vor. Bach geht davon aus, daß den Ökosystemen eine Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur um 0,1 Grad pro Jahrzehnt und bis zum Jahr 2100 eine der letzten Warmzeit (11) vor 125.000 Jahren entsprechende Durchschnittstemperatur von zwei Grad über dem vorindustriellen Niveau gerade noch zugemutet werden kann. Gelänge dies, würde der Klimakonvention von Rio Genüge getan, die verlangt,"... die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre auf einem für das Klimasystem ungefährlichen Niveau zu stabilisieren, das die Ernährungssicherung nicht gefährdet und eine dauerhafte wirtschaftliche Entwicklung sicherstellt." Darauf abgestellte Klimamodellrechnungen für die Jahre zwischen 1990 und 2100 ergaben folgende Zielvorgaben für eine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen:

- 100% für FCKW, H-FCKW und Halone

- 100% für CO2 im Bereich der Waldvernichtung

- 70% für CO2 im Bereich des fossilen Brennstoffverbrauchs,

- 50% für Lachgas (N20) (das z.B. durch Düngung und bei der Biomassenverbrennung anfällt)

- 5% für Methan (CH4) (das z.B. in den Bereichen Massentierhaltung, Reisanbau und Mülldeponien anfällt)

Aufgrund der großen Verweildauer der meisten Treibhausgase in der Atmosphäre (CO_2 bis zu 200 Jahren) müßten die Emissions-Minderungen bereits bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts erreicht werden. Das Erfolgsgeheimnis einer entsprechenden Minderungspolitik sieht Bach in "der fairen Zuordnung der Länder auf vergleichbare Gruppen." Bezogen auf das Leitgas CO_2 schlägt er zunächst eine Berücksichtigung nur der Länder vor, deren Emissionen 1987 höher als 10 Mio. Tonnen waren. Das seien 88 von insgesamt 228 Nationen, die für rund 95% der CO_2-Emissionen verantwortlich sind. Bach möchte außerdem Kriterien wie Menge und Pro-Kopf-Emissionen, ökonomische Leistungskraft, Schuldenlast und Welthandel, Ressourcen, Energieerzeugung und -nutzung sowie Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt sehen, woraus sich folgende Gruppen ergeben würden:

- wirtschaftlich starke Industrieländer wie USA, Japan, Deutschland,

- wirtschaftlich weniger starke Industrieländer wie Spanien, Griechenland,

- wirtschaftlich schwache Industrieländer wie Rußland, Polen, Tschechien,

- Ölländer wie Saudi-Arabien, Iran, Irak,

- Schwellenländer wie Südafrika, Südkorea, Argentinien,

- Entwicklungsländer wie China, Indien, Brasilien.

Für die erste Zielperiode bis zum Jahr 2005 hält Bach die folgenden Reduktionsziele (bezogen auf 1987) für ausreichend:

- eine Abnahme um 25% für die wirtschaftlich starken Industrieländer

- ein Zurückführen auf den Stand von 1987 für die wirtschaftlich weniger starken Industrieländer

- eine Zunahme um 2% für die wirtschaftlich schwachen Industrieländer

- eine Zunahme von jeweils 10% für die Öl- und Schwellenländer

- eine Zunahme von 50% für die Entwicklungsländer (12)

Insgesamt ergäbe sich daraus für das Jahr 2005 ein Rückgang der CO_2-Emissionen auf die Werte von 1987. Die Industrieländer kämen zusammen auf eine Minderung von 15%. Nach 2005 wären weitere drastische Reduktionen nötig. Die wirtschaftlich starken Industrieländer müßten ihre Emissionen bis 2020 um 40%, bis 2050 um 80% , bis 2075 um mindestens 85% und bis 2100 um 90% reduzieren. Global seien 15% bis 2020, 50% bis 2050, 60% bis 2075 und 70% bis 2100 erforderlich.

Wie kann das geschehen?

Detailuntersuchungen der Klima-Enquete-Kommission und des Wuppertaler Instituts haben gezeigt, daß bereits mit den heutigen technischen Möglichkeiten fast die Hälfte des Energieverbrauchs in Deutschland eingespart, dadurch über 100 Mrd. Mark Energiekosten vermieden und etwa 500.000 Dauerarbeitsplätze geschaffen werden könnten. Das zentrale "Instrumentencocktail" hieße Planung nach den geringsten Kosten/integrierte Ressourcenplanung (Least Cost Planning = LCP). Dazu gehören eine Energiesteuer, ein "Einspar-Contracting" (das Energieversorgungsunternehmen streckt die Investition in eine Energieeinsparmaßnahme vor, und die Kundschaft zahlt die Investition bei gleichbleibender Energierechnung zurück, wobei die Anlage in das Eigentum der Kunden überginge), eine Wärmenutzungsverordnung (Erhöhung der Wirkungsgrade und Nutzung von Abwärme) sowie Fördermaßnahmen fiskalischer Art und Fortbildungs-, Informations-, und Beratungsprogramme. In Deutschland wird LCP von 50 Stromversorgern in mehr als 150 Pilotprojekten durchgeführt. In einer LCP-Fallstudie für die Stadt Hannover wird eine Reduzierung der Kraftwerksleistung um 18 Gigawatt innerhalb von etwa acht Jahren für möglich gehalten. Davon entfielen sechs Gigawatt auf den Grundlastbereich, in dem vorwiegend Atommeiler arbeiten. Durch LCP könnten also gleichzeitig Klimagefahren minimiert und Atomkraftwerke stillgelegt werden.

Fazit und Ausblick

Die Vorgaben Bachs sind sicherlich nicht frei von Rücksichtnahmen auf politische und ökonomische Interessen. So wäre die geringe Bedeutung, die Bach den bei der Agroindustrie erzeugten

Treibhausgas-Emissionen beimißt, zu hinterfragen. Zum Verkehrsbereich hat das Wuppertaler Institut andernorts Stellung genommen und seine Nichtberücksichtigung in der FR dürfte lediglich redaktionell/technische Gründe haben. Das von Bach vorgestellte Zahlenwerk bietet aber immerhin eine Reihe von Ansatzpunkten für eine Klimadiskussion, die sich bemüht, von der Notwendigkeit und prinzipiellen Machbarkeit statt von den aktuellen - angesichts der augenblicklichen Kräfteverhältnisse und gesellschaftlichen Strukturen geringen - Durchsetzungsmöglichkeiten auszugehen. Was fehlt, sind Ideen zur Veränderung von Konsumgewohnheiten, die über eine gesteigerte "Energieeffizienz" (z.B. durch eine Energiesteuer) hinausgehen. Analog zu den Treibhausgas-Emissionen könnten z.B. auch zum Verbrauch von Fleisch, Blech, Kunstdünger usw. konkrete Vorgaben (z.B. für die Jahre 2005, 2010, 2050) erarbeitet werden. Daß dies eine sehr gründliche Beschäftigung mit den betroffenen bzw. handelnden Personen und Institutionen (sowie den derzeitigen Produktionsverhältnissen insgesamt) voraussetzt, versteht sich von selbst.

hhH/Berlin

Anmerkungen:

1) Ohne den natürlichen Treibhauseffekt betrüge die durchschnittliche Temperatur der Erdatmosphäre nicht plus 15 Grad, sondern minus 17 Grad. Die Gefährdung der Klimastabilität geht von dem zusätzlich von menschlicher Aktivität (= anthropogen) bewirkten Treibhauseffekt aus.

2) FR 28.3.1995, S. 8 . Als unwahrscheinlich gilt derzeit die großflächige Ablösung kontinentaler Eisblöcke. Würden allerdings das Ross-Schelfeis durch einen Meeresspiegelanstieg abbrechen und die sich landeinwärts anschließenden kontinentalen Eisflächen nachrutschen, so würde die Meeresspiegelerhöhung sechs Meter betragen. In diesem Fall stünden z.B. 80% der Landfläche von Bangladesch unter Wasser bzw. wären von Überschwemmungen bedroht. Diese Ansicht wurde auf dem vom 7.-10.11.1988 in Hamburg veranstalteten Weltkongreß "Klima und Entwicklung" von einem Herrn Hasselmann vertreten. (Quelle: Klima-Aktionsbuch 1990 herausgegeben v. Robin Wood)

3) In dem Spiegel-Bericht wird unter Berufung auf den Versicherungsmeteorologen Berz von einer Erhöhung des Meeresspiegels um einen halben bis zwei Meter ausgegangen, was die Aussage zwar nicht prinzipiell, aber wahrscheinlich vom Ausmaß her relativiert. Mit der Formulierung "Vom Meer verschluckt" "verschluckt" der Spiegel-Bericht unnötigerweise die Tatsache, daß nicht unbedingt von einer ständigen Überflutung des gesamten Gebietes ausgegangen wird, sondern von einer Versalzung der Böden und des Grundwassers. Das betroffene Gebiet ist damit der menschlichen Nutzbarmachung entzogen. Für die betroffenen Regionen bleibt das aber gleichgültig.

4) Der beschriebene Effekt ist wahrscheinlich auch für die erst jüngst analysierten Klimasprünge während der letzten Warmzeit vor 125.000 Jahren verantwortlich, als die Durchschnittstemperatur in Mittel- und Nordeuropa innerhalb eines Jahrzehnts um 14 Grad fiel, um nach 70 Jahren - wiederum abrupt - auf "tropisches Niveau" zu steigen. Während der Warmzeit war es im globalen Durchschnitt drei Grad wärmer als heute. (Siehe Der Spiegel 12/1995)

5) Quelle: "zeitbombe klima" - Anzeichen einer Klimaveränderung, zusammengestellt von Greenpeace. In der Studie wird darauf verwiesen, daß es aufgrund der Partikel, die der Vulkan Pinatubo auf den Philippinen 1991 in die Luft schleuderte, zwar zu einer vorübergehenden Abkühlung (um 0,4 Grad 1992 und 0,2 Grad 1993) gekommen ist, sich der globale Erwärmungstrend aber in Zukunft wohl fortsetzen wird. 1994 war der 1990er Spitzenwert fast wieder erreicht.

6) Klimaveränderungen sind allerdings nur ein Teil der Ursache. Der zur Zeit bestimmende Faktor sind die Abholzungen an den Oberläufen der Flüsse.

7) So der Klimaforschungskoordinator der UN, Hartmut Ganßl, zitiert nach Spiegel 12/1995

8) Die Zahlen sind bereits inflationsbereinigt.

9) Der Spiegel 12/1995

10) Infos aus der Zeitung des Forum Klimagipfel "Land unter" vom 30.3.1995

11) Im Spiegel 12/1995 wird das damals in Mitteleuropa herrschende Klima folgendermaßen beschrieben: "Durch die Eichenwälder Norddeutschlands stapften Elefanten, Flußpferde planschten im Rhein, am Ufer lümmelten sich Löwen - alles durch Knochenfunde belegt."

12) Was Bach hier nicht sagt, spricht er in einem weiteren Artikel in derselben Ausgabe der FR an: Sollte sich die derzeitige demographische Entwicklung fortsetzen, wird die Weltbevölkerung nach einer UN-Prognose zwischen 1990 und 2050 um 83% von 5,3 Mrd. auf rund 10 Mrd. zunehmen und zwar in den Entwicklungs- und Schwellenländern um 108% und in den Industrieländern um 10%. Selbst wenn es gelänge, daß alle Industrieländer ihre CO2-Emissionen bis 2050 um 60% einschränkten, würden sich bei einer weiteren Reduzierung des Rückstandes der Entwicklungs- und Schwellenländer in Bezug auf Bevölkerungsdichte und ökonomischer Entwicklung die globalen CO2-Emissionen bis 2050 auf 49 Mrd. Tonnen mehr als verdoppeln. Die gesetzte Grenzerwärmung von 0,1 Grad pro Jahrzehnt würde so um etwa das Dreifache überschritten. Soll das Recht auf demographische und ökonomische Angleichung nicht in Frage gestellt werden, müßten Veränderungen im technologischen wie im soziologischen Bereich bis zum Jahr 2050 eine CO2-Reduktion um 90% auf Seiten der Industrieländer und um 40% bei den Entwicklungs- und Schwellenländern erbringen. Nur so könnte die Temperaturerhöhung um 0,1 Grad pro Dekade eingehalten werden. Die Klima-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hält eine CO2-Reduktion bis 2050 um 80% auch prinzipiell für möglich. Notwendig wären eine wahre "Effizienzrevolution" und die "zügige Einleitung des Solarzeitalters". Wenn die Entwicklungsländer bei ihrer Entwicklung "nicht die Fehler der Industrieländer wiederholen", könnten sie nach Meinung Bachs "einen Lebensstandard wie in den wirtschaftlich stärksten Industrieländern der 70er Jahre und gleichzeitig einen für die Klimastabilität erforderlichen CO2-Pro-Kopf-Ausstoß von einer Tonne im Jahr" erreichen.

Komm auf die Schaukel, Luise!

Unkalkulierbare Gefahren durch positive Rückkopplungseffekte

Absolut sichere Vorhersagen über Klimaveränderungen kann es trotz aller Erkenntnisse über die wichtigsten Ursache/Folge- Parameter nicht geben. Doch ein Grund zur Entwarnung vermag darin wohl nur erkennen, wer in dem Spiel "Russisches Roulette" ein prima Mittel zur Beruhigung und Zerstreuung sieht. Eine "Kugel" in dem "Revolver", den sich die in den bürgerlichen Produktions- und Aneignungsweisen total verhedderte Menschheit bei einem weiteren business as usual "an den Kopf hält", sind positive Rückkopplungseffekte. Zu den brisantesten zählt die Wechselbeziehung von anthropogenem Treibhauseffekt und Ozonloch. Durch die Schwächung der Ozonschicht attackieren vermehrt UV-B-Strahlen das Plankton der Meere. Der dagegen aufgebaute natürliche Schutzmechanismus reicht schließlich nicht mehr aus. Die verstärkte UV-B-Strahlung nimmt dem Plankton den Orientierungssinn, schränkt dessen Beweglichkeit ein und bleicht lebensnotwendige Pigmente wie das Chlorophyll mit der Folge, daß die Photosynthese geschwächt wird. Öffnet sich das Ozonloch, nimmt die Photosyntheseleistung des Planktons um 12 bis 16% ab. (1)

Unglücklicherweise enthält das Meer ausgerechnet unter dem antarktischen Ozonloch zehn- bis hundertmal mehr Plankton als die tropischen Gewässer. ForscherInnen gehen davon aus, daß das Meeresplankton jährlich etwa vier Mrd. Tonnen weniger Kohlenstoff in Form von Kohlendioxid binden könnte, wenn die UV-B-Strahlung 10% des Planktons abtöten würde. Das wäre etwa soviel, wie jedes Jahr durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe entsteht. Die Ozeane entziehen der Luft etwa 104 Mrd. Tonnen CO2, die Landpflanzen etwa 100 Mrd. Tonnen. Beide Ökosysteme geben jeweils 100 Mrd. Tonnen Sauerstoff wieder an die Atmosphäre ab. Weil das tote organische Material der Meere zum Teil in der Tiefe des Meeres verschwindet und der gebundene Kohlenstoff dadurch der Atmosphäre für immer entzogen ist, verarbeitet das Plankton etwa vier Mrd. Tonnen Kohlendioxid mehr als die Landpflanzen. Abgesehen von der Bedeutung des Planktonsterbens für die schon durch Überfischung gefährdeten Fischbestände bedroht das Ozonloch also auch die Funktion der Meere als "Kohlendioxidsenke" und heizt damit der Erdatmosphäre zusätzlich ein. (2)

Andererseits verstärkt der anthropogene Treibhauseffekt auch den Abbau des stratosphärischen Ozons. Zwar heizen die Treibhausgase die unterste Schicht der Atmosphäre (die Troposphäre) auf; doch im Gegenzug kühlt die darüberliegende Atmosphären-Schicht (die Stratosphäre) ab. Je kälter es dort aber wird, desto günstiger sind die chemischen Bedingungen für die Zerstörung der Ozon-Moleküle. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß sich Ozonloch und anthropogener Treibhauseffekt in unvorhergesehenem Ausmaß gegenseitig aufschaukeln könnten.

Auch die jährliche Erhöhung der Methankonzentration (um ein Prozent) vergrößert diese Gefahr. Das aus Rindermägen, Reisfeldern und Mülldeponien entweichende Methan trägt nicht nur zur Verstärkung des Treibhauseffektes bei. In der Stratosphäre wandelt es sich in Kohlendioxid und Wasserdampf um. Je höher aber die Konzentration von Wasserdampf in der Stratosphäre ist, desto besser sind die Bedingungen für die aus den FCKW stammenden Chloratome, die Ozonschicht zu durchlöchern. Haben sich Ozonschwund und anthropogener Treibhauseffekt erst genügend "aufgeschaukelt", so könnten sie nach einem noch "gruseligeren Vergnügen" Ausschau halten. Tauen nämlich durch Erderwärmung und Abholzungen der boralen Wälder die Dauerfrostböden um den Nordkap, so werden dadurch riesige Methanmengen frei. Dann wird es heißen: Alles einsteigen in die globale Klima-Geisterbahn! Gut angeschnallt und hinein in die "Teufelsspirale"! Dann könnte es in der Tat eng werden.

hhH/Berlin

Anmerkungen:

1) Informationen nach "bild der wissenschaft" 2/1994, S. 66 ff.

2) Hinzu kommt, daß der Salzgehalt der Grönland- und Labradorsee abnimmt. Dadurch sinkt das weniger schwere Oberflächenwasser in geringerem Ausmaß in die Tiefe. Untersuchungen der New Yorker Columbia-Universität haben ergeben, daß die Tiefenzirkulation der Ozeane in den 80er Jahren schon einmal um etwa 80% erlahmte. In der Klimageschichte hat es wahrscheinlich bereits mehrfach plötzliche Kälteeinbrüche und massive Eisbergvorstöße aus dem Nordatlantik gegeben, weil der warme Golfstrom nicht mehr nach Norden gesogen wurde. Andererseits verstärkt dieser Effekt den globalen Treibhauseffekt, weil die Ozeanpumpe als Kohlendioxidsenke ausfällt. "bild der wissenschaft" 2/1994, S. 64 f.

12. " Dieser Konsens-Schröder hält uns noch für blöder ...

Autor: gg. · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:28

... als die grüne Polizei erlaubt. Hat uns manche Illusion geraubt, selber schuld, wer ihm den Ausstieg glaubt".

Dieser Spottgesang war einer der Hits der Anti-AKW-Demonstration in Hannover, an der am 13. Mai mehr als 10.000 Menschen teilnahmen. Gegen Mittag setzte sich ein bunter Demonstrationszug mit mehr als 300 Traktoren aus dem Wendland und anderen benachbarten Regionen an der Spitze Richtung niedersächsisches Umweltministerium in Bewegung. Im Mittelpunkt der Forderungen stand die Beendigung der Castor-Transporte, gleichberechtigt mit der sofortigen Stillegung aller Atomanlagen bzw. dem "Stop der Atomenergie".

Die Stimmung der DemonstrationsteilnehmerInnen war gut, war es doch nach Jahren wieder einmal gelungen, eine Demonstration dieser Größenordnung auf die Beine zu stellen. Die Demonstration hatte eher Volksfestcharakter, mensch traf alte Bekannte, freute sich, daß der angekündigte Dauerregen ausblieb, und lärmte mit diversen Krachelementen durch die niedersächsische Landeshauptstadt.

Die Störmanöver der SPD und des BUND wenige Tage vor der Demonstration hatten offensichtlich keine Auswirkungen auf die TeilnehmerInnenzahl und die Inhalte der Forderungen gehabt. 18 von 33 SPD-Bundestagsabgeordneten, die den Aufruf unterzeichnet hatten, zogen wenige Tage vor der Demonstration ihre Unterschrift zurück: Die AKW-GegnerInnen erdreisteten sich doch tatsächlich, die Rolle der SPD in der Atomenergiefrage allgemein und die von Ministerpräsident Schröder bei den Energiekonsensgesprächen im besonderen zu kritisieren.

Die schönste spezialdemokratische Formulierung fand die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion. Sie stehe zwar "an der Seite der Atomkraftgegner, jedoch nicht an der Seite der Demonstrationsteilnehmer." (FAZ, 12.5.95)

Am Tag der Demonstration durfte dann noch Niedersachsens Umweltministerin Monika Griefahn Schelte in Richtung der Demo-Organisatoren und -teilnehmerInnen betreiben. "Eine gute Veranstaltung mit klugen und engagierten Menschen - sollte man meinen. Aber leider stimmt das nicht so ganz", bewertete sie die Hannover-Demo. Denn "wer Gesprächsbereitschaft und das Bemühen um eine Konsenslösung als Anbiedern und Einknicken geißelt, stellt sich selbst in die Schmollecke und kommt seinem Ziel keinen Schritt näher - im Gegenteil". (taz, 13.5.95) Adressaten der Anti-AKW-Bewegung, so die Ministerin, sollten lediglich das Bundesumweltministerium und die Kraftwerksbetreiber sein. Undank ist der Welten Lohn, denn "in Niedersachsen rackere ich mich als Umweltministerin seit fünf Jahren dafür ab, daß wir wegkommen von der Atomenergie, und Gerhard Schröder hat die Konsensgespräche auf den Weg gebracht" - und jetzt mault das blöde Fußvolk auch noch.

Einfluß auf die Demonstration hatte dieses Gejammer nicht. Sowohl Angela Merkel als auch Gerhard Schröder standen auf Spruchbändern und bei Redebeiträgen im Zentrum der Kritik. Daraus aber den Schluß zu ziehen, daß sich die Anti-AKW-Bewegung "von der Dominanz und der Manipulation von Kapitalparteien (SPD/ CDU/FDP) und ihren Epigonen (den Grünen) befreit" hätte, wie es Jutta Ditfurth in der jungen welt vom 15.5. tut, wäre ebenfalls verfehlt. Denn auch Forderungen zur Beibehaltung einer "klugen Bündnispolitik" bei der Einleitung der Energiewende oder die Aufforderung an Schröder, "endlich den Arsch hochzukriegen", wurden bei der Abschlußkundgebung beklatscht.

Alles in allem konnte gezeigt werden, daß sich wieder eine große Anzahl von Menschen für Forderungen der Anti-AKW-Bewegung mobilisieren läßt - angesichts der fehlenden Organisationsstrukturen eine enorme Leistung. Dabei dürfte eine Diskussion, ob es sich hierbei um die Renaissance der Anti-AKW-Bewegung handelt oder nicht, ziemlich müßig sein. Trotzdem sei hier aus dokumentarischen und "nostalgischen" Gründen die Sichtweise eines "alten" Göttinger Anti-AKW-Kämpen zur Frage der Renaissance der Anti-AKW-Bewegung dokumentiert: "Tatsächlich kommt eine Wiedergeburt schon deshalb kaum in Frage, weil die ‚alte` Bewegung, die in den siebziger Jahren an den Bauzäunen von Brokdorf und Grohnde, in den Achtzigern in Wackersdorf und Gorleben für Furore sorgte, nicht mehr existiert. Die meisten der sich ‚Bürgerinitiativen` nennenden, aber

von Linken geprägten Gruppen in den Städten bestehen längst nicht mehr. Nur wenige der ‚alten` Kämpfer und Kämpferinnen aus Hamburg, Bremen oder Berlin ließen sich in Hannover oder Ende April im Wendland blicken - es sei denn als Abgeordnete, Reporter oder Souvenir-Verkäufer. Für noch bestehende linke Gruppen oder Diskussionszusammenhänge, wie etwa die Autonomen oder die PDS, sind weder Gorleben noch Atomkraftwerke ein zentrales Thema. Auch das ist ein Unterschied zur ‚alten` Bewegung, in der organisationsspezifische Interessen und Befindlichkeiten - ‚Darf bei der Demo der Arbeiterkampf verkauft oder nur an Infoständen ausgelegt werden?` - die inhaltlichen Debatten zwar bisweilen lähmten, andererseits aber - dank des theoretischen Rüstzeugs der Protagonisten - genauso häufig beflügelten." (Reimar Paul in Neues Deutschland vom 15.5.95)

Für die nahe Zukunft scheint mir wichtig, daß der Schwung und die gute Stimmung (auch das ist wichtig!) dieser Demonstration für die vielleicht schon demnächst anstehende Castor-Querstell-Aktion ebenso genutzt wird wie für die Kritik der Energiekonsens-Gespräche.

gg.

13. BND-Plutoniumskandal. "Operation Hades" - im Stück oder in Scheiben?

Autor: Bürokollektiv Ulla Jelpke · Rubrik: Geheimdienste; Atom- und Energiepolitik; Atomrüstung (und Raketen); Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:27

Der Deutsche Bundestag hat wieder einmal einen Untersuchungsausschuß eingesetzt: Nach Flick, der Kieler U-Boot-Affäre und dem Schalck-Ausschuß soll versucht werden, mit Hilfe "der schärfsten Waffe des Parlaments" Licht in eine undurchsichtige Affäre zu bringen. Damit die Waffe nicht allzu schneidend wird, hat man ihr in zweierlei Hinsicht die Spitze genommen: Zum einen sicherte sich die Bundesregierung die Mehrheit der Sitze. Zum anderen werden auch die SPD-Abgeordneten dafür sorgen, daß dieser Untersuchungsausschuß mehr vertuschen als aufklären wird: Immerhin haben sie die Integrität des angeschlagenen (sozialdemokratischen) Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), Konrad Porzner, zu retten. So hat die SPD-Fraktion im bayerischen Landtag derzeit auch nichts vernünftigeres zu tun, als - gemeinsam mit der CSU - die Einsetzung eines dortigen Untersuchungsausschusses nach Kräften zu behindern. (vgl. SZ, 20.5.95)

Am 10. August des vergangenen Jahres landete auf dem Franz-Josef-Strauß-Flughafen bei München die Lufthansa-Maschine LH 3369. An Bord war der jetzt als "Plutonium-Händler" vor der 9. Strafkammer des Münchner Landgerichts stehende Kolumbianer Justiano Benitez Torres. Er führte einen Koffer mit sich, in dem die Polizei nach der Landung 363,4 Gramm Plutonium 239 und 201 Gramm Lithium 6 fanden. Torres wurde auf dem Flughafen nicht nur von einem Spezialeinsatzkommando der bayerischen Polizei erwartet. Ebenso anwesend waren die Drahtzieher dieser Operation, die von dem Bundesnachrichtendienst unter dem Arbeitstitel "Hades" geführt wurde:

- der spanische V-Mann des BND, "RAFA" (Klarname nach Spiegel 19/95: "Rafael Ferreras Fernandez"),

- der V-Mann des bayerischen Landeskriminalamtes und Schein-Aufkäufer des Nuklearmaterials "WALTER BOEDEN" (Klarname unbekannt) sowie

- der BND-Mitarbeiter "ADRIAN" (alias Willi Liesmann bzw. Michael Brandon), der als Dolmetscher in die Verkaufsverhandlungen eingebunden war.

Dieses Polizei- und Geheimdiensttrio kann sich nach der Festnahme von Torres und dessen Gehilfen Julio Eguia Oroz und Javier Arratibel Bengoechea befriedigt zurücklehnen: Auftrag erfüllt. Für "RAFA" gab es sogar eine Erfolgsprämie: 228.000DM (zusätzlich zu seinem monatlichen Agentenlohn in Höhe von 5.000 DM).

Die Welt schien für das bayerische LKA, den vor den Toren Münchens in Pullach residierenden BND und für die Unions-PolitikerInnen in Bonn und Bayern in Ordnung: Man habe demonstrieren wollen, daß ein Markt von "vagabundierendem nuklearem Material" bestünde und daß sich die Bundesrepublik zu einer Drehscheibe dieses hierzulande illegalen Marktes entwickelt hätte. Die Kampagne der Bonner und Münchner Regierungsparteien zielte darauf ab, in der Bevölkerung Ängste vor "Nuklearterroristen" zu schüren. Man befand sich in Vorwahlzeiten und wollte diese Ängste mit schärferen Gesetzen bedienen. So waren die Wochen vor und nach dem Münchner Plutonium-Fund davon geprägt, der Öffentlichkeit und der zaudernden SPD das sogenannte "Verbrechensbekämpfungsgesetz" aufzuzwingen, mit dem dem BND polizeiliche Befugnisse bei der Bekämpfung des "organisierten Verbrechens" zugewiesen werden.

Plutonium-Dealer:

Verzweifelt gesucht

Tatsächlich liegt hinsichtlich der Operation "Hades" aber der Verdacht nahe, daß der Plutonium-Handel von Personen initiiert worden ist, die im Dienste deutscher Stellen stehen: dem bereits genannten V-Mann des BND, "RAFA", und dem V-Mann "ROBERTO" (Klarname: Peter Moser), der sowohl für den BND als auch für das Wiesbadener Bundeskriminalamt (BKA) tätig gewesen ist. Beide zusammen haben sich (nach einem "Panorama"-Bericht vom 13.4.95) seit November 1993 "monatelang in spanischen Kneipen und Hotels mit obskuren Kriminellen getroffen, immer auf der Suche nach Plutonium aus Rußland. Ihre gemeinsame Forderung: der in Spanien begonnene Plutonium-Deal müßte in München stattfinden."

Bei ihren Bemühungen, das Vorhandensein eines florierenden Nuklearmarktes zu simulieren, erfanden RAFA und ROBERTO auch schon mal einen "jüdischen Waffenfabrikanten aus Deutschland" oder gaben den "alten Kumpanen" von RAFA, Jose Fernandez Martinez, als angeblichen Kaufinteressenten aus. (Spiegel 17/95) Diese Informationen liefen bei dem V-Mann Führer des BND in der Deutschen Botschaft in Madrid zusammen, dem Leiter des Politikreferats der Botschaft, Peter Fischer Hollweg (alias "DR. ECKERLEIN"), sowie der BND-Kontaktfrau "SYBILLA".

Im Juni letzten Jahres wurde dann ernst gemacht: RAFA und ROBERTO überredeten die drei im August 1994 als "Plutonium-Händler" festgenommen Torres, Oroz und Bengoechea, Plutonium aus Rußland auszuführen und nach Deutschland zu bringen. Dabei bestanden die beiden V-Leute darauf, daß das Plutonium in der bayerischen Landeshauptstadt übergeben werden müsse. Nicht zuletzt deswegen, weil ein Handel mit nuklearem Material zwar nicht in Spanien, wohl aber in der Bundesrepublik unter Strafe steht.

Die operative Phase erreichte Ende Juli/Anfang August 1994 ihren Höhepunkt: RAFA (samt Gattin) brachte die drei angestifteten Plutonium-Händler in München in Kontakt mit dem vermeintlichen Aufkäufer des tödlichen spaltbaren Materials: dem LKA-Beamten "BOEDEN" und dem BND-Dolmetscher "ADRIAN". Seine vorgebliche geschäftliche Seriosität ließ sich BOEDEN durch eine sogenannte "Bonitätserklärung" seitens der "Bayerischen Hypotheken und Wechsel-Bank" über 265 Mio. Dollar attestieren. In diversen Verkaufsgesprächen wurden die Übergabe von nuklearen Proben sowie die Modalitäten des tatsächlichen Plutonium-Verkaufs verhandelt. Das bayerische LKA und der BND waren über alles, was da besprochen wurde, genauestens informiert: Jedes Detail wurde auf Video- oder Tonband festgehalten. So auch, daß BOEDEN sich bereit erklärte, 10% der Kaufsumme als Schmiergeld abzuzweigen, um damit die russischen Sicherheitsvorkehrungen zu umgehen und so an das begehrte Plutonium heranzukommen. (Panorama, 4.5.95)

Daß dieses Plutonium in der BRD aufgegriffen werden sollte, war elementarer Bestandteil der polizeilichen und geheimdienstlichen Planungen. Auf welchem Weg und mit welchem Transportmittel das nukleare Material nach München verbracht werden würde, war allerdings zunächst offen. Tatsächlich war den deutschen Behörden aber in Person von BOEDEN spätestens seit dem 7. August 1994 - also drei Tage vor dem spektakulären Festnahme-Coup - bekannt, daß Torres am 10. August in München mit dem Plutonium einfliegen würde. Diese Reisedaten bestätigte Torres nochmals in einem Anruf, den er unmittelbar vor seinem Abflug aus Moskau tätigte. (vgl. Spiegel 17/95) Die deutschen Behörden wußten also, wann und durch wen das Plutonium in die BRD gelangen würde. Sie waren auch darüber informiert, daß hierzu der Luftweg (eine Linienmaschine der Lufthansa) benutzt werden würde.

Bundesregierung

im Krebsgang

Der sich nun konstituierende Untersuchungsausschuß wird sich - soweit ersichtlich - im wesentlichen mit vier Fragekomplexen befassen:

1. Existiert der von der Bundesregierung behauptete "illegale Markt für vagabundierendes Nuklearmaterial" tatsächlich, handelt es sich hierbei möglicherweise um ein Phantom oder gar um einen durch das Verhalten insbesondere der deutschen Geheimdienste (als tatsächliche oder vermeintliche Aufkäufer) erst herbeigeführten Markt?

2. Sind Mitarbeiter deutscher Strafverfolgungsbehörden, bzw. des Geheimdienstes, beim Münchner-Plutoniumhandel initiativ geworden?

3. Ab wann waren der Bundeskanzler, Kanzleramtsminister Bohl, Staatsminister Schmidbauer, BND-Präsident Porzner, das bayerische LKA, der bayerische Innenminister Beckstein und die anderen zuständigen Strafverfolgungs- und Verwaltungsbehörden über was informiert?

4. Warum wurde die Tat - und die damit verbundene Gefährdung nicht nur von Fluggästen bzw. Flugpersonal, sondern auch von der Bevölkerung und der Umwelt aller von der Lufthansa-Maschine überflogenen Gebiete - nicht dadurch abgewendet, daß Torres bereits vor dem Abflug in Moskau festgenommen wurde?

Die Bundesregierung übt sich derweil im Krebsgang:

- Systematisch werden vom Kanzleramt Berichte der eigenen Nachrichtendienste zurückgehalten, die sich kritisch mit der Existenz eines "illegalen nuklearen Marktes" auseinandersetzen. So äußerte sich das BKA in einem Bericht vom Januar 1995: "Ein realer Endabnehmermarkt für strahlendes Material existiert nach polizeilicher Informationslage nicht." (zit. nach "Monitor" vom 11.5.1995)

- Bei der Frage der Tatprovokation durch V-Leute von bayerischem LKA, BKA und BND versucht man sich mit sprachlichen Tricks zu retten. Man läßt verlautbaren, daß "Bedienstete deutscher Sicherheitsbehörden" nicht initiativ geworden seien. Wohlweislich offen läßt man mit diesem Vorgehen die Frage, ob V-Leute - sei es auch nur als Honorarkräfte - als "Mitarbeiter" handlungsverursachend tätig geworden sind.

- Ähnliches gilt für die Versuche, den jeweiligen Informationsstand der in Rede stehenden Behörden und Minister nur scheibchenweise preiszugeben: Der Mantel des Schweigens wird auch um den Preis der Unwahrheit nur dann gelüftet, wenn entsprechende Informationen anderweitig bekannt geworden sind (siehe Kasten).

Unser Erkenntnisinteresse richtet sich auf zwei Komplexe: zum einen auf die Weltpolizisten-Rolle, die die BRD anstrebt und die sie mit Hilfe der fast ausschließlich von ihr betriebenen "Atomschmuggel"-Propaganda durchzusetzen versucht (so u.a. beim EU-Gipfel am 9./10.12.1994 in Essen, wo die Aufgabenstellung der jetzigen "Europäischen Drogen Bekämpfungsbehörde" und der zukünftigen EURO-POLizei auf Druck der deutschen Regierung um den Punkt des "illegalen Handels mit radioaktivem und nuklearem Material" erweitert worden ist).

Zum zweiten ist die Rolle von Geheimdiensten im allgemeinen und die des BND im besonderen zu überprüfen. Hierbei kommt es wiederum auf zwei Punkte an: zunächst auf Vorschläge zur "Verschlankung der Geheimdienste". In ersten Stellungnahmen wurde angesichts des Plutonium-Skandals davon geredet, den BND auf ca. 50% seiner Personalstärke (derzeit ca. 6.000) zu verringern. Wie in anderen Politikbereichen ist die Propagierung eines "schlanken Staates" die Ouvertüre für die Privatisierung des abzuspeckenden staatlichen Aufgabenbereichs. Welche Folgen die Auslagerung von Geheimdiensten in die Privatwirtschaft für die Kontrollierbarkeit der Schlapphüte haben würde, darauf gilt es im Verlauf des Untersuchungsausschusses hinzuweisen.

Bleibt noch das Generalthema: die Verschmelzung von Polizei und Geheimdiensten im Bereich der Bekämpfung der "Organisierten Kriminalität" - wie in dem letztjährigen "Verbrechensbekämpfungsgesetz" und der Novelle des bayerischen Verfassungsschutzgesetzes geschehen. Die Demokratie-gefährdenden Folgen einer derartigen Kompetenzerweiterung lassen sich anhand der BND-Plutonium-Affäre deutlich herausarbeiten. Den sich herausbildenden Strukturen und der Machtfülle einer neuen Geheimpolizei muß offensiv entgegengetreten werden.

Bürokollektiv Ulla Jelpke

Wer einmal lügt ... aber wer so oft lügt!

Geheimdienstkoordinator Schmidbauer läßt keinen Stolperstein aus

"Ich lege meine Hand dafür ins Feuer, daß der BND nicht als Nachfrager von illegal angebotenem Nuklearmaterial aufgetreten ist." (Schmidbauer in: Spiegel 34/94)

"Erst wenn die Ware hier in München ist, wird bezahlt." (BND-Agent, Abhörprotokoll von "Verkaufsverhandlungen" in München am 26.7.94, zit. nach: SZ, 20.5.95)

Frage: Wann haben Sie denn nun von dem Deal erfahren, von der Lieferung? (...) Schmidbauer: "Nach dem 10. am 11. (August)." (ZDF-Mittagsmagazin, 27.4.95)

"Am 1. August habe ich mit dem Münchner Oberstaatsanwalt Meier-Staude telefonisch über die Umstände des sog. Münchner Plutonium-Schmuggels gesprochen." (Schmidbauer, zit. nach: SZ, 28.4.95)

"Ich bin am 25. Juli 1994 telefonisch durch den Leiter des Leitungsstabes des BND erstmals über den Vorgang informiert worden. Am 26. Juli wurde ich durch den Präsidenten des BND in Bonn mündlich und schriftlich darüber unterrichtet, daß das LKA Bayern aufgrund eines Hinweises des BND Ermittlungen gegen eine

internationale Tätergruppe führe und am 25.7.94 eine Probe Nuklearmaterial übergeben worden sei." (Schmidbauer in der Fragestunde des Bundestages am 11.5.1995)

"Passen Sie mal auf, da gibt es noch viel schlimmere Geschichten, die passieren werden. Achten Sie mal auf nächste Woche, was da passieren wird." (Schmidbauer in einem Gespräch vor seinem Tagesthemen-Interview am 30. 7. 94)

"Neben einer Probe von 5 Gramm Plutonium sind kurzfristig weitere 400 Gramm kurzfristig verfügbar. Darüber hinaus sollen bis zu 11 Kilogramm beschafft werden können. (Das erscheint aber) politisch kaum realisierbar, da hierbei letztlich auf Antrieb des LKA (Bayerns) bzw. seines verdeckten Ermittlers gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen werde." (BND-Vermerk "Unterrichtung über die weitere Entwicklung der Angelegenheit Plutonium 239", vom 26. 7. 1994 an Schmidbauer, zit. nach: SZ, 18.5. 95)

"Der Bundeskanzler ist mehrfach in allgemeiner Weise über die sich aus dem illegalen Nuklearhandel ergebenen Gefahren informiert worden. Über die Vorgänge und näheren Umstände des Plutonium-Schmuggels ist der Bundeskanzler erst am Wochenende des 12. auf den 13. August 1994 im Lichte der im Bundeskanzleramt vorhandenen Informationen informiert worden." (Schmidbauer in der Fragestunde des Bundestages am 11.5.1995)

"Schmidbauer versicherte der Parlamentarischen Kontrollkommission am 20.4.1995, der Bundeskanzler sei über die Tatsache, daß sich etwas anbahne, informiert worden. Kohl wolle bei solchen Dingen keine Detailangaben über Gewichte oder den exakten Zeitplan, sondern lediglich die Tatsachen hören. Schmidbauer schloß nicht aus, daß er dem Bundeskanzler auch Einzelheiten wie die Menge von elf Kilogramm Plutonium genannt habe." (wiedergegeben nach: SZ, 18.5.95)

14. Wende wider den Zeitgeist? Regierungsumbildung in Österreich - mehr als nur Stühlerücken?

Regierungsumbildung in Österreich - mehr als nur Stühlerücken? - von Balduin Winter

Autor: Balduin Winter · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:03

Mitten in das Gerangel um das Sparbudget der rotschwarzen Koalitionsregierung platzten Ende März die überraschenden Rücktritte von vier sozialdemokratischen Ministern hinein - die halbe SPÖ-Mannschaft in der Koalitionsregierung. Dieses Ereignis war für Österreich in mehrerer Hinsicht ungewöhnlich. Bisher wurden Um- und Neubesetzungen in der Regierung immer stabmäßig geplant, ein Wechsel wurde vorbereitet wie bei einem Fußballspiel. Die regierungsbildenden Kräfte wirkten in solchen Situationen stets souverän. Selbst der Rücktritt eines gesamten Kabinetts wie 1971 der Minderheitsregierung Kreisky war ein gut vorbereiteter politischer Akt und wurde als solcher auch verstanden. Personelle Veränderungen in der stabilen Zweiten Republik waren seit 1950, der letzten tiefen Krise im Land, schlimmstenfalls Ergebnis einer Korruptionsaffäre, nie jedoch Ausdruck einer größeren politischen Krise.

Ersetzung von Betonköpfen durch linksliberale Reformer

Bei den aktuellen Rücktritten ist vieles anders. Einmal abgesehen davon, daß sie bereits vier Monate nach der Regierungsbildung erfolgten, kamen sie für die Öffentlichkeit ziemlich überraschend. Der Abgang des langjährigen Finanzministers Ferdinand Lacina fiel wie ein Pistolenschuß mitten in die Parlamentsdebatte über das Budget. Der Minister, von allen Seiten angefeindet, gab sich amtsmüde. Doch kann man davon ausgehen, daß der Rücktritt wohldurchdacht war, denn Lacina, einer der fähigsten politischen Köpfe der Sozialdemokratie, ist kein Mann für das stille Abtauchen in die Frühpension. Die nächste Überraschung war, daß der entscheidungsscheue Kanzler Franz Vranitzky gleich am nächsten Tag drei "alte Eisen", darunter zwei Betonköpfe aus dem SP-Urschleim, abservierte: zum einen Innenminister Franz Löschnak, den Haider - wegen der Geistesverwandtschaft in Sachen Ausländerhetze und rechtsextremer Terror - schon als "meinen Mann in der Regierung" bezeichnet hatte; außerdem Sozialminister Josef Hesoun, einer der Apparatschiks aus dem Gewerkschaftslager; schließlich Frauenministerin Johanna Dohnal, die zuletzt des öfteren laut über ihre Demission nachgedacht hatte.

Vor allem aber sind diese Rücktritte auf dem Hintergrund einer politischen Krise zu sehen, die alles in den letzten 40 Jahren Dagewesene weit in den Schatten stellt. Von "italienischen Verhältnissen" ist die Rede. Jene Parteien, die als Säulen der Zweiten Republik galten, reiben sich in internen Auseinandersetzungen auf, Korruption und politische Kriminalität blühen prächtig in einem Klima, das durch Jörg Haiders populistische Tiraden und durch den Bombenterror von Rechtsextremisten kräftig aufgeheizt wird.

Der politische Gegner sprach vom "Scherbenhaufen der SPÖ", die Medien zerpflückten das "Desaster" Vranitzkys. Tatsächlich hatte sich seit den Wahlen im Herbst 1994 eine Endzeit-Stimmung breitgemacht. Auch in der politischen Klasse hatte längst die Überzeugung Fuß gefaßt, diese Koalition würde die letzte vor einer Haider-Regierung sein. Nun aber ließ Vranitzky eine Überraschung aus dem Sack, die Freund und Feind verblüffte. Die Minister, die er neu holte, entsprechen mit einer Ausnahme allesamt nicht seiner politischen Linie. Der neue Innenminister Caspar Einem (bisher Beamtenstaatssekretär) zählt zu den schärfsten Kritikern der rigiden Ausländerpolitik Löschnaks und gilt als unorthodoxer Linker. Die taz veranschaulichte diesen Wechsel: Übertragen auf deutsche Verhältnisse sei das so, "als würde Manfred Kanther von Freimut Duve abgelöst" (taz, 3.4.95). Mit Karl Schlögl als Beamtensekretär kam ein weiterer Linksliberaler in die Regierung, der sich auf kommunaler Ebene als erfolgreicher Ampelpolitiker profiliert hatte: Er hatte in Purkersdorf, einem direkt an Wien grenzenden 10.000-Seelen-Städtchen, die erste Rot-Grün-Koalition initiiert und sie, mit Duldung der Kommunisten, erfolgreich angeführt. Auch dem neuen Finanzminister Andreas Staribacher wird Zugehörigkeit zum linksliberalen SP-Flügel, kritischer Geist und Reformwilligkeit nachgesagt. Eine Kanzlerkritikerin rückte auch ins Frauenministerium nach: die Grazer Stadträtin Helga Konrad, die offen mit den Grünen und den Liberalen sympathisiert. Nur die Ernennung von Franz Hums zum Sozialminister entsprach der gängigen Besetzungsroutine: Dieser Posten bleibt einem Gewerkschafter vorbehalten.

Natürlich wurde spekuliert, ob diese Ernennungen im Sinne des sonst so konservativen Kanzlers waren, ob er sich nicht dem Druck jener Kräfte in der Partei beugen mußte, die ihn vielleicht schon auf dem Parteitag im

Herbst als Obmann (Parteivorsitzenden) absetzen wollen. Auch wurde über die Aufwertung der Linksliberalen orakelt, die bislang ein bescheidenes Dasein in der Partei geführt hatten, und über eine Absetzbewegung Vranitzkys vom Koalitionspartner, der ÖVP. Spekulationen über Spekulationen.

Doch das Wesentliche an dieser Neuformierung sind nicht die Personen, sondern die Gewichtungen, die da gesetzt worden sind, und die Signale, die davon ausgehen. In der SPÖ scheint sich eine Strömung durchzusetzen, die der gescheiterten Regierungspolitik und denen, die sie trotz allem fortsetzen wollen, eine Absage erteilt. Denn was sich in Österreich in den letzten Jahren auf eine eher unspektakuläre Art und Weise vollzogen hat, ist das Abbröckeln und Abbröseln jenes politischen Systems, das der "Insel der Seligen" Stabilität bis ins Himmelreich zu garantieren schien.

Ein österreichischer Grundkonsens:

die Sozialpartnerschaft

Für das bessere Verständnis dieser Krise muß eine Besonderheit des politischen Systems in Österreich näher erläutert werden. Es handelt sich um die Sozialpartnerschaft, die, nirgendwo kodifiziert, zum Grundkonsens der Zweiten Republik geworden ist. Zusammen mit dem Staatsvertrag und dem Neutralitätsgesetz bildet sie die zentrale Achse des politischen Denkens und Handelns in Österreich. Ihr Grundmuster ist es, die Interessen aller sozialen Gruppen nicht nur über ihre Parteien und demokratischen Repräsentanten in Beziehung zu setzen, sondern vor allem - und das heißt, der demokratischen Repräsentation übergeordnet - über die Spitzenfunktionäre der Kammern und Verbände, also der korporativen Interessensvertretungen der sozialen Gruppen. Konkret bedeutet dies, daß z.B. für jede wichtige Maßnahme erst im Gremium der Sozialpartnerschaft, der Paritätischen Kommission, zusammengesetzt aus den Spitzen der Industriellenvereinigung, der Wirtschaftskammer, des Gewerkschaftsbundes, der Arbeiterkammer und den jeweils betreffenden Regierungsmitgliedern, ein einstimmiger Konsens erzielt werden muß. Dieser stellt das Herz von Gesetzesentwürfen dar, die die Regierung dem Parlament zum Beschluß vorlegt. Eine Steuerreform, die nicht den Weg durch dieses Gremium gegangen ist, wäre in Österreich (bisher) undenkbar. Man hat daher des öfteren diese nicht-institutionalisierte Institution als die "heimliche Regierung" bezeichnet.

Dieses demokratisch nicht legitimierte Modell wird gern zu der "Lehre" hochstilisiert, die aus der Hitler-Katastrophe gezogen worden sei. Nun stimmt es ja, daß Österreich in diesem Jahrhundert, wie Robert Menasse in seinem Essay "Das Land ohne Eigenschaften" schreibt, "einen besonderen Hang zu Endzeiten" mit katastrophischen Folgen hat: das Ende der Habsburger Monarchie (1918), das Ende der Ersten Republik (1934), das Ende des Ständestaates (1938), das Ende der Ostmark im Hitlerreich (1945) - soviel Ende war noch nie zwischen Donau und Karawanken. Doch die Sozialpartnerschaft hatte ihre Geburtsstunde nicht gleich nach dem Krieg, sondern nach den größten Arbeiterkämpfen der Zweiten Republik, den Septemberstreiks von 1950, die von der Gewerkschaftsführung und den großen Parteien gemeinsam abgewürgt wurden. Gegründet wurde die Sozialpartnerschaft per Bundesgesetz als "Wirtschaftsdirektorium der Bundesregierung", das 1951/52 existierte, bis es vom Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig erklärt wurde. Daraufhin machten die Sozialpartner "privat" weiter, ohne Verein und ohne Statuten - eine "Tarockrunde", bestehend aus den hervorragendsten Konfliktvertuschern der wichtigsten Berufsstände.

Dieses System fand über Jahrzehnte hinweg breiteste Akzeptanz in fast allen Teilen der Gesellschaft, auch wenn es oft als "Mauschelei" benörgelt wurde - aber Nörgeln ist die österreichische Form des Glaubens. Für dieses System wurden eine Reihe von Ergebnissen in Anspruch genommen, die allgemein für positiv erachtet wurden: eine niedrige Streikrate, mäßige Lohnabschlüsse, kompensiert durch den Ausbau betrieblicher und sozialstaatlicher Leistungen, relativ niedrige Inflationsraten etc., insgesamt eine konfliktarme gesellschaftliche Atmosphäre und ein hohes Maß an Stabilität.

Ein zentrales Element dieses Modells ist das Verhältnis zwischen Staat und Kapital. Österreich zeichnete sich durch einen außerordentlich hohen Anteil verstaatlichter Sektoren aus. Wesentliche Teile der Großindustrie und eine Reihe von Banken wurden nach dem Krieg unter staatlicher Regie aufgebaut und geführt, wobei zwischen den beiden Großparteien bezüglich der Führungspositionen nach dem Proporzsystem verfahren wurde. In der Paritätischen Kommission saßen sich daher nicht starke Unternehmer und arme Arbeitervertreter gegenüber, sondern Unternehmer, die mit einer wirtschaftlich mächtigen politischen Klasse verhandeln mußten.

Die Krise und

das Phänomen Haider

Dieses Gleichgewicht wurde mit der zunehmend auf neoliberalen Konzepten begründeten Wirtschaftspolitik der 80er Jahre, insbesondere mit der Privatisierung der verstaatlichten Industrie und der Banken, immer stärker untergraben. Hier begannen seit etwa 1985 jene Risse aufzutreten, die heute den Grundkonsens der Gesellschaft gefährden und bereits zu beträchtlichen Verwerfungen in der politischen Landschaft geführt haben. Denn trotz tiefgreifender Veränderungen in den ökonomischen Strukturen wurde auf der politischen Ebene wie bisher weitergewerkelt. Diese Ebene, vom Wandel der Zeit und der Verwandlung der Verstaatlichten in Aktiengesellschaften unterspült, hatte sich inzwischen geneigt, war schief geworden, und mit jedem starken Auftritt Jörg Haiders rutschten ihm Wählerstimmen entgegen. Haider selbst ist ja nur ein Phänomen dieser Entwicklung, so wie es auch ein Berlusconi oder ein Meciar ist. Angesichts seines Hanges, die unbewältigte Vergangenheit positiv in die österreichische Geschichte einzubringen (Hitlers "ordentliche Beschäftigungspolitik", "Straflager als Synonym von Konzentrationslager", oder: "Die FPÖ kann gar nicht Nachfolgeorganisation der NSDAP sein, denn dann hätte sie die absolute Mehrheit") ist man verleitet, in ihm hauptsächlich einen ideologisch verblendeten Rechtsradikalen zu sehen, der mit Konsequenz seinen völkischen und nationalen Wahnvorstellungen nacheifert.

Bei allen Grauslichkeiten, die dieser Polit-Rowdy verzapft, darf eines nicht übersehen werden, will man dem Phänomen Haider auf die Spur kommen: Haider war der erste Politiker von Rang, der das sozialpartnerschaftliche Modell, den "Filz", kritisierte und der die Kammern, insbesondere die Arbeiterkammern, auf das heftigste bekämpfte - und das bereits zu einem Zeitpunkt, da die Risse noch nicht sichtbar waren. Dem System der Konfliktvermeidung setzte er seine Konfliktbereitschaft gegenüber, die auf immer größere Teile der Bevölkerung vital wirkte. Denn mit der Verschärfung der ökonomischen Krise, dem fortschreitenden Sozialabbau, der offensichtlichen Zunahme von Konflikten ringsherum und in Österreich selbst wurde für wachsende Teile der Bevölkerung die herrschende Vermeidungsstrategie suspekt, die Politik konventionellen Zuschnitts immer fremder. Die Sozialpartnerschaft war akzeptiert, solange auch etwas für die Massen herausschaute. Als in den letzten Jahren immer weniger herausschaute, verloren sie zusehends ihr Vertrauen und begannen sich nach Alternativen umzusehen. Dabei wird sehr Gegensätzliches ausprobiert: Haiders "neue Politik" erscheint ebenso als Alternative zu den innenpolitischen Sackgassen wie die klare Option für den EG-Beitritt.

Daß es Haider gelang, seinen Finger auf den wunden Punkt der österreichischen Gesellschaft zu legen, ist seinem unheimlichen politischen Instinkt geschuldet. Mit untrüglichem Gefühl für Massenstimmungen setzt er die politischen Akzente, wobei er sich einer oft perfiden und aggressiven Rhetorik bedient. Diese Konfliktfreudigkeit besteht im Kern fast ausschließlich aus dem Aufbau relativ einfacher Feindbilder ("Sozialschmarotzer", "Altparteien", "Kammerbonzen" etc.), für die er in der mächtigen Kronen-Zeitung, angeblich von 2 Millionen gelesen, einen medialen Multiplikator gefunden hat. Sie vermarktet den Kärntner Millionär optimal als Anwalt der kleinen Leute, denen das Gefühl vermittelt wird, da würde einer endlich ihre Konflikte austragen. Da kein Reformprojekt in Sicht war, konnte er mit seiner Kritik absahnen und aus einer vor zehn Jahren noch ziemlich unattraktiven Fünf-Prozent-Partei einen Wahlverein aufbauen, der im Herbst 1994 22,6% erreichte.

Glanz und Elend

der Großparteien

Immer waren die Hauptproponenten der Sozialpartnerschaft die beiden Großparteien, die über Jahrzehnte hinweg mehr als 80% und bis zu 90% der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnten - vor lauter Mitte sah man kaum noch Ränder. Nach dem Reformschub der Ära Kreisky bröselte der SP-Einfluß ab, ohne daß die ÖVP davon profitieren konnte. Das Potential an Nicht-, Protest- und Wechselwählern wurde immer größer, FPÖ und Grüne legten zu. Auch in der Mitgliederentwicklung der Parteien spiegelte sich deutlich der einsetzende Absetz- und Zerfallsprozeß. Dabei fällt auf, daß die FPÖ, sobald sie die xenophoben Stimmungen in der Bevölkerung zu bedienen begann, kräftig zulegte, während die Grünen, vollbepackt mit Startproblemen und geschwächt durch Abspaltungen, sich nur zäh entwickelten.

Zwischen 1990 und 1994 beschleunigte sich die Entwicklung massiv. Ein Signal setzte bereits die Wiener Landtagswahl 1991. Hier hatte die SPÖ traditionell die absolute Mehrheit ("das rote Wien"), die ÖVP pendelte meist um die 30%, alles andere waren zu vernachlässigende Größen. Nun aber verlor die SPÖ 12% und rutschte auf 39% ab, während die FPÖ, die bei den vorangegangenen Wahlen den Schwarzen erstmals einen Schreck einjagen konnte, 7,4% der Stimmen dazugewann und mit 23% die zweitstärkste Partei wurde.

Zu einem Desaster der Mitte, politisch liiert in einer großen Koalition seit 1986, wurden die Wahlen im Oktober 1994. Hatten SPÖ-ÖVP 1990 noch drei Viertel aller Stimmen erringen können, so erhielten sie diesmal nur noch 63% - die SPÖ verlor 7,5%, die ÖVP 4,5%. Dagegen legte Haider trotz der Abspaltung der Liberalen um 6% zu und erreichte 22,6% - nur noch 5% weniger als die ÖVP. Positiv zu vermerken war der Zuwachs der Grünen, die mit 7% ins Parlament kamen, und der ad-hoc-Erfolg des Liberalen Forums, das mit 5,7% ebenfalls einige Sitze eroberte. Rein rechnerisch wäre eine schwarz-blaue Koalition möglich gewesen, mit Haider als Juniorpartner eines ÖVP-Kanzlers - eine Variante, die von Teilen der ÖVP befürwortet wurde, die Haider jedoch sofort ausschloß: Er ließ keinen Zweifel, daß er die ganze Macht erreichen will. Das traut man ihm auch zu. Eine wesentliche Ursache dieser größten Verwerfung in der österreichischen Parteienlandschaft seit Bestehen der Zweiten Republik ist, daß Haiders lautstarke und demagogische Kritik am gesellschaftlichen Konsens wirkt, weil dieser tatsächlich nur mehr schlecht als recht funktioniert, während die Koalitionsparteien den Konsens beschwören und völlig ignorieren, daß für seine Renovierung - oder auch Überwindung - Reformkonzepte gefragt sind, Modelle oder auch Alternativen, wie es weitergehen kann.

Seither hatte sich in den Koalitionsparteien Endzeit-Stimmung breitgemacht. Seither ließen selbst jene, die große Übung in der sozialpartnerschaftlichen Konfliktverwischung haben, Konflikte unkontrolliert aufbrechen, die sich hinter der Schweigemauer der Gremien längst gebildet hatten. Plötzlich brachen Widersprüche auf, wie es Jahrzehnte lang undenkbar gewesen wäre: Kontroversen zwischen dem ÖVP-Wirtschaftsbund und der Wirtschaftskammer, dem Arbeiter- und Angestelltenbund (ÖAAB) der VP und der Parteiführung, Konflikte zwischen den Länderorganisationen und der Zentrale, heftige Streitigkeiten um die Bündnisfrage, ein Obmann und Vizekanzler, dem die Mehrheit der eigenen Fraktion bereits die Gefolgschaft aufgekündigt hat. Ebenso in der SPÖ: namhafte SP-Politiker distanzierten sich von der Personalunion mit ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund) und Arbeiterkammer, plötzlich machten sich in der zentralistisch aufgebauten SPÖ die Länderorganisationen massiv bemerkbar, und Wiens Bürgermeister Häupl erwägt neue Koalitionen.

Eine Menge Risse in den beiden Großparteien wurden sichtbar. In der ÖVP allerdings weiß man, daß ein Überlaufen zu einer Koalition mit Haider die Partei spalten würde und, da dann Neuwahlen angesagt wären, hohe Stimmenverluste nach sich ziehen würde. Auch bei der SPÖ wurden schon Durch- und Zusammenhalteparolen ausgegeben. Zu lange schon war keine konsistente Politik gemacht worden, hatte man sich von Haiders populistischem Hüh und Hott antreiben lassen und als Krisenverwalter auf eigenständige Reformprojekte verzichtet. Täglich äußerten Politiker ihre baldigen Ruhestandsabsichten, man schien nur noch auf Haiders Sieg zu warten, und dann ade, Zweite Republik.

Reformprojekt durch Ampelkoalition?

Mag sich die politische Klasse angesichts der abscheulichen Morde an vier burgenländischen Roma durch rechtsextreme Terroristen noch so daneben benommen haben, es ist inzwischen Nachdenken eingetreten, Nachdenken in der Gesellschaft, Nachdenken bei jenen politischen Kräften, die eingesehen haben, daß man nicht länger so weitermachen kann, wenn man am Abgrund steht. Ein Ergebnis dieses Sich-Besinnens ist die Regierungsumbildung. Ein Innenminister, der sich schützend vor seine rechtslastige Polizei stellt, die bei den Ermittlungen gegen den rechten Terror völlig versagt, wurde endlich als das begriffen, was er ist: untragbar. Ein zum Sozialminister aufgestiegener Pfründesammler, der die Kritik des deutschen Burgtheater-Direktors Peymann an Politik und Polizei damit konterte, daß er beim Anblick des fortschrittlichen Theatermannes Verdauungsschwierigkeiten kriegen würde, weshalb er ihn ausweisen möchte, wurde ebenfalls untragbar. Beide, Löschnak wie Hesoun, sind klassische Exponenten der Betonfraktion in der SPÖ, die kein Jota von der gescheiterten Politik abweichen wollen und deren einzige "Reformidee" darin bestehen könnte, mit Haider zu koalieren.

Anders liegt der Sachverhalt bei Lacina, der schon wiederholt mit Vranitzky im Clinch gelegen ist und in den letzten Jahren eher isoliert erschien. Das hat sich inzwischen geändert, seit Vranitzky immer mehr unter Beschuß geraten ist. Es ist durchaus denkbar, daß der einstige Erfolgskanzler bereits im Herbst als

Parteivorsitzender aus dem Verkehr gezogen wird. Dagegen wird Lacina als Integrationsperson gehandelt, die auch für die Linksliberalen in der Partei akzeptabel ist. Vor allem traut man ihm etwas zu, was man Vranitzky absolut nicht zutraut: Mut zur politischen Reform. Denn nach dem langen Schock der Wahlniederlage hat man endlich begriffen, daß man um ein Reformprojekt nicht länger herumkommt, will man wieder die politische Initiative ergreifen.

So kann die Umbildung der SP-Regierungsmannschaft auch als Signal für ein neues Bündnis verstanden werden, das wirklich frische Kräfte mobilisiert. Ein Bündnis oder eine Koalition mit den Grünen und dem Liberalen Forum ist auch die einzige Alternative zu der verfahrenen Situation, in der sich die SPÖ mit der großen Koalition befindet. Für dieses Projekt wären ein Löschnak und ein Hesoun absolut hinderlich gewesen, während eine Konrad, ein Einem, ein Schlögl und ein Scholten dazu ausgesprochen förderlich sind. Legt man dieser Möglichkeit das letzte Wahlergebnis zugrunde, so ist ein derartiges Bündnis durchaus denkbar: es hätte 48%. Dazu kommt, daß eine zu Haider hindrängende ÖVP kräftig an Stimmen verlieren würde. Falls es nicht zu vorzeitigen Neuwahlen kommt, wird Wien, wo im März 1996 gewählt wird, zum Prüfstein einer Neuorientierung in der österreichischen Politik werden.

Noch ist völlig ungeklärt, mit welchen Reforminhalten ein solches Bündnis zustande gebracht werden könnte. Auf jeden Fall würde es für Österreich eine große Umwälzung bedeuten, hieße es doch für die SPÖ, sich aus den sozialpartnerschaftlichen Zusammenhängen herauszuschälen. Ob sie dies wirklich schafft, wird sich schon in den nächsten Monaten zeigen. Es wird ihr sicher schwerfallen, sich von den alten Gewohnheiten zu trennen, zumal sie auch befürchten muß, daß der Schritt zur Ampelkoalition einen weit höheren gesellschaftlichen Polarisierungseffekt erzeugen wird, als ihn jemals eine Alleinregierung zustande gebracht hat. Wenn SPÖ oder ÖVP alleine regierten, so waren sie doch immer durch die Mechanismen der Sozialpartnerschaft nahezu unlösbar miteinander verbunden. Das würde sich jetzt ändern, und insofern hätte die Ampelvariante eine völlig neue politische Qualität. Es geht bei diesem Projekt um weit mehr als um den Aufbau einer Haider-Verhinderungsfront; es wird vielmehr darauf ankommen, den Grundkonsens zumindest teilweise neu zu formulieren. Hierin liegt auch für die Grünen eine historische Chance.

15. Israels geheimes Atomwaffenpotential (Vorabdruck aus "Die Vanunu-Affäre")

Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Atomrüstung (und Raketen); Israel / Palästina; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:31

Obwohl Israels Atomwaffenpotential weitgehend bekannt ist, haben die führenden Politiker des Landes Israels Nuklearwaffenbesitz weder offiziell bestätigt noch dementiert. Die allgemein verwendete Standardformel lautet: "Israel wird nicht als erstes Land Atomwaffen im Nahen Osten einführen." Ministerpräsident Rabin stiftete 1975 noch zusätzlich Verwirrung, als er hinzufügte: "Wir können es uns aber auch nicht leisten, die zweiten zu sein."

Gerade weil die führenden israelischen Politiker sowohl die Israelis als auch die Weltöffentlichkeit über das Atomwaffenprogramm im unklaren gelassen haben, entschied sich Mordechai Vanunu dafür, sein Wissen über die Vorgänge im Nuklearforschungszentrum Dimona öffentlich zu machen. Vanunus Informationen haben es - gelinde ausgedrückt - wesentlich erschwert, Israels Atompolitik aufrechtzuerhalten. Angesichts der großen Verbreitung von Kernwaffen in der heutigen Welt sind Vanunus Enthüllungen von beträchtlichem Wert für unseren Wissensstand über das israelische Atomarsenal. Vanunus Angaben zufolge haben die Israelis zwischen 1976 und 1985 in Dimona rund 400 Kilogramm Plutonium produziert; vor 1976 wurden wahrscheinlich circa 200 Kilogramm hergestellt und seit 1985 schätzungsweise 300 Kilogramm. Der Gesamtplutoniumausstoß bis Anfang 1995 beträgt somit möglicherweise bis zu 900 Kilogramm - genug für ungefähr 200 Atomwaffen.

Es wird allgemein angenommen, daß die israelischen Kernwaffen als Abschreckungsmittel der ultima ratio für den Fall einer existentiellen Bedrohung Israels in einem konventionellen Krieg dienen. Außerdem glaubt man an die Notwendigkeit einer atomaren Abschreckung Israels als Gegengewicht zur Bedrohung durch die von einigen arabischen Staaten entwickelten chemischen und biologischen Waffen.

Bis zur irakischen Invasion in Kuwait im August 1990 hatte der Irak ein großes Chemiewaffenarsenal aufgebaut, darunter auch Waffen mit extrem tödlichen Nervengasen. Während des Golfkrieges 1991 feuerte der Irak 39 mit konventionellen Sprengköpfen bestückte Scud-Raketen auf Israel ab. Die irakische Drohung, Israel mit Boden-Boden-Raketen des Typs Scud mit chemischen Gefechtsköpfen zu beschießen, und das tatsächliche Scud-Bombardement hatten eine dauerhafte psychologische Wirkung auf die Israelis; in ihren Augen schien dies eine nukleare Abschreckung Israels zu rechtfertigen.

Israels militärische Unterlegenheit im Nahen Osten hinsichtlich der Anzahl von Panzern, Artillerie, Kampfflugzeugen, Hubschraubern und Raketen wurde bislang durch die Überlegenheit seiner Militärtechnologie und die besseren taktischen und operativen Fähigkeiten der Streitkräfte ausgeglichen. Viele Israelis fürchten jedoch, Israel könne seinen technologischen Vorsprung einbüßen, und sehen Atomwaffen als entsprechende Versicherung für solch einen Fall.

In der israelischen Gesellschaft gibt es unterschiedliche Meinungen darüber, ob Israel über ein Atomwaffenarsenal verfügen sollte. Einige vertreten die Ansicht, Israel könne mit einer atomaren Absicherung leichter die besetzten Gebiete räumen. Sie halten Kernwaffen für einen stabilisierenden Faktor im Nahen Osten. Andere, darunter auch einige Hardliner, sprechen sich gegen den Besitz von Nuklearwaffen aus, weil sie Israels konventionelle Militärstärke erhöhen wollen.

Meinungsumfragen zeigen jedoch, daß die überwältigende Mehrheit der Israelis der Ansicht ist, Atomwaffen seien für die Existenzsicherung des Landes unabdingbar. Solange sich die Bevölkerung nicht wirklich sicher fühlt, ist daher der Verzicht auf Nuklearwaffen für die israelische Führung politisch schwer durchsetzbar.

Diese Erklärungen für das israelische Atomwaffenarsenal rechtfertigen jedoch nicht seine Größe und qualitative Zusammensetzung. Als Abschreckungsmittel der ultima ratio, als Gegengewicht für chemische oder biologische Angriffe auf israelische Städte und als Versicherung gegen den Verlust der technologischen Überlegenheit müßte das Arsenal lediglich rund 30 gewöhnliche Atombomben umfassen; dies würde ausreichen, um die wichtigsten Städte seiner arabischen Gegner zu zerstören. Ein größeres Atomwaffenarsenal und Bomben mit höherer Sprengkraft oder einer höheren Entwicklungsstufe sind für diese Zwecke nicht notwendig.

Warum also hat Israel mit bis zu 200 Nuklearwaffen - darunter wahrscheinlich auch hochentwickelte Bomben - ein bedeutend größeres Atomarsenal aufgebaut? Wahrscheinlich hat der technologische Fortschritt auf dem Atomwaffengebiet vor vielen Jahren eine Eigendynamik entwickelt und somit das Programm für die politische Führung außer Kontrolle geraten lassen. Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Politiker wieder die Kontrolle über Israels Atomarsenal erlangen?

Jede Eindämmung von Kernwaffen im Nahen Osten ist eng verbunden mit der Rüstungskontrolle hinsichtlich sämtlicher Massenvernichtungswaffen - biologischer, chemischer und nuklearer - bis hin zur Abrüstung konventioneller Waffen. Die Verwirklichung dieses Ziels wird jedoch eine lange Zeit in Anspruch nehmen. Einige schlagen vor, Israel könnte in der Zwischenzeit seine Bereitschaft signalisieren, den Dimona-Reaktor stillzulegen und einseitig auf seine Plutoniumproduktion zu verzichten. Ein derartiger Vorschlag wurde von der Regierung Clinton unterbreitet.

Israel und die arabischen Staaten stehen diesem Ansinnen jedoch ablehnend gegenüber. Die arabischen Länder sind nicht gewillt, Israels Atomwaffenmonopol auch nur als Interimslösung zu akzeptieren. Und Israel ist nicht bereit, internationale Inspektionen des Nuklearforschungszentrums Dimona zu gestatten. Darüber hinaus lehnt die israelische Führung weiterhin eine offene Diskussion über Atomwaffen ab.

Dennoch könnte sich die Idee als realistisch herausstellen. Israel ist möglicherweise doch zu einer Stillegung Dimonas zu bewegen, da der Reaktor mittlerweile über 30 Jahre alt ist und seine Lebensdauer erreicht haben müßte. Zudem hat Israel bereits weit mehr Plutonium produziert, als es für vernünftige Zwecke benötigt.

Israel wird sich jedoch wahrscheinlich erst zu weiterreichenden Schritten als der Einstellung der Plutoniumproduktion für Atomwaffen durchringen können, wenn der Friedensprozeß erfolgreich verläuft und Israel überzeugt ist, daß die Risiken einer weiteren Kernwaffenverbreitung im Nahen Osten minimiert worden sind. Selbst dann wird die politische Führung Israels diejenigen widerlegen müssen, die behaupten, Nuklearwaffen seien für die Sicherheit eines territorial kleineren Israel sogar noch wichtiger. Von allen Atomwaffen in der Welt wird man sich des israelischen Arsenals am schwierigsten entledigen können.

Yoel Cohens Buch ist eine exzellente und - soweit ich dies aus meiner persönlichen Begegnung mit Vanunu heraus beurteilen kann - sorgfältige Bilanz der Vanunu-Affäre und der Konsequenzen seiner Enthüllungen. Es ist sehr bedauerlich, daß Vanunus Opfer den Nahen Osten dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone bislang nicht näher gebracht hat. Vielleicht kommt es aber doch noch dazu.

Zumindest haben Vanunus Informationen einen wesentlichen Beitrag zur Debatte über die globalen Gefahren der Nuklearwaffenverbreitung im allgemeinen und über die Konsequenzen des israelischen Atomarsenals im besonderen geleistet. Daher verdanken wir Vanunu sehr viel.

Joel Cohen: Die Vanunu-Affäre. Israels geheimes Atomwaffenpotential. Heidelberg (Palmyra) 1995. 414 S., gebunden, 39,80 DM.

Im Oktober 1986 veröffentlichte die Londoner "Sunday Times" einen aufsehenerregenden Bericht über Israels geheimes Atomwaffenpotential. Die Informationen stammten von Mordechai Vanunu, der von 1976-1985 in Israels Nuklearforschungszentrum bei Dimona (im Negev) gearbeitet hatte. Er enthüllte brisante Details über Qualität und Umfang des israelischen Atomprogramms. Vanunu hatte sich an die Presse gewandt, um seine Landsleute und die Weltöffentlichkeit vor den Gefahren atomarer Bedrohung zu warnen. Noch vor Erscheinen des Artikels wurde er vom Mossad nach Israel entführt und zu achtzehn Jahren Gefängnis verurteilt.

In seiner jetzt beim Palmyra-Verlag erschienenen Studie "Die Vanunu-Affäre" stellt Yoel Cohen, Publizist und Dozent an der Hebräischen Universität in Jerusalem, die Geschichte des israelischen Atomprogramms dar und zeichnet detailliert den Verlauf jener "Affäre" nach: die Prüfung der Informationen Vanunus durch die "Sunday Times", die Entführung durch den Mossad, den Prozeß gegen Vanunu. Cohen macht reichlichen Gebrauch von den Veröffentlichungen in der israelischen Presse und der Debatte in der israelischen Öffentlichkeit, so daß die "Affäre" auch aus israelischer Perspektive betrachtet werden kann. Die israelische Militärzensur, der das Manuskript vorgelegt werden mußte, hat, wie Cohen schreibt, "kurze Passagen des Textes gestrichen". Außerdem wurde vom Autor verlangt, die folgende Erklärung in seine Publikation aufzunehmen: "Dieses Buch beruht auf ausländischen Quellen, was in keiner Weise etwas über die Wahrheit oder Unwahrheit der

Informationen in diesem Buch besagt." (Ein schönes Beispiel dafür, daß sich der israelische Humor allmählich den Qualitäten des berühmten jüdischen Witzes zu nähern beginnt.)

Das im folgenden publizierte Vorwort zu Cohens Studie verfaßte Frank Barnaby, einer der international renommiertesten Atomwaffenexperten und lange Zeit Direktor des Friedensforschungsinstituts SIPRI in Stockholm.

16. Rosa Zeiten. Italiens Rechte auch auf Provinzebene geschlagen

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:11

Nach dem Sieg des Mitte-Links-Bündnisses (Centro-Sinistra) bei den italienischen Regionalwahlen vom 23. April (vgl. ak 378) wurde die "rosa" Welle auch bei den zwei Wochen später abgehaltenen Stichwahlen in 54 Provinzen und 24 Städten fortgesetzt. Nach dem Wahlgesetz ist ein zweiter Wahlgang erforderlich, wenn im ersten kein Kandidat für das Amt des Provinzpräsidenten bzw. des Bürgermeisters die absolute Mehrheit erreicht hat. Am 23. April hatten Mitte-Links-Kandidaten sich schon in den Provinzen Bologna und Florenz durchgesetzt. In der Hauptstadt der Emilia-Romagna wurde Walter Vitali (PDS) als Bürgermeister bestätigt; Vittorio Prodi, der Bruder des designierten Spitzenkandidaten des Mitte-Links-Bündnisses Romano Prodi, wurde Präsident der Provinz: ein positives "Signal für die künftige Allianz" zwischen Prodi und dem PDS, wie La Repubblica kommentierte.

Die Stichwahlen vom 7. Mai wurden für das anti-rechte Lager fast schon zum Triumph. Das Centro-Sinistra siegte in 46 von 54 Provinzen und in 20 von 24 Provinzhauptstädten. Zu den wichtigeren "rosa"-regierten Städten gehören Bergamo, Ferrara, Avellino, Lecce, Potenza, Sassari, Vicenza, Rimini, Arezzo, Mantova, Padova, allesamt mittelgroße Städte mit einer Einwohnerzahl zwischen 60.000 (Mantova) und 236.000 (Padova). Zwar liegen die meisten dieser Städte im Norden und in der Mitte des Landes; es gab aber auch einige Erfolge im Süden (Avellino, Lecce, Potenza). Die Rechten setzten sich nur in den beiden mittelitalienischen Städten Frosinone (46.000) und Viterbo (58.000) sowie im süditalienischen Foggia (158.000 Einwohner) durch.

Ein klares Nord-Süd-Gefälle wurde auch bei den Provinzwahlen deutlich. Fünf der sechs von den Rechten dominierten Provinzen liegen im Süden: Bari, Taranto, Catanzaro, Benevento, L'Aquila. Hinzu kommt als einzige nördliche Provinz Imperia (Ligurien). Die 48 Provinzen, in denen das Centro-Sinistra vorn lag, verteilen sich dagegen über die gesamte Fläche des Landes zwischen Verbania (Piemont) und Vibo Valentia (Kalabrien). Die Lega Nord, die vielfach schon zum Mitte-Links-Bündnis gerechnet wird, gewann in Cuneo und in den Provinzen Bergamo und Pordenone.

Um den Wahlsieg auch bei den vermutlich im Oktober stattfindenden Neuwahlen zum nationalen Parlament zu garantieren, hat PDS-Sekretär Massimo D'Alema vorgeschlagen, das Verfahren der Provinzwahlen auch auf Landesebene zu übernehmen und einen zweiten Wahlgang einzuführen. "Zum Wohle des Landes" und seiner Regierbarkeit soll dadurch, anders als bisher, eine deutliche Mehrheit im Parlament erreicht werden. Daß und wie das funktioniert, verdeutlicht das französische Beispiel: Bei den Parlamentswahlen im März 1993 erreichten die Sozialisten im zweiten Wahlgang 19% der Stimmen, aber nur 67 von 577 Sitzen in der Nationalversammlung.

Widerstand gegen die Einführung eines ähnlich undemokratischen Wahlverfahrens in Italien leistet die als Bündnispartnerin des Centro-Sinistra umworbene Lega Nord - wenn auch nicht aus prinzipiellen Gründen. Noch gilt das Mehrheitswahlrecht in einem Wahlgang für 75% der Parlamentsmandate, die restlichen 25% werden nach Verhältniswahlrecht (mit 4%-Klausel) vergeben. Nachdem die Lega im vergangenen Jahr von Silvio Berlusconi großzügig mit sicheren Wahlkreisen ausgestattet worden war, möchten die derzeit partnerlosen norditalienischen Regionalisten nunmehr zum Verhältniswahlrecht (allerdings mit 5%-Klausel) zurückkehren. Berlusconi dagegen ist den Plänen des PDS nicht abgeneigt. Ein reines Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen entspricht nicht nur dem Programm von Forza Italia. Der Zwang zu Wahlkreisabsprachen würde auch Berlusconis Bündnispartner vom Centro Cristiano Democratico (CCD) von eventuellen Extratouren abhalten. Schließlich wäre, bei einem erneuten Stimmungsumschwung, ein Wahlsieg der Rechten auch mit einem Stimmenanteil unter 50% im Bereich des Möglichen.

Aufschlüsse über die derzeitigen politischen Mehrheiten werden von den insgesamt 16 Referenden erwartet, die am 11. Juni stattfinden werden. Abgestimmt wird u.a. darüber, ob Berlusconis Medienmacht eingeschränkt werden soll, indem die Zahl seiner landesweit ausstrahlenden Sender auf zwei reduziert und die Unterbrechung der Sendungen durch Werbespots verboten wird. Um das Urteil des Fernsehvolkes zu seinen Gunsten zu beeinflussen, setzt Berlusconi auf die nationalistische Karte: Bei erheblich reduzierten

Werbeeinnahmen würden reiche Ausländer wie die Herren Murdoch und Kirch die Sender aufkaufen und die Programme bestimmen. Zur Abschreckung wurde von Berlusconis Fininvest-Konzern zusätzlich noch der Name eines angeblich kaufwilligen saudi-arabischen Scheichs lanciert: Al Waleed Bin Talal. Falls solche fremdländischen Elemente zum Zuge kämen, so die Botschaft von Berlusconis Kampagne, sei der Untergang der "italienischen Kultur" besiegelt.

Js.

17. Eco, Rossanda, Balestrini, Moroni: Neue Bücher aus Italien

Autor: Js. · Rubrik: Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:01

Umberto Eco

Am 13. März brachte Der Spiegel einen Verriß von Umberto Ecos neuestem Roman "Die Insel des vorigen Tages"; schon zwei Wochen später stand das als "ziemlich langweilig" befundene Buch mit "hanebüchener Story" auf Platz 5 der Bestsellerliste, die im Auftrag des angeblichen Nachrichtenmagazins allwöchentlich erkundet wird. Der ak-Rezensent sieht sich in der seltsamen Lage, beide Seiten loben zu müssen: den Spiegel für seine Kritik, den Autor für seinen Erfolg. Letzterer beruht keineswegs auf seichter Handlung und gefälliger Schreibe, im Gegenteil: Eco traktiert die LeserInnen mit seinem geballten Wissen, schweift ab, interpretiert, läßt seine Hauptperson selbst zum Romanautor werden und kritisiert provokativ sein eigenes Werk: "Zwar stimmt es, daß die Dichter, nachdem sie ein denkwürdiges Ereignis angesprochen haben, es eine Zeitlang vernachlässigen, um den Leser in Atem zu halten, und an dieser Geschicklichkeit erkennt man einen gut erfundenen Roman; aber das Thema darf auch nicht allzulange verlassen werden, damit sich der Leser nicht in zu vielen parallelen Handlungssträngen verliert." Wie zum Hohn auf das Gesagte verbreitet Eco sich seitenlang über die symbolische Bedeutung der Taube und beschreibt die schnorchelnd von ihm selbst erkundete Unterwasserwelt der Südsee.

Die Verlagswerbung, das Buch sei "Abenteuerroman, Liebesgeschichte und historisches Panorama" in einem, ist grob irreführend. Zwar ist es das auch, aber ebenso ist es eine Sammlung barocker Traktate über naturwissenschaftliche und philosophische Fragen des 17. Jahrhunderts. Das wäre nicht nur zu verschmerzen, sondern auch anregend und nutzbringend für die Reflexion der Gegenwart - wenn der Autor es unternehmen würde, ähnlich aktuelle Bezüge herzustellen wie in seinem ersten Roman "Der Name der Rose". Während sich dort vor mittelalterlicher Kulisse brisante Fragen wie "Terrorismus", soziale Revolte und Arroganz der Macht durch die gesamte Geschichte ziehen, sind die Anspielungen in der "Insel" sporadisch. Der Bösewicht Ferrante erscheint als barocker Andreotti: "Vom Fuchs (‚La volpe` - Spitzname von ‚Onkel Giulio`; Anm. Js.) hatte er gelernt, daß ein Spiel mit offenen Karten weder Nutzen bringt noch Vergnügen bereitet." Aber vornehmlich kommuniziert das Buch mit anderen Büchern; wohl dem, der über eine breit gefächerte Halbbildung verfügt. Der ungebildete ak-Rezensent hat immerhin einen Hinweis auf die "Verlobten" von Manzoni und auf Ecos Erstlingsroman erkannt; "Die Meuterei auf der Bounty" wird zudem ganz unverschlüsselt in die Geschichte eingeführt.

Welche Geschichte? Fast vergaß ich zu erzählen: Wir schreiben das Jahr 1643. Roberto de la Grive, der Held der Geschichte, erleidet Schiffbruch in der Südsee und landet als einziger Überlebender auf einem verlassenen Schiff. "Mit dem Fortgang der Geschichte erfährt der Leser, daß Roberto de la Grive in geheimer Mission und in allerhöchstem Auftrag unterwegs war. Nach einer abenteuerlichen Jugend ist er nach Paris gekommen, dort in antiklerikale Kreise geraten und, nachdem er Wochen in der Bastille geschmachtet hat, von Kardinal Mazarin vor die Wahl gestellt worden: entweder er verliert Kopf und Kragen, oder er muß im Dienste Frankreichs als Spion einem Geheimnis auf die Spur kommen, das zu enträtseln sich die seefahrenden Großmächte verzweifelt bemühen - dem Geheimnis des festen Punkts, der die Längengrade bestimmt, die allein es ermöglichen, einen einmal entdeckten Ort wiederaufzufinden." So steht es im Klappentext, wo die verworrene Geschichte dankenswerterweise in kurzen Worten zusammengefaßt wird - platzsparend, aber auch irreführend: "Immer dramatischer spitzt sich die Handlung zu, immer mehr vermischen sich Wahn und Wirklichkeit, bis Roberto, in Gefahr, die Geliebte zu verlieren, der erlösende Einfall kommt..."

Gar nichts spitzt sich zu. Ich hab' es geglaubt, bis zum Schluß durchgehalten und mußte mich dafür vom Autor verspotten lassen: "Und somit, selbst wenn sich eine meiner Hypothesen zur Fortsetzung der Erzählung anböte, würde diese kein erzählenswertes Ende haben und meine Leser so unzufrieden wie unbefriedigt lassen." Auch zu einer "moralischen Lehre" eigne sich die Geschichte nicht; das sei nur "im Land der Romane" so, wo die Dinge "für einen bestimmten Zweck oder aufgrund einer Vorsehung zu geschehen scheinen."

Daß Eco es sich leisten kann, den "gut erfundenen Roman" demonstrativ zu verweigern und daß sein Manuskript dennoch gedruckt und das Buch gekauft wird, ist schon erstaunlich. Sein Erfolg widerlegt den verbreiteten Kulturpessimismus - demzufolge heute ausschließlich intellektuelle Fast-Food-Produkte gefragt wären - aber leider nur zum Teil. Von den verkauften Exemplaren wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nur ein geringer Teil auch gelesen werden. Den Verlagen kann's egal sein - aber ist der Autor zufrieden, wenn er wieder einmal seinen Ranglistenplatz als "Rockefeller der Feder" (La Repubblica) verteidigt hat?

Vor etwa einem Jahr hatte Umberto Eco, alarmiert durch die Wahlerfolge der italienischen Neofaschisten, eine gute Idee, die ihm Haßtiraden der Rechten einbrachte: Italiens demokratische Intellektuelle sollten gemeinsam ein Buch über die Untaten des Faschismus verfassen und zum Kampfpreis von 1.000 Lire (1 DM) auf den Markt bringen. Wenn über diese wichtige Arbeit sich die Fertigstellung von Ecos viertem Roman verzögern sollte, dann wäre das - in Kenntnis des dritten - durchaus zu verschmerzen.

Umberto Eco: Die Insel des vorigen Tages. Roman; (Original: L'isola del giorno prima, Bompiani, Milano 1994); aus dem Italienischen von Burkhart Kroeber; Carl Hanser Verlag, München/Wien, 509 Seiten, DM 49,80

Rossana Rossanda

Die mittlerweile 70jährige Kommunistin und Feministin Rossana Rossanda, die mit 35 Jahren zum jüngsten Mitglied im Zentralkomitee des Partito Comunista Italiano (PCI) gewählt worden war, wurde 1969 als "Linksabweichlerin" aus der Partei ausgeschlossen. Für die "kommunistische Tageszeitung" Il Manifesto, deren Mitbegründerin sie ist, hat sie seit Beginn der 70er Jahre unzählige Artikel und Kommentare geschrieben. Die Aufsätze von Rossana Rossanda, die der Argument-Verlag Ende letzten Jahres in der Reihe "Coyote-Texte - Feminismus als Gesellschaftskritik" publiziert hat, erschienen im italienischen Original zwischen 1976 und 1993. Die Texte des Bandes sind weder Kommentare zum aktuellen Tagesgeschehen noch "Abhandlungen, sondern Einmischungen in Fragen, die zeitpolitisch relevant sind" (Frigga Haug; Einleitung zur deutschen Veröffentlichung).

Stammen die ersten Texte aus einer Zeit, in der in Italien eine kulturrevolutionäre Massenbewegung auseinanderbrach, so entstanden die letzten Aufsätze in den Jahren nach 1989. "Was seither in ganz Europa in Frage gestellt wird", schreibt Rossana Rossanda im Vorwort, "ist in Wahrheit nicht die Idee einer Revolution, die nach den zwanziger Jahren nicht einmal mehr versucht worden ist, sondern die Idee einer Regulierung des kapitalistischen Modells durch staatliches Eingreifen, um einen gewissen sozialen Ausgleich zu garantieren." Die Schwäche der Kultur der Linken, ihre abnehmende Ausstrahlungskraft auf Jüngere ist nach Rossandas Ansicht teilweise selbstverschuldet. Die Linke habe es "nicht verstanden ..., die zentralen Punkte einer Sinnfrage zu behandeln - einer Sinnfrage, die durch die Krise von 1989 aufgeworfen wurde, aber nicht nur durch sie". Durch die Vernachlässigung der "immer dringlicheren Frage der Ethik ... sind wir heute in einer zu schwachen Position, um den Immoralismus der anderen, die Entfremdung erzeugende Serialität der Modernisierungen oder die vieldeutigen Schritte der Postmoderne zu kritisieren."

Daß Rossana Rossanda diesen Mangel linken Denkens und linker Politik früher als andere erkannt hat, wird in vielen ihrer Texte deutlich. Die Bandbreite der in den insgesamt 35 Aufsätzen behandelten Themen kann hier nur angedeutet werden: Da gibt es Auseinandersetzungen mit den Feministinnen im PCI, Porträts "großer" Frauen (u.a. Simone de Beauvoir, Rosa Luxemburg, Virginia Woolf) und Solidaritätserklärungen (z.B. mit Christa Wolf), ein Appell an selbstmordgefährdete Linke und "aus dem Rahmen Fallendes" wie die Aufsätze "Das Tabu der Wechseljahre" und "Private, unverantwortliche Betrachtungen über das Alter".

Rossandas gleichermaßen anklagende wie selbstkritische Perspektive wird an ihrem im Januar 1993 entstandenen Artikel "Zweckgerichtete Vergewaltigung" deutlich. Der jugoslawische Bürgerkrieg habe eine "ungeheuerliche Neuheit" hervorgebracht: "die Gewalt, die Frauen angetan wird, um sie zu schwängern". Die neuen "VerehrerInnen der nationalen Differenzen/Identitäten" weist sie auf die Bedrohlichkeit ihrer Ideen hin: "Jede Kultur, die der Abstammung und dem Blut eine Legitimation, ja einen Vorrang einräumt, verleiht der Männlichkeit eine zusätzliche, erdrückende Macht". Gleichzeitig kritisiert Rossanda die Tatenlosigkeit der westeuropäischen Frauen und ruft zum aktiven Handeln auf, das - als "Maximum" - auch "in einer schönen Invasion Bosniens von, sagen wir, zwanzigtausend Frauen aus Europa bestehen könnte". Die Realität: "Wir

nehmen es nicht einmal auf uns, wenigstens die Stimme zu erheben, um Frauen, wie wir es sind, gegen eine Tortur zu verteidigen, die sie drei Flugstunden von uns entfernt erleiden."

Rossana Rossanda: Auch für mich. Aufsätze zu Politik und Kultur; Argument-Verlag, Hamburg (Argument-Sonderband Neue Folge AS 224); 232 Seiten, DM 29,-

Nanni Balestrini

und Primo Moroni

Die Buchladen GmbH Schwarze Risse hat uns ein Buch nebst Begleitschreiben geschickt: "... in der Hoffnung, daß es bei euch auf Interesse stößt und ihr eine Rezension für eure Zeitung schreibt". Das Interesse ist vorhanden, der gleichfalls gewünschte "Spaß beim Lesen" stellt sich hoffentlich noch ein: Mangels Zeit und Muße hat der Rezensent bisher nur geblättert. Danach steht immerhin schon fest, daß das Buch in die engere Auswahl seiner Urlaubslektüre aufgenommen wird. Da der Verlag aber schon vorher ein paar Exemplare verkaufen möchte, erscheint hier eine Leseempfehlung unter Vorbehalt.

Gerechtfertigt wird sie zum einen durch die Mitautorenschaft Nanni Balestrinis, der mit seinem Roman "Wir wollen alles" den Kämpfen der FIAT-Arbeiter im "Heißen Herbst" 1969 ein literarisches Denkmal gesetzt hat und dessen Roman "Der Verleger" (über Giangacomo Feltrinelli) in dieser Zeitung (ak 346) positiv besprochen wurde. Zum anderen behandelt das Buch die spannendsten Phasen der italienischen Nachkriegsgeschichte: die Jahre zwischen 1960 und 1977, von der Tambroni-Krise, die durch eine antifaschistische Massenmobilisierung beigelegt wurde, bis zum Ende der militanten Jugendbewegung der Spontis und Stadtindianer.

In diese Zeit fallen "die Explosion 1968" (Kapitel 5), die militanten Kämpfe bei FIAT im Heißen Herbst, das "Staatsmassaker" im Dezember 1969 in Mailand und andere rechtsterroristische Anschläge, die Entstehung revolutionärer Organisationen links vom PCI, der Beginn des bewaffneten Kampfs, die "Revolution des Feminismus" (Kapitel 8), die Bewegung des Jahres 1977, die "Krise der Militanz" (Zwischenüberschrift). Wer damals schon ak (Arbeiterkampf) gelesen hat, wird sich erinnern, daß die 77er Bewegung in dieser Zeitung mit sehr viel Sympathie begleitet wurde. Das Buch von Balestrini und Moroni gibt also auch Gelegenheit, die schwärmerische Begeisterung für das "revolutionäre Italien" kritisch zu überprüfen. Was bietet es noch? Laut Begleitschreiben: "Nicht das unreflektierte Aneinanderreihen von Daten und Fakten, aber auch keine Ideologie- und Organisationsgeschichte stehen im Vordergrund, sondern die Kämpfe, Siege und Niederlagen, Utopien und Rückschläge einer Epoche militanter und radikaler Kämpfe und Auseinandersetzungen in Italien werden aus dem ‚Innern` heraus beschrieben und wiederbelebt." Dokumentiert werden Flugblätter, Liedertexte und Stellungnahmen von Intellektuellen, darunter, natürlich, auch Umberto Eco.

Primo Moroni, Nanni Balestrini: Die Goldene Horde. Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien; Verlag der Buchläden Schwarze Risse Berlin und Rote Straße Göttingen, 452 Seiten, DM 39,80

Js.

18. Wir brauchen politische und ökonomische Demokratie. Interview mit René Vivas, Mitglied der nationalen Führung der FSLN

Autor: Olaf Goebel · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:14

René Ramón Vivas Lugo bekam als Student in Heidelberg seinen ersten Kontakt zur FSLN. 1973 kehrte er nach Nicaragua zurück, wurde Mitglied der FSLN und kämpfte bis zum Sieg an der Nordost-Front. Nach dem Triumph der Revolution am 19. Juli 1979 baute er die sandinistische Polizei auf und war bis 1992 Polizeichef, als er auf Druck von James Baker, dem Berater des damaligen US-Präsidenten Georg Bush, von der konservativen Regierung Chamorro abgesetzt wurde. Der Kongreß der FSLN im Mai 1994 wählte ihn in die nationale Führung. Er arbeitet in Managua als Rechtsanwalt und Notar.

Was haben Sie als Chef der sandinistischen Polizei erreicht?

Erreicht wurde eine ganze Menge, aber nicht, weil ich der Chef war. Ich hatte nur die Aufgabe, eine Polizei aufzubauen, denn es gab ja keine. Die Polizei unter Somoza war keine Polizei in dem Sinne. Die Nationalgarde war ein reines Repressionsinstrument, weder Polizei noch Armee, sondern beides zusammen. Sie war gegen das Volk gerichtet und hatte genozide Züge. Wir versuchten am Anfang, Offiziere der Nationalgarde in die sandinistische Polizei aufzunehmen, um ihre Erfahrungen zu nutzen, aber das war unmöglich. Sie hatten von kriminaltechnischer oder investigativer Arbeit überhaupt keine Ahnung. Als wir ihre Archive nach dem Triumph öffneten, fanden wir keinerlei Akten über Kriminalfälle oder Kriminelle, sondern nur über uns, über sämtliche Sandinisten. Alle waren da drin. Unsere Aufgabe war also, eine Polizei für Nicaragua aufzubauen, und ich glaube, das ist uns gelungen. Zuerst haben wir Statistiken erhoben, um herauszufinden, wie hoch die Anzahl der Delikte war, und dann den Versuch unternommen, diese zu verringern. Im ersten Jahr waren es noch 40.000 und schon drei Jahre später nur noch 13.000. Durch den Krieg gegen uns und die damit verbundene ökonomische Krise stiegen die Zahlen dann wieder, überschritten aber nie mehr die Zahl 20.000. Heute haben wir wieder um die 40.000 Delikte im Jahr.

Wie sieht es bei der Polizei heute aus?

Unser Ziel war der Aufbau einer unabhängigen und wissenschaftlichen Polizei, die sich um Kriminalfälle aller Art kümmern kann. Wir waren sehr effektiv und geachtet. Heute hat sich das unter der aktuellen Regierung wieder geändert, weil an allen Ecken die Mittel fehlen: Ausrüstung, Benzin, Logistik. Das ist wirklich traurig. Die neue Regierung hat auch die Polizei wieder eingesetzt, um soziale Konflikte zu lösen, wie Streiks, Demonstrationen oder sonstige Proteste. Das macht natürlich viel Arbeit und wir waren in den Jahren nach dem Regierungswechsel sehr mit dieser Aufgabe beschäftigt, weil wir viel auf der Straße waren. Ein Problem für uns waren auch die wiederbewaffneten Gruppen, erst Recontras, dann Recompas und schließlich beide zusammen.

Ich glaube, die Regierung macht einen großen Fehler, mit langfristigen Auswirkungen, weil sie die Polizei auf allen Ebenen vernachlässigt. Wir haben z.B. für alle Neuankömmlinge eine Grundschule eingerichtet. Da haben sie erstmal lesen und schreiben gelernt, denn viele, die Polizisten werden wollten, waren Arbeiter, Jugendliche oder Bauern und viele von ihnen Analphabeten. Danach richteten wir eine weiterführende Schule ein, in der auch das Abitur gemacht konnte. Tausenden wurde durch uns die Hochschulreife ermöglicht. Später schafften wir in Zusammenarbeit mit der Universität eine Fakultät, in der die Polizisten Jura studieren konnten. Die Polizeischule selber dauerte zwei Jahre. Spezialisten aus vielen Ländern halfen uns bei ihrem Aufbau und der Ausbildung der Polizeischüler. Viele der angehenden Offiziere wurden in den ehemaligen sozialistischen Staaten ausgebildet. Diese ganze Ausbildung findet so nicht mehr statt, und das ist schlimm.

Ist die Polizei heute wieder korrupt?

Es gibt Phänomene von Korruption in der Polizei. Trotzdem ist das kein Problem der Polizei, sondern ein Problem der ganzen Regierung. Die Korruption gibt es vor allem in den höchsten Regierungsebenen, und was soll ich da einem jungen Polizisten sagen, der den ganzen Tag in der brütenden Sonne steht, 480 Cordobas (ca. 100 DM, O.G.) verdient und dann mal 20 Cordobas (ca. 3,70 DM; O.G.) annimmt? Ich will das keinesfalls

rechtfertigen, aber man muß doch das Gesamtproblem verstehen. Da fehlen die positiven Vorbilder. Der Polizist bekommt einen viel zu geringen Lohn und die oben unterschlagen...

Früher gab es soziale Garantien von uns, die medizinische Versorgung z.B. Da war für die Frau und die Kinder mitgesorgt. Auch wenn einer seine Mutter mitbrachte, wurde die nicht abgewiesen, sondern auch versorgt. Behandlung und Medikamente waren gratis. Die Polizisten konnten die Grundnahrungsmittel verbilligt einkaufen, während die ökonomische Situation heute täglich schlimmer wird.

Agiert die Polizei heute wieder als Unterdrückungsinstrument?

Die Repression hat nicht zugenommen, da verteidige ich die Polizei, und ich glaube, wir haben immer noch keine volksfeindliche oder repressive Polizei. Aber die Bedingungen sind anders, und die Polizei ist ein ausführendes Organ der Regierung, d.h. von der Regierung hängt der Einsatz der Polizei ab. Während der Jahre der Revolution wurde niemand von der Polizei aus dem Haus geworfen oder eine Kooperative von ihrem Land vertrieben. Die Regierung hätte diesen Befehl nicht gegeben, am allerwenigsten Daniel (Ortega; O.G.) oder Tomás (Borge; O.G.). Da hatte es die Polizei leichter. Heute bekommen sie von den Ministern den Befehl, Streiks zu unterdrücken und die Leute aus ihren Häusern zu holen. Unser Konzept damals war ein anderes. Streiks wurden von uns nicht einfach zerschlagen. Wir haben uns da eher als Vermittler oder Puffer zwischen den Forderungen der Leute und der Regierung gesehen. 1988/89 streikten z.B. mal die Lehrer, aber da wurde verhandelt und eine Lösung gefunden. Oder auch die Taxifahrer haben gestreikt. Einmal versammelten sich alle mit Daniel (Ortega; O.G.) im Kongreßzentrum "Olof Palme", und dann wurde verhandelt und debattiert. Heute ist die Tendenz, das die Problem zunehmen und nicht die Ursachen, sondern die Auswirkungen unterdrückt werden. Diesen Job hat dann leider die Polizei, aber es wäre ungerecht zu sagen, wir hätten hier in Nicaragua eine repressive Polizei, oder eine, die im Dienste der Oligarchie steht. Soweit sind wir noch nicht.

Welche Konsequenzen hat die FSLN aus der Wahlniederlage 1990 gezogen?

Da muß man ein bißchen ausholen und schauen, was 1990 passiert ist. Wir hatten mit der Wahlniederlage nicht gerechnet, aber sie war auch keine Katastrophe. Wir bekamen immerhin 42% der Stimmen. Wir behielten wichtige Posten wie Bürgermeister, Armee, Polizei und waren stark im Parlament vertreten. Aber jede Niederlage hat ihre Ursachen. Viele Leute, die Staatsposten innehatten, zeigten Symptome von Müdigkeit bis Hoffnungslosigkeit in Bezug auf die revolutionäre Sache. Es entstand eine Tendenz, die anfing, alle guten Dinge der Revolution zu leugnen, und es entstand eine Bewegung, die in ihrer eigenen Analyse zu dem Ergebnis kam, die einzige Form, in kurzer Zeit wieder an die Regierung zu kommen, sei, sich zu "entsandinisieren".

Wie geht das?

Boris Jelzin macht das und bestimmt auch viele Leute der DDR. Man leugnet alles Positive der Revolution, auch von der in der DDR, und biedert sich bei den Rechten an. Man sagt einfach, alles Revolutionäre sei schlecht gewesen, es hätte nichts Gutes gegeben. Genau das passierte auch in der FSLN, daß hohe Ex-Funktionäre und heutige Abgeordnete alles in Frage stellten. Angeführt werden sie von Sergio Ramirez, und sie nehmen immer rechtere Positionen ein. Sie fühlen sich ohnmächtig gegenüber der neoliberalen Politik, der neuen transnationalen Ökonomie, akzeptieren sie im Endeffekt und finden sie gut. Gleichzeitig distanzieren sie sich von der Vergangenheit. Sie wollten in ihrem neuen Namen sogar das Wort "sandinistisch" weglassen. Aber dann hätten sie bei den Massen überhaupt keine Chance gehabt, so daß sie sich nun doch auch als sandinistisch bezeichnen. Die Richtung dieser "Erneuerer" wurde auf dem Maikongreß (1994; O.G.) deutlich, dort wurden ihre Thesen von der Basis abgelehnt. Daran sieht man, wie stark die Revolution in der FSLN verankert ist. In diese Richtung suchen wir unseren Weg, damit die Frente sich treu bleibt und sich nicht selbst verleugnet. Die Richtungsdebatte war sehr mühsam und wurde mit unserer "Hitze der Tropen" geführt, sehr nicaraguanisch, mit vielen persönlichen Anfeindungen und Beleidigungen. Es gab den Vorschlag, daß sich die FSLN in eine demokratische Partei wandeln soll, nach schwedischem Vorbild oder einem noch rechteren. Ich finde, sie muß es gemäß ihrer eigenen Tradition und mit ihrem eigenen lateinamerikanischem Selbstverständnis werden! Innerhalb der Basis waren die Thesen vorher breit diskutiert worden. Der Vorschlag wurde von der Mehrheit der Sandinisten abgelehnt und nur von 25% angenommen. Uns ist klar, daß wir die Frente demokratisieren müssen, aber nicht so, wie es die "Erneuerer" wollen. Die FSLN ist ihnen gegenüber sehr stark. Über 335.000 Sandinisten beteiligten sich an den lokalen Wahlen innerhalb unserer Struktur. Da

wird die Ablehnung des Ramirez-Flügels noch deutlicher. Die ganze Diskussion verkomplizierte sich aber noch durch die persönliche Haltung von Dr. Ramirez, weil er gerne der Präsidentschaftskandidat wäre, und das wollte er innerhalb der FSLN durchsetzen. Das ging nicht. Deshalb gründete er die "Erneuerer".

Auch Ernesto Cardenal hat die FSLN verlassen und ist zu den "Erneuerern" gegangen.

Das war natürlich ein schwerer Schlag für uns, und wir bedauern diesen Schritt des Genossen Cardenal außerordentlich. Die Pressewirksamkeit war natürlich beabsichtigt, und es wurde wenig über die Hintergründe gesagt. Ramirez und Cardenal sind langjährige Freunde, die sich vor allem auch als Intellektuelle verbunden fühlen. Für uns ist es natürlich ein Verlust. Das ist klar. Die "Erneuerer" haben sich aber bis zum heutigen Tag nicht gegründet. Erst wollten sie sich vor zwei Monaten an Sandinos Todestag gründen, aber da war die Amtsübergabe der Armee. Sie befürchteten, unterzugehen, und verschoben die Gründung auf den 100. Geburtstag von Sandino. Wir werden da einiges organisieren, und ich bin gespannt, ob sie sich trotzdem gründen...

Welche wirtschaftlichen Vorstellungen hat die FSLN?

Unser Plan liegt schriftlich vor, und er umfaßt eine Analyse der aktuellen Situation und unsere Vorschläge. In Nicaragua liegt der produktive Sektor am Boden. Alles wird ausverkauft. Die Regierung hat unsere Fluglinie verkauft und unsere Minen. Es sind nicht mehr wir, die wir unser Gold abbauen. Die Fischereirechte haben andere. Die Traktoren, die uns die Ex-UdSSR geschenkt hat, die sie unseren Bauern geschenkt hat, wurden in die USA verkauft, sogar die Eisenbahn gibt es nicht mehr. Heute ging die letzte Lokomotive nach El Salvador auf Reisen... Wir fordern nicht nur eine politische, sondern auch eine ökonomische Demokratisierung. Das ganze Volk muß in den ökonomischen Prozeß mit einbezogen werden. Im Moment sind große Teile davon völlig ausgeschlossen. Die Arbeitslosigkeit steigt. Immer mehr kleine Firmen schließen und gehen bankrott. Die Prostitution nimmt zu. Immer mehr Produkte werden billiger importiert, als wir sie selber herstellen können. Das sind alles Auswirkungen des Drucks von IWF und Weltbank. Jetzt sollen sogar die staatlichen Wasser- und Strombetriebe und die Post privatisiert werden. Das bedeutet, vom Ausland aufgekauft zu werden.

Was will die FSLN gegen diesen Druck tun bzw. welche Möglichkeiten gibt es da überhaupt?

Diese Regierung verhandelt mit dem IWF und der Weltbank, und kein mensch weiß. Die Verhandler und die Bedingungen von der Weltbank sind immer noch die gleichen wie bei uns damals. Die kennen wir. Costa Rica z.B., das ja wirklich kein revolutionäres Land ist, hat bessere Bedingungen ausgehandelt als wir, und andere Länder in Lateinamerika auch. Hier kennt keiner die Ergebnisse der Verhandlungen. Was 1996 betrifft, ist nicht entscheidend, wer die Wahl gewinnt, sondern wer überhaupt regieren kann. Damit meine ich die ökonomische Situation. Wenn wir Sandinisten die Wahl gewinnen würden, müßten wir auf jeden Fall andere Parteien und gesellschaftliche Kräfte an der Regierung beteiligen. Hier ist nur eine nationale Lösung möglich. Denn wenn die Weltbank immer nur mit einem Teil der Regierung verhandelt, und die dann auch noch völlig unfähig sind, dann macht die Weltbank hier, was sie will. Dagegen kann es nur ein nationales Konzept, eine nationale Politik von allen geben, bei der nicht die Hälfte der Bevölkerung ausgeschlossen ist. Das Modell der Weltbank und des IWF ist für Lateinamerika und für Nicaragua jedenfalls gescheitert.

Was sagen Sie zu dem Aufstand in Chiapas?

Ich habe großen Respekt vor den Forderungen, die dort aufgestellt werden, und sehe es auch als eine direkte Reaktion auf die Politik des IWF. Man sieht natürlich immer nur die Maskierten mit Gewehr. Aber dahinter steht viel mehr, nämlich eine enorme Misere. Lateinamerika ist sehr anfällig für diese Art Aufstände. Das kann überall passieren, nicht nur in Mexiko. Die ungeklärten Landfragen, die unzureichende Ausbildung und viele weitere Gründe. Vor allem die indigene Bevölkerung ist von den Diskriminierungen besonders betroffen. Ich verurteile den Aufstand nicht. Der mexikanische Staat hat sehr klug gehandelt, denke ich. Zwar haben sie am Anfang die Armee gegen den Aufstand eingesetzt, aber schnell verstanden, daß das so nicht geht. Wenn man die Leute ermordet oder einsperrt oder das Land bombardiert, dann hat man einige Zeit Ruhe, aber die Ursachen des Problems gibt es immer noch. Somoza hat damit bei uns auch nichts erreicht. In Mexiko ist die soziale Situation sehr explosiv. Hier in Nicaragua ist das nicht so, in El Salvador auch nicht. Wir haben den Krieg hinter uns und suchen jetzt die Stabilität.

Die FSLN hat gute Kontakte zur PRI, haben Sie über die EZLN gesprochen?

Natürlich, zur PRI gibt es ein sehr enges Verhältnis, weil Mexiko während unseres Krieges und danach eine sehr positive Rolle eingenommen hat. Die haben sich nie von den USA beeinflussen lassen. Aber wir haben ihnen auch gesagt, daß es keinen Sinn hat, militärisch gegen die Aufständischen vorzugehen und daß sie auf die Forderungen der EZLN eingehen sollen und verhandeln müssen.

Erklärt sich die FSLN mit dem Aufstand solidarisch?

Ich weiß nicht, ob es der EZLN nützen würde, wenn wir uns als FSLN mit ihnen solidarisch erklären würden. Da müßten sie schon selber sagen, was sie von uns wollen und was wir tun können.

Wer ist der Präsidentschaftskandidat der FSLN für 1996?

Wir müssen erstmal unsere Taktik und die Politik zu Ende diskutieren, und am Ende überlegen wir dann, wer der Kandidat sein wird.

Ich danke Ihnen für dieses Gespräch.

Das Interview mit René Vivas führte Olaf Goebel am 21.4.95 in Managua.

19. Antisemitismus und kurdischer Nationalismus. Anmerkungen zu einem Artikel in "Özgür Ülke"

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:42

Die "Protokolle der Weisen von Zion" - eine Fälschung der zaristischen Geheimpolizei vom Ende des letzten Jahrhunderts, in der ein angeblicher Plan der Juden zur Eroberung der Weltherrschaft "enthüllt" wird - sind in zahlreichen Sprachen und Auflagen fast weltweit verbreitet worden. Generationen von Antisemiten haben aus dieser Schrift ihre "Argumente" bezogen. Es erscheint daher als unvorstellbar, daß auch eine linke Zeitung von einem jüdischen Plan zur Welteroberung fabuliert und weitere altüberkommene judenfeindliche Anwürfe propagiert. Und doch ist in der linken Zeitung Özgür Ülke ein Artikel erschienen, der sich dieser Vorgehensweise bedient. (1) Dies wirft die Frage auf, ob die Problematik einer solchen Veröffentlichung in der kurdischen und türkischen Linken überhaupt gesehen wird? Und: Was heißt das für unser Verhältnis zur kurdischen Linken? Ist ein Gespräch darüber möglich?

Nachdem der Artikel (der Linken) hierzulande in Auszügen durch Interim (2) bekannt geworden war, wurde ein Auskunft begehrender Redakteur von Radio Dreyeckland von der Europavertretung von Özgür Ülke lediglich belehrt: "Özgür Ülke steht für das Selbstbestimmungsrecht der Völker des Nahen Ostens und somit auch für das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes. Allerdings verurteilt Özgür Ülke die zionistische Politik des Staates Israel." Özgür Ülke sei eine Plattform und der Autor A. Inanc für seinen Artikel selbst verantwortlich. Schließlich sei der Artikel nicht antisemitisch, sondern antizionistisch. Er forderte, "damit aufzuhören, alles was die Juden angeht von deutscher Position aus anzusehen."

Ähnlich äußerte sich auch ein Mitarbeiter von Özgür Ülke gegenüber der Jungen Welt: "Ich habe bis jetzt noch nie gehört, daß ein Jude, nur weil er Jude war, in der Türkei oder Kurdistan umgebracht worden ist. Vielleicht ist es sehr hart, aber ich denke, daß auch viele deutsche Linke damit aufhören müssen, alle Ereignisse typisch deutsch zu betrachten (...) Begriffe wie zum Beispiel ‚das Judentum` werden in fast jedem Volk anders betrachtet, empfangen und empfunden. Gerade wenn du die ‚Weltverschwörung einer kleinen Gruppe` zitierst, zeigen sich doch die Differenzen. Die Rede ist nicht von einem gesamtjüdischen Volk, sondern von einer herrschenden Ideologie." (3)

"Jüdische Waffenhändler"

Mitte Januar habe ich versucht, weitere Stellungnahmen von der Zentrale von Özgür Ülke in Istanbul zu bekommen. In einem Interview von mir auf den Text angesprochen, sagte der stellvertretende Chefredakteur Ferda Cetin zunächst, daß in der Zeitung sehr unterschiedliche Artikel publiziert würden und dieser Beitrag nicht ihrer Sicht entspreche. Er distanzierte sich ausdrücklich: "Es wird keine zweite solche Schrift geben." Auf meine Frage nach den Grenzen ihrer Veröffentlichungspolitik antwortete er, die Redaktionskonferenz habe diesen Artikel nicht als einen Text gewertet, der das ganze jüdische Volk betreffe. Im Grunde werde "nur von dem Teil gesprochen, der den Handel, den Welthandel und Weltkapitalismus in der Hand hat." Insbesondere wies er auf den Einfluß hin, den jener Teil auf den Waffenmarkt und bei der Waffenproduktion habe. In ihrer Zeitung werde ja auch ständig gesagt, daß "die Folter und Unterdrückung, die gegen das jüdische Volk angewandt wurde, heute gegen uns angewandt wird." Als Cetin im Verlauf unseres Gesprächs nochmals auf die Bedeutung jüdischer Waffenhändler zu sprechen kam, wies ich darauf hin, daß es mir nicht um dieses oder jenes Waffengeschäft ginge, sondern darum, daß in dem Text aus jüdischer Abstammung auf ein bestimmtes Verhalten geschlossen werde. In der Ablehnung von Positionen, die Abstammung und Verhalten in Beziehung setzen, waren wir uns dann wenigstens sofort einig.

Ein weiteres Gespräch führte ich mit Ragip Zarakolu, der regelmäßig für Özgür Ülke schrieb. Im Gegensatz zu den meist jungen Mitarbeitern der Zeitung - die etwas älteren sind zum großen Teil ermordet worden, im Gefängnis oder im Exil - hat Ragip Zarakolu eine lange Geschichte als Linker hinter sich. Zarakolu sagte, daß er den Artikel nicht habe lesen können - bei der Sprengung des Hauptgebäudes von Özgür Ülke wurde auch das Archiv vernichtet - aber davon gehört habe. Zwar gebe es eine Zusammenarbeit zwischen türkischem und israelischem Geheimdienst, solche Artikel seien aber die falsche Antwort. Im Nahen Osten trete - wie im Westen auch - Antizionismus oft mit Antisemitismus vermengt auf, dies sei eine "Krankheit" in der Region. Man

müsse jedoch eine klare Position gegen Antisemitismus beziehen, ganz gleich mit welcher Begründung er vorgebracht werde. "Insbesondere muß ein unterdrücktes Volk bei diesem Thema viel prinzipientreuer und achtsamer sein, denn auf der ganzen Welt sind der Chauvinismus und Rassismus von dieser Art. Mit antisemitischen Parolen oder entsprechenden Parolen, die auf Minderheitsvölker zielen, wird Vereinheitlichung betrieben."

Auf meine Frage, ob der Artikel in der Türkei eine Diskussion ausgelöst habe, entgegnete er, daß die Kritik hauptsächlich aus dem Westen gekommen sei. Man solle aber die Sache nicht verschleiern, sondern offen über den Antisemitismus diskutieren.

Der Umstand, daß dieser Artikel nicht zu einer Diskussion unter kurdischen und türkischen Linken geführt hat, spiegelt sich auch in den meisten der zitierten Antworten wieder. Der Text wird nicht nur verharmlost, die Antworten selbst zeigen oft das Vorhandensein antisemitischer Vorurteile. Was ist z.B. an dem Wirken jüdischer Waffenhändler so viel bemerkenswerter als an den Geschäften deutscher Rüstungsschmiede, außer daß jüdische Rüstungsproduzenten viel weniger, wenn überhaupt, zur Aufrüstung der türkischen Armee beigetragen haben? Woher kommt die hartnäckige Meinung, daß Juden den Welthandel in der Hand hätten? Solche Auffassungen, von denen die Gesprächspartner von Özgür Ülke anscheinend glaubten, sie in aller Unschuld äußern zu können, zeigen die Geläufigkeit antisemitischer Ansichten in der türkischen und kurdischen Linken. Antworten der Art, man sei ja für die Freiheit aller Völker, gehen am Problem vorbei, denn gleichzeitig werden Jüdinnen und Juden eben nicht wie alle Menschen gesehen. Das System antisemitischer Stereotypen bei Inanc belegt ebenso wie die Selbstverständlichkeit, mit der Grundannahmen des Antisemitismus als legitime Meinung - wenn nicht sogar als allgemein bekannte Tatsachen - von den verschiedenen Interviewpartnern wiederholt werden, daß der Antisemitismus nicht auf den Kontext der deutschen beziehungsweise europäischen Kultur beschränkt ist.

National(istisch)e Orientierung

Religiös fundierte Ressentiments gegen Juden haben in den islamischen Ländern nie die gleiche Bedeutung erlangt wie in Europa. Auf der Suche nach der Herkunft antisemitischer Ressentiments in der Türkei und Kurdistan reicht ein Verweis auf einen religiösen Hintergrund als Erklärung alleine nicht aus. Zu untersuchen wäre ebenfalls der Einfluß des Stalinismus, (4) nicht zuletzt weil Inanc selbst sich so sehr der Person Stalins annimmt. Eine weitere Spur, die zum Hintergrund antisemitischer Vorstellungen in der Türkei führen kann, zeigte Ragip Zarakolu, indem er auf religiöse Extremisten und türkische Nationalisten als Verbreiter antisemitischer Propaganda hinweist. Religiöse Fanatiker haben im Nahen Osten vielfach antiimperialistische Vorstellungen mit der Linken gemein und diese Vorstellungen haben in ihrem Feindbild, wie in ihrem auf (Welt-)Verschwörungen fußenden Bild der Wirklichkeit, viele Parallelen zum Antisemitismus.

In einer Welt, in der die Geburt innerhalb der einen oder anderen als Volk umschriebenen Menschengruppe so entscheidend für die Lebensgestaltung eines Menschen ist, ist der Rückgriff auf einen nationalen Rahmen auch für den Widerstand gegen solches Unrecht naheliegend. Dennoch ist es der falsche Weg. Konstruktionen wie der jüdische Kapitalismus oder der jüdische Intellektuelle, die Inanc in seinem Artikel heranzieht, und die sich in nur scheinbar versachlichter Form auch in vielen Stellungnahmen seiner Verteidiger wiederfinden, dienen dazu, komplexe Sachverhalte auf nationales Herkommen und sittliches Verhalten zu beziehen und in ein eindeutiges Schema von gut und böse einzuordnen.

Wenn Inanc von extremer Ausbeutung spricht und den rücksichtslosen Umgang mit der eigenen Nation hervorhebt, so entspricht dem in der sozialen Wirklichkeit Kurdistans der Verlust des Verhältnisses von Unterordnung und Fürsorge in der Großfamilie, im Stamm oder Dorf, dessen Wiedererlangung im Begriff der Nation versucht wird. Gedeutet wird der Verlust dieser Fürsorge nicht als die Wirkung kapitalistischer Marktgesetze, sondern als moralische Degeneration, die nach dem Muster nationaler Deutung einer bestimmten nationalen Gruppe angelastet wird. Diese Gruppe trifft die ganze Wucht der Anklage gegen Verhältnisse, die nicht nur wirtschaftliche Not für die Masse der Kurdinnen und Kurden in der Türkei bedeuten, sondern die aus den überkommenen Wertvorstellungen der kurdischen Gesellschaft auch nicht gedeutet werden können.

Wie der Nationenbegriff von Herder, der in der Türkei als der führende Philosoph der Aufklärung gilt, entlehnt wurde, bietet es sich offenbar auch an, den europäischen Antisemitismus als ein Rezept zur Überbrückung der

Schwierigkeiten zwischen nationaler Denkschule und der doch reichlich komplexeren Wirklichkeit zu übernehmen. Man darf dabei nicht vergessen, daß die Türkei ein Land ist, in dem ähnliche Projektionen des Bösen auf andere Völker gang und gäbe sind. Die Ministerpräsidentin scheut sich nicht, öffentlich zu behaupten, daß armenische Truppen mit Hubschraubern und in türkischen Uniformen mitten in der Türkei friedliche Dörfer überfallen, daß der griechische Geheimdienst Unruhen zwischen Alewiten und der Polizei in Istanbul anzettelt.

Relativierung der Schoa

Ein weiterer Grund, warum Jüdinnen und Juden leicht zum Feindbild werden können, gegen das sich die Werte der nationalen Formierung abgrenzen lassen, ist der Umstand, daß das Leben von Jüdinnen und Juden in der Diaspora nicht den Vorstellungen der auf ihrer Scholle von Urzeiten her gewachsenen Nation entspricht. Ein Heiligtum des Nationalismus ist der nationale Boden und seine Gefühlsversion, die Heimat, im ausschließlichen Besitz der Nation versteht sich. Unabhängig davon, daß es gute Gründe geben mag, etwa gegen die Besetzung eines Landes zu sein, wird der nationale Boden leicht zur Ikone irrationaler Verehrung, wie zum Kriterium zur Ausschließung anderer. In einem Artikel mit der Überschrift "Wie zeigt sich die Liebe zum Land im Umgang mit Kultur und Geschichte?" bemängelt Abdullah Öcalan: "Das Stück Erde, das sogar der ursprünglichste Clan, die ersten Stämme vom Anbeginn des Lebens an als unentbehrlich betrachten, dieses Stück Erde, Kurdistan, das in unseren Tagen in Familien verlassen wird - zeigt klar und deutlich, wie weit die Kurden hinter der Menschheit zurückgeblieben sind ..." Ohne Beziehung zum Boden kein Fortkommen in der Menschheit? Und was ist mit einem Volk wie dem der Juden, die keinen Boden haben oder hatten? Was, wenn verschiedene Gruppen auf demselben Boden leben?

Völker wie die Juden und Sinti und Roma stören eindeutig beim Aufbau der Volksgemeinschaft auf nationalem Grund. Trotz dieses Zusammenhangs werden die AnhängerInnen der kurdischen Bewegung nicht automatisch alle zu Rechtsradikalen nach deutschem Muster - die Ausgangspunkte sind völlig verschieden. Wer eine Idee vertritt, haftet nicht in jedem Fall automatisch für alle Schlußfolgerungen dieser Idee und ihre Umsetzung in Taten. Hetzer wie Inanc sind von dieser Einschränkung natürlich ausgenommen.

Einen weiteren Grund für die Verbreitung des Antisemitismus stellt paradoxerweise die Schoa selbst dar. Die Schoa, symbolisch vertreten durch den Ortsnamen Auschwitz, ist weltweit zum Beispiel für die schlimmste Tat geworden. Zudem steht die Schoa für Ermordung eines Volkes durch ein anderes. Beides fordert kurdische NationalistInnnen immer wieder zu Vergleichen heraus. Und läßt sich dann die Welt nicht im gewünschten Ausmaß für die kurdischen Forderungen bewegen, ist von einer Bevorzugung der Juden die Rede, wobei dann deren "geheime Macht" im Hintergrund wabert. Das Motiv für die Relativierung der Schoa ist der Anspruch, die Aufmerksamkeit der Welt solle ungeteilt dem kurdischen Volke gelten. Zunächst wird indirekt gesagt, daß die Juden an ihrer Vernichtung selbst schuld seien, denn - so Inanc - Hitler habe von Atatürk gelernt und dieser sei selbst Jude gewesen. Die nationalsozialistische Herrschaft wird als kurze Spanne gegenüber dem "Spezialkrieg" abgetan, der seinerseits noch in die Geschichte verlängert wird. Und das Verbrechen, das mit der Schoa an Jüdinnen und Juden begangen wurde, millionenfacher Mord, wird den Juden als Teil ihrer angeblichen Weltherrschaft selbst vorgeworfen. Das Beispiel des jüdischen Intellektuellen, der ins Gefängnis kommt, woraufhin sofort die ganze Welt protestiert und unbedingt seine Freilassung erreicht, macht die Erinnerung an die Verbrechen, die Jüdinnen und Juden tatsächlich angetan wurden, lächerlich. In der Gegenüberstellung von Volk und Intellektuellem ist zudem eine für Inanc wie für den Antisemitismus insgesamt typische Wertung enthalten.

Mit recht viel Verständnis wird Stalins Vorgehen gegen "einige jüdische Intellektuelle" bedacht. Aber Inanc wird noch deutlicher: Die Führer der Türkei, die vom Zionismus ihre Erlaubnis zur Herrschaft haben, würden vom Volk ergriffen und getötet werden, wenn es um die "Hintergründe" wüßte, wenn es wüßte, daß die Juden die Welt beherrschen und hinter den Machenschaften der Herrschenden in der Türkei "eine geheime zionistisch-imperialistische Macht steht" (Inanc). Wozu anders als zur Ermordung der Träger dieser geheimen Macht, der Juden nämlich, ruft Inanc auf?

Ansatzpunkte für ein Gespräch mit kurdischen GenossInnen ergaben sich bisher daraus, daß sich die PKK immer auf die internationale Linke und ihre Theorien bezog. Seit dem Ende des Realsozialismus bahnen sich hier aber Veränderungen an deren Ende noch nicht abzusehen ist. Eine Richtung setzt an die Stelle sozialer Programmatik, zu der man innerhalb der kurdischen Bewegung ohnehin nie ein besonderes Verhältnis hatte,

(5) keinen geringeren Anspruch als die Schaffung eines "neuen Menschen". Ein an sich autoritärer Begriff, denn - man sieht es schon - der alte Mensch hat bald nichts mehr zu sagen, während der "neue Mensch" die Parteilinie verkündet.

Eine andere Richtung ist bemüht, sich mehr im Volk, d.h. in den tatsächlichen Werten der Bevölkerung und nicht nur in künstlich herausdestillierten "nationalen Traditionen" zu verankern. Dies bedeutet die Öffnung zum früher scharf kritisierten Islam und die Schaffung einer islamisch-nationalen Synthese. Diese Tendenz hat die PKK übrigens mit dem türkischen Staat gemein. Persönlich ist mir diese Richtung weniger unheimlich als der "neue Mensch". Allerdings birgt sie die Gefahr, daß zukünftig noch vermehrt mit dem "anderen Kulturzusammenhang" argumentiert wird und dabei nur bekannte Fehler wiederholt werden.

Eine dritte Tendenz ist bestrebt, den theoretischen Bezug auf den proletarischen Internationalismus durch nationalistische Methoden zu ersetzen. Statt bündnisbereiten Unterklassen entdeckt man in der Türkei vor allem die verschiedenen Volksgruppen, aus denen sich die Bevölkerung historisch zusammensetzt. Die Versuchung, eine solche Richtung einzuschlagen, ist groß, denn mit dem Niedergang des Realsozialismus ist auch das Vertrauen in die politische Durchschlagskraft linker Denkmodelle wie dem des Klassenkampfes verlorengegangen. Dagegen sind die Erfolge nationaler Aufspaltung aus kurdischer Sicht am Zerfall des Osmanischen Reiches wie der Sowjetunion gut ablesbar. Versucht man aber, Sozialismus in nationale Kategorien zu fassen und auf eine komplexe Gesellschaft anzuwenden, so landet man fast zwangsläufig bei Rassismus und Antisemitismus, bei Feindbildkonstruktionen also, mit denen sich die komplizierte Wirklichkeit der nationalen Fiktion angleichen läßt.

Inanc orientiert sich offenbar an den letzten beiden Tendenzen. Die Klage über Sittenlosigkeit ist zwar auch im "klassischen" Antisemitismus vorgeprägt, zielt im Kontext der Türkei und Kurdistans aber wohl vor allem auf das Verständnis islamischer Kreise, wenn der Islam wohlwollende Erwähnung findet und die "grenzenlose Sittenlosigkeit" in Europa und Amerika betont wird. In dieser Aussage steckt auch ganz unübersehbar die Abkehr von westlichen emanzipativen Lebensentwürfen.

Kurdistan hat unter den Auswirkungen des türkischen Nationalismus extrem zu leiden. Fast nie jedoch haben KurdInnen die theoretischen Implikationen des Nationalismus hierfür als mitverantwortlich erkannt.

Jan Keetman

Anmerkungen:

1) Der Artikel von A. Inanc wird hier trotz seiner völlig undiskutablen Aussagen zu rund 80% dokumentiert. Zunächst soll hierdurch einer etwaigen Ausrede, es würden einzelne Aussagen aus dem Zusammenhang gerissen, vorgebeugt werden. Zudem wird die Vorgehensweise des Autors erst aus größeren Textpassagen deutlich: Er arbeitet mit der suggestiven Wirkung von Vergleichen, Anspielungen und Beispielen, womit er den Anschein vermitteln will, er gebe nur Fakten oder die allgemeine Meinung wieder.

2) Nr. 310 vom 1.12.94

3) Ausgabe vom 26.1.95

3) Dieser Begriff wird unsäglich schwammig gebraucht. Hier sind darunter die ideologischen Vorstellungen gemeint, die sich im Kommunismus in der Zeit Stalins ausbreiteten.

5) Vgl. Jan Keetman und Udo Wolter: Befreiung in den Staat? Die soziale Programmatik der PKK. In Jörg Später (Hg.): ... alles ändert sich die ganze Zeit. Soziale Bewegung(en) im "Nahen Osten". Freiburg (Informationszentrum Dritte Welt) 1994, S. 107-115

20. Antisemitismus in der Türkei

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:38

Der Antisemitism World Report, der seit 1992 alljährlich vom Londoner Institute of Jewish Affairs herausgegeben wird, lokalisiert die weltweit bedrohlichsten Äußerungen des Antisemitismus für das Jahr 1994 in Rumänien und der Türkei. In beiden Ländern stellen die Juden eine verschwindende Minderheit dar. Bei einer Bevölkerungszahl von 59 Millionen gibt es in der Türkei nicht mehr als 25.000 Jüdinnen und Juden, von denen 22.000 in Istanbul leben. Wir haben es hier also mit dem nicht unbekannten Phänomen eines "Antisemitismus (fast) ohne Juden" zu tun.

Die Vorfahren der heute in der Türkei lebenden Juden kamen aus Spanien, von wo sie 1492 vertrieben wurden. Unter dem Schutz des Osmanischen Reiches erfreute sich ihre Elite eines relativ sorglosen Lebens. Jedoch kam es regelmäßig zu Plünderungen jüdischer Viertel anläßlich bestimmter politischer Ereignisse wie Machtwechseln und Thronbesteigungen. Gegen antijüdische Gewalttaten, die am Ende des 19. Jahrhunderts in mehreren türkischen Städten verübt wurden, konnten die Juden zum Teil auf den Schutz der Polizei rechnen. Die Initiatoren der Ausschreitungen griffen auf Stereotype des christlichen Antijudaismus zurück. 1870 mußten in Konstantinopel jüdische Händler ihre Waren kontrollieren lassen: Ihnen wurde vorgeworfen, sie hätten in Säcken die Leichen christlicher Kinder versteckt. Bei Gründung der Türkischen Republik im Jahre 1923 wurden den Juden gleiche Rechte zugestanden.

In den sechziger Jahren erschienen in Teilen der türkischen Presse, vor allem der pro-islamischen, antisemitische Artikel. 1970 wurde mit der Wohlfahrtspartei (Refah Partisi) eine offen antisemitische Partei gegründet. Hinzu kommen zahlreiche islamische Gruppen, darunter die Islamische Aktion, der auch die Beteiligung an antijüdischen Terroraktionen zur Last gelegt wird.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1993 betrieben islamische Zeitungen wochenlang eine antisemitische Kampagne gegen eine angebliche jüdische Verschwörung: Der wegen Korruption angeklagte Direktor für Wasserwesen, Ergun Goknel, hatte angegeben, er sei von amerikanischen und türkischen Juden mit 800.000 US-Dollar geschmiert worden. Die Zeitung Türkiye (Auflage 320.000) wandelte die seit dem Mittelalter bekannte antijüdische Blutopfer-Legende im Stil der neuen Zeit ab: Sie warf israelischen Behörden, die 89 bosnisch-muslimischen Kindern Asyl in Israel gewährt hatten, vor, sie hätten den Kindern Organe entnehmen lassen. Eine antisemitische Stiftung unter Leitung von Adnan Oktar soll mittlerweile 600.000 Exemplare eines Machwerks mit dem Titel "Yehovas Söhne und Freimaurer" auf den Markt gebracht haben. Auch darin werden traditionelle (christliche) antijüdische Stereotypen aufgegriffen.

Die türkischen Jüdinnen und Juden sind aber nicht nur das Ziel antisemitischer Hetze. Im September 1986 wurden 22 Gläubige durch einen Terroranschlag auf die Synagoge Neve Shalom in Istanbul getötet. Im März 1992 gab es einen weiteren Anschlag auf die Synagoge, bei dem ein jüdischer Passant verletzt wurde. Für dieses Verbrechen wurden zwei Männer mit mutmaßlichen Verbindungen zur türkischen Hizbullah zu jeweils zehn Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt. Im Januar 1993 verübten vier bewaffnete Männer, die nach Polizeiangaben von der Islamischen Aktion angeheuert worden waren, einen Mordanschlag auf den jüdischen Industriellen Jak Kamhi. Der 67 Jahre alte Mann, Präsident der Stiftung, die die Feiern zum 500. Jahrestag der Ankunft spanischer Juden in der Türkei organisierte, blieb unverletzt. Am Sylvesterabend 1994 kam bei einem Bombenanschlag auf ein Intellektuellenlokal in Istanbul die Anthropologin Ayse Cebenyan ums Leben. In dem Bekennerschreiben der islamistischen Terrorgruppe IBDA-C hieß es, sie habe sterben müssen, weil sie Jüdin war.

Von den wichtigsten Medien wurden diese Taten verurteilt. In der Zeitung Hürriyet wurde der Antisemitismus als Produkt christlichen Fanatismus bezeichnet, der der türkischen Gesellschaft seit der Zeit des Osmanischen Reiches fremd sei. Der anhaltende Zulauf zu islamischen Gruppen ist dennoch für die AutorInnen des Antisemitismus-Reports ein Grund zur Sorge. Antisemitische Klischees sind auch in den Sprachgebrauch vieler Linker eingegangen, die in den Anschlägen gegen Jüdinnen und Juden im allgemeinen keinen Anlaß für Protestaktionen sehen.

Js.

21. Dokumentation: Spezialkrieg und Judentum

Von A. Inanc

Autor: A. Inanc. Aus · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:41

Dokumentation Özgür Ülke, 28. und 29.8.94

Spezialkrieg und Judentum

Von A. Inanc

Das System der herrschenden türkischen Klasse war im Laufe der Geschichte schrankenlos bei der Unterdrückung der Gesellschaften, der Völker, ja sogar der eigenen Arbeiter, der Armen, der Unterschicht. Der Despotismus der Osmanen, der Seldschuken hat sich in der Geschichte einen Namen gemacht, man bewertet sie als die schlimmste Barbarei und auch zwischen dem Feudalismus und dem Kapitalismus hat sie den reaktionärsten Status quo hervorgebracht. Darüberhinaus wurde die auf diesen Trümmern gegründete Türkische Republik (...) mit der dritten Stufe einer solchen sozialen Entwicklung der herrschenden türkischen Klasse, mit ihrer Umwandlung in eine bürgerliche Klasse, als Republik geformt. D. h. anstelle des auf dem Pascha-Bey-System beruhenden Osmanentums und des osmanischen Terrorismus tritt uns dieses Mal die sich der Verbürgerlichung zuwendende und auf der türkischen herrschenden Klasse beruhende Türkische Republik entgegen. Die Führung, von der in der Türkei täglich verlangt wird, daß sie nicht nur der Form nach, sondern bis ins Mark angenommen wird, ist Atatürk (1), ist sein Kemalismus. Indem der jahrhundertelangen Unterdrückungspraktik oder dem Spezialkrieg mit der Türkischen Republik unter dem Namen des Kemalismus, unter dem Namen des Atatürkismus, noch eine solche kapitalistische Unterdrückung und eine verfeinerte Leitung der Ausbeutung hinzugefügt wurde, d.h. indem sowohl die rohen feudalen, als auch die feineren kapitalistischen Methoden ineinander übergingen, stürzte er die türkischen Arbeiter noch mehr in die Armut und wandte Terror gegen sie an. Es gab z.B. einige Parteien, einige Parteichen, wie die Kommunisten, (...) die als ihre Vertreter aufgetreten waren. In sie drang der Kemalismus ein, schmiedete andererseits Komplotte gegen ihre aufrichtigen Elemente und bei Gelegenheit führte er jene Art von Angriffen durch, wie sie kein Konterrevolutionär je durchgeführt hatte. Unter dem Namen der türkischen Republik schuf er ein antidemokratisches System, das nur Hitler als Modell dienen konnte. Wenn Hitler gesagt hat "mein geistiger Lehrer", "er hat mich inspiriert" (2), so hat er Atatürk und den Kemalismus wieder hervorgeholt. Es wird so gesehen, daß der Kemalismus das Regime unserer Zeit hervorgebracht hat, das den meisten Schrecken verbreitet hat. Hitler hat es umgesetzt und dieses Umsetzen durch Hitler hat keine zehn Jahre überdauert. Aber seine Umsetzung durch die Türkische Republik wird, indem sie noch gewaltsamer wird, bis auf unsere Tage praktiziert und sie ist ganz eine Gründung des Spezialkrieges.

Die Gründung der Türkischen Republik zielt nicht nur auf Kurdistan, sie ist auch eine Ausrichtung gegen das anatolische Volk, vollständig eine Stütze des Spezialkrieges. Mustafa Kemal ist ein typischer Kommandant des Spezialkrieges.Seine eigenen Arbeiter bevorzugte er nicht, unterdrückte sie unter Betrug schrankenlos als Klasse, seine eigenen engen Arbeitsfreunde hat er sogar, um der Ein-Mann-Diktatur willen, vernichtet: Einige hat er gehängt, einige verhaftet und einige davongejagt. Als er den Spezialkrieg in Richtung Kurdistan überströmen ließ, breiteten sich die wildströmenden Aktionen wie eine Krankheit aus Täuschung und Vernichtung zusammen mit Einschüchterung aus. Zwischen 1920 und 1940 verhielt er sich den kurdischen Stammesführern, Seyids und Scheichs (3) gegenüber mit einem doppelgesichtigen Schmeicheln so, daß er mit einigen zusammenarbeitete, einige überredete, und danach ruinierte er sie und führte Einschüchterungsmassaker und noch nie dagewesenen Terror durch. Z.B. kann man noch immer in den Höhlen und an den Bachbetten Dersims (4) Knochen in großer Menge finden. (...) Diese Leute wurden so eingeschüchtert und so nach dieser Furcht in einen Zustand der Anbetung der Türkischen Republik, des Kemalismus gebracht, daß heute einer der Architekten des Spezialkrieges in Kurdistan, Hulusi Sayin aus Dersim stammt. D.h. es bleibt nicht nur bei Einschüchterung, sondern eine schreckliche Furcht wird zur Herrschaft gebracht.

Das ist eine osmanische Methode. Z.B. sind die Janitscharen (5) die ausgehobenen Kinder von Gruppen, die sämtlich ermordet worden sind. Aber sie werden später falsch islamisiert, türkisiert, so daß sie zu den

wildesten Tieren werden. Kuyucu Murat Pascha ist einer von ihnen und mehr als 40.000 Menschen hat er in Brunnen werfen lassen. Dazu wird gesagt, er sei ein Moslem, er sei ein Türke. Im Grunde ist das Türkentum nicht so ein Ereignis. Die wahren Türken, die Turkmenen, müssen in einer gesonderten Kategorie betrachtet werden. Heute halten sich die turkmenischen Stämme im Tauros auf, ihr Zustand hat nichts zu tun mit diesen türkisierten, falsch türkisierten, falsch islamisierten Fremden. Die Reihe der Paschas besteht mit Sicherheit nicht aus Türken. Sie sind alle Fremde.

Auch Mustafa Kemal selbst ist so einer. Er ist ein jüdischer Konvertit, der mit dem Türkentum nicht viel Verbundenheit hat. Tatsächlich ist es von einer großen Zahl seiner Eigenschaften her offensichtlich, daß er kein Türke ist. Nicht umsonst nehmen sich die Juden heute so des Kemalismus an. Im Grunde tritt uns unter der Maske des Türkentums ein zionistischer Staat entgegen. Vielleicht ist die Türkische Republik sogar ein Staat, der dem Zionismus mehr dient als Israel oder die Türkische Republik ist eine Art zionistischer Staat. Der Form nach ganz türkisch und islamisch, aber dem Wesen nach ein illegales Kind des Weltkapitalismus. (...) Unter dem Tarnnamen des Laizismus wurde der Nakschbendi-Orden, ja sogar unter dem Namen des Alewitentums (6) wurde das Alewitentum ruiniert. Das ist eine typische zionistische Praktik. Das grundlegende Prinzip der Zionisten ist: "um die Welt zu lenken, die Sitten der Welt zerstören". Laßt uns uns den Einfluß der Juden in der Sowjetunion vor Augen führen, denn es sind auch ein wenig sie, die den Realsozialismus aus seiner Bahn brachten. Trotzki war jüdischer Abstammung. Stalin hat wegen Trotzki ein paar jüdische Intellektuelle beseitigt. Heute wird Stalin als der Führer dargestellt, von dem man will, daß er auf der Welt am meisten gehaßt wird, auf Stalin hageln Verwünschungen. Was dem aber zugrundeliegt, ist die jüdische Propaganda, ist die zionistische Propaganda. Der Grund hierfür ist jedoch ein wenig, die gegen Trotzki und diejenigen jüdischer Abstammung angewandte Politik. Was bedeutet das jetzt für die Türkei? Der Kemalismus muß in diesem Zusammenhang bewertet werden. So ein Hüne (7) mit blauen Augen, jener, was weiß ich wie große, Atatürk - das sind ganz jüdische Schmeicheleien. (8) Im Grunde genommen besteht ein Blutzusammenhang mit dem Judentum. Das ist ein in der Türkei ausgebreitetes Blut. In den Händen von Freimaurerlehrern ist er in Thessaloniki aufgewachsen und wurde erzogen. Später ist er bis zum höchsten Freimaurertum aufgestiegen.

Für die Gründung Israels wurde die Einheit der islamischen Völker zerstört. Sogar der Niedergang des osmanischen Reiches hängt damit zusammen. (...)

Den größten Riß in der Einheit der islamischen Völker gegenüber dem Imperialismus hat M. Kemal, hat der Kemalismus geöffnet. Unter der Maske des Antiosmanismus hat er die noch reaktionärere Türkische Republik hervorgebracht. (...) Der letzte jüdische Vorstoß, die zionistische Wanderung kam in diesen Jahren in wachsendem Maße nach Palästina. Und in den dreißiger und vierziger Jahren wurden die Palästinenser, wie bekannt, mit Terror vertrieben. Am Ende wurde der Staat Israel gegründet. D.h., daß der Kemalismus beim Entstehen des Staates Israel, bei der Zerstörung der Einheit der islamischen Völker, bei der Entwicklung des Laizismus ebenso eine klare Rolle übernommen hat wie bei der Vertreibung der Palästinenser, indem er die Zusammenarbeit mit den Engländern begründete. Und das ist ja auch die Wahrheit, die sich heute bestätigt. Als die spanischen Juden 1492 vertrieben wurden, wurden sie von osmanischen Sultanen in Istanbul und Anatolien angesiedelt. (...) Deswegen wird von einer 500jährigen Freundschaft zwischen Israel und der Türkei gesprochen. Das Schicksal der Region wird von diesen beiden Staaten bestimmt werden. (...) Wie wirksam die Juden und das jüdische Kapital sind, sehen wir besser an der antistalinistischen Kampagne. Das bedeutet letztlich, daß wirklich hinter dem Spezialkrieg wie ein Hüne eine geheime zionistisch-imperialistische Macht steht. Sobald ein jüdischer Intellektueller ins Gefängnis geworfen wird, wird auf der ganzen Welt eine Kampagne entfacht und er wird dann auch unbedingt freigelassen. Wenn in Kurdistan jedoch nicht nur ein Intellektueller, sondern eine ganze Volksgruppe massakriert wird, rührt sich auf der ganzen Welt keine einzige Stimme des Protestes.

Der Zionismus will nicht, daß der türkische Staat weltweit an Ansehen verliert, daß er angeprangert und isoliert wird. Denn er ist in der Region sein grundlegendster Verbündeter und mit seiner Unterstützung hat er Israel gegründet, mit seiner Unterstützung führt er die Existenz Israels fort. So tritt er uns als die Macht entgegen, die den Spezialkrieg bis auf unsere Tage auf der hinteren Ebene aufrechterhält. Der Kemalismus, selbst die Türkische Republik, läßt sich als die Erfindung dieser hünenhaften Macht erklären. Deswegen ist sie eine Macht, die auf der Welt am meisten angeprangert und isoliert werden sollte. Auch tatsächlich steht das türkische Spezialkriegssystem bis auf unsere Tage weltweit unter dem Schutz des Zionismus-Imperialismus.

Deshalb ist auch ihr Propagandamechanismus deren Monopol. (...) Warum verflucht die Menschheit nicht den schrankenlosen Terror, den der Spezialkrieg hervorgebracht hat?

Um auch die Gründe hierfür zu verstehen, ist es notwendig, auch die geheimen Dimensionen des Spezialkrieges zu verstehen. Es ist bekannt, daß weltweit die Freimaurer, die Juden und der Zionismus sehr geheim arbeiten, denn sie beuten die Welt aus. Sie spielen mit der Welt. D.h. sie planen die Zerstörung der Sitten der Welt von ganz oben, sie planen ihre Kriege, ihre Plünderungen und die Menschen werden von ihnen millionenfach durch Massaker getrieben, damit eine ganz kleine jüdische Minderheit die Welt leitet. Sie sind eine sehr kleine Minderheit, aber sie werden als "Gottes erwählte Diener" eingeschätzt. D.h. sie sind das erwählte Volk, das notwendig ist, um die Welt zu leiten. Wie macht es eine so kleine Zahl von Menschen, ein Volk, die Völker der Welt zu leiten? Zum Prinzip der Gerechtigkeit können sie nicht greifen. Denn es ist leicht, Menschen zu leiten, die moralisch ganz verkommen sind. Z.B. wurde in Amerika, in Europa eine schrankenlose Sittenlosigkeit entwickelt. (...)

Die Türkei ist der gefährlichste Gendarm dieses Systems. Im Mittleren Osten ist ein israelischer Einfluß wichtig. Für diesen Einfluß ist der Spezialkrieg höchst notwendig. Und wie ist sie dazu gezwungen, sich so zu entwickeln? Es ist auch ein bißchen geheim. Warum? Das türkische Volk ist islamisch. Die Völker des mittleren Ostens sind islamisch. Die führende türkische Clique jedoch besteht aus "Ungläubigen", aus "Freimaurern". Es ist ohnehin bekannt, daß Demirel (9) Freimaurer ist. Er hat einiges gemacht, um zu erklären, daß er nicht Freimaurer sei. Es wurde belegt. Und außerdem kann ein Staatsmann, der die Bestätigung des Freimaurertums nicht erhält, nicht so leicht Minister sein. (...) Vom Zionismus holen sie sich eine Erlaubnis, danach sind sie Minister und Ministerpräsident und Staatschef. (...) Warum ist das jetzt so? Einerseits ist die Freimaurerei geheim. Niemand sagt, daß er Freimaurer ist. Denn das islamische Volk würde sie verabscheuen. (...) Sie sagen, daß sie der übermäßigen Ausbeutung einen Riegel vorgeschoben haben. (...) Die Ökonomie und die Politik gehören einer schmalen Clique (...) So sind die Vehbi Koc Gruppe, die Eczabasi Gruppe neugegründete Holdings. Sie stecken im Grunde alle mit dem Staat, mit der Armee unter einer Decke, die herrschenden Kräfte des Staates haben sie zustandegebracht. Sie sind dazu gezwungen, denn sie beuten übermäßig aus. Sie drucken Geld und sind in einem Moment "Milliardär". Steuergesetze machen sie, und was auch immer in den Händen der Gesellschaft ist, nehmen sie. Die Reichtümer unter und über der Erde beschlagnahmen sie ohne Gegenleistung. Aber der Gesellschaft, ihrem eigentlichen Eigentümer, geben sie nichts. (...)

Laßt uns auf die politische Praxis der Militärputsche in der Türkei schauen. Außerdem auf die Lenkung der Gesellschaft durch den MIT. (10) (...) Eine so unheilbringende, in verräterische Verschwörerpläne verwickelte führende Macht ist unbedingt dazu gezwungen, geheim zu sein. Wenn das Prinzip der Not angewandt würde, wenn herauskäme, wer hinter welchen Ränken steckt, würde das Volk ihre Kehle umklammern und sie erwürgen. (...)

Sie teilen den Staat untereinander in Parzellen auf. Du General, du Chef einer Holding, du Industrieller, du Außenhändler, du Importeur, du Minister, du Ministerpräsident, als eine solche Verbrechergesellschaft organisieren sie sich. (...) Deswegen ist die Geheimhaltung bei der Staatsführung der Türkei so undurchsichtig wie bei keinem anderen Staat, hinter verschlossenen Türen, hinterhältig, gemein wird sie durchgeführt.

Was heute die Türkei lenkt, ist die Leitung des Spezialkrieges. Seine Regierung, sein Parlament und selbst seim Amt des Staatspräsidenten sind Muster. Es ist nicht einmal maskiert (...) Hätten sie es wie eine Maske gebraucht, so wären sie doch an einige Werte gebunden gewesen. Um die Hegemonie des Spezialkrieges mit Erfolg durchzuführen, ist es notwendig, daß sogar Werte, die in Beziehung zu ihnen selbst stehen, beschmutzt werden. Weltweit drängt der Zionismus, indem er die Völker beschmutzt und sie in die Sittenlosigkeit zieht, zur Überausbeutung und zum Beugen des Nackens.

Anmerkungen:

1) Mustafa Kemal, der Gründer der türkischen Republik, nahm den Namen Atatürk "Türkenvater" an.

2) Diese und alle folgenden Hervorhebungen im Original.

3) Seyid ist ein Nachkomme des Propheten, Scheich in Kurdistan ein Lehrer der von Atatürk verbotenen religiösen Orden.

4) In Dersim wurde 1937-38 ein kurdischer Aufstand blutig niedergeschlagen. Aus Dersim stammende Alewiten sahen andererseits auch in der laizistischen Ausrichtung der Republik eine Möglichkeit der Unterdrückung durch den sunnitischen Mehrheitsislam zu entkommen und einige wurden wichtige Parteigänger des Kemalismus.

5) Osmanische Elitetruppe aus zum Islam erzogenen Kindern christlicher Familien.

6) Religiöse Minderheit, vgl. die Anmerkung zu Dersim.

7) Der Text spielt mit der Vieldeutigkeit des türkischen Wortes "dev" "Dämon", "Riese", "Ungeheuer", "Genie". So wird der Umstand, daß Atatürk von großer Statur war, was in Porträts dieser Vaterfigur der Türkischen Republik natürlich gerne betont wird, mit den dem Judentum unterstellten Eigenschaften in Zusammenhang gebracht: unsichtbares Wirken, Macht, Unmenschlichkeit und vielleicht übermäßige intellektuelle Begabung. Um diese untergründige Ebene des Textes wenigstens anzudeuten, habe ich die Übersetzung "Hüne" gewählt.

8) Eine "dunkle" Stelle. Vermutlich will der Autor den Eindruck erwecken, er zitiere die jüdischer Einstellung zu Atatürk.

9) Staatspräsident der Türkei.

10) Türkischer Geheimdienst.

22. Eine spannende Reportage. Georg Fülberth: Der große Versuch - Geschichte der kommunistischen Bewegung

Georg Fülberth: Der große Versuch - Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten

Autor: Dietrich Marquardt, Frankf. · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:24

Georg Fülberth, Professor für Geschichte in Marburg, unternimmt auf knapp 200 Seiten den gewagten Versuch, eine Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten zu schreiben. (Der wohl bewußt doppelsinnige Titel läßt auch die Deutung zu, Fülberth sehe seine Arbeit als "Versuch", als "Essay" an.) Den vergleichbaren Versuch eines marxistischen Politikwissenschaftlers in Deutschland gab es zuletzt vor dreißig Jahren von Wolfgang Abendroth. In seiner knappen "Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung" hatte Abendroth einen zugleich engeren und weiteren Ansatz als Fülberth gewählt. Er behandelte anders als Fülberth nicht nur die kommunistische Strömung, konzentrierte sich aber auf die europäische (und sowjetische) Arbeiterbewegung. Mit dem Nachwort zur achten Auflage seiner "Sozialgeschichte" schrieb er sie bis in das Jahr 1971 fort.

Fülberth beschreibt die Geschichte der neueren kommunistischen Bewegung von etwa 1900 bis in die Abstiegsperiode der siebziger und achtziger Jahre. Der Bogen ist also von der Entstehung bis zum scheinbaren Ende gespannt. Als erschwerend für die Geschichtsschreibung erweist sich der geringe zeitliche Abstand zum Gegenstand. Die Rettung wird in der Chronologie gesucht, Ursachenforschung und Bilanzierung kommen dabei oft zu kurz. Doch bereits die Chronologie, die Reportage und die pointierten Bewertungen, wie Fülberth sie bietet, sind das Lesen wert. Grobe Vereinfachungen und das Fehlen wichtiger Informationen sind bei diesem Umfang zwangsläufig. Zum Beispiel sind die Aussagen über kommunistische Politik im Nahen Osten so dünn, daß sie in ihrer einseitigen Verkürzung fast sinnlos erscheinen. Für die Beschreibung der kommunistischen Bewegung in Südamerika gilt das in ähnlicher Weise. Hier zeigen sich die Grenzen einer Ein-Mann-Geschichtsschreibung im populärwissenschaftlichem Abriß auf 200 Seiten angesichts eines so umfassenden Themas.

Erstaunlicher als die unvermeidlichen Schwächen ist aber die Solidität des übrigen Materials. Die Darstellung ist anschaulich, kompakt und fesselnd.

Das erste der zehn Kapitel behandelt u.a. den Begriff der Diktatur des Proletariats bei Marx und beim "späten" Engels. Engels entfernt sich von den (verkürzt gesagt: putschistischen) Revolutionsauffassungen eines Babeuf und Blanqui und sieht moderne Revolutionen als Bewegungen von Bevölkerungsmehrheiten an.

Im zweiten, ebenfalls noch sehr kurzen Kapitel, "Marxismus und Arbeiterbewegung in der Konsolidierungsphase des Kapitalismus, 1870-1914", geht Fülberth u.a. auf die drei Hauptrichtungen in der deutschen Sozialdemokratie ein. "Auf der äußersten Linken der SPD agierte weniger ein ‚Flügel` als eine nur locker verbundene Ansammlung von radikalen Einzelpersonen, vor allem Intellektuelle..." (S. 17). Während die radikalen Linken in Deutschland selbst während des ersten Weltkriegs noch vor einer festen Organisierung oder gar Abspaltung von der SPD zurückschreckten, war in Rußland die Parteispaltung seit 1903 vollzogen. Die Bolschewiki unter Führung von Lenin gaben sich ein Statut, wonach nur aktive Kader Mitglieder der Partei sein sollten. Die Menschewiki vertraten ein "offeneres Organisationskonzept" (S. 20). Fülberth nimmt die Organisationsfrage als den entscheidenden Grund der Parteispaltung. Er attestiert den Menschewiki: "(Auch) sie waren strikte Marxisten." (S. 20).

Lenin vertrat seit 1902 die Auffassung, daß die Arbeiterklasse von sich aus nur ein "trade-unionistisches" Bewußtsein entwickeln könne. Die Trade-Unions (britische Gewerkschaften) zeichneten sich bei partieller Militanz seit jeher durch berufsständische Borniertheit aus. Das "politische Klassenbewußtsein", so referiert Fülberth Lenin, muß von außen in die Arbeiterklasse hineingetragen werden. Fülberth weist auf die wichtige Rolle der radikalen Intelligenz für die Entwicklung der Arbeiter- und Bauernbewegung in Rußland hin.

Im dritten Kapitel behandelt Fülberth unter der Überschrift "Erster Weltkrieg, Oktoberrevolution und Selbstbehauptung der Revolution" vor allem die Entwicklung in Rußland bis 1923. Auf die Entwicklung außerhalb Rußlands in der Zeit von 1917 bis 1923 geht er im vierten Kapitel ein. "Nicht der Ausbruch des ersten Weltkriegs 1914, sondern eher dessen Fortsetzung und dann, 1917, die Oktoberrevolution in Rußland haben die innere Differenzierung der internationalen Arbeiterbewegung (...) vorangetrieben, bis schließlich zur Spaltung." (S. 24)

Fülberth versucht mit der Vorstellung aufzuräumen, schon die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten im August 1914, (die er nicht erwähnt), habe die Spaltung der (internationalen) Arbeiterbewegung in kriegsbejahende Sozialdemokraten und kriegsfeindliche Linke definitiv vollzogen. Er betont, daß zur Anti-Kriegs-Opposition sofort auch die Sozialdemokratien der neutralen Länder und mit Kriegseintritt Italiens auch die Sozialistische Partei Italiens gehört hätten. Was die Haltung der gespaltenen russischen Arbeiterbewegung bei Kriegsbeginn angeht, schreibt er: "In der russischen Duma einigten sich Bolschewiki und Menschewiki auf eine gemeinsame Erklärung. Sie wandten sich gegen den Krieg und enthielten sich bei der Entscheidung über die Kriegskredite der Stimme." (S. 25)

Die Stimmenthaltung der Bolschewiki muß denjenigen überraschen, der von einer konstanten Anti-Kriegs-Haltung der Bolschewiki ausgeht. Dieses Abstimmungsverhalten war aber offenbar Ausdruck einer nur momentanen Unsicherheit, die bald von einem kompromißlosen Anti-Kriegs-Kurs abgelöst wurde. Es ist nicht einfach, verläßliche Informationen über das konkrete Verhalten beider Fraktionen zu erhalten. Fülberth nennt seine Quelle nicht. (Auch Mothes, der aktuell ebenfalls die gemeinsame Stimmenthaltung erwähnt, nennt keine Quelle. Gerhard Mothes, Kriegsfrage, Sozialismus 4/95) Der von Fülberth mehrfach zitierte Valentin Gitermann ist offensichtlich in diesem Punkt nicht zuverlässig, denn er behauptet, die fünf (in Wahrheit: sechs) Abgeordneten hätten gleich gegen die Kriegskredite gestimmt. Eine relativ detaillierte Darstellung findet sich bei Trotzki. Über das Abstimmungsverhalten in der Frage der Kriegskredite gibt es aber auch bei ihm, zumindest in der "Geschichte der Russischen Revolution", nichts. Die gemeinsame Erklärung von Bolschewiki und Menschewiki bei Kriegsbeginn und das nachfolgende Verhalten der Bolschewiki wird von Trotzki anders als von Fülberth dargestellt: "Die bolschewistische Dumafraktion, schwach in der personellen Zusammensetzung, zeigte sich im Augenblick des Kriegsbeginns nicht auf der Höhe. Gemeinsam mit den menschewistischen Deputierten brachte sie eine Deklaration ein, in der sie sich verpflichtete, das kulturelle Wohl des Volkes gegen jeden Anschlag, woher er auch kommen möge, zu verteidigen. Mit Beifall unterstrich die Duma diese Preisgabe der Position. Von den russischen Organisationen und Gruppen der Partei bezog keine einzige eine offen defätistische Stellung, wie sie Lenin im Auslande proklamierte. Indes erwies sich der Prozentsatz an Patrioten unter den Bolschewiki als geringfügig. Im Gegensatz zu den Narodniki und Menschewiki begannen die Bolschewiki bereits seit dem Jahre 1914 in den Massen schriftliche und mündliche Agitation gegen den Krieg zu entfalten. Die Dumadeputierten erholten sich bald von der Verwirrung und nahmen die revolutionäre Arbeit wieder auf..." Und weiter: "Im November wurden die bolschewistischen Deputierten verhaftet. Im ganzen Land setzte ein Vernichtungsfeldzug gegen die Partei ein. Im Februar 1915 fand vor dem Obergerichtshof die Verhandlung gegen die Fraktion statt." Die Abgeordneten wurden nach Sibirien verbannt. (Trotzki, Geschichte der Russischen Revolution, Erster Teil: Februarrevolution)

Es bleibt unergründlich, wie Fülberth zu folgender Einschätzung kommen kann: "In ihrer negativen Haltung zum Krieg hatten sie (die Bolschewiki und die Menschewiki - D.M.) sich ab 1914 nicht unterschieden, hier waren beide Opposition." (S. 36) Eine irgendwie geartete Ablehnung des Krieges durch "die" Menschewiki, die faktisch in verschiedene Strömungen zerfielen, kann mit viel gutem Willen als "negative Haltung" bezeichnet werden, sie kann aber mit der aktiven, defätistischen Arbeit der Bolschewiki nur dann in einem Atemzug genannt werden, wenn man eine absurde Verwischung von Unterschieden riskieren will. Die Haltung der Bolschewiki zur Kriegsfrage ist deshalb so wichtig, weil die letztlich eindeutige Anti-Kriegs-Position der vielleicht entscheidende Grund war, daß die Bolschewiki von einer winzigen Minderheit in der Arbeiterklasse zur wirksamen Führungsgruppe für die Revolution der Arbeiter und Bauern in ganz Rußland werden konnten.

Fülberth beschreibt detailliert, wie die Partei der Sozialrevolutionäre, mit Kerenskij an der Spitze, ihre vorübergehende Popularität schnell wieder verlor, als sie sofort nach Eintritt in die Provisorische Regierung auf Kriegskurs einschwenkte.

Was den raschen Zulauf für die zunächst kleine Minderheit der Bolschewiki angeht, schreibt Fülberth: "Mit ausschlaggebend für die Entwicklung im Jahr 1917 war die Tatsache, daß die Provisorische Regierung sich

durch die Fortsetzung des Krieges im Volk isolierte." (S. 37). Und weiter: "Die zweite Enttäuschung erlebten insbesondere die bäuerlichen Massen durch das Ausbleiben der Landreform." (S. 37 f.)

In beiden Frage hatten nur die Bolschewiki massenwirksame Losungen anzubieten. Die von den Bolschewiki legalisierte Aufteilung des Gutsbesitzes mußte mit dem Ziel des Gemeineigentums auch an "Grund und Boden" in Konflikt kommen. Das aber war ein anderes, nur dann künftig schwerwiegendes Problem, wenn die Revolution in Westeuropa ausblieb. Rosa Luxemburg machte in ihrer Schrift über die Russische Revolution frühzeitig auf die Problematik der Landaufteilung aufmerksam. Fülberth geht im vierten Kapitel ausführlich auf diese Kritik ein.

In den Kapiteln drei und vier überwiegen reportagenhafte Darstellungen des Verlaufs der Revolution in Rußland und in Deutschland, die z.T. sehr detailliert werden und Ausgangspunkt für spekulative Formulierungen sind. "Kerenskij erkannte, daß er verloren hatte, und verließ Petrograd. Seinem Auto folgte ein Wagen der amerikanischen Botschaft, der durch das Sternenbanner auf seine Immunität hinwies. Eine künftige weltpolitische Konstellation wurde - so scheint es im nachhinein -jetzt schon symbolisiert." (S. 45)

Im Kapitel vier versucht Fülberth, nachdem er vorher die Kriegsfrage als nicht entscheidend für die Spaltung der Arbeiterbewegung hingestellt hatte, die (seiner Ansicht nach) wahre Ursache dieser Spaltung dingfest zu machen. "Spaltung zum Zweck der unmittelbar bevorstehenden Weltrevolution: dies war das Konzept der Kommunistischen Internationale und Lenins." (S. 68) Auch hier muß man begriffliche Unklarheit feststellen. Richtig ist, daß Lenin, wie Fülberth ausführlich am Beispiel der Italienischen Sozialisten demonstriert, für die organisatorische Trennung der Kommunisten von den Sozialdemokraten und Sozialisten eintrat. Richtig ist aber auch, daß Lenin eine Art "Aktionseinheit" von Kommunisten und Sozialdemokraten unterstützte, wie sie Paul Levi in der KPD-Führung vertrat (S. 69).

Die in Italien vielleicht noch vorhandene Chance für die Linke, eine Mehrheit in einer einheitlichen Partei zu gewinnen, bestand angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der SPD in Deutschland offensichtlich nicht. Insofern bleibt auch unklar, was Fülberth mit seinem durchaus interessanten Ausflug nach Italien eigentlich demonstrieren will. Auf jeden Fall verpaßt Fülberth den Kommunisten das emotional besetzte und schillernde Etikett "Verursacher der Spaltung".

Am Ende seines vierten Kapitels reduziert er in einer Art Resümee nach seiner vorherigen begrifflichen Schaumschlägerei mit dem Spaltungsvorwurf diesen auf folgenden realen Kern: "Die organisatorische Spaltung der parteipolitischen Arbeiterbewegung war durchaus von der kommunistischen Seite in der Erwartung einer baldigen Revolution vorangetrieben worden." (S. 74) Als Beleg für die Notwendigkeit und das tatsächliche Herannahen der Revolution wurde von den Bolschewiki der Weltkrieg mit seinen Millionen Toten gesehen. Der Weltkrieg als Katastrophe, sozialistische Politik als Versuch der Katastrophenbekämpfung erklären nach Fülberth die "hektische(n), ja panische(n) Züge der Politik Lenins sowie die Schärfe seiner (...) Stellungnahmen innerhalb der Arbeiterbewegung." (S. 28)

Das Ausbleiben der Revolution in Westeuropa warf für die mit sozialistischem Anspruch auftretende Revolution in Rußland letztlich unlösbare Probleme auf.

Die Rückständigkeit des Landes, die von den Verheerungen des Krieges und Bürgerkrieges und m.E. auch durch die Aufteilung des Grundbesitzes noch verstärkt wurden, machten erkennbar, "daß die russische Revolution keine sozialistische Revolution gewesen sein konnte." (S. 76, im kurzen fünften Kapitel über Sowjetrußland 1923-1941)

Man sollte diese Einschätzung vom nichtsozialistischen Charakter der Revolution ernster nehmen als es der Autor selbst tut. (Sein Begriff "Spätsozialismus" ist wohl nicht ganz ernst gemeint, sondern als witziger Gegenbegriff gegen die Vorstellung vom "Frühsozialismus" gedacht. Fülberth setzt die Wortschöpfung "Spätsozialismus" immer in Anführungszeichen.) Wenn die Oktoberrevolution nach Fülberth keine sozialistische Revolution war, was war sie seines Erachtens dann? "Sie war eher eine antiimperialistische Revolution an der Peripherie des Kapitalismus, wie die mexikanische Revolution 1910-1917, die türkische Revolution 1920 oder die chinesische Revolution 1911-1949." (S. 76). Diese Einschätzung erscheint mir sehr wichtig, lassen sich doch damit viele Aspekte der weiteren russischen Entwicklung erhellen. Nicht zuletzt die spätere Rolle der Sowjetunion als Gegenpart der USA und ihr Vorbildcharakter für "periphere" Länder, auf die Fülberth in seinem achten und längsten Kapitel eingeht. (Ausführlich zum peripheren Charakter der

Oktoberrevolution äußert sich Manfred Kosseck in seinem Aufsatz "Fragen der Revolutionstheorie, Das 20. Jahrhundert - eine Epoche der peripheren Revolution?", Hintergrund I,1993). Selbst die paradoxe Bezeichnung "Partei der Institutionalisierten Revolution", die sich die mexikanische Revolutionspartei gab, ließe sich trefflich auf die KPdSU unter Stalin und seinen Nachfolgern übertragen.

Die KPdSU in der Mitte der 30er Jahre war nach Fülberth "faktisch zum Teil des Staatsapparates geworden." (S. 82) Der Massenmord zur Herrschaftsstabilierung des Stalin-Systems richtete sich nicht zuletzt gegen die Kommunisten und "war das Gründungsverbrechen einer neuen Gesellschaft. Von den Gründungsverbrechen des Kapitalismus unterschied er sich dadurch, daß diese neue Gesellschaft sich nicht verwirklichte." (S. 82)

Diese Einschätzung ist noch bezogen auf die Perspektive einer "neuen" Gesellschaft. Einige Seiten vorher hatte Fülberth aber schon resümiert: "Sozialökonomisch war Sowjetrußland nun (bereits etwa Mitte der 20er Jahre - D.M.) in den Status des ‚Spätsozialismus` eingetreten: die als Diktatur des Proletariats bezeichnete Partei-Herrschaft und das staatliche Eigentum waren Relikte einer früheren, in ihrer Substanz abgebrochenen Entwicklung." (S. 77)

Die weitere Chronologie, die Fülberth für die kommunistische Bewegung und für die sozialistischen Staaten gibt, müßte nach dieser Einschätzung als nichtsozialistisches Land die Sowjetunion eigentlich aussparen. Insbesondere ist es inkonsequent, noch für die Zeit unter Gorbatschow von einer "sozialistischen Gesellschaft" zu sprechen (S. 183).

Es bleibt das Phänomen, daß sich in der Tschechoslowakei nach 1945 unter dem (nur indirekten) Schutz der Roten Armee eine geradezu klassische sozialistische Revolution entwickelte (S. 129 f., S.134). Nach den wirtschaftlichen Verzerrungen, die durch die stalinistische Bevorzugung der Schwerindustrie in einem wirtschaftlich schon weit entwickelten Land entstand, war der "Prager Frühling" der Anlauf zu einer Wirtschaft, die über das erschöpfte Modell der extensiven Reproduktion hinausging. Fülberth geht auf die Entwicklung in der CSSR relativ ausführlich ein und zieht für diese Entwicklung und ihren gewaltsamen Abbruch folgendes Resümee: "Ob (...) der neue Weg der KPC tatsächlich zu einer Lösung unter Beibehaltung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln hätte führen können, ist nicht mehr auszumachen. (...) Unverkennbar aber ist, daß nunmehr das ökonomische System des Sozialismus in eine Erstarrung überging, an deren Ende nach zwei Jahrzehnten die Zerstörung stand." (S. 147)

Für die weitere Entwicklung reicht die Aufzählung der Stichwörter Wettrüsten, Überforderung in der Systemkonkurrenz, Verschuldung fast aller realsozialistischen Länder auf dem Weltmarkt, Unfähigkeit zur Produktivkraftentwicklung im Zeitalter der Mikroelektronik, Aufkommen neuer Konkurrenten auf dem Weltmarkt, militärische Niederlage in Afghanistan, wie sie Fülberth nennt, um den nur scheinbar überraschenden Untergang der realsozialistischen, zumindest aber antiimperialistischen Regimes verständlich zu machen.

Zu den Paradoxien der historischen Entwicklung gehört der Aufschwung der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen in den siebziger Jahren in West- und Südeuropa und der reale Erfolg vieler antikolonialistischer Bewegungen ebenfalls in den siebziger Jahren. Beide Bewegungen wären ohne die Existenz des "Realsozialismus", der innerlich längst abgestorben war, ("Weiterentwicklung des Sozialismus auf eigenen Grundlagen offensichtlich blockiert" (S. 173)) nicht in gleicher Weise möglich gewesen.

Das Ende des Realsozialismus und das Ende vieler kommunistischer Parteien kann nicht, wie es Fülberth suggeriert, mit dem Ende revolutionärer, antikapitalistischer, antiimperialistischer Bewegungen identifiziert werden. Die Entwicklung in Mittelamerika, für die Fülberth das Ende der revolutionären Phase festschreibt (S. 192), speziell die Entwicklung in Mexiko, belegt das.

Über das Buch von Fülberth kann man sich trotz vieler Vorzüge z.T. trefflich ärgern. Das Ärgern mündet aber in Nachdenken. Und damit ist angesichts der aufgeworfenen Fragen schon viel gewonnen.

Dietrich Marquardt, Frankfurt/Main

Georg Fülberth: Der große Versuch: Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten. Köln: PapyRossa Verlag, 1994, 199 Seiten, 24,80 DM

23. Drei Demonstrationen in Berlin. Unterschiedliche Einschätzungen zur Bedeutung des 8. Mai

Autor: kuk · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:09

Wer seinen Protest gegen die offiziellen Feierlichkeiten zum 8. Mai auf der Straße zum Ausdruck bringen wollte, der/die hatte in Berlin die Qual der Wahl. Zwischen dem 6. und dem 8. Mai waren allein drei Demonstrationen angemeldet, an denen sich insgesamt 10 bis 15.000 Menschen beteiligten. Gut 4.000 Polizisten waren staatlicherseits aufgeboten worden. Vor allem am Montag, dem Tag des offiziellen Festaktes im Konzerthaus am Gendarmenmarkt, sorgten sie mit der Einrichtung einer Bannmeile dafür, daß große Teile von Berlin-Mitte nicht betreten werden konnten.

Überlegungen, angesichts des 50. Jahrestages des Kriegsendes zu einer gemeinsamen Aktion innerhalb der Linken zu kommen, wurden nicht angestellt. Einigkeit bestand wohl darin, das staatsoffizielle Gedenken als verlogen und heuchlerisch abzulehnen. Doch an den Fragen, was dem entgegenzusetzen und vor allem, wie der deutsche Staat heute einzuschätzen sei, traten unvereinbare Gegensätze zutage. Autonome, Antideutsche/Antinationale und das linksalternative "Bündnis 8. Mai" riefen zu getrennten Demonstrationen auf. Von deren Verlauf sowie von politischen Einschätzungen (nur auszugsweise), die die Diskussion kennzeichneten, soll im folgenden die Rede sein.

"Kein Friede mit Deutschland"

Zu einem bundesweiten "Antinationalen/Antideutschen Wochenende" (AAW) luden antinationale und antideutsche Gruppen für den 6./7.5. nach Berlin ein. Mit einer Demo am Samstag (400-500 TeilnehmerInnen), die am Gestapo-Gelände, am ehemaligen Platz des Sportpalastes und am neuen Standort der SPD-Bundeszentrale vorbeiführte, sollte der deutsche Sonderweg symbolisch aufgezeigt werden. Auf einer Konferenz ("Ist Deutschland ein normaler Imperialismus?"), die in der Berliner TU stattfand, standen neue Ansätze in der Beurteilung deutscher Nachkriegsgeschichte zur Diskussion. Gut 100 ZuhörerInnen folgten den Ausführungen von Jürgen Elsässer (junge welt), Günter Jacob und einem Redner von "jour-fix". Zur offiziellen Bewertung des 8. Mai 1995 hieß es im Aufruf zum AAW: "Es soll ... kein Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen werden, sondern ein Schlußstrich unter deren negative Bewertung. Je eindeutiger Deutschland von seiner Vergangenheit, also den von Deutschen ausgeübten Verbrechen entlastet wird, desto unverhohlener wird an Politikmuster der NS-Zeit angeknüpft und für angeblich an Deutschen begangene ‚Verbrechen` eine Entschädigung verlangt."

Einer Mehrheit der Linken, die die "1989/90 eingetretene Zuspitzung des deutschen Problems" nicht habe wahrnehmen wollen, wird Kollaboration mit der deutschen Nation vorgeworfen: "Anstatt Opposition gegen Deutschland zu entwickeln, wurde auf Politikmuster gesetzt, welche den nationalen Konsens respektieren und die deutsche Entwicklung ‚kritisch`-konstruktiv zurückzudrängen suchen." (Aufruf zum AAW) Der Unterschied zu den anderen beiden Bündnissen wird in folgendem gesehen: "Linke Politik, linkes Theoretisieren und Analysieren muß als grundsätzliche Voraussetzung erkennen, daß es in diesem Land eine Kontinuität nationaler Identität gibt, die Klasseninteressen und Partikularinteressen übergreifend die Bevölkerung zusammenschmiedet, zu einer demokratischen Version des Volksstaates, der früher im Nationalsozialismus zu Recht Volksgemeinschaft hieß ... ." (jw, 5.5.95, S. 7) Aus dieser Erkenntnis kommen die Antinationalen zu dem Schluß, daß 25 Jahre sozialer Bewegungspolitik (die Autonomen ausdrücklich miteinbezogen) restlos gescheitert sind. Eine auf die Massen schielende Bündnispolitik wird verworfen, da in den sozialen Kämpfen nichts Emanzipatorisches mehr erkannt wird: "Vielmehr findet eine nationale Konsensstiftung statt, die das Wort Volksgemeinschaft durchaus verdient." (ND, 4.5.95) (1)

"Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg"

Bereits am 12.8.1994 meldete das "Berliner Bündnis 8. Mai 1995" eine Demonstration für den 7. Mai an. Die Abschlußkundgebung sollte an der Neuen Wache, ein daran anschließendes "Friedensfest" auf dem nahegelegenen Marx-Engels-Platz stattfinden. Rund 200 Organisationen, Vereine und Personen unterzeichneten den Aufruf, in dem die Militarisierung der Außenpolitik, die Ethnisierung der Analysezugänge von politischen und sozialen Konflikten und der vorherrschende Geschichtsrevisionismus kritisiert wurden. Für

die Abschlußkundgebung waren u.a. als RednerInnen vorgesehen: Pierre Durand (Präsident des Internationalen Buchenwaldkomitees, Maurice Goldstein (Präsident des Internationalen Auschwitzkomitees, beide wegen Krankheit verhindert)) und Alisa Fuss (Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte). Mitte April untersagte die Polizei die Kundgebung an der Neuen Wache, nachdem sie zuvor zwei Gespräche mit den VeranstalterInnen hatte platzen lassen. Als Begründung wurden genannt: die Zentrale Gedenkstätte stelle ein Reizobjekt für linksextremistische Gruppen dar, zum Bündnis gehörten auch Gruppen, die die Umgestaltung der Neuen Wache ablehnten, daher seien Schändungen und Straftaten zu befürchten. Dem Ansehen Berlins in der Welt drohe durch Störhandlungen großer Schaden zugefügt zu werden.

Am 3. Mai hob das Berliner Verwaltungsgericht das Polizeiverbot mit der Begründung auf, bloße Vermutungen über mögliche Schändungen seien nicht ausreichend. Die Polizei legte daraufhin Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht ein und bezog sich in der Begründung ausführlich auf die Straßenkämpfe im Prenzlauer Berg vom 30. April (siehe Bericht in diesem ak). (2) Außerdem behauptete sie, daß eine Veranstaltung mit Festcharakter nur von minderer Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der Demokratie sei. (ND, 5.5.95) Schließlich fällte der Notsenat des Bundesverfassungsgerichts ein geradezu "salomonisches Urteil": Die Kundgebung durfte nicht direkt vor der Neuen Wache, sondern 50 m davon entfernt (außerhalb der Wurfweitreiche?) abgehalten werden.

"Legal, illegal, scheißegal" - dachte sich vielleicht die Polizeiführung, "dann verhindern wir die Kundgebung eben mit Gewalt. Ein Vorwand wird sich schon finden lassen." Doch der Reihe nach. Etwa 10.000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration, die vom Alexanderplatz quer durch das alte jüdische Viertel der Stadt führte. Im vorderen Teil lief ein etwa 100 Personen starker Block der "Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland" (JEKKOM). Begleitet wurde er von einem Spalier mit etwa 50 Bullen auf jeder Seite, die Helme, Schlagstöcke, aber keine Schilde trugen. Eine weitere Hundertschaft folgte dahinter. In diesem Block trugen zahlreiche Menschen Winkelemente (kleine Papierfähnchen), die die PKK-Fahne zeigten. Ab und zu zog auch mal jemand ein größeres Fahnentuch aus der Tasche. Dieses Symbol des kurdischen Befreiungskampfes wurde von der einen oder dem anderen auch schon mal demonstrativ in Richtung Polizei gewedelt. Dies bot den Bullen den willkommenen Anlaß, mit wild um sich prügelnden Stoßtrupps immer wieder in den Zug einzudringen, kleinere Kessel zu bilden und Fähnchen zu erbeuten. Das "durchgeknallte" Verhalten der Polizisten hatte mehrere Verletzte und Festgenommene zur Folge.

Als die Spitze des Demozuges sich vor der kleinen Tribüne einfand, die 50 Meter vor der Neuen Wache auf der Straße Unter den Linden aufgebaut war, bot sich dasselbe Szenario. Der Kurdenblock war in Höhe des Kronprinzenpalais', das der Polizei als Einsatzleitungszentrale diente, zum Stehen gekommen. Mit willkürlichen Verhaftungen und ständigen Angriffen entnervten die Bullen die VeranstalterInnen derart, daß die gerade begonnene Abschlußveranstaltung abgebrochen und auf den Marx-Engels-Platz verlegt wurde. Die Polizei hatte ihr Ziel erreicht. Leider war vielen Menschen wegen der ständigen Auseinandersetzungen offenbar die Lust auf die Abschlußkundgebung vergangen, denn nur etwa 400 Personen nahmen noch daran teil.

"Kampf den deutschen Zuständen"

Die autonome Debatte zum 8. Mai verlief äußerst kontrovers. Dies allerdings weniger nach außen, sondern mehr nach innen. (3) Die aus MigrantInnen bestehende Gruppe Hochverrat, die Initiative AK Kassiber und die Zeitschrift 17o Celsius entdeckten ihre Nähe zu antideutschen/antinationalen Ansätzen und liefen über. Die übriggebliebenen Autonomen stellten in ihrem Demoaufruf fest, daß es das Interesse der Bundesregierung und der etablierten Parteien sei, den Nationalsozialismus als ein von seinen Ursachen und Absichten abgetrenntes Ereignis herauszustellen. Über die politischen Ziele, die die Grundlage der Massenmordpolitik gewesen seien, werde der Mantel des Schweigens gehüllt, um unterschwellige Kontinuitäten zu verdecken. In der Shoah hätten Tendenzen ihre Zuspitzung gefunden, die in die Weimarer Republik und weiter zurück reichten: die völkische Politik, der Antisemitismus, die Eugenik, die imperialistische Außenpolitik, die kapitalistische Ausbeutung, der repressive Herrschaftsapparat, der Männlichkeitskult und die geschlechtsspezifische Rollenteilung.

Die besondere Bedeutung des 8. Mai 1995 sehen die Autonomen darin, daß die Herrschenden nicht trotz, sondern mittels des Gedenkens an Auschwitz zur Tagesordnung übergehen wollen. Der Widerstand dagegen dürfe aber nicht beim Gedenken an die Schrecken der NS-Massenmordpolitik stehenbleiben, sondern sollte

auf den Fortbestand der antisemitischen, sexistischen, völkischen, rassistischen und kapitalistischen Politik im Deutschland nach 1945 hinweisen. Als drastische Beispiele der jüngeren Vergangenheit werden die Pogrome nach dem Anschluß der DDR genannt, die an die Kontinuität von deutscher Herrenmenschenideologie anknüpften. An den Antideutschen wird kritisiert, daß sie bei der Konstituierung der Volksgemeinschaft die patriarchale Frage außer Acht gelassen haben.

Mit der Mobilisierung zum 8. Mai hatten die Autonomen den Tag des offiziellen Staatsaktes ausgewählt und angekündigt, den etablierten Parteien "kräftig in die Suppe zu spucken". Andererseits war dieser Tag ein Montag und damit für Berufstätige und Anreisende nur bedingt geeignet. Vielleicht lag es daran, daß sich nur etwa 1.000 Leute bei leichtem Regenwetter einfanden. Geplanter Demobeginn war 15.30 Uhr am Nollendorfplatz. Die in großer Zahl aufgefahrene Polizei nahm bei Vorkontrollen mehrere Menschen wegen des "Mitführens von Tüchern" fest. Die Demonstration selber verlief im großen und ganzen friedlich. Dazu beigetragen hat, daß die Bullen auf größere Provokationen (Spalier, willkürliche Festnahmen wegen Vermummung, als solche gelten z. Zt. Baseballkappen und/oder Kapuzen in Verbindung mit Sonnenbrillen) verzichtet und sich darauf beschränkt haben, den Zug vorne und hinten zu begleiten. Mehrere Ankündigungen, die Demo zu stoppen und "vermummte Personen" festzunehmen, wurden zum Glück nicht wahrgemacht. Zur relativ guten Stimmung des Zuges trugen "fetzige" Musik und zahlreiche, zum überwiegenden Teil gelungene, Wortbeiträge bei. Die Demonstration wurde um kurz nach 18 Uhr in der Wilhelmstraße/Ecke Kochstraße aufgelöst. Ein massives Polizeiaufgebot versperrte den Weg in Richtung Berlin-Mitte. Die DemonstrantInnen zogen in Richtung S-Bahnhof Anhalter Bahnhof ab. Dort blieben etwa 100 Personen etwas unschlüssig stehen, bis sie von einem massiven Polizeiaufgebot verjagt wurden. Die Polizei verzeichnete insgesamt 53 Festnahmen.

Fazit

Die Antideutschen/Antinationalen und die Autonomen, vielleicht auch das "Berliner Bündnis" (4), werden von der geringen TeilnehmerInnenzahl ihrer Demonstrationen enttäuscht gewesen sein. Bei den Antideutschen/Antinationalen könnte als Erklärung dienen, daß die immer sektiererischer vorgetragenen Angriffe gegen andere Linke in die Isolation führen. Beim "8. Mai-Bündnis" bestätigte sich die Erfahrung, daß es der PDS nur zu bestimmten Anlässen gelingt, ihre AnhängerInnen massenhaft auf die Straße zu bringen.

Das es drei Protestansätze gab, ist nicht allein auf die Zerstrittenheit der Linken zurückzuführen, sondern auch auf die völlig unterschiedlichen Erfahrungen und Befürchtungen, die mit dem 8. Mai verbunden sind. Das Gedenken eines/r Überlebenden des Holocausts, einer/s antifaschistischen Widerstandskämpfers/in oder eines sowjetischen Offiziers wird sich anders äußern als bei Antinationalen oder Autonomen, die eine völlig andere politische Stoßrichtung verfolgen. Nimmt man die Vielzahl und die Vielfalt der auf den drei Veranstaltungen gehaltenen Rede- und Diskussionsbeiträge (ungeachtet ihrer Qualität) zusammen, so wäre es unmöglich gewesen, dies alles an einem Ort zusammenzubringen. Ein historisches Datum wie der 8. Mai läßt sich nicht auf einen linken Nenner bringen oder in eine gemeinsame politische Aktion umsetzen. Richtig lagen bestimmt diejenigen, die die Gelegenheit nutzten, an mehreren Veranstaltungen teilzunehmen, und dann auf jeder von ihnen gute, ärgerliche und zum Teil emotional ergreifende Beiträge (von ZeitzeugInnen) zu hören bekamen.

kuk

Anmerkungen:

1) Nicht vorenthalten möchte ich unseren LeserInnen die scharfe Kritik an den Antideutschen/Antinationalen, die im Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands "Gegen die Strömung" formuliert wurde: "Grundlegende kommunistische Prinzipien zu propagieren und zur Diskussion zu stellen, ist ... auch nötig gegenüber denjenigen Kräften, die tatsächlich an einigen Punkten den deutschen Nationalismus bekämpfen, sich aber absurderweise als ‚antideutsch` bezeichnen. Diese Kräfte verbreiten die Stimmung, man könne eh nichts gegen den Masseneinfluß des deutschen Imperialismus unternehmen. Sie bemerken teilweise nicht, daß sie wie typisch deutsche Intellektuelle einfach das Handtuch werfen und kapitulieren."

2) Es ist schon eine ziemliche Unverschämtheit, wenn die Polizei die von ihr selbst provozierten Krawalle als Begründung für ein Veranstaltungsverbot heranführt. Im Sinne einer Verhinderung von Auseinandersetzungen am 7. Mai hätten die Bullen besser ein Versammlungsverbot gegen sich selbst beantragt.

3) Siehe Beiträge in verschiedenen Interim-Ausgaben, der Radikal und der jw vom 18.4.95, S. 7.

4) So hatte die Berliner PDS-Vorsitzende Petra Pau angekündigt, die 23.000 PDS-Mitglieder der Stadt zu der Kundgebung zu mobilisieren und in einer Massenzeitung (150.000 Exemplare) zu dieser Aktion aufzurufen. (ND, 21.4.95)

24. Gedenken im Gefängnis und hinter Stacheldraht. Wuppertaler Polizei terrorisiert AntifaschistInnen

Die Wuppertaler Polizei terrorisiert AntifaschistInnen

Autor: Anke Spiess · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:47

Während auf vielen offiziellen Gedenkfeiern anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung PolitikerInnen zur Zivilcourage und zum Einsatz gegen Rechtsradikalismus aufriefen, demonstrierten die Wuppertaler Ordnungskräfte, was es mit diesen Feiertagsreden auf sich hat. Sie beschatteten und verhafteten nämlich genau diejenigen, die Zivilcourage schon seit Jahren praktisch demonstrieren: aktive AntifaschistInnen. Die jüngste Polizeiaktion am Samstag, dem 13. Mai, richtete sich gegen den antifaschistischen Stadtrundgang. Die etwa 100 SpaziergängerInnen wanderten und schwebten an Wuppertaler Orte des Gedenkens, aber auch an Wohnorte und Wirkungsstätten von heutigen Tätern und Verantwortlichen für Abschiebungen. Besucht wurde u.a. der stellvertretende Vorsitzende der Republikaner in Wuppertal und ein Mitarbeiter des Ausländeramtes, der für Abschiebungen zuständig ist und sich selbst als Vollstrecker bezeichnet.

Die TeilnehmerInnen des Rundgangs wurden von einem starken und aggressiv auftretenden Polizeiaufgebot begleitet. Polizisten drängten sich hinter den Demonstranten in die schon überfüllte Schwebebahn und begannen dort Rangeleien. An einem Schwebebahnhof wurde kurze Zeit später eine Frau aus der Bahn herausgezerrt und auf den Boden geworfen. Ihre Hände wurden mit Handschellen auf den Rücken gefesselt. Angeblich hatte sie in der Schwebebahn einen Polizeibeamten getreten. Zur Eskalation kam es, nachdem auf das Haus des "Vollstreckers" die Parole geschrieben worden war: "Herr Braun schiebt Flüchtlinge ab in den Tod". Die Polizei war zwar zum Zeitpunkt der Beschriftung nicht an Ort und Stelle (sie hatte offensichtlich die Spur der Demonstranten verloren), nahm aber trotzdem kurze Zeit später - nach wilder Verfolgungsjagd über Bahngleise - eine Gruppe von sechs Personen fest. Begründung: Verdacht auf schweren Landfriedensbruch. Gegen Ende des Stadtrundgangs wurde ein Großteil der DemonstrantInnen eingekesselt und z.T. nach massiver körperlicher Gewaltanwendung durch die Polizei abgeführt. Im Kessel waren auch zahlreiche Jugendliche. Alle wurden in das nahegelegene Polizeipräsidium gebracht. Insgesamt wurden 41 Personen festgenommen, darunter acht Jugendliche unter 18 Jahren. Im Innenhof des Polizeipräsidiums mußten die Festgenommenen mit auf den Rücken gefesselten Händen im strömenden Regen stehen.

Gegenüber der Presse erklärte die Polizei, sie habe eine nicht genehmigte Demonstration aufgelöst, nachdem ein ziviles Einsatzfahrzeug von den Demonstranten angegriffen und die Beamten mit Steinen und Farbbeuteln beworfen worden seien; ein Polizist sei nicht unerheblich verletzt worden. Ermittelt würde nun u.a. wegen schwerem Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und Beleidigung. In einer Pressekonferenz am 18. Mai stellte sich der Wuppertaler Polizeipräsident Köhler hinter seine Beamten. Nicht schlecht staunten die anwesenden Pressevertreter, als sich bei Nachfragen herausstellte, daß es sich beim "Angriff" auf das zivile Polizeifahrzeug "um Trommeln mit den Fingern auf dem Autodach" gehandelt hatte; daß es nur einen einzigen Steinwurf gegeben hatte, wobei ein Polizist am Oberschenkel getroffen wurde; daß aber auch nicht auszuschließen sei, daß es sich um ein anderes Wurfgeschoß gehandelt haben könnte. Die Uniformen von sieben Polizisten wurden durch Farbbeutelwürfe beschmutzt, und der "nicht unerheblich verletzte" Beamte hatte einen blauen Fleck am Oberschenkel davongetragen. Unbeirrt von diesen Tatsachen will der Polizeipräsident weiterhin wegen allen genannten Tatvorwürfen ermitteln.

Alle Festgenommenen wurden durchsucht, einige beleidigt. Einer 14jährigen wurde von einer Polizeibeamtin angedroht, sie würde "ihr den Kopf von den Schultern schlagen, falls in ihren Taschen etwas gefunden würde". Eine gleichaltrige Freundin wurde von einem Beamten mit den Worten beleidigt: "Du schielst ja, bist du aber häßlich". Ein anderer Wutausbruch traf eine Gruppe von Festgesetzten: "Wegen euch Negern müssen wir hier heute Nacht Dienst schieben."

Alle wurden erkennungsdienstlich behandelt. Es wurden keine Telefonate gestattet, auch die Jugendlichen durften ihre Eltern nicht anrufen. Erst fünf Stunden nach der Festnahme wurden die ersten Eltern durch die Polizei über die Inhaftierung ihrer Kinder in Kenntnis gesetzt, andere Erziehungsberechtigte wurden nicht informiert. Der herbeigeeilten Mutter einer 14- und einer 15jährigen Tochter wurde die Kontaktaufnahme zu

ihren Kindern verweigert. Während sie hingehalten wurde, wurde die 14jährige zur erkennungsdienstlichen Behandlung abgeführt. Ihr droht ein Verfahren wegen schwerem Landfriedensbruch. Während die acht Jugendlichen bis Mitternacht aus dem Polizeipräsidium entlassen wurden, begann für die verbleibenden Demonstranten eine lange Nacht, mit Umlegungen in benachbarte Gefängnisse, z.T. in Einzelhaft ohne Essen und Trinken. Vielen wurden Decken verweigert. Erst am Morgen des 14. Mai wurden die restlichen 33 Personen freigelassen.

Polizei stört Gedenkfeiern

in Ravensbrück

Schon drei Wochen vor diesen Vorfällen war die Wuppertaler Polizei ins Gerede gekommen, als sie an der Festsetzung einer Wuppertaler Reisegruppe beteiligt war, die an den Gedenkfeierlichkeiten in Ravensbrück teilnehmen wollte. 36 Personen aus verschiedenen politischen Zusammenhängen besuchten schon am Samstag, einen Tag vor den offiziellen Feierlichkeiten, das Gelände des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers und nahmen Kontakt mit der Lagergemeinschaft und Überlebenden auf. Die WuppertalerInnen wurden gebeten, zehn Frauen zu delegieren, die am Sonntag gemeinsam mit Überlebenden Kränze niederlegen sollten.

Doch dazu kam es nicht. Am Sonntagmorgen wurde der Wuppertaler Bus 8 km vor der Gedenkstätte von der Polizei auf einen Parkplatz gewunken. Was zunächst nach einer Routinekontrolle aussah, stellte sich immer mehr als eine von langer Hand geplante Polizeioperation heraus. Die brandenburgischen Staatsdiener wußten auch nicht so richtig, aus welchen Gründen der Bus angehalten worden war. Die Ankunft von Wuppertaler Zivilpolizei auf dem Parkplatz war die nächste Überraschung. Nach eifrigen Gesprächen zwischen Wuppertaler und Brandenburger Beamten wurde der Gruppe mitgeteilt, daß die Veranstalter der Gedenkfeiern die Teilnahme der Wuppertaler AntifaschistInnen nicht wünschten. Das stieß auf großes Unverständnis, da die Frauen der Lagergemeinschaft ja ausdrücklich um Beteiligung an der Kranzniederlegung gebeten hatten. Doch jede Diskussion und Erklärung war zwecklos.

Einigen der Festgesetzten gelang die Flucht, sie schlugen sich bis zum Lager durch und informierten die Veranstaltungsleitung von den Vorfällen auf dem Parkplatz. Bevor sie jedoch Kontakt zu der Lagergemeinschaft aufnehmen konnten, wurden sie wiederum von Polizisten in Zivil aufgefordert, das Gelände zu verlassen. Wenig später wurden sie auf dem Rückweg festgenommen. Die gesamte Busladung war währenddessen in Gewahrsam genommen und zwecks Personalienüberprüfung in das nahegelegene Polizeipräsidium Gransee gebracht worden.

Auch zwei die Gruppe begleitende JournalistInnen kamen nicht ans Ziel ihrer Reise. Während der Akkreditierung im Organisationsbüro stürzte plötzlich eine Gruppe von Polizisten in den Raum, fragten ihn, ob die Journalisten mit der Wuppertaler Gruppe angereist wären, und wollten die drei auf der Stelle verhaften. Nur dem couragierten Auftreten des Mitarbeiters des Akkreditierungsbüros war es zu verdanken, daß das nicht geschah. Im Hintergrund wieder die Wuppertaler Zivilpolizei. Es folgten Telefonate mit dem Landeskriminalamt. Begründung für das Festhalten: Die JournalistInnen seien zur Fahndung ausgeschrieben, der Fahrer sei schon Tage vorher im Kreis Brandenburg aufgefallen, etc. Die JournalistInnen wurden im Akkreditierungsbüro behandelt, als seien sie festgenommen, sie durften den Raum nicht verlassen. Der herbeigerufene Vertreter der Veranstaltergemeinschaft konnte sich die Vorfälle bis zu einem Anruf des LKA Brandenburg auch nicht erklären. Nach dem Telefonat, dessen Inhalt nicht bekannt ist, erklärte er, daß es ihm leid tue, er aber die Anweisung durch die Polizei hätte, die JournalistInnen nicht zu akkreditieren. Er hätte in diesem Fall nicht das Hausrecht, müsse sich den Anordnungen der Polizei unterordnen. Die JournalistInnen wurden zwar nicht festgenommen, aber mit einem Platzverweis versehen und von einer Polizeieskorte aus der Stadt begleitet.

Hinter Stacheldraht endete die Fahrt zur Gedenkstätte für die übrigen 33 Businsassen. Sie wurden sieben Stunden unter gleißender Sonne auf dem umzäunten Gelände des Polizeipräsidiums in Gransee festgehalten. Bei allen in Gewahrsam genommenen wurden die Personalien überprüft. Gegen 18 Uhr wurde der Bus aus dem Land Brandenburg gewiesen und mit einer Polizeieskorte bis an die Landesgrenze begleitet.

Der Brandenburgische Polizeisprecher Kirmße erklärte in einem Interview einige Tage später, daß er von der Wuppertaler Polizei den Hinweis bekommen hätte, im Bus hätten sich "autonome Störer" befunden, die er aber

nicht habe ermitteln können. Die AntifaschistInnen und die betroffenen JournalistInnen werden nun rechtlich gegen diese ungeheuren Machenschaften vorgehen, die offensichtlich in Wuppertaler Polizeikreisen organisiert wurden.

Jetzt reicht's

Inzwischen wird die Forderung nach dem Rücktritt des Polizeipräsidenten laut. Nach neuesten Erkenntnissen hat ein Wuppertaler Beamter einen Angeklagten des Solinger Mordprozesses massiv unter Druck gesetzt und so das Geständnis erpreßt. Auch die politische Polizei in Wuppertal geriet in die Schlagzeilen, als bekannt wurde, daß sie Bernd Schmidt, den Leiter der Solinger Kampfsportschule Hak Pao, anheuerte, um die rechte Szene zu beobachten. In dieser Schule trainierte die rechtsradikale Szene, in der die Täter des Brandanschlages vermutet wurden. Auch Polizeibeamte gehörten zur Kundschaft. Verantwortlich für die Übergriffe und kriminellen Machenschaften ist der Polizeipräsident: Denn entweder weiß er nicht, mit welchen Methoden seine Beamten vorgehen, oder er duldet sie. In beiden Fällen sollte er Konsequenzen ziehen.

Anke Spiess

25. Asylrechtssäule verhüllt. Nürnberg: Proteste gegen Rassismus und Out-of-area-Einsätze

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Interventionspolitik und Kriege; Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/8_mai.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:8_mai

Aktionsauswertung 8. Mai

Erfolgreiche Demonstration und Kundgebung am 8.Mai

- Asylrechtssäule verhüllt; Protest gegen Rassismus und Out-of-area-Einsätze -

Mehr als 700 Menschen folgten dem Aufruf des "Bündnisses 8. Mai" und füllten das Gedenken an das Kriegsende mit politischem Inhalt. Es gelang der Linken in Nürnberg sowohl auf der Straße als auch in der veröffentlichten Meinung einen eigenen Akzent zu setzen.

Wer heute sagt, der 8. Mai sei kein Tag der Befreiung, "ist ein Nazi". Derart pointiert brachte Johannes Friedrich, Dekan der evangelisch-lutherischen Kirche, seinen Standpunkt im Vorfeld des Gedenkens an das Kriegsende auf den Punkt. Daß diese eindeutige Position eines der wichtigsten kirchlichen Würdenträger der Region für Aufregung in den Leserbriefspalten sorgte, braucht nicht weiter hervorgehoben zu werden. Zusätzliche Brisanz gewann diese Aussage dadurch, daß Johannes Friedrich Mitglied einer fünfköpfigen Herrenrunde war, die neben dem Oberbürgermeister bei der Vorbereitung der "offiziellen Feierlichkeiten" maßgeblich mitzubestimmen hatte. Wie schon bei der Stellungnahme des Dekans wurde auch dabei auf eine Gleichsetzung von Opfern und Tätern verzichtet.

Die Aktion der Linken: Erinnern ..

Das "Bündnis 8.Mai" trug diesen konkreten Umständen Rechnung und vermied es, die offizielle Gedenkveranstaltung frontal abzulehnen. Denn dies wäre weder der lokalen Debatte noch dem Tenor des Festaktes gerecht geworden, der "Völkerverständigung" lautete (Redebeiträge u.a. aus: Charkow/Ukraine, Prag/Tschechien, Krakau/Polen, Skopie/Mazedonien, Hadera/Israel und San Carlos/Nicaragua).

Die Linke mobilisierte unter dem Motto "Gedenken heißt Eingreifen" für eine eigene Kundgebung und Demonstration, die zu Ende war, bevor der offizielle Festakt begann. Während dort ausschließlich Politiker zu Wort kamen, wurde bei der alternativen Gedenkveranstaltung Opfern und Gegnerinnen des NS-Regimes ein wichtiger Platz eingeräumt. Neben der 86jährigen NS-Widerstandskämpferin Hedwig Regnat (VVN/BdA) kam Ilse Aufochs zu Wort. Weil sie Jüdin ist, mußte sie in der Reichspogromnacht aus Nürnberg fliehen. Vor wenigen Jahren kehrte sie nach Nürnberg zurück. Sie wurde einer größeren Öffentlichkeit durch Zeitungsartikel und einen Fernsehfilm über ihr Schicksal bekannt. Daß sich Ilse Aufochs bereit erklärte auf der alternativen Demonstration zu sprechen, war alleine schon ein wichtiger Teilerfolg. Denn mit ihrem und dem Beitrag von Hedwig Regnat, wurde deutlich, daß die Linke nicht beansprucht im Namen der Opfer und Widerstandskämpferinnen zu sprechen sondern daß sie ein Forum bot, daß sie dies selbst tun können. Die 84jährige Ilse Aufochs forderte vor dem Gedenkstein der 1938 niedergebrannten Synagoge dazu auf, "dem aufkeimenden Faschismus mit Mut entgegenzutreten". Ein Beispiel für diesen Mut gab sie selbst: Sie erhielt in den letzten Monaten wiederholt Drohanrufe und Drohbriefe. Auch wurde sie von verschiedenen Seiten aufgefordert, ihre Teilnahme an der linken 8.Mai-Demonstration abzusagen.

... und eingreifen

"Konsequenzen ziehen", lautete der zweite Schwerpunkt. Redebeiträge gegen Waffenexporte und die "Out-of-Area-Einsätze" der Bundeswehr, gegen Rassismus und die Abschaffung des Asylrechts sowie die Einschränkung demokratischer Grundrechte prägten die Kundgebung. Zweierlei war bemerkenswert: Zum einen wurden während der Auftaktkundgebung, die vor der aus vierzig etwa acht Meter hohen Säulen bestehenden "Straße der Menschenrechte" stattfand, in einer Überraschungsaktion die weiße Marmorsäule Nr. 14 mit schwarzem Tuch verhüllt. Die Botschaft kam auch bei den Medien gut an: "Handfest, wenn auch nur symbolisch", schrieben die Nürnberger Nachrichten, "verhüllten sie die Säule mit der Aufschrift des Grundrechtes auf Asyl, um gegen dessen "Abschaffung" in der Wirklichkeit zu protestieren."

Ein zweiter Aspekt: Aufgrund der Unterstützung einiger türkischer Organisationen gelang es türkische und kurdische Arbeitsimmigranten zum Mitmachen zu bewegen und so der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die BRD ein Einwanderungsland ist. Der Schriftsteller Habib Bektas hielt bei der Abschlußkundgebung einen zweisprachigen Beitrag, der von den mehr als 700 Anwesenden mit großem Applaus bedacht wurde.

Autonome Extrawurst

Auffallend war, daß sich an der linken Aktion nur ein Teil des autonomen Spektrums beteiligte. Im Vorfeld hatte sich die Gruppen aus diesem Spektrum, obwohl sie den Aufruf unterzeichnet hatten, aus der konkreten Vorbereitungsarbeit zurückgezogen. Begründet wurde dieses Verhalten nicht. Während es bei einem Teil daran gelegen haben mag, daß sie mit 1.Mai-Aktivitäten arbeitsmäßig zugedeckt waren, hatte dies bei anderen inhaltlich Gründe.

Als ein Aufruf unter dem Motto "Kein Frieden mit Deutschland" für den Samstag nach dem 8. Mai eine Demonstration im benachbarten Fürth ankündigte, war die Katze aus dem Sack. Der Aufruftext, der von einer Reihe autonomer und Antifa-Gruppen unterzeichnet wurde, endet mit den Schlagworten: "Kein Vergeben! Kein Vergessen! Tod dem Staatsterrorismus! Tod dem Faschismus! Kein Frieden mit Deutschland!" Etwa 100 bis 150 Leute kamen, um "faschistische Kontinuitäten in der BRD offen zu machen und diesem neuen Großdeutschland unseren Widerstand zu zeigen". Dieses Spektrum hat keinen Versuch unternommen, dem "Bündnis 8. Mai" gegenüber zu begründen, warum eine eigene Aktion notwendig sei. Während sich an der Straßenaktion in Nürnberg Leute aus den unterschiedlichsten Strömungen der linken und fortschrittlichen Szene beteiligten, blieben in Fürth wenige Tage später die Autonomen unter sich.

Was hat∩s gebracht?

Die Linke konnte mit einer inhaltlich soliden und von der Beteiligung her akzeptablen Demonstration am 8. Mai einen eigenen Akzent setzen. Sowohl die Vorberichterstattung als auch die Zeitungsberichte über die Aktion selbst zeigen, daß es in eine breitere Öffentlichkeit hinein gelungen ist zu vermitteln, warum und mit welchen Zielen wir auf die Straße gingen. Auch im Vergleich mit der offiziellen Kundgebung, für die schon seit Monaten getrommelt wurde und an der 3000 Menschen teilnahmen, kann sich das "Bündnis 8.Mai" durchaus sehen lassen. Es zeigte sich zum wiederholten Male, daß es in der Region für die Linke Handlungsspielräume gibt, wenn es gelingt nachvollziehbare Aktionskonzenpte und -orientierungen zu entwickeln. Daß die Bündnisarbeit wesentlich zum Erfolg der eigenen Anstrengungen beiträgt, bestätigte die Praxis ebenfalls. Denn ohne die aktive Mitarbeit des "Friedensforums" wäre vieles nicht möglich gewesen.

Das Hauptproblem der Linken scheint mir weniger darin zu bestehen, das Umfeld für Aktionen anzusprechen. Dies, das zeigt sich immer wieder, ist im Prinzip möglich. Es mangelt aber an Aktivistinnen und Aktivisten, die bereit und in der Lage sind, spektrenübergreifend zu denken und zu handeln. Die Logik ist viel zu oft: "Wenn die mitmachen, dann wir nicht!" Diese Herangehensweise ist weniger das Ergebnis inhaltlicher Debatten als vielmehr einer tiefgehenden politischen Resignation, die auch weite Teile der noch Aktiven erfaßt hat. Gelingt es jedoch die eigenen Kräfte zu bündeln, kann in Richtung Grüne/SPD durchaus Druck entwickelt werden.

Al., Nürnberg

26. "Es ist etwas Fürchterliches über uns hereingebrochen." Selbstmitleid und (moralische) Wiederaufrüstung - das Kriegsende im TV

Selbstmitleid und (moralische) Wiederaufrüstung - das Kriegsende im Fernsehen

Autor: Js. · Rubrik: Medien; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:12

40 Jahre nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion berichtete der damals 66jährige Angestellte Werner Paulsen in einem Interview vom schlimmsten Tag seines Lebens. Am 30.6.1941, acht Tage nach Beginn des "Unternehmens Barbarossa", war die von ihm befehligte Einheit, ein Zug der SS-Division "Leibstandarte Adolf Hitler", bei Shitomir in einen Hinterhalt geraten; nur vier von 50 Soldaten seines Zuges überlebten; die Leichen wiesen schwere Verstümmelungen auf. Daß es "auf unserer Seite sicherlich nicht viel anders war", will er nicht ausschließen; konkret erinnern kann er sich nicht.

Der Militärhistoriker Omer Bartov, der aus Paulsens Erinnerungen zitiert, schreibt zu dieser verblüffend einseitigen Gedächtnisleistung: "Der Krieg war die einschneidendste Erfahrung in seinem Leben, und das wichtigste Ereignis in diesem Krieg war das Massaker der Russen an seinen Kameraden. Das war sein Krieg und der Krieg der meisten Überlebenden. Was das andere betraf, so konnte es durchaus stattgefunden haben, und man fuhr auch besser, wenn man es nicht abstritt. Aber es übte keinen prägenden Einfluß auf die eigene Erfahrung und Erinnerung aus. Es war, als hätte dieses andere gar nicht wirklich stattgefunden." (1) Nach dem gleichen Muster habe nach 1945 auch das kollektive Gedächtnis der Deutschen funktioniert: "Die kollektive Erinnerung an den Krieg ist also die Erinnerung an einen furchtbaren Schicksalschlag, an ein Ereignis apokalyptischen Ausmaßes, gegen das man machtlos war und das Tod und Leid über ungezählte Menschen brachte."

Die beispiellose Medienkampagne der vergangenen Wochen und Monate hat anschaulich gezeigt, daß dieser Befund nach wie vor gültig ist. Die Auswahl der Befragten, die sich vor laufender Kamera an "damals" erinnerten, scheint durchaus repräsentativ; nicht nur ehemalige Rotarmisten, auch Minderheiten kamen zu Wort: aktive Nazi-GegnerInnen, Überlebende der KZs, ZwangsarbeiterInnen, Juden, die sich bis zur Befreiung versteckt gehalten hatten. Aber in der überwiegenden Mehrheit handelte es sich bei den Interviewten um deutsche Durchschnittsbürger: Frontsoldaten und ihre Frauen und Kinder, Hitlerjungen und Volkssturmmänner. In ihren Erzählungen zeigte sich die gleiche selektive Präzision wie bei Zugführer Paulsen: Wo es um das eigene Leid geht, erzählen sie auch nach einem halben Jahrhundert noch so anschaulich, als ob sie es erst gestern erlebt hätten. Z.B. "Frau K.P. aus Düsseldorf", Zeitzeugin in der ARD-Serie "Die Deutschen im Zweiten Weltkrieg": "Es ist etwas Fürchterliches über uns hereingebrochen."

"Festung Berlin"

Ein Beispiel unter vielen ist der am Sonntag, dem 30. April, um 20 Uhr 15 im 1. Programm ausgestrahlte Film "Festung Berlin - der Untergang der Reichshauptstadt": Da lobt ein uralter Oberst der Wehrmacht das "gute Menschenmaterial" der Verteidiger, beklagt aber deren mangelnde "Fronterfahrung"; ein damals jugendlicher Werwolf berichtet von seiner Bereitschaft, "bis zum letzten Mann" zu kämpfen - obwohl er "fernab der Nazi-Ideologie" gestanden habe; ein französischer Kollaborateur aus der SS-Division Charlemagne strahlt über seinen treffsicheren Umgang mit der Panzerfaust.

Andere ZeitzeugInnen erregen unwillkürlich das Mitleid der FernsehzuschauerInnen: Zum Straßenkampf abkommandierte Hitlerjungen und Luftwaffenhelferinnen, die feststellen müssen, daß die "Festung Berlin" eine "Schimäre" ist; eine Frau, die unter Tränen von ihrer Vergewaltigung durch mehrere Rotarmisten berichtet.

Im Kommentar, ernst und nachdenklich gesprochen von dem Schauspieler Otto Sander, wird ihr grauenvolles Erlebnis "historisch eingeordnet": "Das Ende einer unbeschwerten Jugend - im Reich des Bösen". Auch daß der ungleiche Kampf im April 1945 eine Vorgeschichte hatte, wird keineswegs unterschlagen. Aber gegen die Wirksamkeit der Bilder hat auch der bemühteste Text keine Chance. Was im Gedächtnis bleibt, ist die

weinende Frau und mit ihr die Erkenntnis: Es war furchtbar. "Das" darf sich nie mehr wiederholen - aber was? Nazismus? Krieg? Oder bloß der Krieg bei uns zu Hause?

Nach all dem Elend würde es geradezu herzlos erscheinen, die Betroffenen nach ihren Gedanken vor 1945 zu fragen, als die deutschen Armeen Triumphe feierten. Die große Mehrheit der Deutschen hatte sich - nach anfänglicher Skepsis aufgrund der Weltkriegserfahrung - an den Blitzkriegen berauscht. Auch nach dem Überfall auf die Sowjetunion war die Sorge, ob man sich damit nicht übernommen habe, bald der Begeisterung über rasche Landgewinne und siegreiche Schlachten gewichen. Erst die durch den Widerstand der Roten Armee bewirkte Wende im Krieg ließ die Stimmung wieder sinken.

An Widerstand dachten auch jetzt noch nur die wenigsten. "Genießt den Krieg, denn der Frieden wird fürchterlich", lautete die zynische Durchhalteparole an der "Heimatfront". Als der "fürchterliche Frieden" dann kam, waren die Geschlagenen der Ansicht, für ihre Taten mehr als genug bestraft worden zu sein: "... mit der Niederlage wurden die Deutschen nicht nur aus dem Griff Hitlers befreit, mit ihr wurde ihnen auch die Absolution von seinen Verbrechen erteilt. Sie wurden zu Hitlers Opfern - und zu den Opfern seiner Opfer." (Bartov: 278)

"Das Ende 1945"

Es soll hier nicht behauptet werden, daß den einschlägigen Sendungen durchgängig und bewußt diese Perspektive zugrundegelegt worden wäre. Wo aber deutsche ZeitzeugInnen aufgefordert werden, ihre Erlebnisse vor genau 50 Jahren zu schildern, müssen sie das fast zwangsläufig aus der Sicht des Opfers tun. Denn Anfang 1945 war der Krieg entschieden. Je länger er fortdauerte, um so ungleicher wurde der Kampf. "War der Russe schon im Keller nebenan?" fragten sich die zitternden Volkssturmleute, die den Kampf in Berlin und Breslau dennoch nicht aufgaben - nicht aufgeben durften, wird dem Fernsehzuschauer suggeriert: Denn mit im Keller waren auch Frauen und Kinder, die vor der "Orgie der Rache" Schutz suchten.

Die extreme Unterlegenheit der "Verteidiger" ist eines der Leitmotive der ZDF-Serie "Das Ende 1945" von Guido Knopp. (2) Deutsche Soldaten, Volkssturmleute und SS-Männer erinnern sich an den "Endkampf um Berlin": "Wir haben nur noch Gewehre und Maschinengewehre gegen schwere Panzer! Aber sie kommen nicht voran. Hitlerjungen, Kinder, springen die Panzer mit ihren Panzerfäusten förmlich an. Mein Gott, wie sie dahingemäht werden! Einige T 34 explodieren, brennen aus, die anderen drehen ab." - "Mein einziger Schutz ist der Stahlhelm." - "Es gibt keine deutsche Artillerie, die uns hilft. Kein deutsches Flugzeug ist mehr am Himmel. Wir werden einfach zermalmt."

Zwar lassen einige der Überlebenden anklingen, es wäre klüger gewesen, sich beizeiten zu ergeben. Andere argumentieren dagegen. Eine Frau verweist auf die sträfliche Unvernunft einiger alter Leute, die sich geweigert hatten, vor der Roten Armee zu fliehen: "Sie kannten die Russen vom Ersten Weltkrieg und hatten die beste Meinung von ihnen. Das mußte mein Opa, wie viele andere auch, mit dem Leben bezahlen." Bei anderen stärkte der Anblick eines aufgehängten deutschen Soldaten und eines vergewaltigten und erschossenen Mädchens den Durchhaltewillen: "Wir schnitten den Toten ab und zogen langsam weiter; jetzt mit dem festen Entschluß, lieber zu sterben, als in Gefangenschaft zu geraten." Einer, der in Ostpreußen von Sowjetsoldaten gefangen genommen wurde, hat seine persönliche Niederlage bis heute nicht verwunden: "Man hätte sich diesen Horden nie ergeben dürfen. Der Tod im Kampf wäre tausendmal besser gewesen, als die Untaten dieser Sieger ertragen zu müssen." Das ist allerdings eine extreme Einzelmeinung. Bei den meisten überwiegt die Erleichterung, dem "Inferno" entkommen zu sein.

Daß es 1945 für die Reste der deutschen Armeen im Osten ein "Dilemma" gegeben habe, ist die Grundüberzeugung des Autors Guido Knopp. Zwar war der Krieg längst verloren. Aber neben dem militärischen Terrorreglement, das Aufgeben mit dem Tode bedrohte, habe es "seit Oktober 1944" einen "neuen Grund zur Gegenwehr" geben: "Die Rote Armee erreichte deutschen Boden." Nach dem Massaker von Nemmersdorf (Ostpreußen) wurde "der Kampfeswille der Soldaten neu entfacht", der schon durch die Konferenz in Casablanca angeheizt worden sei. Dort hatte die Anti-Hitler-Koalition im Januar 1943 Deutschlands bedingungslose Kapitulation als Kriegsziel festgelegt - ein Fehler, wie Knopp durchblicken läßt, der die Deutschen zum Weiterkämpfen bis zuletzt gezwungen habe.

Die Brutalität des Krieges "realistisch" darzustellen, war das Anliegen der von Knopp geleiteten deutsch-russischen Koproduktion "Der verdammte Krieg", deren ersten beiden Teile bereits 1991 bzw. 1993

ausgestrahlt und angeblich von 5 Millionen Deutschen und 50 Millionen Russen gesehen wurden. Knopp, früher Redakteur der FAZ und der Welt am Sonntag, seit 1984 Leiter des ZDF-Ressorts Zeitgeschichte, über das ehrgeizige Projekt: "Fünf Jahre lang haben russische und deutsche Publizisten und Historiker, Politiker und viele, viele Zeugen der Geschichte meine abenteuerliche Absicht unterstützt, einen mörderischen Krieg, der bislang nur aus nationaler Sicht behandelt worden ist, zum ersten Mal gemeinsam darzustellen - die gleichen Bilder und den gleichen Kommentar zur gleichen Zeit im Fernsehen beider Länder." So steht es im Nachwort des Buches zur Serie, wo Knopp seine bahnbrechende Leistung preist: "Jetzt werden nicht nur deutsche Greuel, deutsche Kriegsverbrechen vorgeführt. Jetzt sind, von Nemmersdorf bis Potsdam, Sowjetsoldaten ebenfalls Täter, Vergewaltiger und Mörder."

Was für die postsowjetische Gesellschaft einen heilsamen Tabubruch darstellen mag, wird für die deutschen TV-KonsumentInnen zur Bestätigung dessen, was man schon immer gewußt hat: Die anderen waren auch nicht besser, vielleicht sogar schlimmer - besonders die Mongolen! Die Erinnerungen an das Gemetzel dienen ganz unterschiedslos als Beleg für das, "was sich Menschen antun können, die von Wahnvorstellungen besessen sind, von blindem Haß und gerechtem Zorn".

Daß die Deutschen den "verdammten Krieg" begonnen haben, leugnet Knopp nicht. Er räumt auch ein, daß sich der Holocaust von den "millionenfachen Massakern der Stalinzeit" qualitativ unterschied und daß die "mißbrauchte Wehrmacht" "in den Holocaust verstrickt" war. Im dritten Teil der Serie, überschrieben "Das Ende 1945", spielte das aber keine Rolle. Die sechs Sendungen, die zwischen dem 5. März und dem 9. April im ZDF ausgestrahlt wurden, trugen folgende Titel: "Der Feuersturm", "Verbrannte Erde", "Die Russen kommen", "Der Zusammenbruch", "Die Schlacht um Berlin", "Triumph und Tragödie".

Hier waren "die anderen" die Täter, die Deutschen die Opfer, wenn auch - was nicht verschwiegen wird - bis kurz vor dem "Zusammenbruch" mehrheitlich unbelehrbar. Omer Bartovs eingangs zitierter Befund vom kollektiven Selbstmitleid der Deutschen wird hier auf anschauliche Weise bestätigt.

"Die Deutschen

im Zweiten Weltkrieg"

Während das ZDF die Deutschen zu bemitleidenswerten Opfern macht, wird in der ARD-Serie "Die Deutschen im Zweiten Weltkrieg" (3) darüberhinaus die deutsche Niederlage als Ergebnis militärstrategischer Fehler herausgearbeitet. Die vor zehn Jahren erstmals ausgestrahlte Produktion wurde in den dritten Programmen in ganzer Länge wiederholt, sie umfaßte also auch die Jahre ab 1939. Obwohl die Vorgeschichte in gleichem Umfang gezeigt wurde wie die deutsche Niederlage, wird die Gleichsetzung von Tätern und Opfern hier noch konsequenter betrieben als in der ZDF-Serie. In der Folge zum "Krieg im Osten" (die seltsamerweise auch Rommels glorreiche Schlachten in Nordafrika berücksichtigt) behandeln ganze drei Sätze den Mord an den Juden. Die Täter werden ebenso präzise wie grob verfälschend benannt: "vier Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und SS". Ein einziger Zeitzeuge, Gefreiter der angeblich unbeteiligten Wehrmacht, schildert die Erschießung sowjetischer Juden durch die SS, die er - tatenlos, schuldlos und "betroffen" - mit angesehen hat.

Ließen sich hier noch bei äußerstem Wohlwollen "Versäumnisse" unterstellen, so wird spätestens in der Folge "Das Drama des Luft- und Seekrieges" deutlich, daß die Sache Methode hat. Sprecher und Zeitzeugen "entlarven" Hitler und andere führende Nazis als militärstrategische Dilettanten und machen sich ihrerseits daran, den Krieg nachträglich zu gewinnen oder doch zumindest ein Remis herauszuholen. Originalton Kommentar: "Modern denkende Marineoffiziere hatten früh genug gewarnt: Sie hätten lieber dem Bau von Flugzeugträgern den Vorrang gegeben ... Aber Deutschland hatte keinen einzigen." - Auch die U-Boot-Flotte hätte noch entschiedener ausgebaut werden können: "Später wird Churchill sagen, das einzige, was ihn damals wirklich geängstigt habe, sei die Bedrohung Englands durch die deutschen U-Boote gewesen. (...) Die U-Boot-Männer waren jetzt die Helden der Nation. (...) Mit kaum vorstellbarer Ausdauer und Erfindungsgabe, zusammengehalten von einem selbst in der Wehrmacht beispiellosen Kameradschaftsgeist, monatelang von der Heimat abgeschnitten, führten sie ihren Krieg auf den Weltmeeren. (...) Deutsche U-Boote vor der Silhouette von Manhattan, New York. Es waren zunächst nur fünf Boote, aber sie fanden eine freie Wildbahn vor."

Wohlgemerkt: Das sind nicht die Kriegserinnerungen eines Veteranen, den im Rückblick auf den "beispiellosen Kameradschaftsgeist" von damals die Emotionen übermannen - es sind Zitate aus dem Kommentar, gesprochen von dem Schauspieler Will Quadflieg.

Eine Woche nach der Gedenkstunde für die opferbereiten "Helden der Nation" - "von den 39.000 U-Boot-Männern im Zweiten Weltkrieg überlebten nur 6.000 Mann" - folgte der Showdown: "Der Untergang des Reiches", die "militärische Katastrophe". Auch hier macht der Kommentar deutlich, daß die Geschichte einzig und allein aus deutscher Sicht geschrieben wird: "Jetzt zeigten es die Russen den Deutschen. (...) Jetzt wurde erstmals deutsches Land besetzt. Eine blutige Welle sowjetischer Rache begann. Hartnäckig bekämpften die deutschen Soldaten den sowjetischen Gegner an der Grenze ihrer Heimat. (...) Das Weihnachtsfest (1944; Anm. ak), bisher auch im Krieg immer gefeiert, war diesmal trost- und hoffnungslos. (...) Am 12. Januar 1945 brachen die Russen aus ihren Weichselstellungen hervor, überrollten die deutsche Verteidigung ..." (Hervorhebungen ak), während "Millionen von Deutschen den Befehlen ihres Führers (folgten), ... sich mit dem Mut der Verzweiflung dem vordringenden Feind entgegenzuwerfen. (...) Die deutschen Landser verteidigten zäh die bedrohten Gebiete, um der Zivilbevölkerung noch ein Entkommen zu ermöglichen."

Zeugen bekräftigen, daß es - trotz der Aussichtlosigkeit des Kampfes - zum Gehorsam bis zuletzt keine Alternative gegeben habe: "Ich war eidgebunden, ich hatte freiwillig meinen Eid auf den Führer abgelegt und wußte nunmehr, was ich zu tun hatte", so Otto Ernst Remer, Kommandeur des Wachregiments im Führerhauptquartier Wolfsschanze in Ostpreußen, der im gleichen Atemzug betont, er habe "noch nicht mal zur HJ gehört, geschweige denn zur Partei".

"Hillgruber light"?

Nach Durchsicht des TV-Programms der letzten Monate ist die Konzentration auf die mit viel Aufwand produzierten Serien von ARD und ZDF keineswegs tendenziös. Die jetzt in den dritten Programmen wiederholte ARD-Produktion wurde bei der Erstausstrahlung von bis zu 11 Millionen Zuschauern pro Folge gesehen. Und es gab - nach den Titeln zu urteilen - Schlimmeres: Die fünfteilige Serie "Krieg der Bomber" (SW 3) mit den Folgen "Kein Dach über dem Reich", "Apokalypse am Main" (Würzburg) und "Apokalypse am Aschermittwoch" (Dresden); "Das letzte Gefecht" (ZDF), eine "Reportage über das Schlachtfeld Seelower Höhen" bei Berlin; "Das Ende im Bunker" (B3); "Der Morgenthau-Plan oder Wie Deutschland befriedet werden sollte" (West 3), "Stalins Lager - Buchenwald 1945-50" (West 3).

Daneben stehen - auch das soll nicht verschwiegen werden - Produktionen über die Verbrechen der Täter; Spielfilme mit ganz unterschiedlichen "Helden" und Perspektiven (bei "Hitlerjunge Salomon" werden garantiert 95% der ZuschauerInnen auf Seiten des jüdischen Jungen Sally Perel gewesen sein); schließlich - eine wohl unvermeidliche Geschmacklosigkeit - Shows wie "Ausgebombt - das neue Köln: Eine Revue mit den Bläck Fööss" (West 3) und die Live-Sendung des DRK-Suchdienstes nach dem Vorbild von "XY ungelöst": "Nach 50 Jahren Schweigen - über 1 Million Kriegsschicksale vor der Aufklärung" (ARD, 2.5., 21 Uhr 30) mit "letzten Ergebnissen der Zuschauerfragen" zwischen 0 Uhr 55 und 1 Uhr 25.

All das hat zur "Identitätsfindung" der Deutschen in unterschiedlicher Weise und Intensität beigetragen. Die Arbeitshypothese für den vorliegenden Artikel war schnell hingeschrieben: "Wer dieser Tage den Fernseher einschaltet, wird auf verschiedenen Programmen mit einem Gebräu der Marke ‚Hillgruber light` konfrontiert: Deutsche Opfer der selbstverschuldeten Katastrophe, die sich - legt man die letzten Kriegsmonate zugrunde - ziemlich glaubhaft als schutzlose Verteidiger gegen eine Übermacht von Feinden präsentieren dürfen." (ak 378, S. 20; Andreas Hillgruber hatte im "Historikerstreit" an der Seite Ernst Noltes die These vertreten, 1945 hätte im Osten weitergekämpft werden müssen, "um das Schlimmste zu verhindern: die drohende Orgie der Rache an der deutschen Bevölkerung"; die noch lebenden Deutschen müßten sich auch heute noch mit der "verantwortungsethischen Position der Befehlshaber, Landräte und Bürgermeister" an der Ostfront identifizieren - obwohl deren Tun Krieg und Massenmord in den KZs verlängern half.)

Der in ak 378 nicht belegten These, dem Fernsehpublikum des Jahres 1995 würden Hillgrubers Ideen in leicht verwässertem Zustand verabreicht, lag mäßiger und unsystematischer Konsum der einschlägigen TV-Sendungen zugrunde. Nach Lektüre der Manuskripte muß sie revidiert werden: Teilweise ging "Hillgruber

pur" über den Bildschirm. Das trifft besonders auf die ARD-Serie "Die Deutschen im Zweiten Weltkrieg" zu, in der die deutsche Niederlage als - vielleicht sogar vermeidbare - Katastrophe erscheint.

Js.

Anmerkungen:

1) Omer Bartov: Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges; Reinbek (Rowohlt) 1995, S. 276

2) Zitate nach dem Buch zur Serie; Guido Knopp: Das Ende 1945. Der verdammte Krieg; München (Bertelsmann) 1995

3) alle folgenden Zitate aus dem Buch zur Serie; Joachim Hess und Henric L. Wuermeling: Die Deutschen im Zweiten Weltkrieg; München (TR-Verlagsunion) 1995

27. Freundlichkeiten im Berliner Schauspielhaus. Hezogs 8. Mai-Rede macht deutsche Opfer zum politischen Faktor

Herzogs 8. Mai-Rede macht deutsche Opfer zu politischem Faktor

Autor: kuk · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:26

Der 8. Mai liegt hinter uns. Der "Staatsakt aus Anlaß des 50. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges", der im Berliner Schauspielhaus am Gendarmenmarkt stattfand, bildete aus deutscher Sicht den protokollarischen Höhepunkt der Gedenkveranstaltungen. Wie ging das offizielle Bonn mit dem Gedenken an das Kriegsende um? Die Rede Roman Herzogs am 8. Mai sowie die Äußerungen anderer "Spitzenpolitiker" zeigen, daß ein neues Geschichtsbild konstituiert worden ist (auch wenn es aus altbekannten Segmenten besteht), mit dem vor allem gegenüber den osteuropäischen Staaten neue Akzente gesetzt werden.

Angesichts des großen internationalen Interesses galt es für den Bundespräsidenten vor allem, in keine Fettnäpfchen zu treten. Andererseits bot sich Herzog die Chance, bestimmte historische Interpretationen anzubieten, die, sofern sie nicht auf vehementen Widerspruch stoßen, in künftigen politischen und historischen Diskursen maßgebliche Bedeutung haben werden. Bisher sieht es so aus, als ob das Konzept von Herzog und Co. aufgegangen ist. Daher soll jetzt ein Blick auf die wichtigsten Passagen der Rede geworfen werden. Von Interesse sind ebenfalls die Beiträge der "alliierten" Gäste, die ihre Chance, Stellung zur historischen und gegenwärtigen Rolle Deutschlands zu beziehen, in unterschiedlicher Weise genutzt haben.

Tanz den Jenninger

Es ist für bürgerliche Politiker seit langem zur Routine geworden, die Verbrechen, die von Deutschen während des Nationalsozialismus (NS) verübt wurden, mehr oder weniger deutlich zu benennen. Die Leugnung oder Verharmlosung wird alten und neuen Nazis bzw. deren intellektuellem Überbau (Nolte, Zitelmann) überlassen. Tollpatschigkeiten wie "die Verbrechen, die in deutschem Namen begangen wurden" (Presseerklärung Kohl zum 8. Mai) ändern an diesem Tatbestand nichts. Ebenfalls zur Routine gehörte, daß man die tatsächlichen und vermeintlichen Verbrechen, die zu Kriegsende an Deutschen verübt wurden, benannte. Allerdings ließ man insofern eine gewisse Vorsicht walten, daß die revanchistischen Töne entweder VertriebenenpolitikerInnen überlassen oder nur anlaßbezogen ausposaunt wurden. Der/dieselbe PolitikerIn, die anläßlich einer Veranstaltung zum Gedenken an Opfer des NS besser nicht wagte, auf Massenvergewaltigungen und Vertreibung hinzuweisen, ließ auf Versammlungen irgendwelcher Landsmannschaften gerne mal die Sau raus. Mit dieser Schizophrenie ist nun Schluß!

Als Einfallstor für die neue Unverfrorenheit diente die Debatte um die Begriffe Niederlage und Befreiung. Die Frage, wie die Kapitulation zu bewerten sei, hatte das konservative Lager in eine gewisse Zwickmühle gebracht. Wie sollte man dem eigenen reaktionären Klientel den 8. Mai als Befreiung verkaufen? Wie sollte man gleichzeitig dem Ausland erklären, daß ihr verlustreicher Sieg gegen Nazi-Deutschland zumindest aus heutiger Sicht nicht als Befreiung empfunden wird? Das Dilemma wurde auf ebenso einfache wie unverschämte Weise gelöst. Jede/r hat seine eigenen Empfindungen bei der Erinnerung an den 8. Mai. Für den einen war es Befreiung, für die andere Niederlage, für den einen Verlust aller bisherigen Orientierungen, für die andere Aufbruch in eine bessere Zeit, für wieder andere bedeutete er die Rettung vor dem sicheren Tod, den Verlust von Heimat oder die Erfahrung der "Rache der Sieger". Es war so ziemlich alles erlaubt, wenn man nicht den Fehler beging, sich in Tuchfühlung mit den rechten Schmuddelkindern zu begeben ("Gegen das Vergessen"). Nachdem sich diese Sichtweise durchgesetzt hatte, war es nur noch ein kleiner Schritt, deutsche Verbrechen in einem Atemzug mit deutschen Opfern zu nennen. Dies kann man je nach Bedarf in subtiler oder beinharter (1) Weise tun. Herzog probte die "softe" Version:

"Deutschland hatte den furchtbarsten Krieg entfesselt, den es bis dahin gegeben hatte, und es erlebte nun die furchtbarste Niederlage, die man sich vorstellen konnte. [...] Millionen aus allen europäischen Völkern, auch aus dem deutschen, waren tot, gefallen, in Bombenangriffen zerfetzt, in Lagern verhungert, auf den Straßen der Flucht erfroren, und andere Millionen - vor allem Juden, Roma und Sinti, Polen und Russen, Tschechen und Slowaken - waren den größten Vernichtungsaktionen zum Opfer gefallen, die menschliche Hirne je

ersonnen hatten. Millionen hatten ihre Verwandten, ihre Freunde, ihre Heimat verloren oder waren gerade dabei, sie zu verlieren. Millionen kamen aus Kriegsgefangenenlagern oder wanderten gerade dorthin. Millionen waren zu Krüppeln geschossen. Hunderttausende von Frauen wurden vergewaltigt. Der Geruch der Krematorien und der schwelenden Ruinen lastete über Europa."

Hier haben wir alles beisammen: Die pflichtschuldige Anerkennung der deutschen Schuld und den trotzigen Verweis, daß auch "wir" Opfer waren, daß auch den Deutschen Unrecht widerfuhr. Herzog hütete sich natürlich, an dieser Stelle auf die Konsequenzen dieser Betrachtungsweise hinzuweisen. Die Drecksarbeit werden andere übernehmen. Denn nun können offene Rechnungen präsentiert werden. In dem Maß, wie anerkannt wird, daß Deutschen nach 1945 Unrecht angetan wurde, wird sich die Frage nach Wiedergutmachung stellen. Die Forderung nach Rückgabe von Berliner Grundstücken, die die Sowjets von Naziverbrechern beschlagnahmt hatten oder die Rückführung von Kunstwerken, die nach Kriegsende in die Sowjetunion geschafft wurden, sind da nur ein Vorspiel. Vor allem wirtschaftlich schwache Länder wie Tschechien und Polen, die auf gute Beziehungen zu Deutschland angewiesen sind, müssen sich auf eine Erpressungspolitik einstellen.

Etwa ein Viertel seiner Rede widmet Herzog dem Zeitraum zwischen 1933 und 1945. Dabei gelingen ihm weitere bemerkenswerte Formulierungen: "Ich male dieses Gemälde nicht, um die Schuld der deutschen Machthaber [sic!] hinter dem Bild des allgemeinen Ruins verschwinden zu lassen oder auch nur kleiner werden zu lassen. Den Holocaust an den Unschuldigen vieler Völker haben Deutsche begangen - darüber brauchen wir heute wohl nicht noch einmal zu diskutieren. Die Deutschen wissen auch heute noch sehr wohl - heute vielleicht sogar deutlicher als vor fünfzig Jahren -, daß ihre damalige Regierung und viele ihrer Väter es gewesen waren, die für den Holocaust verantwortlich waren und Verderben über die Völker Europas gebracht hatten, und die meisten von ihnen leiden noch heute darunter [!], auch wenn sie ihre eigenen Leiden ebenfalls nicht vergessen haben."

Die Behauptung, daß die meisten Deutschen unter den Verbrechen ihrer Väter und Urgroßväter auch heute noch leiden, kann nur Kopfschütteln hervorrufen. Die Formulierung, daß wir über den Holocaust "heute wohl nicht noch einmal zu diskutieren" brauchen, trägt dagegen "jenningerhafte" Züge. Kann über die deutsche Verantwortung für den Holocaust "diskutiert" werden? Gab es früher dazu Anlaß, aber heute nicht mehr? Mit viel gutem Willen könnte man Herzog unterstellen, daß er gemeint hat, die deutsche Schuld stehe außer Frage, sie sei nicht wegzudiskutieren. Mit etwas bösem Willen kann die Passage aber auch so gelesen werden, daß wir heute nicht mehr über den Holocaust diskutieren wollen.

Der deutschen Nachkriegsgeschichte ist der weitaus größte Teil der Herzog-Rede gewidmet. Bemerkenswert ist, daß dabei die DDR und Osteuropa fast überhaupt nicht erwähnt werden. Statt dessen Sätze wie dieser: "Der Marshallplan, eine der größten politischen wie humanitären Taten der Menschheitsgeschichte, auf ganz Europa berechnet, hat auch Deutschland nicht ausgeschlossen." (2) Die westlichen Besatzungszonen wohl nicht, die osteuropäischen Staaten und die sowjetische Besatzungszone, die inzwischen zum feindlichen Lager geworden waren, hingegen sehr wohl. Doch der erwähnte Schnitzer hat Methode: Die Ausführungen Herzogs zur europäischen Einigung, zum Kalten Krieg, zur Westintegration, zur Wiederbewaffnung spiegeln einzig und allein die altbundesrepublikanische Perspektive wieder. Die Entwicklung Ostdeutschlands zur DDR und die Integration in das sich formierende osteuropäische Staatenbündnis werden mit keinem Satz erwähnt. Diese Auslassung der DDR-Geschichte wird von Herzog weiter unten ausdrücklich verteidigt: "Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, der Widerstand zahlloser Sozialdemokraten gegen die Zwangseingliederung in die SED, die Arbeit der Menschenrechtsgruppen innerhalb und außerhalb der Kirchen, die Leiden der Opfer von Bautzen [...]" sind für ihn Beweis genug, daß "im Osten unendlich viele Menschen nicht anders dachten" als die im Westen.

Musterknabe BRD

Herzog betont lang und breit den Lernprozeß, den die Westdeutschen durchgemacht haben (ihre "Chance ... auf eine sehr bewußte und verantwortungsvolle Weise genutzt") und der sie "voller eigener Überzeugung" zu einem friedfertigen ("Verbot des Angriffskrieges", "Verzicht auf jegliche nukleare Bewaffnung", deutsche "Streitkräfte unter internationaler Führung") Mitglied einer "Gemeinschaft friedlicher Völker" werden ließ. Daß unter aktiver wie passiver (Waffenlieferungen, Stellvertreterkriege) Beteiligung dieser "Gemeinschaft" nach 1945 Dutzende von Kriegen oder Bürgerkriegen geführt wurden, braucht den LeserInnen der ak nicht näher

erklärt zu werden. Roman Herzog geht darüber jedoch hinweg. Ihm ist es wichtiger zu unterstreichen, daß die Deutschen beim Aufbau von Demokratie und Rechtsstaat "bereitwillige Schüler wurden, daß sie den Geist der westlichen Demokratie, der Gewaltenbeschränkung und vor allem der Menschenrechte in sich aufnahmen [...]. Dieses Deutschland ist anders geworden, als es zu Zeiten des Kaiserreiches und der Weimarer Republik und erst Recht unter dem Nationalsozialismus gewesen war. [...] Totalitäre, ja auch nur autoritäre Ideen haben heute bei der erdrückenden Mehrheit der Deutschen keine Chance, und seit sich die Deutschen in den östlichen Ländern von ihrer kommunistischen Diktatur in einer unblutigen Revolution selbst befreit haben, hat sich das noch entscheidend vertieft."

Warum werden die ak-LeserInnen jetzt mit diesem konservativen Schmus genervt. Es soll gezeigt werden, warum der Herzog-Rede die Note: "Thema verfehlt, ungenügend" erteilt werden muß. Wer die Nachkriegsgeschichte und die deutsche Gegenwart so schönredet, kein einziges Wort über aktuelle bedrohliche Tendenzen verliert, der hat Applaus wahrlich nur von einer Seite verdient: " ‚Gute Rede`, flüstert Kohl seiner Gattin am Ende des Herzog-Auftritts zu, angetan von den [...] Ausführungen des Bundespräsidenten." (FR, 10.5.95)

Reif für die Insel?

Im letzten Teil seiner Rede (mehr als ein Drittel des Umfangs) beschäftigt sich Roman Herzog mit den Segnungen der Europäischen Gemeinschaft, in deren Genuß Schritt für Schritt auch andere gelangen sollten. Er fordert Dankbarkeit dafür ein, daß Europa in diesen Jahrzehnten "eine Insel des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands geworden" sei. Auf die osteuropäischen Staaten, die sich im ersten Teil der Rede noch eingereiht fanden in die Aufzählung aller Opfer des Zweiten Weltkriegs, geht Herzog am Ende nochmals ein: Mit dürren Worten zu ihrer Opferrolle, dafür aber mit (wenig konkreten) Verheißungen, daß sie zu einem Teil jenes bereits erwähnten "Inselparadieses" werden könnten: "Ein besonderes Wort möchte ich im Gedanken an die Menschen im östlichen Teil Mitteleuropas und in Osteuropa sagen. Mehr als die anderen haben sie unter dem Zweiten Weltkrieg und den Taten des nationalsozialistischen Deutschlands gelitten. Länger als die Westeuropäer und die Westdeutschen, ja selbst als die Ostdeutschen leiden sie unter den politischen Verschiebungen, die der Krieg im Gefolge hatte. Bis heute sind die Narben nicht verheilt. Wir sind ihnen noch viel schuldig." Unter welchen politischen Verschiebungen Westeuropäer und Westdeutsche leiden oder litten, (3) erklärt Herzog nicht, Stalinismus und realer Sozialismus können es bei diesen beiden aber nicht gewesen sein. Daß "wir" den osteuropäischen Ländern noch viel schuldig sind, kann voll und ganz unterstrichen werden. Insbesondere wäre da an die Menschen zu denken, die Opfer der deutschen Besatzungsmacht geworden sind. Dabei handelt es sich um viele alte Menschen, die durch die Transformationsprozesse nach 1989 in finanzielle Notlagen geraten sind. Falls Herzog gemeint haben sollte, daß wir diesen Personen an Entschädigungszahlungen "noch viel schuldig" sind, dann wäre ihm voll und ganz beizupflichten.

Im letzten Teil seiner Rede beschwört Herzog die Westeuropäer, andere Staaten "Stück für Stück, Land für Land" auf die vergrößerte Insel zu holen. "Frieden, Freiheit und Wohlstand" - diese Verheißungen des gelobten Landes sollen den Osteuropäern signalisieren, daß sie nicht vergessen sind, daß sie auf die Solidarität der reichen Nachbarn hoffen können. Da Herzog leider vergißt darauf hinzuweisen, daß eine ganze Reihe von Dritte Welt Staaten, vor allem in Afrika und Südamerika, seit mehr als 50 Jahren mit Schlagworten wie Freiheit, Demokratie und Wohlstand hingehalten werden, kommt der Verdacht auf, daß hier wieder mal eine Sonntagsrede gehalten wurde.

Die "alliierten" Redebeiträge

Neben Herzog sprachen der russische Ministerpräsident Viktor Tschernomyrdin, der britische Premierminister John Major, Frankreichs Staatspräsident Francois Mitterrand und der amerikanische Vizepräsident Al Gore. Sie nutzten diese Gelegenheit auf sehr unterschiedliche Weise. Einig waren sie sich in folgenden Einschätzungen: Europa dürfe keinen neuen Krieg erleben, die Deutschen seien verläßliche Partner im Kreis der Mächtigen, die europäische Zusammenarbeit müsse weiter vorangetrieben werden.

Tschernomyrdin sah keine Alternative zu einer engen deutsch-russischen Partnerschaft als Unterpfand eines stabilen europäischen Friedens. Da eine Nato-Erweiterung um ehemalige Warschauer Pakt-Staaten von Rußland als Bedrohung angesehen wird, betonte Tschernomyrdin, es müsse nun mit dem Aufbau "eines echten gesamteuropäischen Systems der Sicherheit und Stabilität auf blockfreier Grundlage" begonnen

werden. John Major präsentierte sich als Geschichtskenner und Ideologe. Er sprach vom 8. Mai 1945 als dem Tag der Beendigung des 30jährigen Krieges, der von 1914 bis 1945 gedauert habe. Diese eigenwillige Einschätzung wurde leider nicht weiter erläutert. Major vermied es auch im folgenden, jedwede konkrete aktuelle oder historische Betrachtung anzustellen und pries statt dessen all die Werte in höchsten Tönen, mit denen repräsentative Demokratien sich so gerne schmücken: Ideen der Vernunft, von Freiheit und Demokratie, "eine Welt der Aufgeschlossenheit des Geistes, der Freiheit und Verantwortung des einzelnen", "neues Zeitalter der Vernunft" und so weiter und so fort. Nur an einer Stelle machte Major deutlich, daß man bei neuerlichem Bedarf die Welt wiederum mit imperialistischen Kriegen überziehen wird: "Der Preis dieses Friedens wird in ständiger Wachsamkeit liegen. Wir werden Mut und Entschlossenheit brauchen, um zu verteidigen, was wir in diesen 50 Jahren des Friedens aufgebaut haben."

Al Gore beschränkte sich darauf, dem Deutschland von heute eine stabile Demokratie zu bescheinigen, die US-Rolle nach dem Zweiten Weltkrieg in höchsten Tönen zu loben und befleißigte sich ansonsten derselben Nebelkerzenwerferei wie John Major: "Wir sind heute hier versammelt, um den Triumph des Guten über das Böse zu feiern. Den Sieg nicht einer einzelnen Nation oder eines Volkes, sondern den Sieg des menschlichen Geistes." Allen drei Reden folgten demselben Strickmuster: Zunächst eine nostalgische Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, die einerseits die Opfer und Anstrengungen der eigenen Kriegsgeneration würdigt aber andererseits die deutsche Seite möglichst wenig beschädigt. Nachdem dieser Teil pflichtschuldig abgehandelt war, bestätigte man sich gegenseitig, wie toll man Westeuropa wieder hingekriegt habe und wie sehr man sich über die prachtvolle Entwicklung des ehemaligen Sorgenkindes Deutschland freue.

Manche erwarteten von Frankreichs Staatspräsident Mitterrand, daß er sich zum Ende seiner Amtszeit mit einer "historischen Rede" von Deutschland verabschieden würde. Tatsächlich beschreiben Begriffe wie Flop oder Peinlichkeit den Auftritt Mitterrands am besten: "Ich bin heute zu Ihnen gekommen als Präsident der Republik Frankreich. [...] Es war wohl das mindeste, was ich als Schuld Deutschland gegenüber, dem heutigen Deutschland gegenüber abzutragen habe." Zur Bedeutung des Kriegsendes sagte er: "Nicht die Frage, ob Sieg oder Niederlage, ist entscheidend. Es war der Sieg der Freiheit, der Sieg der Unterdrückten über ihre Unterdrücker. In meinen Augen war es vor allem ein Sieg Europas über sich selbst." Über die Deutschen, die er als Internierter in Nazideutschland erlebt hatte: "Ich habe aber auch wieder Hoffnung gewonnen, weil ich Deutsche kennengelernt habe, die ganz einfache, ehrliche Menschen waren. [...] Ich erfuhr, welche Tugenden und welchen Mut das deutsche Volk hat."

Solche Worte kamen an im Berliner Schauspielhaus. In Frankreich hingegen meldeten sich Stimmen zu Wort, die Mitterands lobende Worte über den Mut deutscher Soldaten kritisieren. Dabei wurde zum einen auf die Wehrmachtsverbrechen in Rußland, in der Ukraine und in Polen verwiesen, zum anderen aber vor der Gefahr gewarnt, den Unterschied zwischen deutschen und alliierten Soldaten zu verwischen. (FAZ, 11.5.)

Deutliche Worte für den Auftritt der westlichen Staatsmänner fand Hermann Gremliza (junge Welt, 12.5.): "Das Wort, das die Auftritte Mitterands und auch des britischen Premiers Major zum 50. Jahrestag der deutschen Kapitulation am besten beleuchtet, heißt Appeasement. ... Appeasement damals [in den dreißiger Jahren] war keine Ausgeburt des Pazifismus. Appeasement war eine Mischung aus Schiß und Klassenkumpanei. Nicht anders heute, wobei im Fall zweitrangiger Mächte der Schiß überwiegt, im Falle einer Großmacht die Kumpanei. Das erklärt, warum Clinton sich noch traut, über Deutschlands verbrecherischen Krieg zwar milde, aber immerhin zu reden, Major lieber schweigt und Mitterrand die Verbrecher lobt."

Das Verhältnis zu Tschechien

Die tschechische Republik ist eines der Länder, denen nicht erst seit heute "offene Rechnungen" präsentiert werden. Getreu dem Motto "Jetzt reden wir über deutsche Opfer" wird dies zukünftig mit noch größerem Nachdruck geschehen. Laut FAZ (9.5.) werden die bilateralen Beziehungen durch zwei Probleme belastet. Aus tschechischer Sicht werde eine humanitäre Geste für die noch etwa 12.000 lebenden tschechischen Opfer des NS erwartet. Dies könne eine symbolische Leistung für die Betroffenen sein, die bislang vom tschechischen Staat eine Entschädigung erhalten. Von Vertriebenenseite wird mit Unterstützung der CSU gefordert, daß "Tod, Leiden und Zwangsarbeit in der Zeit der Vertreibung bei der Entschädigungsfrage nicht ausgespart werden." Ansatzpunkt sind die sogenannten Benes-Dekrete, die eine Art Amnestie für die Vorgänge bedeuten, die nach 1945 zur Vertreibung der Sudetendeutschen geführt haben. Würde es gelingen, diese Dekrete aufheben zu lassen, dann wäre eine Prozeßlawine denkbar, mit der Sudetendeutsche gegen vermeintliches

und tatsächliches Unrecht juristisch vorgehen könnten. Die Frage nach einem kollektiven Rückkehrrecht glaubt Bonn auf andere Weise lösen zu können. Falls die Tschechische Republik der EU beitrete, müsse sie sowieso Niederlassungsfreiheit gewähren.

Auf tschechischer Seite hat man die Zeichen der Zeit erkannt und ist bemüht, den Deutschen entgegenzukommen. Präsident Vaclav Havel warnte sein Volk, dem demokratischen Deutschland feindselig entgegenzutreten. Am 8. Mai sagte er vor KriegsveteranInnen und WiderstandskämpferInnen in Prag: "Es ist ein Deutschland, daß sich von seiner expansionistischen und nationalistischen Vergangenheit verabschiedet hat." Havel, der sich schon zu einem früheren Zeitpunkt bei den Sudetendeutschen für deren Vertreibung entschuldigt hat, forderte seine Landsleute auf, "die Stärke zu finden, alle Ausdrucksformen von Unrecht und Grausamkeit" gegen Deutsche nach dem Krieg zu verurteilen. (FAZ, 9.5.) In ähnlicher Weise äußerte sich Ministerpräsident Klaus am Wochenende vor dem 8.5. in Furth im Wald, schloß jedoch ein kollektives Rückkehrrecht der Sudetendeutschen in ihre alte Heimat aus.

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Lamers (CDU), bezeichnete Klaus' Rede als "entscheidend" für das tschechisch-deutsche Verhältnis. Die entschuldigenden Worte über die Vertreibung der Sudetendeutschen müßten in Deutschland "anerkannt und honoriert" werden. CSU-Außenpolitiker Schmidt sagte, daß nach diesem "wichtigen Schritt nach vorne [...] jetzt mit Geduld alle offenen Fragen in Ruhe geklärt werden" können. (FAZ, 9.5.1995) Zuckerbrot und Peitsche - darauf kann sich die tschechische Regierung in den nächsten Monaten einstellen. Sie wird wohl nicht in den "Genuß" einer grünen Außenpolitik kommen, wie sie von Bundestagsvizepräsidentin Anke Vollmer skizziert wurde: Sie setzt sich für eine symbolische [!] Entschädigung tschechischer NS-Opfer ohne jede Vorleistung ein. Von der Forderung nach einer Aufhebung der Benes-Dekrete müsse allerdings Abstand genommen werden. Dem moralischen Bedürfnis der Sudetendeutschen nach einer Rehabilitation solle aber in den von Vollmer gewünschten Erklärungen beider Parlamente Rechnung getragen werden. (FAZ, 13.5.)

Auf mögliche außenpolitische Folgen der Herzog-Rede und die "Rehabilitierung" deutscher Opfer ist bereits oben eingegangen worden. Recht behalten haben diejenigen, die davor gewarnt haben, daß mit den offiziellen Gedenkfeiern ein Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit gezogen werden soll. Die vereinfachte Botschaft lautet: "Klar, wir waren böse, die anderen aber zum Teil auch, wir haben aber alle fein etwas dazu gelernt, nur die Russen noch nicht so richtig." Es wird schwer werden, gegen diese Sichtweise auf Kontinuitäten des alten und Wiederbelebungsversuche eines neuen Faschismus hinzuweisen.

Erschwerend kommt hinzu, daß in linksliberalen/linksalternativen Zeitungen wie FR oder taz (siehe Kasten) anläßlich des 8. Mai keine kritische Analyse vorgenommen wurde.

Die Herzog-Rede stellt eine Einladung dar, die Medienkampagne unter dem Stichwort "Deutsche Opfer erinnern sich" fortzusetzen.

kuk

Anmerkungen:

1) Wolfgang Schäuble bezeichnet den 8. Mai 1945 in einem Aufsatz in der SZ (4.5.) als "Trauma und Chance". Der traumatische Charakter sei durch die zwei Millionen Opfer der Vertreibung gegeben: "Racheorgien der Roten Armee, Massenvergewaltigungen, willkürliche Deportationen und wahllose Morde standen im Frühjahr und Sommer 1945 auf der Tagesordnung." Zum Krieg der Wehrmacht im Osten schreibt er: "Bis zuletzt hatten die Soldaten im Osten die Menschen vor dem Schlimmsten zu bewahren versucht, indem sie den Fluchtweg nach Westen solange wie möglich offen hielten. Es ist in diesen Tagen viel Vorbildliches an persönlichem Mut und Opferbereitschaft geleistet worden."

Einen Schritt weiter geht der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Rüdiger Goldmann (CDU), der in einem Leserbrief an die FAZ (13.5.) über "Verbrechen der Roten Armee [und] slawischer Pöbelbanden (z.B. der tschechischen Svoboda-Garden)" schreibt: "Der Massenterror war von sowjetischer, von tschechischer, jugoslawischer und polnischer Seite geplant. Er wurde als Mittel zur Entvölkerung und zur Vorbereitung der Enteignung und Annexion der Ostgebiete eingesetzt. Wo es noch nötig war, folgte dann die Deportation oder Austreibung. [...] Zweifellos haben Hitler und der Nationalsozialismus ungeheure Verbrechen begangen. Aber für die seit 1945 begangenen Verbrechen müssen die Täter Stalin, Benes, Tito, das Lubliner Komitee und als

Mitschuldige die Angloamerikaner genannt werden. Jedes dieser Verbrechen steht für sich und muß von allen demokratischen Staatsbürgern verurteilt werden, wenn die Menschenrechte und das Völkerrecht nicht zur Makulatur werden sollen."

2) Der am 3.4.1948 in Kraft getretene Marshall-Plan pumpte bis Juni 1951 Leistungen im Werte von 13 Mrd. $ in die westeuropäischen Staaten. Die US-Gelder waren als nicht zurückzuzahlende Zuschüsse oder als langfristige Kredite konzipiert und flossen zum großen Teil in das "Europäische Wiederaufbau-Programm". Durch eine rasche Erneuerung der Produktionsanlagen konnten die wirtschaftlichen Verhältnisse konsolidiert werden.

3) Der Satz ist natürlich grober Unfug. Für die westeuropäischen Staaten gilt, daß sie nach 1945 Besatzungsregime, Kolaborationsregierungen und faschistische Diktaturen gegen parlamentarische Regierungen eingetauscht haben. Die Ausnahme bildeten Staaten wie Spanien, die Schweiz, Großbritannien oder Schweden, in denen die politischen Regime unverändert blieben. Worin das Leiden all dieser Staaten bestehen soll, vermag ich nicht zu erkennen. Eine Erklärung für den Satz könnte lauten, daß sich Herzogs Neigung, Opferaneinanderreihungen zu konstruieren, zu einer Nonsensproduktion verselbständigt hat

Die taz zum 8. Mai

Die taz (10.5.) zur neuen Qualität der Geschichtsaufarbeitung: "Überall [...) sprachen die Menschen [...] nicht unverbindlich theoretisierend, wie nun was ein- und damit wegzuordnen sei, sondern über ihr eigenes Erleben und das, was sie vor ihrer Haustür gesehen haben oder nicht sehen wollten. Und das Erstaunliche, man hörte ihnen zu, auch wenn die Berichte nicht ins eigene Weltbild passen. Noch vor zehn Jahren bügelten die Nachgeborenen die Berichte ihrer Eltern über Flucht und Vertreibung als politisch unkorrekt ab. Ihre Erzählungen über Vergewaltigung, Mord und Totschlag schienen einer Generation, die gerade erst entdeckt hatte, daß ihre Eltern Täter waren, peinliche Lappalien zu sein im Verhältnis zu dem, was die Deutschen der halben Welt antaten. Jede Erzählung, die nicht mit deutscher Schuld begann, galt als neuerlicher Beweis für Verdrängung und Relativierung. In diesen Monaten aber hörten die Enkel den Großeltern zu, und die durch Lebenserfahrung und Wissen milder gewordenen 68er kramten in Tagebüchern und Fotoalben, ohne gleich zu moralisieren. Dieses Niveau ist nicht rückgängig zu machen [...]" (Anita Kugler)

Zu Rußland, taz (10.5.): "Victor Tschernomyrdins Ansprache kam wie vom alten, untergegangenen Sowjetstern. Nur terminologisch den veränderten politischen Bedingungen angepaßt, wiederholte die Rede gestanzte Formeln vergangener Jahrzehnte zum 9. Mai. Nicht der Hauch einer kritischen Reflexion über Stalins Zerstörungswerk, die Vergewaltigung der Völker Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg, über die ‚parallelen Leben` der beiden großen Tyrannen dieses Jahrhunderts. Dafür aber die unvermittelte Forderung nach einem ‚blockfreien`, europäischen, kollektiven Sicherheitssystem, und dies, ohne auf die naheliegenden Bedrohungsängste der Ostmitteleuropäer und Balten einzugehen."

Zur Herzog-Rede, taz (10.5.): "Eine Rede, an der selbst Joschka Fischer am Ende der Veranstaltung wenig zu meckern haben wird." - "Roman Herzogs Rede stand in der Kontinuität national-pädagogischer Exerzitien ‚von oben`, die wir uns seit Richard von Weizsäcker ganz gern gefallen lassen. Was er über den allmählichen Bewußtseinswandel der Westdeutschen nach 1945 und dessen Vorbedingungen zu sagen hatte, war klug, einfühlsam und realistisch."

28. Der Streit um die Wehrmacht. Die Weißwäscher geben nicht nach

Autor: Js. · Rubrik: Militarismus; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:02

Ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende sind die Taten der deutschen Wehrmacht zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung geworden. In Stuttgart schlossen sich im nationalen Interesse Vertreter von CDU, FDP und Reps zu einer Verhinderungskoalition zusammen. Sie erreichten, daß die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung über Vernichtungskrieg und Wehrmachtsverbrechen nicht im baden-württembergischen Landtag gezeigt werden darf. Die "widerliche Hetzausstellung" (Rep-Vorsitzender Schlierer) wird nun im Haus des Stuttgarter DGB zu besichtigen sein.

Am Vorabend des 8. Mai hielt der Kirch-Sender Sat 1 den Zeitpunkt für gekommen, ein Millionenpublikum mit dem Thema Wehrmacht zu konfrontieren. In Erich Böhmes "Talk im Turm" diskutierten u.a. die Militärhistoriker Hannes Heer (Hamburger Institut für Sozialforschung) und Manfred Messerschmidt (früher Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg), die Weltkriegsveteranen Graf Einsiedel, Proske und Mende (ehemals FDP-Vorsitzender, Vizekanzler unter Erhard), außerdem ein General der Bundeswehr.

Dem an Klamauk gewöhnten Publikum bot sich auch an diesem Abend das erwartete Bild. Zwei buchstäblich bis zum Platzen aufgeregte alte Kämpfer, die jede "pauschale" Verurteilung der Wehrmacht als persönliche Beleidigung zurückwiesen, während Einsiedel, nach seiner Gefangennahme durch die Rote Armee aktiver Nazi-Gegner im Nationalkomitee Freies Deutschland, die Unbelehrbaren nach Kräften reizte. Es fehlte nicht viel und die beiden tapferen Soldaten Proske und Mende wären - vor laufender Kamera - "im Kampf gefallen". Kurzum: Es war eine unterhaltsame Sendung, in der es die um die historische Wahrheit bemühten Fachleute natürlich schwer hatten, während sich der Bundeswehrgeneral dezent im Hintergrund halten konnte.

"Verstrickt" und "mißbraucht"

Daß auch eine weniger aufgeheizte Atmosphäre kein wesentlich höheres Diskussionsniveau garantiert, belegt ein Anfang des Jahres in den Redaktionsräumen der Zeit aufgezeichnetes Round-table-Gespräch, dessen Wortlaut in einem jüngst erschienenen Zeit-Sonderheft nachlesbar ist. (1) Unter der Leitung von Chefredakteur Theo Sommer diskutierten Marion Gräfin Dönhoff, Benedikt Erenz, Karl-Heinz-Janßen und Helmut Schmidt (alle Die Zeit); als Experten nahmen teil: die Kriegsveteranen Klaus von Bismarck und Heinrich-Joachim Graf von Moltke, die Historiker Hannes Heer (Hamburg) und Wolfram Wette (Freiburg) und als Vertreter des Ringes Deutscher Soldatenverbände Jürgen Schreiber, Generalmajor a.D. der Bundeswehr.

Hannes Heer belegt die These von Zeit-Redakteur Benedikt Erenz, die Wehrmacht sei die "größte Mord- und Terrororganisation der deutschen Geschichte" gewesen, mit Zahlen: "Wenn ich die Opferzahlen zusammenrechne - fünf Millionen Zivilisten, anderthalb Millionen Juden, dreieinhalb Millionen Kriegsgefangene -, dann kommt dabei als schreckliche Summe mehr heraus, als alle SS-Männer in Auschwitz und an anderen Orten ermordet haben." Was die Verteidiger der Wehrmacht den Fakten entgegenzusetzen haben, ist schlicht erbärmlich. Helmut Schmidt, der an den Feldzügen gegen Leningrad und Moskau beteiligt war, will "in der ganzen Zeit" nur einen "einzigen Nazi kennengelernt" haben. Später an die Westfront abkommandiert, blieb er bis zum Schluß ahnungslos: "So ist für mich der Krieg zu Ende gegangen, ohne daß ich von den Verbrechen der Nazis wußte." Daß die "Schweinereien" nicht von der "kämpfenden Truppe" begangen wurden, glaubt auch Generalmajor Schreiber noch heute. Überhaupt habe es ",die Wehrmacht` im Sinne einer moralisch-rechtlichen Bewertung" gar nicht gegeben. Daß "Beteiligungen an ... Untaten in großem Maße vorgekommen sind", erkennt Schreiber durchaus an. Er gibt aber zu bedenken, "was da auf der Gegenseite an Sachen passiert ist": "Daß den Beteiligten - meist nach einem wechselseitigen ‚Aufschaukeln` - irgendwann der Kragen geplatzt ist (Hervorhebung ak), erscheint zumindest menschlich verständlich."

Helmut Schmidt kann sogar "damit leben", als Angehöriger einer "verbrecherischen Organisation" bezeichnet zu werden. Die sich vollziehende Neubewertung der Wehrmacht sieht er gelassen: "... die nächste Generation der Historiker wird das wieder umschreiben." Es ist zu befürchten, daß der alte Zyniker damit recht behält. Im übrigen sind die neuen Belege für den verbrecherischen Charakter der Wehrmacht ins Massenbewußtsein noch gar nicht eingedrungen. Theo Sommer tut sein Bestes, das zu verhindern. In seinem Editorial "Die

Diktatur des Krieges" erkennt er zwar an, daß Soldaten der Wehrmacht "eine Blutspur quer durch Europa" gelegt haben. Seine aus der Geschichte gewonnenen "drei Einsichten" nehmen dieses Eingeständnis aber wieder zurück, denn: 1. "Jeder Krieg schafft Helden, aber auch Verbrecher"; 2. "Seit dem amerikanischen Bürgerkrieg ... ist eine fortschreitende Barbarisierung der Konflikte zu beobachten"; 3. alle Deutschen wurden "objektiv mehr oder weniger Beihelfer, ob sie nun Arbeiter waren oder Beamte, Wissenschaftler oder Soldaten - Beihelfer zum Kriege, auch zur Judenvernichtung."

Die Zuhilfenahme der Kollektivschuldthese dient ebenso wie die nivellierende Betrachtung über den "modernen Krieg" zur Entlastung der Angeklagten. Sommer zitiert zustimmend den letzten sozialdemokratischen Verteidigungsminister, Hans Apel, der in seinem "Traditionserlaß" von September 1982 dekretierte: "In den Nationalsozialismus waren Streitkräfte teils schuldhaft verstrickt, teils wurden sie schuldlos mißbraucht." Der Zeit-Chef ergänzt 1995: "Die Bundeswehr ist eine Armee neuen Geistes und neuen Zuschnitts. Sie ist eine reine Verteidigungsarmee, eingebunden in ein internationales Verteidigungsbündnis. Sie stellt sich der deutschen Geschichte. Sie ist der Nachfolger der Wehrmacht, aber nicht deren Fortsetzer."

Deutsche Militärtraditionen

Wie sich die Bundeswehr "der Geschichte stellt", wird in demselben Heft von Generalinspekteur Klaus Naumann verdeutlicht. Naumann hatte - ebenso wie sein Stellvertreter und andere führende Militärs - die Teilnahme an dem Streitgespräch abgesagt. Zum Ausgleich wurde ihm von der Zeit-Redaktion ein eigener Beitrag zugestanden, der auf der Titelseite des Heftes mit einem gelben Balken besonders herausgestellt wird. Unter der Überschrift "Erinnern, lernen - nichts kopieren" weist der General (Jahrgang 1939) jede "Gleichsetzung von Bundeswehr und Wehrmacht" zurück. Die Kontinuität deutscher Militärtradition sei am 8. Mai 1945 beendet worden. Dies unter Punkt 1. klargestellt, geht Naumann unter 2. bis 5. daran, "einige Fakten" zu rekapitulieren - "Fakten" über die Wehrmacht.

Naumann behauptet u.a.: "Spätestens im Frühjahr 1941, im Vorfeld des Rußlandfeldzuges, nahm die Wehrmacht- und Heeresführung jedoch rechtswidrige Befehle Hitlers hin." Das ist falsch: Die "verbrecherischen Befehle", der Kommissarbefehl ebenso wie der Gerichtsbarkeitserlaß (der Wehrmachtsangehörigen Straffreiheit bei Verbrechen gegen die sowjetische Zivilbevölkerung zusicherte), wurden von den Spitzen der Wehrmacht selbst ausgearbeitet. In einem anderen Punkt gibt Naumann sich gegenüber den "Fakten" unsicher: Es müsse erst noch erforscht werden, "wie weit sich ... die Führung der Wehrmacht in rechtswidrige Taten verstricken ließ und in welchem Umfang Wehrmachtsangehörige oder Truppenteile Verbrechen begangen haben". Zu den eindeutig bewiesenen Verbrechen (das sind mit Sicherheit noch längst nicht alle) kein Wort. Auch die Rolle der "wenigen Personen" in den Oberkommandos ist für Naumann noch völlig unerforscht: "Ob sie versagten und warum, bedarf sorgfältiger Klärung..."

All denen, die "aus der Erfahrung eines behüteten Lebens heraus glauben urteilen zu können", hält er seine Version der Kriegswirklichkeit entgegen. Insbesondere der Partisanenkrieg dürfe "als verschärfender Faktor der Kriegsführung nicht unterschätzt werden". Was in der verklausulierten Sprache des Beamten im Bundesverteidigungsministerium nur angedeutet wird, hieß in den Wehrmachtsbefehlen zur Partisanenbekämpfung: "der Erbitterung und der unmenschlichen Roheit der Russen Rechnung zu tragen"; "rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch zu machen"; "gegen verdächtige Elemente sofort und rücksichtslos vorzugehen"; "Partisanen öffentlich aufzuhängen und einige Zeit hängen zu lassen" usw.

Aus der Erwägung, daß es "eine ungebrochene (Hervorhebung ak) deutsche militärische Tradition nicht geben kann", folgt für Naumann die "Bereitschaft, auch neue Traditionen zu stiften". Zweierlei Neues bietet er an: Die "Werteordnung des Grundgesetzes mit ihren überlieferten Traditionen von Freiheit, Recht und Menschenwürde" und das "Vorbild" der Verschwörer vom 20. Juli 1944, das ein "bleibendes Vermächtnis für unseren Staat und seine Streitkräfte" darstelle. Für ein differenziertes Urteil über die Verschwörer ist hier kein Platz. Deshalb nur eine kurze Anmerkung: Sie haben für die Beseitigung Hitlers ihr Leben eingesetzt - nachdem sie ihrem Führer jahrelang treu gedient hatten. Daß einzelne von ihnen dabei auch an Kriegsverbrechen beteiligt waren, belegt Christian Gerlach in seinem Aufsatz "Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion". (2)

Das Bekenntnis zum Grundgesetz und seiner "Werteordnung" als dem "zentralen Orientierungsrahmen für das Traditionsverständnis" der Bundeswehr schließt für Naumann Respekt vor den "Leistungen" der Wehrmacht

nicht aus: "Ein solches Verständnis läßt Spielraum, vorbildliche soldatische Haltung und militärische Leistung aus allen (Hervorhebung ak) Epochen der deutschen Militärgeschichte in die Tradition der Bundeswehr zu übernehmen." Naumanns Unbedenklichkeitserklärung für ausnahmslos alle "ehemaligen Offiziere und Generäle der Wehrmacht", die "beim Aufbau der Bundeswehr mitgewirkt" haben, ist da nur konsequent: Bei allen sei das "Ringen zwischen Gewissen und Gehorsam erkennbar" gewesen. Daß sich in diesem "Ringen" - von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen - der Gehorsam durchgesetzt hat, kann ein Bundeswehrgeneral den alten Kameraden natürlich schlecht vorwerfen. Jede Armee basiert auf dem Prinzip von Befehl und Gehorsam, nicht auf dem der Gewissensfreiheit.

Gerd Schmückle

und die Partisanen

Mit seinem Zehn-Punkte-Papier vertritt der Generalinspekteur schon ein modernisiertes Traditionsverständnis der Bundeswehr. Gerd Schmückle (Jahrgang 1917), Soldat der Wehrmacht seit 1936, nach dem Krieg führend am Aufbau der neuen bundesdeutschen Armee beteiligt, von 1978 bis 1980 Stellvertreter des NATO-Oberbefehlshabers, ist da doch aus einem anderen Holz geschnitzt. Auch sein Aufsatz "Was es heißt, Soldat zu sein" wurde von der Zeit-Redaktion der Veröffentlichung für würdig befunden. Schmückle schreibt nicht nur allerhand Unfug über "nationalistische Kraftströme" als Auslöser des Ersten Weltkriegs und die "durch deutsche Schützengräben" ziehende "Flüsterpropaganda kommunistischer Heilsversprechen", die einen "deutschen Gefreiten" namens Adolf Hitler tief beeindruckt hätte. Vor allem betreibt er eine geradezu schamlose Weißwaschung der Wehrmacht, ausgenommen jene "Truppenteile, bei denen das soldatische Ethos zusammenbrach". Die Millionen deutschen Soldaten aber, so Schmückle, "bekamen ihren Schock" erst nach Kriegsende, als sie "erkennen mußten", wozu sie "mißbraucht" worden waren. "Auch erfuhren sie ..., daß Hitler ihre Obersten Befehlshaber in seinen ‚Krieg gegen die Juden` verwickelt hatte..."

Für Schmückle war die Wehrmacht eigentlich eine Defensivarmee. Nur Hitler hatte andere Pläne. "Als der Krieg dann doch ausbrach", kämpften die deutschen Soldaten "nicht für Hitler oder dessen Ideen, sondern für die Heimat". Angeführt wurden sie von Generälen wie Rommel, dem "Wüstenfuchs", dessen "Charisma ... auch den Gegner in seinen Bann schlug"; bei Rommel "schmolzen" - wie einst bei Blücher - "kriegerischer Instinkt, Verstand und zupackender Mut in eins". Der Feind hingegen trotzte den mutigen Kriegern mit Hinterlist und Brutalität: "Während die Soldaten beider Armeen ihre Schlachten schlugen, trat plötzlich im Hinterland der russische Partisan auf: Tagsüber Zivilist, nachts Killer. (...) Nun aber schuf sich der Partisan sein eigenes verdecktes Schlachtfeld. Er tötete jeden, der ihm nicht zu Willen war: gleichgültig, ob Soldat oder Zivilist."

Was blieb den deutschen Soldaten, die eigentlich nur - diszipliniert und geordnet - "ihre Schlachten schlagen" wollten, übrig: Der heimtückische Feind zwang sie, mit gleicher Münze zurückzuzahlen - so sieht es einer der obersten bundesdeutschen Soldaten noch heute. Schmückle fälscht aber nicht nur die Geschichte. Er fordert auch dazu auf, die Kriege von morgen vorzubereiten. Kaum hatte - "nach Jahrzehnten" - auch "Rußland" den Plan aufgegeben, mittels Atomwaffen "den eigenen Truppen den Weg nach Westen freizuschießen", da war die Politik der "Kriegsverhinderung" schon wieder überholt: "Als der Kalte Krieg vom Westen gewonnen war, galt als hoffnungslos veraltet, wer noch von Kriegsverhinderung sprach. Kriegsmutwillige träumen wieder vom Siegen. Diesmal weltweit."

Gekämpft wird, das hören wir täglich in den Nachrichten, vorzugsweise von "bewaffneten Banden", "Rebellen", "Milizen" und "Freischärlern". Die Erfahrungen der Wehrmacht bei der "Partisanenbekämpfung" scheinen aktueller denn je. Daß die kampferprobten Wehrmachtsoffiziere sie an die Bundeswehr weitergegeben haben, ist mehr als wahrscheinlich.

Js.

Anmerkungen:

1) Zeit-Punkte Nr. 3/1995: Gehorsam bis zum Mord? Der verschwiegene Krieg der deutschen Wehrmacht - Fakten, Analysen, Debatte

2) in Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Hamburger Edition 1995, S. 427-446

29. Der kleine Diktator (Augstein)

Autor: Js. · Rubrik: Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:37

Die "Info-Illustrierte" Focus machte mit ihrer Serie zum "Vertreibungsterror" schon Anfang des Jahres deutlich, woran wir uns anno 1995 zu erinnern haben würden. Das von der Münchner Konkurrenz herausgeforderte Hamburger "Nachrichtenmagazin" Der Spiegel hob sich den großen Knall bis zum Schluß auf: für die Nr. 19, (rein zufällig) erschienen am 8. Mai 1995. "Bewältigte Vergangenheit" ist die Titelgeschichte, ohne Anführungs- oder Fragezeichen. Das Titelbild zeigt, was da bewältigt wurde: Links Hitler, Nazi-Fahnen, KZ-Häftlinge; rechts der in den "freien Westen" springende Volkspolizist, die DDR-Flagge, marschierende NVA-Soldaten; dazwischen das Brandeburger Tor (hinten) und vorn Caspar David Friedrichs "Wanderer im Nebelmeer", mit dem Rücken zum Betrachter, der Geschichte zugewandt. "Gehören Symbole der NS-Schreckensherrschaft auf der Titelseite gleichsam ebenbürtig neben die des DDR-Regimes?" fragte die Chefredaktion in ihrer Hausmitteilung und erteilte sich eigenständig Absolution: "Es ist sogar geboten... Die beiden deutschen Diktaturen des Jahrhunderts stehen in historischer Verbindung, und Rudolf Augstein rückt in seinem Beitrag zum Titelthema dieses Hefts zurecht: ‚Zwischen den Qualitäten dieser beiden Unrechtsstaaten zu unterscheiden lohnt sich nicht.`"

Wer will, mag Augstein altersbedingte Verblödung attestieren. Die Spiegel-Redakteure wären dann entweder als bewußte Mittäter zu bezeichnen oder als Opportunisten, für die der Volksmund ein zusammengesetztes Substantiv erfunden hat: Es besteht aus dem Wort "Charakter" und der Gattungsbezeichnung für ein am liebsten auf deutsche Art zubereitetes Borstentier. Für die Vermutung bewußter Mittäterschaft spricht die in der selben Nummer versuchte Untermauerung von Augsteins Verdikt, "das gesamte Gebiet der DDR sei menschlich und ökologisch verseucht" gewesen. In einem Kasten wird "der Terror gegen die DDR-Bevölkerung" zusammengefaßt: "Bespitzelung, Haft und Hetze". Illustriert wird der Artikel mit einem Stasi-Einsatz gegen "feindlich-negative Personen" (Bildunterschrift) - ein Handgemenge am Rande einer Demonstration in Leipzig im Oktober 1989. Durchschnittlich jedes zweite Wochenende ließen sich in unmittelbarer Nähe des Spiegel-Hauses schlimmere Belege für staatlichen "Terror" fotografieren.

Die LeserInnenschaft des Spiegel, vertreten durch die nicht unbedingt repräsentative Zunft der Leserbriefschreiber, reagierte sichtlich verstört. Es gab buchstäblich nicht einen einzigen zustimmenden Brief, statt dessen derbe Kritik (was auf eine nicht unerhebliche Zahl nicht abgedruckter Beschimpfungen schließen läßt). Eine Auswahl: "ein gewaltiger Irrtum", "blankes Entsetzen packte mich"; "politisch instrumentalisierte Totalitarismustheorie"; "ungeheure Beleidigung"; "sind Sie noch bei Trost?" Da hilft nur eines: Der Herausgeber wird sich künftig nicht nur seine Titelgeschichten, sondern auch die Leserbriefe selbst schreiben müssen.

Js.

30. Menschen, laßt Tote ruhen und erfüllt ihre Hoffnungen (Buchbesprechungen: Carlebach, Eiden-Biographie)

Zwei Buchbesprechungen

Autor: Werner Rätz, Bonn · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:15

"Am 26. Januar 1945 (entdeckte) der Häftling Hellmuth vom Sanitrupp, daß in einem der Wagen für die Wachmannschaften ein Maschinengewehr mit zwei Munitionskästen stehengeblieben war. Die SS-Leute waren, um ihren Raub zu sichern (Wertgegenstände wurden von den SS-Leuten nicht nur vor den Deportationen aus Auschwitz mitgenommen, sondern auch unterwegs wurden die Leichen gefleddert - was zwar der SS als ganzer erlaubt, den Einzelnen aber verboten war - WR), so schnell verschwunden, daß sie ihre Waffe vergessen hatten. Hellmuth ging zum Tor zurück: ‚Herr Oberscharführer, da hinten in einem Wagen liegt noch eine Leiche.` Und der, über den Lautsprecher: ‚Zwei Sanitäter mit einer Trage sofort ans Tor, aber dalli!` Die Sanitäter kamen, auch sie gehörten natürlich zur IMO (Internationale Militärorganisation, s.u. - WR). Sie warfen das Maschinengewehr auf die Bahre, die Munitionskästen daneben, eine alte Pferdedecke über das Ganze und zurück zum Tor. ‚Herr Oberscharführer...` ‚Haut schon ab ihr Vögel!` So kam das erste Maschinengewehr ins Lager. Ein Einzelner hätte das nie ermöglichen können. Was hätte er übrigens alleine mit einem MG anfangen wollen? Und auch eine Gruppe von Häftlingen hätte nicht erst beraten können, ob man etwas tun solle oder was man tun solle. Ein solcher Vorgang war nur möglich, weil es eine fest eingespielte, disziplinierte, auf den Kampf um Leben und Tod ausgerichtete Organisation gab. Nur so konnte es zum siegreichen Aufstand am 11. April kommen." (S. 186)

In dieser Episode bündeln sich die wichtigsten Erfahrungen, die Emil Carlebach in den KZs Dachau und Buchenwald 1937 bis 1945 machte:

Nur die Solidarität ermöglichte das Überleben. Das war in Dachau zwar auch schwierig, aber da dort ursprünglich nur politische Gefangene einsaßen, gab es so etwas wie ein einheitliches Verhalten gegenüber der SS. In Buchenwald waren Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen eingesperrt, und es gab gerade aus dem Bereich der gewöhnlichen Kriminellen einige, die ihre Chance darin suchten, sich zum Werkzeug der SS zu machen. Da reichte es nicht, solidarisch zu sein, es ging auch um die "Erhaltung der politischen Moral, des antifaschistischen Bewußtseins"; zwar "bewahrten" verschiedene Häftlingsgruppen "ihren menschlichen Anstand" (Carlebach nennt Zeugen Jehovas, christliche Geistliche und orthodoxe Juden); aber den "Kampf um die Veränderung der Bedingungen im Lager" nahmen nur die Kommunisten auf (S. 85ff). Als dann während des Krieges immer mehr Menschen aus den von Deutschland überfallenen Ländern nach Buchenwald kamen, behielten die deutschen Kommunisten zwar großen Einfluß, aber es wurden unter den neuen Gefangenen diejenigen organisiert, die zum Kämpfen entschlossen waren, ohne daß deren politische Anschauungen ein Kriterium gewesen wären. So entstand das Internationale Lagerkomitee und die IMO (S. 122ff + 148).

Es ist dieser Strang in Carlebachs Bericht, der am stärksten beeindruckt. Er zieht sich zwar durch das ganze Buch, steht aber keineswegs allein, vom Umfang her hat etwa die Schilderung der Lebensbedingungen ein größeres Gewicht. Die besonders trostlose Lage der Juden wird deutlich herausgestellt. Viele einzelne Menschen und ihr Schicksal werden sichtbar, ebenso viele kleine und große Akte von menschlicher Solidarität und Niedertracht. Emil Carlebach verschweigt auch nicht, daß die Häftlingsfunktionäre, die im Laufe der Zeit in immer größerer Zahl aus dem Widerstand kamen, oft problematische Entscheidungen zu treffen hatten: wie hätte denn ein "Mörder und Verbrecher wie (der damalige Lagerälteste - WR) Wolf" anders aus seiner Funktion entfernt werden sollen als durch gezielte Denunziation bei der SS? Solche Leute "waren unsere Todfeinde nicht weniger als die SS. So gab es nur einen Schutz: Selbsthilfe" (S. 109). Schließlich versteht es Carlebach, in teilweise erfrischender Polemik Seitenhiebe auf alle möglichen Schreibtischtäter zu verteilen: "Es ist bekannt, daß das in Auschwitz den Ermordeten herausgebrochene Zahngold auf das Konto des Reichsführers SS bei der Reichsbank eingezahlt wurde. Reichsbankdirektor war zu jener Zeit Herr Kurt Blessing. Anschließend, unter Adenauer, wurde er der erste Präsident der deutschen Bundesbank." (S. 39)

Den letzten Teil des Buches bilden 75 Seiten Fotos und faksimilierte Dokumente. Er ist eine eindrucksvolle Unterstreichung vieler Szenen und Aussagen des Berichts.

Auch wenn weitgehend erfolgreich versucht wird, das "Leben" in Dachau und Buchenwald, die Möglichkeit und die Tatsache des Widerstandes auch unter unmenschlichsten Bedingungen nachvollziehbar werden zu lassen, so bleibt "Tote auf Urlaub" doch ein sehr persönliches Buch. Es ist in Form und Inhalt engstens mit seinem Autor verbunden, der es auch ausdrücklich als zweiten Band seiner "Lebenserinnerungen" (S. 217) geschrieben hat.

Trotz umfassender Versuche, dem Menschen Hans Eiden nachzuspüren und ihm ein Gesicht zu geben, ist das bei "Eh' die Sonne lacht" eher anders.

Hans Eiden war der letzte Lagerälteste in Buchenwald. Er hatte gegenüber der SS die Verantwortung dafür, daß sich das Lager vom 4. April 1945 an eine ganze Woche lang in passiver Renitenz befand. Das bedeutete ununterbrochene Lebensgefahr für ihn. Seine in dieser Zeit vollbrachte Leistung wird vielfach gewürdigt. So schreibt etwa Benedikt Kautsky, österreichischer Sozialdemokrat und Sohn von Karl Kautsky, der bis zum Schluß in Buchenwald interniert war: "So waren die letzten Tage ausgefüllt von einem nervenaufreibenden Hinundherzerren zwischen der SS und der Lagerleitung der Häftlinge. Diese sabotierte, wo sie konnte, leistete passiven Widerstand bis zu dem Punkt, wo Gewaltanwendung der SS zu befürchten war." (S. 127)

So wie Hans Eiden hier als Person zurücktritt und nur als Teil der "Lagerleitung der Häftlinge" erscheint, so verschwindet er bei seinem eigenen Bericht "Das war Buchenwald" (S. 205 - 264) fast völlig. Er schildert Buchenwald so objektiv, wie das einem ehemaligen Häftling 1946 möglich gewesen sein kann. Faszinierenderweise muß er über prophetische Fähigkeiten verfügt haben, denn es taucht so manches auf, was nach herrschender Geschichtsschreibung erst das Produkt von "Mythenbildung" und "verordnetem Geschichtsbild" durch die DDR-Regierung gewesen sein soll. Er selbst erwähnt seine eigene Rolle kaum, die Rede ist z.B. vom "antifaschistischen Lagerkomitee" und der "internationalen politischen Kampforganisation" (S. 256ff).

Interessant ist, daß er seine Schrift mit einer Erörterung deutscher Schuld beginnt; klar sagt er, der antifaschistische Widerständler und KZ-Häftling: "Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit trifft die Verantwortung für alle Verbrechen des Hitlerfaschismus. Es hat Hitler an die Macht kommen lassen; es ist ihm in den Krieg gefolgt, es hat keinen entscheidenden wichtigen Beitrag zu seinem Sturz geleistet." Trotzdem folge daraus aber nicht, "daß alle Deutschen gleichermaßen schuldig" seien, die "Demokraten und Friedensfreunde" seien Opfer des Naziterrors gewesen, "am zahlreichsten ... unter den Anhängern der Arbeiterpartei" (S. 209ff). An anderer Stelle spricht er von drei Gruppen, in die die Nazis entsprechend ihrer Verhaltensweisen zu unterteilen seien: die "Kriegsverbrecher", die "aktivistischen Nazis" und die "nur nominellen Pgs" ("Parteigenossen": Anrede der NSDAPler - WR). Gegen die ersten beiden kämpfe die KPD, "auch wenn sie nicht Mitglieder der NSDAP waren", gebe aber "den nur nominellen Pgs, die sich nicht an Verbrechen und Schandtaten beteiligten, die Möglichkeit, ein neues, demokratisches Leben zu beginnen" (S. 149ff).

Eine Reihe von Texten berichtet über Hans Eiden vor und nach Buchenwald. Auch sie sind nicht sehr persönlich; sie zeigen ihn als aktiven Kommunisten, der in seiner Heimatstadt Trier 1929 Parteimitglied wird, dabei aber keine herausragenden Funktionen bekleidet. Auch die Widerstandsarbeit ab 1933 bewegt sich im Rahmen des "Parteiüblichen"; 1936 wird er zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt und nach deren Verbüßung nach Buchenwald überführt. 1945 wird er KPD-Vorsitzender in Trier, hat verschiedene kommunale Funktionen inne und wird Abgeordneter im ersten Landtag von Rheinland-Pfalz. Am 6.12.1950 stirbt er an den Spätfolgen seiner KZ-Zeit. Texte aus seiner politischen Tätigkeit nach 1945 vermitteln ein indirektes Bild seiner Persönlichkeit, das sich am besten mit dem Schlußsatz seiner Rede auf einer VVN-Veranstaltung am 9. September 1946 darstellen läßt: "Menschen, laßt Tote ruhen und erfüllt ihre Hoffnungen" (S. 171).

Zwei Texte betreffen nicht ihn selbst, sondern zeigen, was Opfer des Faschismus in der BRD erlebten, als Hans Eiden schon tot war. Die beiden Betroffenen waren so alt wie er und ebenfalls in der Trierer KPD aktiv. Da ist Orli Reichert-Wald, die die Haft erst in Ravensbrück, dann in Birkenau und danach wieder in Ravensbrück überlebte. Die körperlichen und vor allem psychischen Leiden, die sie davon zurückbehielt, wurden in einem fast 10jährigen Renten- und Entschädigungsverfahren immer wieder als nicht haft-, sondern

anlagebedingt eingestuft. Ihrem Bruder Willi Torgau wird aus politischen Gründen (er war KPD-Funktionär bis zu deren Verbot) seine Wiedergutmachungsrente als NS-Opfer gestrichen.

Hier ist zu erahnen, warum das Projekt einer Rekonstruktion von Hans Eidens Leben "nicht nur an materielle, sondern auch an ideologische Grenzen" (S. 41) gestoßen ist, wie Horst Gobrecht sagt. Die erzkonservative Provinzstadt Trier tut sich halt schwer mit ihren "großen Söhnen"! So hat Gobrecht mit "Eh' die Sonne lacht" leider nur - wenn auch wesentliche - Bruchstücke einer Eiden-Biographie vorgelegt. Wohl aber ist ausgehend von der Person Hans Eiden ein interessantes Stück Geschichte von "Kommunist(en) in Deutschland" (Carlebach) festgehalten worden.

Werner Rätz, Bonn

Emil Carlebach

Tote auf Urlaub: Kommunist in Deutschland

Dachau und Buchenwald 1937 bis 1945

Bonn (Pahl-Rugenstein) 1995

300 Seiten, 29,90 DM

Horst Gobrecht

Eh' die Sonne lacht.

Hans Eiden - Kommunist und Lagerältester im KZ Buchenwald

Inklusive der Schrift "Das war Buchenwald" von Hans Eiden. Bonn

(Pahl-Rugenstein) 1995

269 Seiten, 24,80 DM

31. Internationales Hearing zum 50. Jahrestag der Befreiung

Autor: fs./mb., Berlin · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:36

Am 8. Mai und während der vorangegangenen Wochen wurde mit einer Vielzahl von Veranstaltungen, Demonstrationen, Symposien und Lesungen des 50. Jahrestages der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands gedacht. So zahlreich die Veranstaltungen waren, so unterschiedlich waren auch deren Intentionen. Das Anliegen des "Internationalen Hearings zum 50. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus", das am 4. und 5. Mai im Haus am Köllnischen Park in Berlin stattfand, war es, die Befreiten und die Befreier und Befreierinnen vom deutschen Faschismus selbst zu Wort kommen zu lassen. Eingeladen waren jüdische Überlebende des Völkermords, Sinti und Roma, WiderstandskämpferInnen aus besetzten Ländern Europas und Soldaten der britischen und amerikanischen Streitkräfte sowie der Roten Armee.

Das von einer Berliner Vorbereitungsinitative in Zusammenarbeit mit der Bundestagsgruppe der PDS, dem Bund der Antifaschisten (BdA) und Peter Gingold als Vertreter des Vorstands des Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik organisierte Hearing, wurde auch von Verfolgtenverbänden und Lagergemeinschaften bzw. deren VertreterInnen unterstützt und getragen: u.a. der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V., Emsland Lagergemeinschaft, Fritz Bringmann (Generalsekretär der "Amicale Internationale KZ Neuengamme"), Karl Forster (Bundessprecher VVN-BdA) und Alfred Hausser (Ehrenpräsident der VVN-BdA). Ziel des Hearings sollte u.a. sein, deutlich zu machen, daß der in der BRD im Vorfeld wieder einmal entfachte Streit um den 8. Mai eine einfache und unwiderstreitbare Dimension verkennt: den internationalen Charakter des 8. Mai 1945. Für die Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager, für die Angehörigen der alliierten Streitkräfte, für den internationalen Widerstand, für die Zivilbevölkerung in den okkupierten Ländern, die dem Terror der Besatzungspolitik der Nazis ausgesetzt waren, deren Länder ausgebeutet und zerstört wurden, die Millionen von Toten zu beklagen haben, ist dieses Datum selbstverständlich der Tag des endgültigen militärischen Sieges und der Befreiung.

In einem Eröffnungsbeitrag unterstrich Ulla Jelpke (MdB) die Bedeutung des 8. Mai, der eindeutig der Tag der Befreiung sei. Sie wies auf die seit Jahren von der Bundesregierung nicht nur geduldeten, sondern massiv mitbetriebenen und umfangreich mitfinanzierten geschichtsrevisionistischen Kampagnen hin. Als besonders drastisches Beispiel benannte sie die Zeitschrift "Fritz" der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen, die als Gliederung der Landsmannschaft Ostpreußen jährlich finanzielle Zuwendungen der Bundesregierung erhält, obwohl sie zwischenzeitlich selbst vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wird und in einer Reihe von Artikeln im vergangenen Jahr über Dimensionen der Vernichtung und die Existenz von Gaskammern in Auschwitz spekulierte. Diesen Vorstößen einer Phalanx von konservativen und neofaschistischen Kräften sei "konsequent und auf allen Ebenen offensiv entgegenzutreten".

Die Zuspitzung der Debatte um die Bewertung des 8. Mai zeigte sich auch bei dem Internationalen Hearing. Eine Woche vorher wurde bekannt, daß ebenfalls im Haus am Köllnischen Park - teilweise mit zeitlicher Überschneidungen - eine Tagung des Bundes der Vertriebenen (BdV) stattfinden sollte. Unter Schirmherrschaft von Eberhard Diepgen und unter Beteiligung des CSU-Rechtsaußen Hans Klein, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, sollte auf dem "12. Kongreß der jungen Generation" zwei Tage revanchistisches Gedankengut diskutiert werden. Trotz der Bemühungen der VeranstalterInnen des Internationalen Hearings gelang es nicht, den Vermieter, das Haus am Köllnischen Park, zu einer Absage zu bewegen. Im Anschluß an das Hearing protestierten mehrere antifaschistische Gruppen aus Berlin gegen den Kongreß des BdV, der Zugang wurde für einige Stunden blockiert.

Berlin, die Stadt, aus der alles Elend kam

"Ich bin hier mit sehr gemischten Gefühlen. Und es hat sehr viel Überredung gekostet, hier am 4. und 5. Mai in Berlin zu sein - in der Stadt, aus der alles Elend über die besetzten Länder kam", bekannte Joop Smidt auf dem Internationalen Hearing. Der niederländische Antifaschist, der während der Nazi-Besatzung Flugblätter verteilte und aktiv am Streik der niederländischen Eisenbahner beteiligt war, sprach die Empfindungen vieler der nach Berlin gekommenen Gäste des Hearings aus. Warum sie trotzdem gekommen waren, um über ihr

Schicksal zu berichten, erklärte Lilli Segal: "Wir müssen dies tun, wenn wir eine Wiederholung der Ereignisse verhindern wollen. Deshalb dürfen wir nicht schweigen."

Neben Lilli Segal berichteten Gena Turgel, Jan Jecha, Grigorij Orlov und Karl Stojka, die Auschwitz oder andere Konzentrations- und Vernichtungslager überlebten und Zeuge der Massenmorde durch Einsatzgruppen und in den Gaskammern waren. Jan Jecha unterstrich eindringlich die Notwendigkeit, daß endlich die bei zwischenstaatlichen Verhandlungen vereinbarten Entschädigungszahlungen für die tschechischen NS-Opfer zu leisten seien. Diese werden von der Bundesrepublik unter dem Vorwand verweigert, die Tschechische Republik müsse erst die "Vertreibungsverbrechen" anerkennen und die Rückübereignung von enteignetem Besitz sogenannter "Sudetendeutscher" ermöglichen, bevor "Wiedergutmachungszahlungen" an die noch lebenden NS-Opfer erfolgen könnten. Karl Stojka schilderte eindringlich das Schicksal der Sinti und Roma unter dem Faschismus. Der im Burgenland/Österreich geborene Rom Karl Stojka wurde 1943 mit elf Jahren, zusammen mit seiner Mutter und fünf Geschwistern, in das "Zigeunerlager" in Auschwitz-Birkenau deportiert. Der Rotarmist Grigorij Orlov geriet 1942 in deutsche Gefangenschaft und kam als politischer Häftling nach Auschwitz. Ihm gelang die Flucht und er schloß sich polnischen, später sowjetischen PartisanInnen an.

Lisa Czapnik, Mitorganisatorin des Bialystoker Gettoaufstandes, berichtete über die Untergrundarbeit in Osteuropa. Zusammen mit anderen jüdischen Frauen war sie im Antifaschistischen Komitee aktiv und lebte nach der Vernichtung des Gettos in der Illegalität als Polin mit falschen Papieren. Bis zur Befreiung arbeitete sie als Verbindungsfrau für jüdische und sowjetische PartisanInnen.

Kommunistische Widerstandskämpfer wie Peter Gingold schilderten die antifaschistische Untergrundarbeit in Westeuropa. Über den bewaffneten Widerstand in Westeuropa sprach Henri Krischer. Er kämpfte in der Main d'Oeuvre Immigrée - Francs-Tireurs et Partisans (M.O.I.-F.T.P.), der Organisation internationaler Arbeitsimmigranten in Frankreich, deren Mitglieder großenteils Juden waren. Henri Krischer schloß sich der M.O.I.-Gruppe Carmagnole in Lyon an. Nach der Landung der Alliierten in der Provence 1944 befreite die Gruppe Carmagnole zusammen mit anderen Résistance-Gruppen und Einheiten der US-Armee Lyon. Peter Gingold betonte, daß die Hoffnungen der Überlebenden des Widerstandes, die für ein Europas des Antifaschismus, Antimilitarismus, der Humanität und der sozialen Gerechtigkeit eingetreten waren, nicht erfüllt worden seien: "Dieses Europa von Maastricht mit zwanzig Millionen Arbeitslosen, mit Hunderttausenden Obdachlosen, mit Massenelend, mit Neofaschismus, mit Rassismus, an dieses Europa war nicht gedacht."

Das Erinnern war Weinen,

war Aufschrei

Ehemalige Angehörige der Roten Armee beschrieben die verheerenden Zerstörungen und Opfer des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion und die Anstrengungen der Roten Armee und der Sowjetunion bis zur militärischen Niederschlagung des deutschen Faschismus.

Ilja Mashevitski konnte sich 1941 nach dem Überfall auf die Sowjetunion von Dnjepr in der Nähe Wjasmas nach Moskau durchschlagen. Als Artillerieoffizier nahm er am Krieg teil und erlebte das Kriegsende im Stab der 21. Armee der 1. Ukrainischen Front in Westschlesien. Danach arbeitet er bis 1948 in Berlin im Stab der Sowjetischen Militäradministration.

Der Schriftsteller Daniil Granin, der zusammen mit Ales Adamowitsch die "Blockadebücher" über das Schicksal Leningrads im Krieg herausgegeben hat, berichtete über die Erarbeitung dieser Dokumentensammlung. Neben Auszügen aus Tagebüchern, Briefen, Rundfunkmanuskripten und Blockadegedichten haben er und sein Mitherausgeber vorwiegend Interviews mit Überlebenden gesammelt. "Die Menschen mußten sich an Höllenqualen erinnern und dieses Erinnern war Weinen, war Aufschrei." In ihrer Schilderung des Blockadealltags entstand ein erschütterndes Bild vom Leben in der Stadt, von Hunger, Verzweiflung und Sterben, aber auch von Widerstand, Würde und Menschlichkeit. Ihr Verdienst ist es, die Zeugnisse der Überlebenden der 900 Tage währenden Leningrader Blockade gesammelt und dokumentiert zu haben. Nach neueren Schätzungen kamen während der Blockade 1,5 Mio. Menschen um (vgl. ak 311).

Norman Turgel, Sergeant der Britischen Armee, berichtete über die Befreiung des Vernichtungslagers Bergen-Belsen und die Verhaftung des Lagerkommandanten Josef Kramer, der zuvor Kommandant von

Auschwitz-Birkenau war. Bei der Befreiung des Lagers lernte er seine spätere Frau Gena kennen. Sie wurde nach der Vernichtung des Krakauer Gettos 1943 erst in das Arbeitslager Plaszow und 1944 nach Auschwitz, von dort über Buchenwald nach Bergen-Belsen deportiert, wo sie Norman Turgel das erste Mal begegnete.

Wolfgang Robinow, der 1938 in die USA emigrieren mußte und als Soldat der US-Rainbow Division, die das KZ Dachau befreite, nach Deutschland zurückkehrte, mußte ebenso wie Ljudmila Michailowna Kaschitschkina kurzfristig absagen. Sie war in der Nähe von Minsk interniert später in die Normandie verschleppt worden. Von dort konnte sie fliehen und kämpfte anschließend als Major in der französischen Résistance.

Es ist beabsichtigt, alle Beiträge des Internationalen Hearing in Buchform zu publizieren. Dorothee Pleß, Kamerafrau von Ingrid Strobls Film über den Aufstand im Getto Bialystok, wird eine Video-Dokumentation des Hearing erstellen.

Vor einem interessierten Publikum, darunter überraschender- und erfreulicherweise eine Anzahl jüngerer Leute, berichteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über ihre persönlichen Erlebnisse, Erfahrungen und Schicksale. In ihren Erlebnissen und Erfahrungen wurden auch die Opfer aus der Anonymität herausgehoben und die Bedingungen des Widerstandskampfes und des militärischen Einsatzes gegen den deutschen Faschismus konkret.

fs./mb., Berlin

Joop Smidt, geboren 1925, war Mitglied der Arbeiders Jeugd Centrale (Arbeiterjugend-Zentrale), der Jugendorganisation der niederländischen Sozialistischen Partei. Nach dem Nazi-Überfall auf die Niederlande war er im antifaschistischen Widerstand aktiv. Neben der Verbreitung von illegalen Flugschriften und Zeitungen unternahm Joop Smidt kleine Sabotageaktionen, mit der die Handlungsfähigkeit der Nazi-Okkupanten untergraben werden sollte. Im September 1944 beteiligte er sich, zwischenzeitlich in einer Telefonzentrale der Eisenbahn arbeitend, an dem Streik der Eisenbahner, der bis zu Befreiung acht Monate dauerte.

"(...) Am 17. September 1944 brach für die West-Niederlande die schwerste Zeit an. Auf Befehl der niederländischen Regierung in England sollten die Arbeitnehmer der Niederländischen Eisenbahn streiken. 30.000 Eisenbahner legten die Arbeit nieder. Ich war einer von ihnen. Am frühen Abend des 16. September erhielt ich den Auftrag, mich zu einer bestimmten Adresse zu begeben. Dort hörte ich vom englischen Rundfunk für die Niederlande den Aufruf und den Befehl zu streiken. Nachdem ich dies gehört hatte, erhielt ich den Auftrag sofort unterzutauchen, da ich in der Telefonzentrale der Niederländischen Eisenbahn arbeitete. Dieser Auftrag war sehr wesentlich für das Gelingen des Streiks. Man muß sich vorstellen, 30.000 Menschen müssen untertauchen - sehr wichtige, wichtige und weniger wichtige Leute. Diese kamen zu denen hinzu, die bereits untergetaucht waren: Juden, gesuchte Illegale und Leute, die die Arbeitsaufnahme in Deutschland verweigerten. So wurden es insgesamt 300.000 Untergetauchte. Man mußte sie mit Lebensmittelkarten und Geld versorgen, und zwar auch ihre Familien. Durch meine illegale Arbeit konnte ich mir selbst eine Adresse zum Untertauchen besorgen. Anderen bereitete das oft Schwierigkeiten. Aber es wurde den Untergetauchten so viel wie möglich geholfen. Es wurden jedoch auch Hunderte verhaftet. Dieser Streik war für die deutschen Besatzer ein gewaltiger Schlag.

Am selben Tag begann bei Arnhem die große Schlacht. Die West-Niederlande waren isoliert. Was noch an Nahrungsmitteln vorhanden war, wurde von den Besatzern in Beschlag genommen. Im Norden der Niederlande gab es noch genügend Lebensmittel, aber die deutschen Behörden verboten jeden Transport nach dem Westen. Die Besatzer wollten den Hunger als Mittel, den Streik zu brechen, benutzen, um den Alliierten widerstehen zu können. Sie wollten, daß wir krepieren, auch dadurch, daß sie Gas und Strom absperrten. Der Hungerwinter 1944-45 war von ganz ungewöhnlicher Strenge. Um doch etwas Wärme ins Haus zu bekommen, wurde aus leerstehenden Häusern alles Holz herausgeholt, wurden Bäume gefällt. Das alles war nicht ohne Gefahr, es war per Verordnung verboten. Es waren vor allem die Frauen, die versuchten, etwas zu essen zu bekommen. Viele starben vor Hunger oder an der Kälte auf der Straße, darunter auch manche von den Streikenden. Es gab keine Möglichkeit, diese Menschen auf angemessene Weise zu begraben. Die Razzien gingen weiter. Aber die Eisenbahner waren ungeachtet aller unmenschlichen Umstände entschlossen, den Streik fortzuführen. Die Besatzer nutzten die Gelegenheit, Wagen und Material der Eisenbahn zu stehlen und nach Deutschland zu verschleppen. Die Hoffnung der Besatzer, das

niederländische Volk werde verkommen, scheiterte ungeachtet des enormen Elends. Vom September bis zum Mai 45 quälte man sich durch.

Meine Damen und Herren. Ich bin hier mit sehr gemischten Gefühlen. Und es hat sehr viel Überredung gekostet, hier am 4. und 5. Mai in Berlin zu sein - in der Stadt, aus der alles Elend über die besetzten Länder kam. Jetzt wird am 4. Mai in den Niederlanden der Opfer gedacht, die zwischen 1940 und 45 gefallen sind. In diesem Jahr zum 50. Male. In meinen Gedanken, aber auch mit Ihnen zusammen, bin ich dort. Mit Ihnen will ich aller gedenken, die im Kampf gegen den Faschismus gefallen sind. Lassen Sie dies Gedenken auch ein beständiges Zeichen sein für Frieden und gegen Faschismus, Rassismus und Fremdenhaß."

Peter Gingold, geboren 1916 in Aschaffenburg, war in der Gewerkschaft und im Kommunistischen Jugendverband (KJVD) aktiv, er emigrierte 1933 mit seiner jüdischen Familie nach Frankreich. Dort arbeitete er von Anfang an im antifaschistischen deutschen Widerstand. Nach der Besetzung Frankreichs ging er mit gefälschten Papieren in den Untergrund. Aktiv in der Travail Allemande, der deutschen Sektion der Résistance, wurde er von der Gestapo verhaftet und gefoltert, konnte jedoch später fliehen. Er kämpfte bis zur Befreiung Frankreichs aktiv in der Résistance, danach in der italienischen Resistenza.

"(...) Es gab einige Gruppen, die angefangen haben (...), vor allem Jugendliche, unter die Deutschen Flugblätter, Streuzettel zu bringen. Wir besaßen keine Schreibmaschine, keine Druckerei oder so etwas ähnliches, überhaupt keine Papier. Also gingen wir los und haben erstmal stapelweise Zigarettenpapier, das konnten wir noch bekommen, gekauft, denn die Franzosen drehen ja gerne ihre Zigaretten mit Papier. Wir sind in ein Kinderspielwarengeschäft gegangen und haben einen Kinderspieldruckkasten gekauft mit Stempeln. Da stempelten wir kurze Losungen auf Deutsch drauf: Nieder mit Hitler, Schluß mit dem Krieg und so was ähnliches. Also einen Leitartikel konnten wir darauf natürlich nicht schreiben. (...)

Die Situation 1939, 1940 bis 1941, das war eine Sisyphusarbeit, einen Deutschen zu überzeugen, daß er Schluß macht mit Hitler oder mit Antifaschisten zusammenarbeitet, wo sie ja alle den Endsieg vor Augen gesehen hatten, wo es keinen Staatsmann in der Welt oder kaum noch einen Staatsmann gegeben hat, der nicht auch vom Endsieg Hitlers überzeugt war und sich darauf einrichtete, sich mit Hitler zu arrangieren - in einer Situation den deutschen Soldaten das zu sagen, wo 95 Prozent der deutschen Bevölkerung mit Begeisterung hinter Hitler gestanden haben, mit Ausnahme von vielleicht fünf Prozent. In ganz Europa flatterten doch die Hakenkreuzfahnen. Sie waren in den Hauptstädten Europas, auf dem Eifelturm, auf dem Hradschin zu sehen. Die Deutschen waren doch die Herren von Europa, und dann zu sagen: Macht Schluß mit dem Krieg ... . Wenn ein deutscher Soldat - wir kannten die Reaktionen - so ein Zettelchen gefunden hat, der hat gesagt, das sind Irre, die gehören ja ins Irrenhaus. Das war die hoffnungsloseste Situation, die wir damals erlebt haben. Aber wir haben gesagt, wir müssen doch weitermachen, wir müssen etwas tun. Der einzige Sinn in dieser Zeit, so etwas zu tun, der einzige Sinn bestand wesentlich nur darin, auf diese Weise den Franzosen zu zeigen, es gibt noch andere Deutsche, nicht alle Deutschen sind Nazis. (...)

Es war hoffnungslos, für diese Arbeit jemanden zu gewinnen, bis sich die Kriegssituation änderte. Und das begann schon mit der Winterschlacht 1941/42 vor Moskau. Zum ersten Mal gab es ein Land, daß dieser Mordmaschine, dieser wuchtigen, bisher als unbesiegbar geltenden Armee widerstehen konnte und sogar erste Schläge erteilen konnte, das war die Winterschlacht. Und da entstand Hoffnung. Das war das Licht im Dunklen, in dem wir uns befanden. Und natürlich, gerade nach Stalingrad, da zerbröckelte allmählich doch der Nimbus der Unbesiegbarkeit der deutschen Hitlerwehrmacht. Da konnten wir allmählich Erfolge erreichen. Wir haben nicht massenhaft Soldaten gewinnen können, aber jeder, der mit uns zusammengearbeitet hat, war so wichtig. Wir haben später, erst 1943/44, sogar den kommandierenden General von Paris zur Mitarbeit gewinnen können. Wir fragten nicht nach den Motiven, zu welcher Schicht er gehört, Arbeiter oder Adeliger, das war uns vollkommen scheißegal. Hauptsache, er macht mit, er tut etwas gegen Hitler, egal was er denkt, wie das kommende Deutschland aussehen soll. Hauptsache, er macht mit, den Krieg zu beenden, Hitler zu stürzen."

Anmerkung: Die obigen Auszüge sind geringfügig redaktionell bearbeitet worden.

Jan Jecha, geboren 1924 in Wien, siedelte mit seiner Familie 1937 in die damalige Tschechoslowakei um. Aus "rassischen Gründen" 1939 nach dem Einmarsch der Nazis von der Schule relegiert, wurde er 1942 in das KZ Theresienstadt deportiert. Nach Arbeitseinsätzen in Außenlagern des KZ Theresienstadt, u.a. beim Bau eines

Ausweichlagers für das Reichssicherheits-Hauptamt (RSHA) in Wulkow bei Berlin, kam er im September 1944 nach Auschwitz. Nach Gleiwitz I verlegt, wird er auf den Todesmarsch Richtung Breslau geschickt. Am 25. Januar 1945 erlebt Jan Jecha in Blechhammer die Befreiung.

"(...) In einem Kiefernhain außerhalb des Dorfes Wulkow, in dem Waldgebiet Neuhardenberg, entstand ab dem 2. März 1944, nach der Ankunft des Transportes aus Theresienstadt, ein Nebenlager von Theresienstadt mit anfangs 200 Häftlingen. Auch ich persönlich war unter ihnen. (...) Der Lagerkommandant hieß Franz Stuschka, Jahrgang 1910, SS-Obersturmbannführer aus Wien. (...) Die sadistischen Neigungen des Lagerkommandanten, des ‚Väterchen`, wie wir ihn spöttisch nannten, waren unberechenbar und vielfältig. Je schneller sich die Alliierten Berlin näherten, desto häufiger wurden seine Wutanfälle. Man konnte ihm ansehen, daß er nach physischen Strafen und psychischen Drängen an den Häftlingen seelisch wie auch physisch befriedigt war. Er hat selbst nie jemanden persönlich totgeschlagen - aber Menschen, die von ihm geschlagen wurden, am liebsten schlug er auf empfindliche Stellen der Menschenorgane, wurden dadurch arbeitsunfähig und als solche mit der Bezeichnung RU (Rückkehr unerwünscht) nach Theresienstadt zurückgeschickt und von dort in die Osttransporte eingereiht. Diese Schicksal widerfuhr 40-50 Häftlingen, die von ihm so verurteilt wurden, und nur acht von ihnen kehrten nach dem Krieg heim. Ich war unter denen, die das große Glück hatten, das Vernichtungslager zu überleben.

Im Falle eines siegreichen Endes des Krieges für die Nazis wollten diese den ‚Lebensraum` von Böhmen und Mähren frei machen von seinen ursprünglichen Einwohnern durch ihre Aussiedlung in die sogenannten eroberten Gebiete und sich damit einen weiteren ‚deutschen Lebensraum` beschaffen. Fünfzig Jahre sind seit dem Kriegsende verflossen. Gemeinsam mit den Naziopfern aus den baltischen Ländern warten auch in Tschechien 12-16.000 ehemalige Häftlinge und allernächste Verwandte, die noch leben, genauso, wie die Hinterbliebenen von Hingerichteten und anderen Opfern des Naziterrors auf die Wiedergutmachung. Dies ist für mich offen gesagt unbegreiflich und im wahrsten Sinne des Wortes beleidigend. Wie ist es möglich, solche Probleme der Humanität zum Politikum im Kampf um Wählerstimmen zu machen? Wo bleibt die schon seit 1989 proklamierte Bestrebung der Überwindung dieser Probleme? Auf der einen Seite Täter, Helfer und Helfershelfer - verstehen Sie mich bitte recht, kein Einspruch dagegen, daß Ihre Vertriebenen ihre Pensionen sicher haben - auf der anderen Seite neue Diskriminierung, nur deswegen, weil man fürchtet, daß ein Prozent der Wähler aus den Reihen ehemaliger tschechoslowakischer Bürger deutscher Nationalität, die im Jahr 1938 und 1939 Vaterlands- und Hochverrat verübten, eventuell ihren Unmut äußern? Wir fordern dieselbe Entschädigung, die allen anderen Opfern laut Gesetz des Bundestages weltweit bekommen haben. Bedingungslos, ohne Hinblick auf das oder jenes.

Man sollte doch unterscheiden können zwischen Ursache, Tat und Folge. Und übrigens - die Entscheidung über die Abschiebung der deutschsprachigen Bevölkerung aus der ehemaligen Tschechoslowakei war nicht nur eine Entscheidung der Konstitutionsorgane unseres Landes, sondern ein einstimmiger Beschluß der vier siegreichen Weltmächte. Es ging ja dadurch der Wunsch in Erfüllung, den 96% der Wähler im Grenzgebiet im Jahre 1938 besiegelt haben: ‚Wir wollen heim ins Reich.` Bekanntlich gehörten ‚Böhmen und Mähren' nie in der Geschichte zu Deutschland, denn es war bis zum Jahre 1918 Territorium von Österreich-Ungarn. (...)"

Lilli Segal wurde 1933 in Nazi-Deutschland als Jüdin nicht an der Universität zugelassen. Sie emigrierte nach Toulouse, wo sie Landwirtschaft studierte. In Frankreich arbeite sie im antifaschistischen Widerstand in der Travail Alleman und der M.O.I. Sie wurde 1943 verhaftet und wurde 1944 über Drancy, das größte KZ im besetzten Frankreich, nach Auschwitz deportiert. Nach ihrer Deportation in ein Zwangsarbeitslager in der besetzten CSR gelingt ihr mit ihrer Kameradin Anni Sussmann im November 1944 die Flucht. Beide Frauen schlagen sich durch NS-Deutschland in die Schweiz durch und überleben.

"(...) Obgleich 1942 schon Abertausende von ausländischen Juden und schließlich auch französischen Juden verhaftet und von Drancy aus nach einem unbekannten Ort im Osten verschleppt worden waren, begriffen wir noch immer nicht die furchtbare Tragik dieser Deportationen. Und dann hielt Thomas Mann 1943 im Radio London eine Rede, in der er zum ersten Mal über die Verbrennungsöfen in Auschwitz berichtete. Wir haben diese Rede in einem Flugblatt festgehalten, sie in Paris, sowohl vor den deutschen Kasernen als auch unter den Franzosen verteilt, aber es gelang uns nicht, die Gefährdeten von der Richtigkeit dieser Rede zu überzeugen. Selbst in Drancy, dem Deportationslager, und auf dem Transport nach Auschwitz gelang es mir nicht, die Kameraden von der Richtigkeit dieser Aussage zu überzeugen. (...)

Natürlich hatten wir Verbindung und Zusammenarbeit mit den deutschen Emigranten und dem Komitee Freies Deutschland. Da die Polizei einem deutschen Kameraden, Paul Grasse, gefolgt war, als er sich in seiner Wohnung bedroht fühlte, hatten sie mein Büro notiert. Als man drei Monate später den aktiven Antifaschisten suchte, kamen die Polizisten in mein Büro in der Hoffnung, ihn zu finden. Als sich herausstellte, daß ich illegal und Jüdin war, wurde ich zuerst im Depot, dem französischen Durchgangsgefängnis, interniert und dann an die deutschen Militärbehörden ausgeliefert. Ich habe acht Monate bis zu meiner Deportation im deutschen Militärgefängnis Fresnes verbracht, gemeinsam mit Französinnen, die teilweise in der Résistance gearbeitet hatten, teilweise aber nur festgenommen worden waren, weil ihre Männer oder ein Mitglied ihrer Familie aktiv in der Résistance waren. Als die Alliierten sich Paris näherten, beschlossen die Besatzer, noch möglichst alle Häftlinge aus den Gefängnissen nach Deutschland zu überführen, wo man sie eventuell noch verhören konnte. Ich wurde am 25. Juli 1944 in das Deportationslager Drancy überführt, gemeinsam mit einer Gruppe österreichischer Antifaschisten, die am 17. April im Lager Mauthausen auf schreckliche Weise in den Tod getrieben wurden. Von Drancy aus brachte man uns in verschlossenen Viehwaggons, die über drei Tage unterwegs waren, nach Auschwitz. (...)

Allein die Zahl der jüdischen Opfer und der ermordeten Roma und Sinti ist nirgends genau aufgezeichnet und überprüft worden und selbst die Listen, die man gefunden hat, sind ungenau, gefälscht oder vernichtet worden. Über die letzte aus Drancy deportierte Gruppe gibt es eine genaue Aufstellung durch eine Gruppe französischer Juden. Daraus geht hervor, daß die zur Arbeit bestimmten Häftlinge Nummern erhielten, die ihnen auf den Arm tätowiert wurden. Nach dieser Liste ist die letzte Nummer der mit uns am 31.7.1944 deportierten jüdischen Häftlinge A 16795. Ich aber trage die Nummer A 16806 und meine Kameradin Anni Sussmann trug die Nummer A 16809 und einer der Männer die Nummer 16820. Das hängt einfach damit zusammen, daß die über Drancy deportierten Juden, die aus dem deutschen Militärgefängnis Fresnes kamen, zu einer besonderen Kategorie gehörten, die nicht auf der allgemeinen Judenliste vermerkt war. Unsere Namen stehen auch nicht auf der Liste der am 31.7.1944 Deportierten. Ein großer Teil der Zeitzeugen sind heute tot oder nicht mehr fähig auszusagen. Aber wenn man die Berichte, die Dokumente und die Massengräber ohne Voreingenommenheit betrachtet, dann kann man heute doch ahnen und wissen, was der Holocaust für Europa bedeutet hat und heute noch bedeutet."

32. Nationalsozialistische " Zigeunerpolitik"

Autor: KM · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:46

Zigeuner waren aufgrund ihres "Anders-Seins", vor allem ihrer nomadischen Lebensweise wegen, einer häufig feindseligen Haltung der eingesessenen Bevölkerung ihrer Wanderländer ausgesetzt. Bis zum Ende des letzten Jahrhunderts wurde diese Feindseligkeit nur zeitweise offizielle Politik. Die staatlich organisierte Verfolgung von Zigeunern auf deutschem Boden begann im Jahre 1899 (und dauert bis heute an). In diesem Jahr wurde in München ein Amt für Zigeuner-Angelegenheiten gegründet, das 1929 zur Zentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens mit enger Bindung an eine entsprechende Behörde in Wien wurde. Es war das Zentrum der gegen die Zigeuner gerichteten Politik bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten.

An einer planmäßigen Vertreibung und Vernichtung der Zigeuner waren die Nationalsozialisten vorerst durch ihre eigene "Rassentheorie" gehindert, waren Roma und Sinti doch zweifellos "arischer" Abstammung. Hilfsweise wurden die Zigeuner als "Artfremde" und als "Minderwertige" definiert. Die Kommentatoren der Nürnberger Gesetze schlossen Zigeuner ausdrücklich in die "Rassengesetzgebung" mit ein. 1936 wurden mehrere Gruppen von Zigeunern als "Asoziale" im KZ Dachau interniert.

Aus der Zwickmühle half den Nazis die Wissenschaft. Mitte der dreißiger Jahre erhielt der Nervenarzt und "Rassehygieniker" Dr. Robert Ritter die Genehmigung einer Erbwissenschaftlichen Forschungsstelle, aus der 1937 die Rassenhygienische und bevölkerungsbiologische Forschungsstelle beim Reichsgesundheitsamt entstand. Ritter hatte den Auftrag, Zigeuner zu untersuchen und vorzuschlagen, wie mit ihnen zu verfahren sei. Seine Untersuchung an rund 20.000 Roma ergab, da? mehr als 90 Prozent als "Mischlinge" zu betrachten seien, die damit zu "Nicht-Ariern" erklärt wurden. Eine "Mischung" der Zigeuner mit "Deutschblütigen" gelte es zu verhindern, "reinrassige" Zigeuner seien von "Mischlingen" zu trennen. Die letzteren sollten sterilisiert und in Arbeitslagern interniert werden. Sowohl "reinrassige" wie Zigeuner- "Mischlinge" wurden als "asoziale, arbeitsscheue Elemente" bezeichnet. Sie unterlagen damit einem Erlaß Himmlers vom Dezember 1937, der bestimmte, daß in "polizeiliche Vorbeugehaft" genommen werden sollte, "wer, ohne Berufs- oder Gewohnheitsverbrecher zu sein, durch sein asoziales Verhalten die Allgemeinheit gefährdet". Dieser Erlaß richtete sich ausdrücklich auch gegen "Landstreicher (Zigeuner) [...] ohne festen Wohnsitz", wie in einer Verwaltungsbestimmung vom April 1938 klargestellt wurde.

Seit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939, dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, unterlagen die Zigeuner, gleich welcher Kategorie sie zugeteilt wurden, dem annähernd gleichen Los wie die Juden. Es gab jedoch nicht, wie für die Juden, einen umfassenden Plan zu ihrer Ermordung. Zum Teil war es Sache der Interpretation örtlicher Behörden oder der Parteidienststellen, ob einzelne Zigeuner oder Zigeunergruppen zumindest mit dem Leben davonkamen. Aber auch ohne entsprechenden Plan wurden nach einer Schätzung während des Zweiten Weltkriegs in Europa 200.000 bis 500.000 Zigeuner ermordet.

Polen. Im September 1939 kündigte Reinhard Heydrich die Vertreibung von 30.000 Zigeunern aus ganz Deutschland ins Generalgouvernement (den deutsch besetzten Teil Polens) an. Damit sollten möglichst alle Zigeuner-"Mischlinge" aus Deutschland entfernt werden. Dieser Deportationsplan wurde jedoch nicht realisiert. Im April 1940 wurden dem Generalgouverneur Hans Frank 2.500 Zigeuner überstellt, die aus den westlichen Territorien ins Generalgouvernement abgeschoben worden waren und dort überwiegend zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden. Im Laufe des Krieges wurden die meisten polnischen Zigeuner in Konzentrations- oder Vernichtungslager deportiert. 25.000, rund zwei Drittel der polnischen Zigeuner, sind während der NS-Besatzung umgekommen.

Österreich und Deutschland. Im Herbst 1941 wurden 5.007 österreichische Angehörige des Llaleri-Stamms ins Getto Lodz deportiert. Sie wurden, soweit sie bis zu diesem Zeitpunkt überlebt hatten, Anfang 1942 im Vernichtungslager Chelmno ermordet. Überlebende sind nicht bekannt. Weitere 3.000 österreichische Zigeuner wurden zur gleichen Zeit in KZs interniert. - "Untersuchungen" Ritters hatten ergeben, daß es sich bei 13.000 Sinti und 1.017 Llaleri um "reinrassige" oder "fast reinrassige" Zigeuner handele. Diesen sollte nach einer Erklärung Himmlers "für die Zukunft eine gewisse Bewegungsfreiheit" gestattet. Für die anderen Zigeuner ordnete Himmler im Dezember 1942 die Deportation nach Auschwitz an. Ausgenommen waren

"sozial angepaßt" Lebende, Wehrdienstleistende und ehemalige Wehrdienstangehörige sowie schwer entbehrliche Rüstungsarbeiter. Sie sollten zwangssterilisiert werden.

Auschwitz-Birkenau. Der erste große Zigeunertransport erreichte am 26. Februar 1943 Auschwitz. In Birkenau wurde ein Zigeunerfamilienlager errichtet. Die Gesamtzahl der Zigeuner in diesem Lager wird auf 20.000 geschätzt. Viele verhungerten, starben an Epidemien oder sogenannten medizinischen Experimenten, wurden in den Gaskammern ermordet. Am 2. August 1944 wurde das Familienlager aufgelöst. Fast alle Frauen und Kinder, insgesamt 2.897 Menschen, wurden mit Gas ermordet.

"Protektorat Böhmen und Mähren". Vor der Annexion der Tschechoslowakei lebten im späteren sogenannten Protektorat etwa 13.000 Zigeuner. Die Hälfte von ihnen flüchtete vor Beginn der Deportationen in die Slowakei. Etwa 4.000 wurden nach Auschwitz deportiert, nur einige hundert tschechische Zigeuner überlebten die Naziherrschaft.

Frankreich. Die französischen Behörden hatten schon vor der deutschen Besatzung die Bewegungsfreiheit der Zigeuner eingeschränkt. Nach der Niederlage Frankreichs wurden die Zigeuner aus Elsaß und Lothringen in einem Lager in Schirmeck interniert. Ende 1941 wurden sie deportiert. Das nicht besetzte Frankreich internierte unter Aufsicht des Ministeriums für "jüdische Angelegenheiten" 30.000 Zigeuner. Die meisten wurden später in deutsche Lager deportiert, wo zwischen 16.000 und 18.000 ermordet wurden.

Italien. Vor Kriegsbeginn brachten die Behörden Zigeuner auf Inseln vor der Küste. Später wurden Zigeuner aus dem Gebiet der Drei Venetien zur Zwangsarbeit nach Deutschland oder in die Vernichtungslager deportiert. Diejenigen Zigeuner, denen die Flucht vor den Ustascha-Massakern in Kroatien (wobei nach Schätzungen 90.000 ermordet wurden) gelang, wurden von den Behörden geschützt. Als die Nazi-Wehrmacht im Herbst 1943 in Jugoslawien und Albanien zuvor von Italien kontrollierte Gebiete besetzte, internierte sie die Zigeuner und deportierte sie in deutsche KZs.

Ungarn. Die schon im Februar 1941 geplante Internierung der Zigeuner in Arbeitslagern wurde nie vollständig durchgeführt. Nach dem Staatsstreich der Pfeilkreuzler-Partei im Oktober begann die Verfolgung der Zigeuner in Ungarn. Sie deportierten einen Teil von ihnen gemeinsam mit den ungarischen Juden. Von den (nach allerdings ungesicherten Zahlen) 31.000 deportierten Zigeunern kehrten nur 3.000 zurück.

Rumänien. Über die Anzahl von den Nazis ermordeter rumänischer Zigeuner liegen keine Angaben vor. Während der Vertreibung von rund 25.000 Zigeunern aus dem Gebiet von Budapest nach Transnistrien starben Tausende.

Slowakei. Die slowakischen Zigeuner wurden im Januar 1940 zu Arbeitsbrigaden zusammengezogen. Der 1941 ergangene Befehl, sie aus ihren Wohngebieten zu vertreiben, wurde nicht überall befolgt. Slowakische Faschisten ermordeten jedoch Hunderte von Zigeunern bei pogromähnlichen Ausschreitungen.

Baltische Staaten und Sowjetunion. Hier wurden die Zigeuner von den "Einsatzgruppen" ermordet. In einem Bericht der Geheimen Feldpolizei vom August 1942 wird die "Notwendigkeit" betont, die Gruppen wandernder Zigeuner "unbarmherzig auszurotten".

Während es sich nach dem Ende der Nazi-Herrschaft unter den Deutschen allmählich herumsprach, daß es sich nicht gehört, Juden umzubringen, bei den anderen aber man sich nicht ganz sicher ist (H.M. Broder), ist die Verfolgung von Zigeunern administrativ und polizeilich bruchlos fortgesetzt worden. Die berüchtigten "Zigeuner-Karteien" existierten bis in die jüngste Zeit (oder existieren sogar noch heute). Ruth Kellermann (geb. Hesse) war Assistentin des genannten Robert Ritter und zuständig für die Registrierung und Klassifizierung aller Zigeuner im Reichsgebiet. Nach 1945 war sie mitbeteiligt am Aufbau der Hamburger Zigeunerzentrale bei der Kriminalpolizei, und sie wurde als Sachverständige für Zigeunerfragen zu Wiedergutmachungsverfahren hinzugezogen. Als die Sintezza Theresia Seible, die 1943 zwangssterilisiert worden war, 1953 in Würzburg zur Einschätzung des Ausmaßes ihrer Erwerbsunfähigkeit vorgeladen war, sah sie sich im Staatlichen Gesundheitsamt mit dem Mann konfrontiert, der damals zusammen mit Gestapo-Beamten bei ihrer Sterilisation dabei war - er hatte eine leitende Stelle beim Gesundheitsamt und bei der Krankenkasse. Nur noch als Wahnwitz zu begreifen ist, daß Theresia Seible von ihrer sogenannten Wiedergutmachung 4.000 DM abgezogen wurden, die Summe, die das Sozialamt 1943 für die Zwangssterilisation gezahlt hatte.

Am Prinzip hat sich auch im Jahr 1995 wenig geändert. Anfang April wurde in einem Kölner Stadtteil ein neugeborenes Baby in einem Gebüsch aufgefunden. In der Nähe des Fundorts befinden sich die Baracken eines Asylheims, in dem Roma-Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien untergebracht sind. Am 13.4. wird das Heim von 150 Polizisten umstellt. 43 Romnja (Roma-Frauen) im "gebärfähigen" Alter werden zur gynäkologischen Zwangsuntersuchung verschleppt. Der Grund: Ärzte der Klinik, die das Findelkind aufgenommen hatten, sollen nach Darstellung des Kölner Staatsanwalts festgestellt haben, das Baby "weise eine Pigmentierung auf, die man verstärkt bei Sinti und Roma findet". Der Leiter der Klinik bestreitet dies, es sei lediglich vom "mediterranen oder südeuropäischen Raum" die Rede gewesen. Und - selbstverständlich - war keine der Romnja Mutter des ausgesetzten Kindes.

Quellen:

Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Berlin (Argon Verlag) 1993, S. 1630-1634.

Jekh Chib. Mit einer Zunge reden. Materialien zur Situation der Roma und der BRD. Nr. 4, Mai 1995.

Theresia Seible: Sintezza und Zigeunerin. In: Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus. Hg. v. Angelika Ebbinghaus. Nördlingen (Greno) 1987, S. 302-316.

Der Spiegel, Nr. 18/1995 (1.5.95)

In den Artikeln auf diesen beiden Seiten wird häufig der umstrittene Begriff "Zigeuner" verwendet. Dies entspricht zum einen dem Sprachgebrauch von Karl Stojka, der sich selbst als Rom bezeichnet, aber allgemein - in seinem Vortrag wie in seinem Buch - meist von "Zigeunern" spricht. Zum anderen ist nicht immer deutlich, ob es sich um Roma oder um Sinti handelt, so daß dann nur noch der Sammelbegriff zur Verfügung steht. Schließlich ist auch zur Kenntnis zu nehmen, daß sich etwa die Sintezza Theresia Seible "mit der trotzigen Verwendung des Begriffs ‚Zigeuner` als Eigenbezeichnung gegen die Verleugnung seiner jahrhundertelangen rassistischen Verwendung" richtet. (Jekh Chib) Wo es möglich ist, sollte jedoch generell und in jedem Fall für Gadsche (Nicht-Zigeuner) gelten, daß der Name gebraucht wird, den die Gemeinten sich selbst geben.

Zigeunerlager BIIe

26.2.43. [...] Auf Grund des Erlasses des RSHA [Reichssicherheitshauptamt] vom 29. Januar 1943 wird der erste Transport mit Zigeunern aus dem Deutschen Reich in das KL Auschwitz eingewiesen; es sind einige Männer, Frauen und Kinder angekommen. Sie werden in dem noch nicht fertiggestellten Lager im Abschnitt BIIe in Birkenau untergebracht, das den Namen Zigeunerlager BIIe erhält. [...]

27.2.43. [...] Aus dem Reichsgebiet ist ein Transport mit Zigeunern eingetroffen. 461 Männer und Jungen erhalten die Nummern Z-2840 bis Z-3300 und 505 Frauen und Mädchen die Nummern Z-3193 bis Z-3697. [...]

31.3.43. [...] Ein Transport mit Zigeunern aus Wien und dem Lager Lackenbach ist eingetroffen. 182 Männer erhalten die Nummern Z-5612 bis Z-5793 [Karl Stojka, der mit diesem Transport eintraf, erhielt die Nummer Z-5742] und 256 Frauen und Mädchen die Nummern Z-6211 bis Z-6466. [...]

2.8.44. Die Belegstärke im Zigeuner-Familienlager BIIe in Birkenau erhöht sich um 70 Häftlinge und beträgt 2885 Häftlinge. [...] Insgesamt befinden sich 2998 Zigeuner - wahrscheinlich Männer und Frauen - in Birkenau.

Am Nachmittag wird ein leerer Güterzug an der Eisenbahnrampe in Birkenau bereitgestellt. Aus dem KL Auschwitz werden 1408 Zigeuner und Zigeunerinnen, die aus dem Lager BIIe und den Blöcken 10 und 11 des Stammlagers ausgesondert worden sind, herbeigebracht. Sie sollen am Leben bleiben und werden deshalb in andere Konzentrationslager überstellt. Die Abfahrenden verabschieden sich durch den Zaun von den im Lager BIIe zurückbleibenden Zigeunern. Gegen 19 Uhr verläßt der Zug die Rampe in Birkenau. Im Zug befinden sich 918 Männer, darunter 105 Jungen im Alter von neun bis 14 Jahren, und 490 Frauen. Ziel des Zuges ist das KL Buchenwald. [...]

Nach dem Abendappell wird im KL Auschwitz II Lagersperre und im Zigeuner-Familienlager BIIe Blocksperre [Verbot, den Block zu verlassen] angeordnet. Das Lager BIIe sowie einige weitere Wohnbaracken, in denen sich noch Zigeuner befinden, werden von bewaffneten SS-Männern umstellt. In das Lager fahren Lastwagen

ein, mit denen 2897 wehrlose Frauen, Männer und Kinder in die Gaskammern im Krematorium gefahren werden. [...]

Quelle: Danuta Czech: Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945. Reinbek bei Hamburg (Rowohlt) 1989, S. 423, 424, 455, 837 f.

33. Vom Überleben eines Rom in dieser Welt

Autor: Annotation: Karl Stojka, Auf der ganzen Welt zu Hause · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:48

Zwar mag es "modern" sein, aber es trägt durchaus nicht immer zur Klarheit der Darstellung bei, wenn Karl Stojka in seiner Autobiografie (vom Formulierungshelfer Reinhard Pohanka veranlaßt?) durchweg zwischen den Jahrzehnten und Weltteilen hin- und herspringt. Er beginnt mit seinem Aufenthalt und seiner Arbeit in den USA Ende der 60er Jahre, geht dann zurück auf die Zeit seiner Geburt Anfang der 30er Jahre in Österreich und schildert das Familienleben bis 1939. Nicht unterbrochen durch ständigen Zeit- und Ortswechsel wird nur der Bericht vom Überleben in Auschwitz-Birkenau, Buchenwald, Flossenbürg und auf dem Todesmarsch. Dieser Bericht wird allerdings im Buch im Stil altüberkommener Rahmenerzählungen von der Aufforderung einer russischen Familie in den USA, von Auschwitz zu erzählen, ausgelöst. Dreißig Seiten weiter ist der Leser dann wieder in den USA angelangt ...

Ist der Aufbau der Autobiografie auch von der Sache her nicht ausgewiesen, die Geschichte selbst ist allemal die Lektüre wert. Nicht allein wegen der Darstellung deutscher Verbrechen, sondern auch, weil Stojka, weltoffen, "Zigeunerromantik" weitgehend vermeidet.

Karl Stojka, Reinhard Pohanka: Auf der ganzen Welt zu Hause. Das Leben und Wandern des Zigeuners Karl Stojka. Wien (Picus) 1994. 141 S., zahlr. Abb., 28 DM.

34. Die Lage bleibt ernst - Veränderungen ziehen sich hin

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:18

Anfang Februar veröffentlichte die ak-Redaktion eine Erklärung zur Zukunft von ak: "Die Lage ist ernst - verändern wir sie!" (ak 375, S. 2) Unsere personellen und finanziellen Probleme wurden darin ebenso benannt wie die politischen Schwächen und Mängel der Zeitung. Die selbstkritische Bilanz mündete in den Aufruf, mit einer Debatte über die Zukunft linker Publizistik zu beginnen, und einem Angebot zur Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten. Die Redaktion schrieb:

"Wir erklären unsere Bereitschaft, die Zeitschrift ak zu öffnen:

- für einzelne AutorInnen;

- für politisch aktive Gruppen, die die Ergebnisse ihrer Arbeit einem breiteren Publikum bekannt machen möchten;

- für Redaktionen und MitarbeiterInnen politischer Fachzeitschriften, mit denen Artikelaustausch und andere Formen der Arbeitsteilung vereinbart werden können;

- für Organisationen sowie für Redaktionen und MitarbeiterInnen von Zeitschriften mit umfassendem Anspruch, mit denen ähnliche Formen der Zusammenarbeit zu vereinbaren wären,

- oder sie in ein neues Projekt einzubringen."

Relativiert wurde das Öffnungsangebot durch die Absage an "reine Wunschprojekte" und den Vorbehalt, es könne "nicht um die Fusion von Projekten gehen, deren wesentliche Gemeinsamkeit die prekäre finanzielle Lage und die unklare politische Perspektive ist."

Die Reaktionen auf unsere Erklärung waren unterschiedlicher Art:

- Die Leitung der VSP, die die Sozialistische Zeitung/SOZ herausgibt, kam nach uns vorliegenden Informationen zwar Anfang März überein, unsere Initiative "sehr ernst zu nehmen" und ein "entsprechend ernstes Angebot zu unterbreiten". Konkretes hat sich daraus bisher nicht ergeben.

- MitarbeiterInnen verschiedener Fachzeitschriften, vor allem aus dem Internationalismus-Bereich, erklärten ihre Bereitschaft, uns Artikel zum Nachdruck in ak zur Verfügung zu stellen oder kompetente AutorInnen zu vermitteln.

- Bei einigen uns nahestehenden Einzelpersonen hat unsere Erklärung eine Art "heilsamen Schock" ausgelöst. Sie haben verstärkte Mitarbeit angekündigt bzw. bereits damit begonnen. Aus diesem Personenkreis erreichte uns der eine oder andere konzeptionelle Vorschlag.

- Die Zahl der Artikel, die uns angeboten werden, hat sich spürbar erhöht. Zum Teil kommen Angebote auch von Menschen, die bisher nicht zu den regelmäßigen ak-AutorInnen gehören.

- Einige unserer LeserInnen empfehlen - entsprechend ihren politischen Positionen - das Zusammengehen mit anderen linken Gruppierungen und Personen. Anderen geht es eher darum, die von ihnen geschätzte Zeitung ak zu erhalten, wie sie ist.

Wer die Erwartung hatte, die Veröffentlichung unserer Erklärung würde eine breite Debatte erzeugen, wurde enttäuscht. Allerdings hatten die von der Redaktion und ak-MitarbeiterInnen geknüpften Kontakte bisher eher den Charakter von "Sondierungsgesprächen". "Offizielle" Gespräche im Sinne von ergebnisorientierten "Verhandlungen" hat es bisher nicht gegeben.

Der gravierendste Mangel unserer Initiative ist aber, so meinen wir, daß sie zu vage blieb, zu wenig über den Inhalt einer zukünftigen Zeitung aussagte. Selbst die meisten in Frage kommenden Einzelpersonen werden unser Angebot nur dann annehmen, wenn sie wissen, worauf sie sich einlassen. Das gilt um so mehr für Kollektive (Redaktionen, Organisationen), mit denen eine Fusion oder enge Zusammenarbeit angestrebt wird. Es gilt also zu definieren, was für uns die besondere Qualität von ak ausmacht, die auch in Zukunft erhalten

werden soll bzw. die wir in ein neues Projekt einbringen würden. Was wollen wir bewahren, was ändern? Darüberhinaus wollen wir zumindest grob umreißen, wie wir uns eine thematische Schwerpunktsetzung für die kommenden Jahre vorstellen.

Für das (traditionsreiche) Zukunftsprojekt verwenden wir ein Kürzel, das sich an dem von HPH (ak 377, S. 34) eingeführten Arbeitstitel "Linke Monatszeitung" orientiert: ak/LiMoZ.

1. Wozu brauchen wir ak/LiMoZ?

In seinen "Stichworten zur postkabeistischen Publizistik" schrieb ein langjähriger, inzwischen ausgeschiedener ak-Redakteur bereits im März 1992: "Wenn in der Vergangenheit für uns galt: politische Organisation ohne Zeitung ist sinnlos, so müssen wir umgekehrt für das postkabeistische Stadium des ak auch feststellen: Zeitung ohne ... ist sinnlos. Nein, es wäre wohl übertrieben, an die Stelle der drei Punkte die Worte ‚politische Organisation` zu setzen. Versuchsweise schlage ich vor: eine Zeitung ohne politische Absicht, ohne politisches Wollen, was irgendwann auch eine organisatorische Perspektive wieder einschließt, eine Zeitung ohne diese Voraussetzungen ist sinnlos."

Was ist die "politische Absicht" von ak/LiMoZ? Einige Stichworte zu allgemeinen programmatischen Zielvorstellungen: Abschaffung/Überwindung des Kapitalismus, wobei über die richtige Strategie kontrovers diskutiert werden kann. Opposition gegen die Auswirkungen des kapitalistischen Konkurrenzsystems im eigenen Land und weltweit: Verelendung, Gegensätze Nord-Süd und Arm-Reich, Umweltzerstörung und Vergiftung. Für Frauenemanzipation. Gegen jede Diskriminierung von Minderheiten und Schwachen: gesetzliche Gleichstellung. Gegen Nationalismus, Regionalismus und Heimattümelei (auch "linke"). Entschiedenes Nein zu allen Spielarten des Militarismus, aber Unterstützung von Befreiungskriegen (allerdings auch keine Ausgrenzung prinzipieller PazifistInnen). Verteidigung und Ausweitung demokratischer Rechte. Unterstützung fortschrittlicher "Ein-Punkt"-Bewegungen, was solidarische Kritik einschließt.

Diesen Zielen muß die Zeitung "irgendwie" dienen: Sie soll also nicht nur informieren, sondern auch mobilisieren. Sie muß - zumindest in wichtigen Fragen - in der Lage sein, Kampagnen der Linken zu begleiten und zu unterstützen.

2. "Populärwissenschaftlichkeit"

Eine solche Zeitung sollte "die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen": Information, Analyse, Einschätzung. Dies in einer Form, die leicht verständlich ist, keine wissenschaftliche sondern eher eine populärwissenschaftliche Zeitung. Aber: Wo die Welt kompliziert ist, darf sie auch nicht simplifizierend erklärt werden. ak/LiMoZ muß eine Zeitung sein, die es ihren LeserInnen nicht leicht macht: "von der Form her so etwas wie eine linksradikale monatliche ZEIT" (HPH).

3. "Zielgruppe"

Unbestreitbar ist ak, wie in unserer Werbung behauptet wird, eine "Zeitung für Linke". ak/LiMoZ müßte dennoch "im Prinzip" auch für Menschen interessant sein/werden, die sich nicht der Linken im engeren Sinne zurechnen. An der Tatsache, daß sie eine "Westzeitung" ist/sein wird, läßt sich vermutlich bis auf weiteres nichts ändern.

Die Zeitung muß verstärkt über linke Aktivitäten berichten und Initiativen vorstellen. Sie kann sich aber nicht mehr vorrangig an "politische PraktikerInnen" richten. Es müssen auch diejenigen zufriedengestellt werden, die nur Erkenntnis (verbunden mit Lesegenuß) suchen.

4. Inhaltliche Schwerpunktsetzung

Wir können hier nur eine Prioritätenliste aufstellen, die an die Stärke von ak anknüpft. Bei einem gemeinsamen, neuen Projekt würden hier Stärken anderer hinzukommen. Eine Diskussion am Punkt Null - "Was sind die wichtigsten Fragen und wie teilen wir die zur Verfügung stehenden Seiten entsprechend auf?" - wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt. Schwerpunkte sind, bleiben bzw. müssen werden:

* Internationalismus: bewährt und doch verbesserungsfähig

* Antifa (auch international): dito

* Linke bzw. "oppositionelle" Politik: Zusätzlich zur kritischen Begleitung von Bündnisgrünen und PDS müßte auch die Arbeit parteiunabhängiger Gruppen stärker berücksichtigt werden. Regelmäßig soll die Arbeit von Initiativen aus unterschiedlichen Bereichen (Antifa, Antirassismus, Internationalismus ...) vorgestellt werden.

* Imperialismus heute: Bevölkerungspolitik; Öko-Imperialismus; neue Weltordnung: aufsteigende/absteigende Mächte

* Militarismus: Opposition gegen militärische Interventionen, aber auch keine gleichgültige Hinnahme ethnisch-religiös begründeter Bürgerkriege; Information über strategische NATO-Debatten und Rüstungsvorhaben

* Klassengesellschaft BRD: Eindeutige Solidarität mit den Opfern von Verarmung, rassistischer und sexistischer Diskriminierung, staatlicher Repression, Klassenjustiz (das ist weit mehr als die offen "politische" Justiz). Unterstützung der Gleichstellungsforderungen in der ehemaligen DDR.

* deutsche Großmachtpolitik. Sie wird von linker Seite hauptsächlich anhand von Politiker-Sprüchen abgehandelt. Die Untersuchung der tatsächlich betriebenen Außenpolitik (diese ak-Rubrik existiert nicht) ist vorrangig.

* Geschichte: In ak fast ausschließlich Geschichte Nazi-Deutschlands. Was ist mit unserer eigenen linken Geschichte? Würden wir noch einmal "alles genauso machen"? (Stichworte Lenins Parteimodell , chinesische Kulturrevolution u.a.)

* Kultur. Die Beschränkung auf die "Hochkultur" ("anspruchsvolle" Literatur, Filme, Theater) muß aufgegeben werden. Zusätzlich ist eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit der "Alltagskultur" unverzichtbar. Die Kapitalismuskritik darf nicht gemildert, sie muß vielmehr auf das ausgedehnt werden, was als die "Idiotie modernen Lebens" bezeichnet werden könnte (Kritik herrschender Werte wie Tempo, Mobilität, Fitneß etc.).

Einige hier nicht aufgeführte Themen/Rubriken hätten ebenfalls vorrangige Behandlung verdient, sind aber als "Schwerpunkte" von uns kaum realisierbar: linke Debatte (z.B. "Stalinismus", "Zivilgesellschaft", Theorien über Rassismus und Antisemitismus); Linke in Europa; Zukunft der Arbeit/Kapitalismus im 21. Jahrhundert; Umweltpolitik; Medienkritik.

5. Wie geht es weiter?

Unsere Absicht, noch vor der Sommerpause gemeinsam mit anderen auf einer Konferenz über "die Zukunft linker Publizistik in der BRD" zu beraten, wird sich nicht realisieren lassen. Zunächst wird zu klären sein, wer überhaupt zu einer verbindlichen Zusammenarbeit, in welcher Form auch immer, bereit ist; wie die oben skizzierten inhaltlichen Eckpunkte gesehen werden; ob für den Fall einer Bereitschaft zur Fusion über Form und Erscheinungsweise - immer mal wieder ist auch von einer linken Wochenzeitung die Rede - Einverständnis zu erzielen wäre etc.

Um das herauszubekommen, haben wir eine Reihe linker Gruppen, Redaktionen und Einzelpersonen angeschrieben und um Rückmeldung gebeten. Wer sein Interesse an der Zusammenarbeit erklärt, wird in der nächsten Zeit von uns eingeladen oder besucht werden.

Vom Ergebnis dieser Gespräche wird es abhängen, ob, wann und in welcher Zusammensetzung eine Arbeitskonferenz über die Zukunft linker Publizistik stattfinden wird; und ob dabei eine verbesserte Version von ak herauskommt oder ein neues Publikationsorgan, dessen Qualität "alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt".

ak-Redaktion, 25.5.95

35. Ergebnisse der ak-LeserInnenumfrage

Positives Gesamturteil - und haufenweise Verbesserungsvorschläge

Autor: Fragebogenkollektiv · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:34

Zum erstenmal in der Geschichte von ak (vormals Arbeiterkampf) haben wir, die Redaktion, eine LeserInnenbefragung durchgeführt. Hintergrund dafür ist die Lage, in der sich ak derzeit befindet. In dem Artikel "Die Lage ist ernst - verändern wir sie!" in ak 375 vom Februar dieses Jahres hat die Redaktion die derzeitigen politischen, personellen und finanziellen Probleme beschrieben und versucht, Auswege zu skizzieren. In diesem Zusammenhang fanden wir es sinnvoll, auch einmal ein Urteil unseres Publikums über das Produkt ak einzuholen, das über die reine Kaufentscheidung hinausgeht. Zu diesem Zwecke war ak 375 ein Fragebogen beigelegt.

Geantwortet haben 205 LeserInnen; dafür zunächst einmal ein herzliches Dankeschön. Das sind - bei einer verkauften Auflage von derzeit rund 3.500 Exemplaren - allerdings nur 5,8%. Im allgemeinen wird in der empirischen Meinungsforschung davon ausgegangen, daß ein Rücklauf von rund 10% nötig ist, um einen einigermaßen repräsentativen Querschnitt der jeweils befragten Gruppe zu haben. Diese Marge haben wir nicht erreicht. Wir können also die Antworten nur als Tendenz innerhalb der LeserInnenschaft auffassen. "Nachtigall, ick hör' Dir trappsen", könnte mensch jetzt denken, da soll unliebsame Kritik unter den Teppich gekehrt werden. Dies ist aber mitnichten der Fall! Es ist ganz einfach so, daß bei der geringen Zahl von Antworten die Streuung auf viele Einzelantworten so hoch ist, daß es kaum möglich erscheint, diese zu vereinheitlichen und auf einem quantifizierbaren Niveau zusammenzufassen.

Das Gesamturteil

Das Gesamturteil über ak fiel erfreulich positiv aus: 150 Personen gaben ak eine sehr gute bis gute Gesamtbeurteilung; 37 votierten mit "sehr gut" (18,1%), 113 mit "gut" (55,4%). Dies bedeutet, daß 73,5% ak positiv beurteilen. 46 (das sind 22,5%) fanden ak befriedigend/annehmbar. Diese Beurteilung könnte nun auch noch zu den positiven Urteilen gezählt werden, was dann zu einer Zustimmungsquote von 96,1% führen würde (SED läßt grüßen?!). Wir halten es aber für ehrlicher, das Urteil "annehmbar" nicht nachträglich in "gut" umzufälschen.

Die eindeutig negativen Beurteilungen blieben mit 2,9% (6 Äußerungen) für das Urteil "oft ärgerlich" und nur einem Prozent (2 Personen) für "schlecht" erstaunlich gering. Natürlich ist hier anzumerken, daß die wirklich Unzufriedenen in dieser Statistik nicht vorkommen. Denn die haben, so denken wir uns, die Zeitung längst von ihrer Leseliste gestrichen.

Nach Ansicht von 48,1% ist ak im Laufe des letzten Jahres unverändert geblieben. 25,7% sagen, die Zeitung sei "kaum besser geworden", aber 21,4% sind der Ansicht, daß sie "leider schlechter geworden" sei. Nur 4,8% sind der Meinung, daß wir uns innerhalb des letzten Jahres insgesamt verbessert haben.

Was gefällt? Was wird kritisiert?

Die Beurteilung der einzelnen Rubriken ist aus Gründen der Übersichtlichkeit in der nebenstehenden Tabelle zusammengefaßt. Am besten schneiden die Rubriken ab, die regelmäßiger Bestandteil der Zeitung sind, darunter Internationales mit 88,1% positiven Bewertungen ("gut" und "sehr gut"), Antifa (82,9%), Innenpolitik (81,5%) und die Serie "Kapitulation und Befreiung" (80%).

Bei Fragen nach dem Gefallen bzw. dem Nicht-Gefallen von Artikeln erhält mensch als Antworten naturgemäß ein weites Spektrum. Oft werden einzelne Artikel erwähnt, die die Gunst oder Mißgunst der LeserInnen erhalten, ebenso oft aber auch ganze Themenbereiche. Als Einzelartikel wird oft z.B. der Mexico-Artikel "Tequilaeffekt" genannt, als Themenbereich taucht unsere Serie "Kapitulation und Befreiung" auf, aber auch die "Italien-Berichte". Interessant sind zwei Paarungen. Damit meinen wir die Artikel, Rubriken oder Themenbereiche, die sowohl bei der Positiv- als auch bei der Negativfrage auftauchen. Denn diese Konstellation gibt einen - wenn auch oberflächlichen - Eindruck davon, was die LeserInnenschaft als kontrovers, als "strittig" betrachtet.

Kai Ehlers taucht in beiden Kategorien auf, und nicht nur das, er erscheint in beiden genau sechsmal. Nur schade, daß sich diese Polung nicht in Form von lobenden bzw. kritisierenden LeserInnenbriefen in ak niederschlägt.

Die zweite kontroverse Paarung gibt es bei der Berichterstattung über/zur PDS, die später genauer beleuchtet wird. Das Spektrum der Artikel, die der LeserInnenschaft - soweit sie auf den Fragebogen geantwortet hat - gefallen, soll nun etwas genauer betrachtet werden: Vorweg sei nochmals gesagt, daß es sich vielfach um Einzeläußerungen handelt. Es fängt damit an, daß ganze ak-Ausgaben gefallen haben, z.B. ak 376. Es werden auch einzelne AutorInnen hervorgehoben, "die Artikel von Klaus Mellenthin, von Albert Sterr, von dsm, Jens zu Italien."

Als Themenbereich führt die Hitliste eindeutig unser Schwerpunkt "Kapitulation und Befreiung" an. Danach taucht in unterschiedlicher Form das Thema "Auschwitz" auf, sei es allgemein oder als Nennung einzelner Artikel. "Warum Auschwitz?", Artikel zu 50 Jahre Befreiung von Auschwitz.

Oft werden auch einzelne Stichworte oder Namen genannt: K.-H. Roth, Mexico, viele, R. Gössner u.a. Aber auch: "Die wenigen Fußballberichte immer!", "nix", "müßte ich nachsehen, habe jetzt aber keine Lust" oder auch "nein, die Artikel existieren erst gar nicht!".

Im negativen Bereich tauchen neben den genannten Themen PDS und den Artikeln von Kai Ehlers die Berichte zum Rechtsstreit mit Gremliza auf. Ansonsten gibt es hier ein kleineres Spektrum, das wesentlich durch Einzeläußerungen geprägt ist. Das Themenfeld reicht von: "Anthroposophie-Verteidiger" über "unkommentierte RAF-Briefe" bis zu "nö, eigentlich nicht. Wenn mich ein Artikel langweilt, blättere ich weiter".

Über dies alles hinaus sandten uns die LeserInnen 162 Verbesserungsvorschläge und 232 Antworten auf die Frage "Was vermißt du in ak?" Mehrfachnennungen waren natürlich möglich. Diese Antworten zusammengenommen lassen sich in zwei Kategorien einteilen, zum einen inhaltliche Vorschläge und Wünsche, zum anderen solche zum Komplex äußeres Erscheinungsbild, Layout, journalistische Qualität, Schreibstil.

Nomen est omen: mehr Analyse, mehr Kritik!

Absoluter Spitzenreiter sowohl bei Verbesserungsvorschlägen als auch bei "Was vermißt du in ak?" ist der Themenbereich Diskussion / linke Debatte / Analyse / Theorie, der insgesamt 98mal genannt wird. Dem entspricht, daß 60,9% der antwortenden LeserInnen die Rubrik "Diskussion" mit mittelmäßig oder unzureichend bewerten. Etwas strukturierter sehen die Wünsche dann so aus: Mehr Diskussionsprozesse in der Linken (8mal), mehr inhaltliche (offene; linke; kontinuierliche; aktuelle; organisatorische; Perspektiv-) Diskussion und Debatte (15mal), mehr kontroverse Diskussion (9mal), mehr Auseinandersetzung mit anderen linken Strömungen (von bewaffneter Kampf über Vereinigte Linke, ökolinks, bis zum Anarchismus) (9mal). Zu diesem Bereich gehört auch: mehr zur Linken (Konstituierung; Strategie; Krise; Programmatik; Organisation; Szene; Vielfalt;) (13mal), mehr über linke Gruppen in der DDR und mehr zur linken Praxis (mehr praktischer politischer Kampf, mehr Aktionsinfos, mehr über aktive Gruppen) (8mal).

Die Rubrik Parteipolitik / Organisationen / Wahlen finden 53,6% sehr gut bis gut. Zu den Parteien auf der linken Seite gibt es unterschiedliche Anforderungen an ak: Ein Teil fordert "Abkopplung von Realpolitik (früher Grüne, jetzt PDS)", "weniger Parteienfixierung"; andere wollen eine sachliche Analyse der Grünen, einzelne aber auch "weniger Grüne". Am spannendsten ist die Einschätzung zur PDS: Bei der Frage, welche Artikel die Gunst oder Mißgunst der LeserInnen erweckten, wird die Berichterstattung zur PDS achtmal in der positiven Kategorie erwähnt und 15mal in der negativen. Bei den Verbesserungsvorschlägen äußern sich 13 LeserInnen zur PDS, alle stehen der PDS-Berichterstattung in ak skeptisch gegenüber: Die Ablehnung reicht von "PDS-Verlautbarungen minimieren" über "größere Kritikfähigkeit gegenüber der PDS" bis hin zu "weniger PDS" und "keine PDS". Insgesamt überwiegt damit deutlich das Mißfallen.

Mehr Theorie (linke; politische; marxistische; kritische; Diskurstheorie; "neue theoretische Inseln im kapitalistischen Meer"; Theoriebildung; Wissenschaftskritik; "mehr Theorie, aber leicht verständlich") (20mal); mehr Analyse (mehr Mut zu; mehr Analyse, mehr Kritik; mehr theoretisch-analytische Berichte; aktuell umfassende A.) (5mal) und "Mehr Kritik im Hinblick darauf, was aktuell an zentraler Ideologie-Vermittlung und Medien-Gehirnwäsche abläuft."

Breiten Raum nimmt der Wunsch nach mehr Artikeln über Wirtschaft (17mal) und Arbeitswelt (16mal), Ökologie (18mal), technologische Entwicklung (8mal) und Sozialpolitik (8mal) ein. Gewünscht werden Artikel über Weltwirtschaft ebenso wie ein "besser strukturierter Block Wirtschaft mit Analyse der aktuellen sozio-ökonomischen Entwicklung" und eine Aufarbeitung moderner Entwicklungen wie "Managementkonzepte", "Change Management" und "Privatisierung". Vielfach wird eine Zusammenschau von "Kapital und Arbeit", "Massenarbeitslosigkeit im Vergleich zur ökonomischen Situation", "Kritische Berichte zur Arbeitsmarktpolitik, zur Ausbeutung des Volkes" gewünscht sowie "Wirtschaft und Gewerkschaft" und mehr über "Gewerkschaftsdebatten".

Der Bereich Ökologie wird im Zusammenhang gesehen mit der Wirtschaft: "Umweltschutz ökonomisch reflektieren" und mit der Wissenschaft: "wissenschaftliche Berichte zum ökologischen Bereich". Die Bewertung von "Ökologie/ Umwelt/Anti-AKW" entspricht in etwa den Mehrbedarfswünschen: 32,2% bewerten sehr gut bis gut, 51,2% mittelmäßig bis unzureichend, und 16,6% geben keine Note.

Auch im Bereich Technologieentwicklung werden Themen der späten 80er und 90er Jahre in ak vermißt: "neue Kommunikationstechnologien", "Naturwissenschaften, Medizin, Genforschung" und eine differenzierte Sichtweise gefordert: "Wissenschaft/High Tech nicht pauschal ablehnen, sondern sich mit der Rolle derselben in der zukünftigen Gesellschaft auseinandersetzen".

Meeeehr Kuuuultuuuur!!! Mit am heftigsten vermißt wird der Bereich Kultur, 57mal wird Kultur allgemein, Literatur, Bücher, Theater, Kunst, Filme, Medien, Fotografie, Musik, Alltagskultur, Jugendkultur, Kulturtheorie etc. angemahnt. Dem entspricht, daß 74,1% der LeserInnen die Rubrik "Kultur" mit mittelmäßig bis unzureichend bewerten. Einzelne LeserInnen haben klare Wünsche geäußert: "Techno / HipHop von links angehen" oder "Ich wünsch mir mehr linke kulturtheoretische Auseinandersetzungen, um über diesen Zugang gesellschaftliche Funktionsweisen / Entwicklungen analysieren zu können."

Ebenso schmerzen Artikel und Auseinandersetzungen zu Frauen, Geschlechterthema, Patriarchat, feministischer Theorie der mehr Artikel aus feministischer Sicht gefordert (29mal). Die bestehende Rubrik "Frauen" finden 57,1% mittelmäßig bis unzureichend, nur 22,4% sehr gut bis gut und ein Fünftel (20,5%) wollte sich dazu lieber gar nicht äußern.

Zu guter Letzt werden Artikel zu einem Bereich (16mal) vermißt, den wir bei der Auswertung Liebe und Leben genannt haben: Pädagogik, Kinder, Arbeitsbedingungen mit Kindern, Liebe und Familie, Homo- und Hetero-Sexualität, Psychologie, Philosophie, Sinnsuche und "Veränderungen im Sozialisationsprozeß (Auswirkungen auf die Persönlichkeit aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen)".

Deutlich ist auch der Wunsch nach Positivem und damit Ermunterung (9mal) durch ak: "Element Hoffnung auf bessere Welt, wie sie aussehen könnte", "Berichte über Selbstorganisation", über "kämpferische Einzelpersonen" und über "positive Aktionen", "differenziertere Analysen über Antifa-Aktionen, Beteiligung auf der Suche nach neuen Wegen".

Viele LeserInnen möchten auch den Gebrauchswert der Zeitung erhöhen: durch eine umfassendere Rubrik "aufgeblättert" und "Kalender", "Terminanzeigen, was wo politisch läuft (kritisch-linke Veranstaltungen)", "A-Z Nachrichtenseiten", "Kleinanzeigen mit Kontakten zu Menschen mit ästhetisch-humanistischem Lebensstandpunkt", "in jeder Nummer eine Zeitschrift vorstellen, Buchverlage einbeziehen", "mehr LeserInnenbriefe" (bitte, bitte, nur zu, werte LeserInnenschaft!!) bis hin zu "kommerzieller Werbung".

Aufmachung, Layout, Schreibstil

Die Aufmachung der Zeitung (Layout und Fotos) wird von 80,7% als "gut" bis "mittelprächtig" bewertet, wobei die Mehrheit (51,9%) das Urteil "mittelprächtig" gewählt hat. 9,6% halten die Aufmachung für "langweilig", 2,1% für "schlecht" und 7,5% für unübersichtlich: Insgesamt sind 19,2% mit der Aufmachung von ak nicht zufrieden. Aber auch die Bewertung "mittelprächtig" bedeutet, daß es nach Ansicht dieser 51,9% doch einiger Verbesserungen bedarf.

Damit erhält ak zwar eine gute bis sehr gute Gesamtnote, aber bei genauerer Betrachtung fällt das Urteil dann doch etwas ernüchternder aus. Das Layout halten 48,4% für "mittelprächtig", 23,9% für "gut und übersichtlich" und 13,6% für "langweilig". Insgesamt sind 27,7% der Ansicht, daß das Layout von ak keine positive Beurteilung verdient. Bei den Verbesserungsvorschlägen wird 11mal ein besseres, übersichtlicheres,

großzügigeres, moderneres Layout gewünscht plus 7mal "weniger Bleiwüste", 3mal eine klarere Titelseite. Zusätzlich gibt es dezidierte Wünsche nach einem zusammenhängenden Layout, die Artikel sollen eine Seite nicht überschreiten und nicht irgendwoanders ihre Fortsetzung finden. 8 LeserInnen wünschen sich ein anderes Format.

Die Aussagekraft und die Qualität der in ak verwendeten Fotos wird etwas besser als das Layout beurteilt. Immerhin sind 30,2% der Meinung, die Fotos in ak seien "gut und aussagekräftig"; 50% finden sie "mittelmäßig". 19,7% halten die Fotos für "wenig aussagekräftig" bzw. "schlecht". Auch bei den Verbesserungswünschen wird die Forderung nach mehr und aussagekräftigeren, subtileren Fotos (6mal), mehr Grafiken, Statistiken, Schaubildern und Karikaturen erhoben. Dazu paßt, daß 48,1% den ak für zu humorlos halten und mehr Witz, Satire, Humor, Spaß und Provokation als Verbesserungen vorgeschlagen werden, Polemik jedoch vereinzelt abgelehnt wird.

Der Schreibstil von ak wird von der Mehrheit (76,4%) für "gut" bzw. "klar und verständlich" gehalten. 19,7% urteilen negativer: 14,8% halten den ak-Stil für "mäßig", 4,4% für "umständlich und langweilig" und 0,5% (eine Person) für "unverständlich". Bei den Verbesserungsvorschlägen wird ein "stärker journalistischer Stil mit politisch-wissenschaftlichem Hintergrund" gewünscht, "lebhaftere Berichte und Erzählstil" werden angemahnt. Einzelne LeserInnen fordern "mehr Reportagen", "mehr interessante Interviews" (wie die junge welt auf den Seiten 2 und 3), "Kolumnen" und "zielgruppenbezogenen Journalismus" (Wer mag wohl die Zielgruppe sein? die geplagte Auswertungscrew).

Besonders hervorstechend ist mit insgesamt 20 Nennungen der Wunsch nach kürzeren Artikeln, Kurzberichten und Kurzmeldungen. Aber es gibt auch Stimmen, die wünschen: "Bitte, bitte keine lay-out-Reform auf Kosten der Textlänge. Es gibt kaum noch Zeitungen, die ausführliche Texte drucken, aber viel zuviel Zapping-Medien à la Focus, taz, Stern" und uns bestätigen: "Bleibt bei den langen, ausführlichen Artikeln. Das große Plus des ak!" "Mehr Artikel, die Entwicklungen zusammenhängend darstellen." "Noch stärkere Konzentration auf ausführliche, faktenreiche Hintergrundartikel."

Gleichzeitig mit dem Wunsch nach kürzeren Artikeln wird der bereits von ak eingeschlagene Weg der Schwerpunktsetzung gelobt und die Fortsetzung ermutigt. 80,2% bewerteten den Schwerpunkt "Kapitulation und Befreiung" mit sehr gut bis gut. Neben "mehr Schwerpunktsetzung" wird auch gewünscht, "feste Rubriken zu sozialen und politischen Brennpunkten" einzurichten, "die ab und zu als Sonderdrucke herausgegeben werden".

Zukunft von ak

Damit wird die Frage der (journalistischen) Zusammenarbeit mit anderen aufgeworfen. 83,2% sind dafür, die HerausgeberInnenschaft von ak auf eine breitere Basis zu stellen. 7,7% sind explizit dagegen, und 9,2% haben sich nicht dazu geäußert. Die Mehrheit empfiehlt, sich mit Gruppen und/oder Einzelpersonen aus dem weiten Feld der Linken zusammenzutun (22,2%).6,8% gaben die Empfehlung, wir sollten uns mit der SOZ/VSP zusammenraufen. Darüberhinaus gibt es ein breites Spektrum an Empfehlungen, das von einem Bündnis mit der Gruppe K über konkret, Freitag, Karlheinz Roth bis zur Titanic reicht.

Bei denjenigen, die der Idee einer erweiterten Herausgeberschaft ablehnend gegenüberstehen, dominiert die Befürchtung, daß die Inhalte von ak verwässert würden und daß das Zusammenwürfeln von mehr oder weniger maroden Haufen noch lange keine interessante und überlebensfähige Zeitung zustandebringt.

Darüberhinaus wurden uns etliche Vorschläge gemacht: 1) Was lieber nicht: "Konzentration auf speziell linke Themen verringern (z.B. lange Interviews mit Befreiungskämpfern)". - "Weniger 70er Jahre-Themen". - "Es fehlt die Streitsubstanz im produktiven Sinne; es wird zu sehr im Althergebrachten gebadet (Rechts/ Links-Symmetrie mal überdenken)". - "Weg vom Sektierertum". 2) Was wird gewünscht? "Statt: linke Zeitung für Theorie/Diskussion eine linke (ausgehend von einer revolutionären, sozialistischen Grundauffassung) Zeitung, nicht einer bestimmten Linie, sondern einem bestimmten Journalismus verpflichtet". - "Moderne Themen (Ethnizität, Menschenrechte, Rassismus, Diffesmus, humanit, Provinzialismus." - "Diskussion: woher kommt rechtes Denken (Identität, Nation, Heimat)." - "Versuchen, über interessante Interviews (oder Artikel von bekannten Leuten) eine Wichtigkeit als Zeitung in einem gegebenen Moment zu kriegen, d.h. um mitreden zu können, sollte mensch ak gelesen haben müssen. Als Beispiel bietet sich an: Elfriede Jelinik-Interview zu ihrem neuen Stück; Giordano-Interview zum 8. Mai; Gastautorinnen schreiben lassen, evtl. auch mehr

Kolumnen, z.B. von W. Wolf, W. Droste, etc." - "Als Streit angelegte Zeitung (gelesen von Anarchos bis Sozialdemokraten) sollte mehr ‚innerlinke` Diskussion gebracht werden". - "Mehr Beilagen, gemeinsame Ausgaben (wie Morgengrauen)", "Kooperation, direkter Austausch mit linken AutorInnen, Zeitschriften in der BRD", "Kolumnen von GastautorInnen", "NachwuchswissenschaftlerInnen veröffentlichen gerne (Politik, Soziologie, Philosophie)", "mehr FachautorInnen gewinnen". ak ist für 39,8% zu wenig linksradikal.

Bei all diesen Anforderungen und Wünschen haben die LeserInnen zum Glück auch ein Einsehen in die Realität der kapitalistischen und der linken Welt: "Die Linke muß wieder ‚stärker` werden, dann gibt's auch wieder mehr spannende Diskussionen in ak." - "Mehr Debatte, mehr Praxis: ist aber kaum von ak als solchem und alleine zu leisten." - "Keine überhöhten Ansprüche formulieren!"

Obwohl ja bekanntlich beim Geld der Spaß aufhört, sind 41,8% bereit, 8 DM für unser Produkt zu bezahlen, 34,4% würden 10 DM berappen und nochmals 11,1% sogar 12 DM, aber 12,7% möchten nur 6 DM bezahlen. Bei einigen gibt es durchaus die Bereitschaft, für ak noch mehr zu bezahlen. Dies reicht von Äußerungen wie "soviel wie nötig" bis hin zu "25 DM". (Leider haben wir aufgrund der anonymen Datenerhebung die Adresse dieses großzügigen Menschen nicht notiert.)

Fazit: Insgesamt entsteht der Eindruck, daß die LeserInnenschaft sich ak als moderne Zeitung wünscht, sowohl in der äußeren Aufmachung, in Layout und Fotos, in einer Mischung aus fundierten Hintergrundanalysen, Schwerpunkten und kürzeren Artikeln, interessanten Interviews etc. als auch in der Behandlung der Themen: Die Stärken der Zeitung (vor allem die Rubriken Internationales, Antifa, Zeitgeschichte) werden durchaus geschätzt, aber gleichzeitig soll die Beleuchtung und Einschätzung von neuen wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen stärker berücksichtigt werden. Dabei soll ak keinesfalls weniger radikal Stellung nehmen, eher stärker Position beziehen. Diskussion und Debatte soll ein wesentlich größerer Stellenwert zukommen.

Zu guter Letzt eine nicht repräsentative Auswahl dessen, was uns die LeserInnen ins Stammbuch schreiben: "Weitermachen!" "Revolution!" "Radikal, also Mensch bleiben!" Dagegen ist nichts einzuwenden.

Das Fragebogenkollektiv

36. Unsere LeserInnen

Autor: Fragebogenkollektiv · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:35

Unsere Lese-rInnen

Ein Teil der von uns gestellten Fragen richtete sich auf Lebensverhältnisse, Alter, Einkommen, politisches Engagement und Lesegewohnheiten unserer LeserInnenschaft.

Wie wird ak gelesen und seit wann?

88,2% lesen die Zeitung regelmäßig, Ausgabe für Ausgabe, und nur 5,9% lesen nur jede zweite oder dritte Ausgabe oder gelegentlich. 71,7% erhalten ak im Abo, 19,5% holen sich die Zeitung im Buchladen. Damit ist ak - ebenso wie andere linke Publikationen, wie etwa die SoZ - auf dem Wege, eine reine AbonnentInnen-Zeitung zu werden. Die Mehrzahl (54,6%) liest einzelne Artikel, während erstaunlicherweise 44,3% versuchen, die Zeitung vollständig zu lesen. Für 67,7% ist die aktuelle Meinungsbildung das zentrale Motiv, ak zu lesen. 25,9% benutzen die Zeitung als "Hilfe für die politische Arbeit", allerdings wurde bei der Beantwortung dieser Frage auch immer wieder darauf hingewiesen, daß mensch ak aus Tradition, Solidarität u.ä. liest. Auch für ak gilt, daß sie von mehr Leuten gelesen wird als gekauft. Auf 43,5% der zurückgesandten Fragebögen war zu lesen, daß ak von bis zu drei Personen gelesen wird; 44% gaben an, in einer Wohngemeinschaft oder Vergleichbarem zu leben. ak als monatliche WG-Lektüre - eine schöne Vorstellung!

Von 1971 bis 1995 erstrecken sich die Antworten auf die Frage: "Seit wann lesen Sie/liest du ak?". 28,3% gaben an, ak bzw. den damaligen Arbeiterkampf in den siebziger Jahren als Lektüre entdeckt zu haben, wobei 5,4% die Zeitung bereits seit 1971 lesen. Die größte Gruppe von LeserInnen, nämlich 41,4%, lesen ak bzw. Arbeiterkampf seit den achtziger Jahren. Auf die neunziger Jahre entfallen 28,8%, wobei die Jahre 1990 (7,3%) und 1993 (7,8%) am häufigsten genannt werden. Diese Aufteilung zeigt, daß ak sowohl eine solide LeserInnenschaft aus der Tradition der Linken der siebziger Jahre - Stichwort: K-Gruppen - als auch ein neueres Publikum aus den neunziger Jahren hat. Das Gros der LeserInnen wurde aber in den achtziger Jahren gewonnen. Es sind - wie weiter unten noch gezeigt werden wird - diejenigen, die Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre an den Unis oder sonstwo ihre politische Sozialisation durchlaufen haben und darüber zu LeserInnen von Arbeiterkampf und ak geworden sind.

Allein 60 verschiedene Antworten gab es auf die Frage: "Wie haben Sie/hast du ak kennengelernt?". Die Bandbreite der Antworten reicht von Bekannten (10,7%) über die verschiedenen Zusammenhänge des ehemaligen KB (15,1%), dem Buchladen (12,2%), den FreundInnen (10,7%) oder Unizusammenhängen (4,9%) bis zu einzelnen Äußerungen wie: "in den USA", "durch Zufall" oder: die Zeitung "lag im VL (Vereinigte Linke, ak)-Büro aus".

Der durchschnittliche ak-lesende Mensch

Er ist männlich (82,4%),zwischen 30 und 39 Jahre alt (53,4%), hat einen Hochschulabschluß (61,7%), arbeitet höchstwahrscheinlich als Angestellter (24,9%), lebt in einer Stadt mit mehr als 200.000 Einwohnern (59,7%), wohnt in einer WG (44%) und verfügt über ein Einkommen von 1.000 bis 2.000 DM (netto) im Monat.

Es muß leider gesagt werden: ak ist eine Männerzeitung. 82,1% rechnen sich zu eben diesem Geschlecht, 11,7% sind Frauen, und 6,1% können oder wollen sich nicht festlegen.

Die Altersstruktur der 205 AntwortgeberInnen liest sich wie folgt: Unter 20 Jahre - 1%; zwischen 20 und 29 Jahren - 23,0%; zwischen 30 und 39 Jahren - 53,1%; zwischen 40 und 49 Jahren - 18,4%; zwischen 50 und 59 Jahren - 3,1%; 60 Jahre und älter - 1,0%.

Die Fragen zum Bildungsabschluß verweigerten 2%. 5,6% haben einen Volks- bzw. Hauptschulabschluß, 8,7% den einer Realschule, 23,5% das Abitur bzw. Fachabitur, und 60,2% schmücken sich mit einem Hochschul- bzw. Uniabschluß.

Bei der Frage nach der beruflichen Betätigung ergibt sich keine klare Mehrheit für eine bestimmte Berufsgruppe. Mit 24,5% sind zwar die Angestellten leicht in Führung, es folgen aber mit 15,3% die FreiberuflerInnen/Selbständige dicht auf den Fersen. 14,3% sind StudentInnen, 10,2% JobberInnen. 9,2% sind erwerbslos, und ak darf sich über ebenso viele Beamte freuen.

59,7% der Menschen, die diesen Fragebogen an uns zurückgeschickt haben, leben in einer Stadt mit mehr als 200.000 EinwohnerInnen. 14,8% leben in solchen größer als 100.000, 9,2% immerhin noch in Städten mit mehr als 50.000 EinwohnerInnen. Die restlichen 15,3% verteilen sich auf Kleinstädte (13,3%) und Orte mit weniger als 1.000 Einwohnern (2%).

42,9% gaben an, in einer WG zu leben. 30,1% leben in einer Familie und 25% allein. 36,2% verfügen über ein Einkommen (netto) von 1.000 bis 2.000 DM monatlich, 21,4% müssen mit weniger als 1.000 DM auskommen. 17,9% verfügen über bis zu 3.000 DM im Monat, und 11,7% dürfen sich über bis zu 4.000 DM freuen. 6.6% stehen bis zu 5.000 DM zur Verfügung, 4,6% sogar mehr als 5.000 DM.

Engagement

74,5% der Personen, die uns geantwortet haben, bezeichnen sich selbst als "politisch engagiert". Die genannten Bereiche sind so vielfältig wie das Leben. Sie reichen von Antifa- und Antirassismus-Gruppen über kirchliche Zusammenhänge, Gewerkschaften bis zu Parteien. 19% sind im Bereich Antifa/Antifagruppen aktiv, 18,3% betätigen sich im weiten Feld des Internationalismus bzw. der internationalen Solidaritätsarbeit. Für 11,8% ist der Bereich "Antirassismus" das vorherrschende politische Betätigungsfeld. Aber auch Kulturgruppen finden mit 8,5% und Gewerkschaften mit 5,2% aktive Mitglieder im Kreis der ak-LeserInnen. Bei den Parteien führen die Grünen mit 7,2%, die PDS folgt mit 2,6%.

Was wird sonst noch gelesen?

Neben ak wird am häufigsten konkret gelesen. Für 29,3% unserer LeserInnen gehört sie zur regelmäßigen Lektüre, 28,3% schauen gelegentlich in das Konkurrenzblatt. Die taz folgt mit 28,3% dicht auf dem Fuße, sie hat aber bei den unregelmäßig Lesenden mit 32,7% gegenüber konkret die Nase vorn. Bei den Tageszeitungen kommt die Frankfurter Rundschau mit 22,4% für die regelmäßige Lektüre auf den zweiten Rang, gefolgt von der Jungen Welt mit einem deutlich geringeren Anteil von 11,7%. Das Neue Deutschland kommt auf 9,8%, die Süddeutsche Zeitung und die Frankfurter Allgemeine auf 5,4%. Auch in der Kategorie des gelegentlich Gelesenen kommt die FR auf 28,8%, die JW auf stattliche 26,8%, das ND auf 21,0%, die SZ auf 15,6%, und die FAZ muß sich mit 9,3% begnügen.

Bei den wöchentlich erscheinenden Publikationen ergibt sich für die regelmäßige Lektüre folgende Verteilung: Spiegel 15,1%, Freitag 7,8%, Zeit 5,4%, Die Woche und Stern 2,9% und Wochenpost 1%. Den Focus liest aus dem Kreis der Befragten niemand regelmäßig. Auch beim gelegentlichen Konsum kommt er gerade mal auf 3,9% (beim Zahnarzt?), die Wochenpost auf 4,4% und Die Woche auf 10,2%. Stern lesen 11,2% unregelmäßig, Die Zeit wird von 18,5% schon mal zur Hand genommen, dies sagen 16,6% auch über den Freitag. Der Spiegel führt auch hier mit 31,2%.

Neben konkret und Junge Welt interessiert sich die ak-LeserInnenschaft für verschiedene andere linke Publikationen. 10,7% lesen regelmäßig Arranca, 14,7% tun es gelegentlich; Bahamas kommt danach auf 11,2% regelmäßig und 15,1% gelegentlich, Die Beute erreicht regelmäßig 11,2% und unregelmäßig 13,7%. Gerade mal vier Menschen lesen die Hamburger Frauenzeitung, zu gleichen Teilen regelmäßig wie gelegentlich, aber auch Emma wird nur von 1,5% regelmäßig und von 6,3% unregelmäßig gelesen. Die Sozialistische Zeitung der VSP gehört für 7,8% fest zur Lektüre, für 6,3% nur gelegentlich. Links, Kommune und UZ werden nur von wenigen Leuten gelesen, die auch ak lesen.

Aber auch andere Zeitungen und Zeitschriften werden mit Interesse gelesen. Dieses Spektrum reicht von El Pais über die verschiedensten lokalen Zeitungen bis zu Argument, ProKla und den diversen Internationalismuspublikationen wie ILA und IZ3W.

Das Fragebogenkollektiv

37. Notwendige Erklärung. Warum wir nicht mehr RedakteurInnen der "jungen Welt" sind

Autor: Dreyer, Lang, Öder, Tolmein, Weber · Rubrik: Medien; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:23

Wir veröffentlichen im folgenden einen Text von fünf ehemaligen RedakteurInnen der jungen Welt. Sie begründen darin, warum sie sich an dem Versuch, nach dem Konkurs des herausgebenden Verlages die Zeitung von den MitarbeiterInnen eigenständig weiterzumachen, nicht beteiligen. Die darin aufgeführten Gründe sind nicht nur für den konkreten Gegenstand interessant, sondern auch für die von uns begonnene Diskussion um den Stand linker Publizistik, spiegelt sie doch die Schwierigkeiten dieses Genres auf einem hohen Organisationsgrad (in einer Tageszeitung) wider.

Vorbemerkung: Dieser Text wurde Anfang Mai geschrieben und konnte aufgrund der Abstimmungsprobleme zwischen Nord-, Süd- und Ostdeutschland die neuesten "Differenzen", "Gegendarstellungen", "Sach-Zwänge" für Diskussionen etc. nicht aufgreifen. Wir denken aber, daß für die von uns beabsichtigte Debatte die Droste-, die "Mißbrauch mit dem Mißbrauch"- und die Haupt-/Nebenwiderspruchs-Diskussionen wenig beitragen können - diese Kontroversen wurden schon einmal in einer "ganz anderen Tageszeitung" ausgefochten und nichts spricht bislang dafür, daß die Diskussion in der jW produktiver ausfallen könnte. Und Neu-Begründung von Tabubrüchen und ML-Nostalgie finden wir schrecklich ermüdend.

Wir sind in den letzten Wochen von vielen Leuten angesprochen worden, warum wir nicht mehr RedakteurInnen der jungen Welt sind, in etlichen Debatten haben wir die wildesten Vermutungen über das gehört, was sich in der jungen Welt nach dem Konkurs des "azzurro Medien Verlages" ereignet habe ("die antinationalen Dogmatiker aus Hamburg sind weg", "die junge Welt wird wieder eine Ost-Zeitung"). Da die neue (Chef-)Redaktion in dieser Frage wenig Transparenz hergestellt hat und wir andererseits denken, daß die Differenzen innerhalb der alten (und damit auch zwischen Teilen der alten und Teilen der neuen) jungen Welt für das Verhältnis von radikalen Linken und Feministinnen zu Medien allgemeinere Bedeutung haben, haben wir ein paar kritische Überlegungen aufgeschrieben. Um es vorwegzunehmen: Unser Verhältnis zur jungen Welt heute ist widersprüchlich. Einzelne von uns schreiben weiterhin für sie, weil wir wissen, daß es keine andere Tageszeitung in Deutschland gibt, in der z.B. ohne Einschränkungen eine linke Berichterstattung über den Hogefeld-Prozeß oder eine antiparlamentarisch fundierte Kritik an den Grünen etcpp. veröffentlicht werden kann. Einigen Leuten in der Redaktion wissen wir uns außerdem persönlich und politisch nach wie vor verbunden. Uns liegt also überhaupt nichts daran, Stimmung gegen das neue Projekt zu machen. Wir lehnen aber, z.T. aus Erfahrungen mit linken Medienprojekten, die weiter zurückreichen als die Geschichte der jungen Welt im Westen, auch die Solidarität ab, die "Hauptsache sie erscheint" bzw. "weiter weiter" sich eine Auseinandersetzung mit dem Objekt des genügsamen Engagements erspart. Und auch der Hinweis, daß Kritik zu warten habe, bis die Krise überwunden, durchwandert oder ausgestanden sei, überzeugt uns nicht (zumal innerlinke Kritik damit bis auf weiteres umfassend suspendiert wäre).

Die junge Welt, die im April 1994 von Hermann L. Gremliza entscheidend umgestaltet worden ist, hatte im Oktober 1994 eine weitere Zäsur erlebt. Mit dem Antritt von Oliver Tolmein als Chefredakteur sind auch die meisten von uns zur Redaktion gestoßen, u.a. aufgrund der Bemühungen, möglichst viele Frauen als Autorinnen und Redakteurinnen für ein in schlechter linker Tradition männerdominiertes Blatt zu gewinnen. Im März 1995 war diese junge Welt an einem Endpunkt angekommen: Das lag zum einen sicher an der unzureichenden finanziellen Ausstattung (oder Engagement) des Verlages. Zum anderen aber daran, daß sich die Abozahlen entwickelt haben, wie vernünftigerweise zu erwarten war - daß eine "vernünftige Entwicklung" nicht ausreichen würde, eine gute linke Zeitung zu machen, war allen Beteiligten aber klar (und auch in diversen Anzeigen und öffentlichen Statements erklärt worden). Eine Steigerung von ca. 150 auf ca. 260 Abos innerhalb eines Jahres in Westberlin (um nur mal ein besonders krasses Beispiel zu nennen) hat sicher auch ein paar hausgemachte Gründe (z.B. schlechtes Image des Verlages, zu wenig Werbung), dokumentiert aber auf jeden Fall, daß der Bedarf nach einer "täglich linken radikalen Tageszeitung" nicht so dringend war, wie wir gewünscht haben (und wie es nötig gewesen wäre).

Angesichts dieser Situation war für uns im April die Frage: Mit welcher Perspektive könnte die junge Welt weitergeführt werden? Und: Warum sollte die junge Welt weitergeführt werden? Genau darüber ist in den

entscheidenden Tagen überhaupt nicht geredet worden. Statt dessen hat sich eine (größer werdende) Gruppe für die Weiterführung um jeden Preis ausgesprochen. Als Begründung diente die Generalklausel, daß ein linkes Projekt wie die junge Welt gerade in diesen Zeiten nicht aufgegeben werden dürfte. Für uns stand dagegen im Vordergrund die Frage: Was kann die junge Welt weiterhin (politisch und journalistisch) leisten? Klar war, daß der Umfang auf absehbare Zeit auf 16 Seiten (also um ein Drittel) reduziert werden müßte, daß deutlich weniger Leute weiterhin in der Redaktion und im nicht-redaktionellen Bereich würden bezahlt werden können. Wir hatten aber schon in den Wochen und Monaten zuvor die Erfahrung gemacht, daß wir zu vielen Themen nicht ausreichend recherchieren können, um unseren eigenen Ansprüchen zu genügen. Das hat vor allem damit zu tun, daß wir meinen, linker Journalismus muß mehr sein als nur staatstragende Ideologie in Tickermeldungen durch staatsfeindliche auszutauschen. Es hilft nichts, festzustellen, daß Bioethik nicht humanitär, sondern rassistisch wirkt, wenn wir keine Fakten und Zusammenhänge liefern können, die klären, was "rassistisch" ist, wie Bioethik wirkt etc. Auch die polizeiliche Kriminalstatistik läßt sich nur auseinandernehmen, wenn man die Zeit und die Kenntnisse hat, sie zu analysieren, zu schauen, wie sie manipuliert. Uns ist das in manchen Bereichen gelungen - ganze Themenbereiche haben wir aber, obwohl wir sie für wichtig gehalten haben, auch gar nicht qualifiziert bearbeiten können (z.B. Sozialhilfereform, neue Entwicklungen in der Arbeitsorganisation). In anderen Bereichen haben wir eine zufriedenstellende Berichterstattung nur gewährleisten können, weil die entsprechenden Leute am Rande ihrer Kräfte gearbeitet haben.

Innerhalb der Redaktion hatte diese Routine der Überlastung zur Folge, daß wichtige Diskussionen gar nicht oder erst im allerletzten Moment geführt worden sind: Besonders deutlich wurde das am Thema Sexismus.

Grundlegende Differenzen innerhalb der Redaktion deuteten sich zwar über Monate an, wurden jedoch nicht ausgetragen. Erst als eine Praktikantin (auch das ein Indikator für die Situation in der Redaktion) auf eine Comic-Rezension reagierte, in der eine Vergewaltigung als "angenehm wüst" charakterisiert worden war, ohne daß zwischen Darstellung und Wirklichkeit unterschieden worden war, kam es zu einer Reihe von Stellungnahmen im Blatt, die zunächst eine Diskussion innerhalb der Redaktion ersetzten. Als der Chefredakteur einen weiteren Diskussionsbeitrag aus der Produktion kippte, weil dieser seiner Ansicht nach sexistisch war, kam es zur internen Diskussion - und auch da war zunächst offen, ob sich aus dieser Maßnahme eine Zensur- oder eine Sexismus-Debatte entwickeln würde. Auch für konzeptionelle Auseinandersetzungen (z.B. über die oft kritisierten Sport-Seiten, die 8. Mai- oder die Osteuropa-Berichterstattung) blieb nur wenig Zeit und Kraft. Das hat auch damit zu tun gehabt, daß wir (alle in der jW) versucht haben, eine Zeitung zu machen, in der sehr unterschiedliche linke und feministische AutorInnen präsent sind und aufeinandertreffen (statt nebeneinanderher zu schreiben), so daß eine produktive Spannung entsteht. Ein Linienblatt zu machen ist zweifelsohne weniger anstrengend, aber auch langweiliger. Daß uns die Arbeit trotzdem viel Spaß gemacht hat (und wir sie deswegen auch, wenn wir eine sinnvolle Perspektive gesehen hätten, äußerst gerne weitergemacht hätten) liegt daran, daß immer wieder auch Außergewöhnliches möglich war: Ob es die Recherche zum in Deutschland verschwundenen Plutonium war, das große 2. Juni-Interview zur Peter Lorenz-Entführung oder die Jugend-Ostprojekte-Serie. Wir haben allerdings auch feststellen müssen, daß in Bereichen, die für uns von zentraler Bedeutung waren, die junge Welt auch nicht die Diskussionen oder Aktionen hätte organisieren können, die wir notwendig gefunden hätten. Uns als MacherInnen hat das auch an die (engen) Grenzen unserer Arbeit erinnert - und in dem Moment des Konkurses waren auch das die Punkte, die für unseren Entschluß aufzuhören Bedeutung hatten: Wir wissen, daß mit einer linken Zeitung heute keine Linke organisiert werden kann und wir haben aus eigenen Erfahrungen große Vorbehalten gegenüber zentralen OrganisatorInnen. Wir verstehen linken Journalismus aber auch nicht nur als identitätsunterstützende Service-Leistung für die Szene, die dann ein bißchen mehr über sich und die tolle Hausbesetzung/super Antifa-Aktion/lustige Sprayerei von gestern lesen kann. Wir haben an ein paar Punkten versucht, Diskussionen zu initiieren, Kampagnen zu unterstützen, Gegenöffentlichkeit herzustellen (Hogefeld-Prozeß, Anti-EU-Gipfel, Keine Träne für Dresden, Antisemitismus und Linke). Die Resonanz war manchmal okay, selten wirklich gut, in wichtigen Fragen aber enttäuschend: Ein besonders frustrierendes Beispiel dafür sind die Nicht-Reaktionen vor allem der deutschen UnterstützerInnen-Gruppen zu unserer Kritik des Antisemitismus in Özgür Gündem - unerfreulich war sie vor allem angesichts des breiten Raumes, den die türkeikritische Berichterstattung in der jW eingenommen hat. Nun sind die Erfahrungen, die wir in der jungen Welt gemacht haben, nicht überraschend und auch nicht untypisch - soweit wir es beobachten können, haben andere linke Medien, aber auch linke und feministische

Gruppen, die versuchen, vergleichbare Themen anzugehen, oft ähnliche Probleme. Die Frage ist aber wirklich, ob es dann richtig ist zu behaupten, "die Linke" brauche die junge Welt. Wir hatten eher den Eindruck, die Zeitung wurde als kleines Extra, das man und frau sich nach Bedarf gönnt, genutzt. Das wäre auch weiterhin okay gewesen, hätten wir so bzw. perspektivisch unter besseren Bedingungen weitermachen können - die Arbeit war schließlich insgesamt befriedigend und hat, wenngleich nur sehr punktuell (z.B. beim Kaindl-Prozeß), tatsächlich geholfen, Gegenöffentlichkeit herzustellen.

Uns war aber klar, daß in einer jungen Welt, die weniger Seiten haben wird und die von noch weniger Leuten geschrieben und produziert werden muß, genau diese Zufriedenheit mit der Arbeit abnehmen muß, weil sich auch ein bestimmtes Qualitätsniveau nicht mehr halten lassen wird. Die Mängel, die wir überwinden wollten, würden spürbarer werden müssen: Weder die notwendigen Recherchen, noch die anstehenden Diskussionen sind auch nur mittelfristig von unbezahlten oder kaum bezahlten, dafür aber in noch höherem Maß überarbeiteten Leuten zu leisten, zumal Zeitungmachen eine Arbeit ist, die ein hohes Maß an Professionalismus verlangt (was nicht heißt, daß die Zuarbeit von Nicht-Profis nicht wichtig und sinnvoll ist - deswegen haben wir gerne und viel mit PraktikantInnen gearbeitet - aber das setzt erstmal voraus, daß ausreichend journalistisch qualifizierte Leute da sind, die Zeit und Lust haben und ansprechbar sind). Zudem war absehbar, daß die Reduzierung des Umfangs auch den Pluralismus von Stilformen, Positionen und Themen in der jungen Welt deutlich vermindern wird. Kurz: Die neue junge Welt würde nicht mehr, wie wir es für dringend nötig gehalten hätten (und mit Berlin/Neuland-Seite und Dossiers/Literaturbeilagen sowie der Option auf einen vollständigen Berlin-Teil ansatzweise getan haben), auf Ausbau und Qualitätsverbesserung setzen können, sondern auf Sparen, um zu überleben. An die Stelle des Angebots tritt der Solidarisierungsdruck. Und das kann einer Zeitung nicht nützen, denn die Linke, die Szene, das Publikum (wir alle) ist nicht gnädig, leidenschaftlich selbstkritisch und großzügig, sondern im allgemeinen erstmal schnell beleidigt, empfindlich und gelegentlich etwas kleinkariert. Wer nicht nur von Abos abhängig ist, sondern auch noch vom direkten Wohlwollen, von Spenden und direkter Unterstützung, verkneift sich den einen oder anderen Text, überlegt sich, ob und gegen wen gekoffert werden kann. An die Stelle kritischer Solidarität droht opportunistische Ausgewogenheit zu treten.

Daß die Solidarisierung mit der jungen Welt die Verkaufs-Ergebnisse bringt, die wir im Augenblick beobachten, erstaunt (und freut uns an sich) erstmal - gerade weil die Resonanz auf die politischen Initiativen der Zeitung und auf unsere Aufforderungen zu abonnieren, damit wir ausbauen können, so verhalten waren, hätten wir damit nicht gerechnet. Wir haben allerdings den Eindruck, daß es eine Diskrepanz gibt zwischen der engagierten gemeinsamen Anstrengung für die Steigerung der Abozahlen und dem Interesse/den Möglichkeiten (von Redaktion und LeserInnenschaft), sich inhaltlich mit und in der Zeitung auseinanderzusetzen. Die junge Welt, die wir heute vorfinden und für die wir manchmal noch schreiben, ist nicht mehr die junge Welt, in der wir als RedakteurInnen gearbeitet haben (und ganz offensichtlich will sie es auch nicht sein). Uns ist die politische Zielsetzung, sind die journalistischen Prinzipien der neuen Redaktion unklar. Wir haben aber den Eindruck, daß im Augenblick versucht wird, gleichzeitig ein Szene-Hausblatt, eine Ostzeitung, ein Männermagazin und ein antinationales Linienorgan herzustellen - was aufgrund der knappen Ressourcen und des immens hohen Druckes nicht zu einer produktiven Auseinandersetzung in der Zeitung, sondern zu einem eher beziehungslosen Nebeneinander von Texten führt: auf Seite 3 feiert - man wendet sich an "die LeserInnenschaft" - das ansonsten verbannte große I nochmal ein kleines Comeback, auf Seite 4 wird "feministische Grammatik" zum Nebenwiderspruch erklärt und "political correctness" als Ursache für den Zerfall der Linken ausgemacht. Auf der "Kapital"-Seite wird kurz mal der Zusammenhang von Lohn- und Hausarbeit gestreift, im Kommentar kommt der Hauptwiderspruch zu neuen Ehren. Wiglaf Droste - der auch in der alten jungen Welt geschrieben hat, allerdings nur unter der Maßgabe, daß diese Texte weder sexistisch sein, noch in irgendeiner Weise den Nationalsozialismus (z.B. durch Wortspiele) relativieren durften - gibt mit News über seine Lesetournee einmal mehr Anlaß zum Ärgern. Daß es keine feministische Frauenredaktion mehr gibt, paßt leider gut in dieses Konzept, das in dieser Beziehung auch viel mehr an den deutschen Zeitgeist angepaßt ist, als es seinen Protagonisten lieb sein kann. Denn Deutschland 1995 ist nicht nur Begeisterung für den kroatischen Volkskrieg, sondern auch die Zuspitzung reaktionärer Bevölkerungs- und Reproduktionspolitik.

Ein Engagement für das Weiterexistieren der jungen Welt kann deswegen unseres Erachtens nicht losgelöst sein von einer politischen Auseinandersetzung mit Konzeption und Ausgestaltung des Blattes: Und das ist zur Zeit eher eine Aufforderung an die LeserInnen als an die MacherInnen. Nur so kann nämlich geklärt werden,

wofür wir eine linke Tageszeitung brauchen (wollen) - und erst dann kann sich herausstellen, ob die jW das leisten kann und will. Wir selbst als ehemalige RedakteurInnen der jungen Welt empfinden uns momentan als denkbar schlecht plaziert, um in einer solchen Auseinandersetzung eine größere Rolle zu spielen. Doch diese Debatte, wenn sie denn zustande käme, wäre vielleicht auch ein Schritt nach vorn in der Debatte über Linke und Medien, die seit Jahren vor sich hin dümpelt und die sonst immer nur dann aufflackert, wenn wir (erstaunt und empört nehmen wir's zur Kenntnis) gerade mal wieder unheimlich fies von den bürgerlichen Medien in die Pfanne gehauen worden sind.

Klaus Dreyer (Ex-Inland)

Miriam Lang (Ex-Reportage)

Charlotte Öder (Ex-Inland)

Oliver Tolmein (Ex-Chefred.)

Annette Weber (Ex-Frauen)

PS am Schluß.: Nein, daß die junge Welt jetzt eine selbstverwaltete GmbH ist, ist keineswegs eine Garantie dafür, daß jetzt alles irgendwie besser werden kann, weil die Kapitalseite fehlt: Selbstverwaltungstechnisch gesehen war die TAZ, um nur mal ein hübsch exotisches Beispiel zu nennen, auch in den Zeiten, als sie sich als Fachblatt für Sexismus und grünbewegten Parlamentsopportunismus profilieren konnte, ein 1A-Hoffnungsträger (ja, damals auch noch von manchen HausbesetzerInnen und Autonomen).

Eine Folge verlegerischer Fehlentscheidungen

Erklärung der DJU zur vorübergehenden Einstellung der "junge Welt"

In einer Erklärung der DJU, die durch das Wiedererscheinen der jungen Welt allerdings überholt ist, heißt es:

Im Zusammenhang mit der Einstellung der Tageszeitung jungen Welt (jW), die am 6. April letztmalig erscheinen wird, bewertet es die Deutsche Journalistinnen und Journalisten Union in der IG Medien (dju/SWJV) als skandalös, daß die Beschäftigten der Zeitung nicht frühzeitig über die Schließungspläne des Verlages informiert wurden. Über ihre bevorstehende Arbeitslosigkeit erfuhren einzelne der rund 40 Redakteurinnen und Redakteure daher erst durch eine am heutigen Mittwoch verbreitete dpa-Meldung.

Dies, so die Gewerkschaft, passe zum ziemlich selbstherrlichen Verhalten, das der zur Schmidt und Partner-Gruppe gehörende Azzurro-Verlag bislang im Umgang mit den "jW"-Beschäftigten an den Tag gelegt habe. So sei in erster Linie auch nicht die journalistische Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern eine Reihe von verlegerischen Fehlentscheidungen für das Scheitern der Tageszeitung verantwortlich. Zu den Fehlentscheidungen gehöre vor allem, daß die Wünsche der aus Ostdeutschland stammenden Journalistinnen und Journalisten ignoriert wurden, die sich mit der Fortführung der einst auflagenstärksten DDR- Zeitung vor allem an die Bevölkerung in den fünf neuen Bundesländern wenden wollten. Insbesondere die herausgeberähnliche Beratung durch den Hamburger "Konkret"-Herausgeber Hermann Gremliza und die zunehmende Verpflichtung von Autorinnen und Autoren aus dem Umfeld der Zeitschrift habe sich dabei nicht bewährt.

Von der Verlagsleitung erwartet die IG Medien nun die umgehende Aufnahme um Verhandlungen über einen Sozialplan und von der Verlagsgruppe des Multi- Verlegers Eric Weihönig eine schnelle Aufklärung über das Schicksal der Wochenzeitung "Freitag". Der "Freitag", der sich ebenso wie die "Junge Welt" in dem laut "Spiegel" "unübersichtlichen Imperium aus Gesellschaften und Untergesellschaften" befindet, die von Weihönig dirigiert werden, ist ebenfalls seit einiger Zeit von der Einstellung bedroht.

38. Friedliche Autonome, chaotische Polizei. 1. Mai 1995 in Berlin

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Autonome; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:08

Die Zeiten sind vorbei, an denen der 1. Mai in Kreuzberg zu den autonomen Highlights zählte, die nicht nur die Politszene, sondern auch viele PolittouristInnen anlockten. Schon 1993 endeten die Mai-Vorbereitungen in politischen Richtungskämpfen. Die Demonstration wurde zum Desaster und mußte wegen Bullenprovokationen und fehlender innerer Geschlossenheit vorzeitig aufgelöst werden (siehe ak 355). Teile der damaligen Demo-Vorbereitungsgruppe waren danach an der Planung des Autonomie-Kongresses beteiligt, der Ostern 1995 in Berlin stattfand (siehe ak 378). Von diesem Kongreß ging erwartungsgemäß keine Initiative für einen autonomen 1. Mai in Kreuzberg aus. Im Gegenteil: Erinnerte im letzten Jahr noch ein großes Straßenfest auf dem Oranienplatz an bessere Zeiten, so wurde dieses Jahr in Kreuzberg darauf verzichtet. Zwar gab es zwei Aufrufe im Autonomen Wochenblatt ‚Interim`, die in Bild und Sprache an alte Zeiten anknüpften; sie blieben aber ohne Resonanz.

Kommunistische Maiaktivitäten

Auch das kommunistische Spektrum war nicht in der Lage, eine einheitliche Maiaktion zu organisieren. Viele Autonome muß es besonders geärgert haben, daß die Revolutionären KommunistInnen (RK) dieses Jahr mit relativem Erfolg zur Mai-Demo am traditionellen Ort (Oranienplatz, 13 Uhr) mobilisieren konnten. Über 3.000 Menschen zählte der Aufzug. Zwar ist das wenig im Vergleich zu 1989/90, als bis zu 15.000 Menschen auf der Straße waren. Doch angesichts der Tatsache, daß zwischen vielen autonomen Gruppen und den RK seit Jahren Feindschaft besteht und es auf den Mai-Demos 1992 und 1993 sogar zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen ihnen kam, haben sich an der von den MaoistInnen organisierten Aktion viele Menschen aus dem autonomen Spektrum beteiligt. So unterschied sich die Demonstration auch wenig von vergangenen autonomen Umzügen, woran zum Beispiel die schon früher beliebte Parole "Revolution ist die einzige Lösung" erinnerte. Manche der aus anderen Städten angereisten DemonstrantInnen durchschauten erst an Ort und Stelle die neuen Verhältnisse. So erklärte ein Jugendlicher im Radio ‚Fritz`, daß er extra aus dem Harz nach Berlin gekommen sei, um an der autonomen 1. Mai-Demo teilzunehmen und jetzt etwas verwirrt vor den Mao-Postern stünde. Die autonome Pressearbeit ist also noch ungenügend.

Die zweite kommunistische Maiaktion starteten Bolschewik Partisan (BP), die Bolschewistische Jugend und die Rote Antifaschistische Initiative. Sie mobilisierten zu einer Kundgebung auf den Karl-Marx-Platz nach Neukölln, an der sich ca. 100 Menschen beteiligten. Dort wurde unter der Losung "Gegen Staats- und Kapitalpolitik - revolutionärer Klassenkampf" an traditionskommunistische Politikvorstellungen angeknüpft. Bis 1993 war das Bündnisspektrum um BP mit autonomen Gruppen an der Organisierung der Mai-Demos beteiligt. Während sich die RK mit Rap-Musik und der Anknüpfung an bestimmte Jugendkulturen zum unmittelbaren Konkurrenten der Autonomen entwickelten (dies bildet den Hintergrund der sich regelmäßig entzündenden Konflikte), blieb das Verhältnis zwischen den Autonomen und den traditionalistischeren Gruppen um BP von Pragmatismus geprägt.

Polizeiüberfall

in der Walpurgisnacht

Schon zu DDR-Zeiten hatte sich im Prenzlauer Berg eine Alternativ- und Kulturszene etabliert, die mit eigenen Festen Distanz zum Staat hielt. Seit Jahren gilt in diesen Kreisen die Nacht vor dem 1. Mai auf dem Kollwitzplatz als fester Termin. So auch dieses Jahr. Nach der friedlich verlaufenen Walpurgisnacht-Frauendemo versammelten sich etwa 2.000 Frauen, Männer und Kinder auf dem Platz. Viele trommelten, spielten andere Instrumente oder tanzten zur Musik um zwei Feuer. Gegen 23 Uhr drang plötzlich die Polizei von allen Seiten auf den Platz vor und begann, ihn ohne Vorwarnung zu räumen, indem sie mit Tränengaspatronen auf die überraschten FestbesucherInnen schoß. In Panik versuchten die Menschen, sich in den angrenzenden Straßen und den diversen Kneipen und Cafes in Sicherheit zu bringen. Erst dann wurden Flaschen und Steine auf die Polizeiwagen und Wasserwerfer geworfen.

Begründet wurde der Polizeiüberfall damit, daß die Feiernden eine vor kurzem angelegte Grünanlage zu beschädigen drohten. Die Bilanz der Provokation waren 36 Festnahmen wegen schweren Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt sowie zahlreiche Verletzte unter den PlatzbesucherInnen. Die Polizeipressestelle sprach von 72 verletzten Polizisten, wovon sich sechs im Krankenhaus ambulant behandeln lassen mußten.

Bemerkenswert war die Tatsache, daß der Polizeieinsatz unmittelbar vor dem 1. Mai erfolgte. Jahrelang galt in Westberlin das ungeschriebene Gesetz, daß solche Aktionen der Staatsmacht wegen der eskalierenden Wirkung vermieden wurden. So wurden Häuser, die Ende April besetzt wurden, erst in der ersten Mai-Woche geräumt. Die Polizeiführung ist wohl davon ausgegangen, daß in diesem Jahr selbst eine unmittelbare Provokation keine Eskalation auslösen würde. Und sie sollte damit Recht behalten.

Autonome Grillparty

statt kämpferischer Demo?

Die autonome Basis verbrachte den 1. Mai auf einem Straßenfest, das von verschiedenen Stadtteilinitiativen im Prenzlauer Berg vorbereitet wurde. Diese Straßenfeste sind die Antwort auf Aufmärsche militanter Stiefelnazis am 1. Mai. Während in Kreuzberg autonom gefeiert wurde, marschierte die FAP im Prenzlauer Berg. In diesem Jahr war neben der Verhinderung des Faschotreffens die Präsentation linker Politik ein weiterer Fest-Schwerpunkt. Der Ort war mit dem Humannplatz so gewählt, daß nicht nur Szenepublikum angesprochen wurde. Der Platz liegt in einem Arbeiterbezirk, in dem die FAP vor Jahren häufiger agierte. Die InitiatorInnen beklagten im Vorfeld die spürbare Zurückhaltung der Kreuzberger Gruppen. Der große Andrang auf dem Fest selber zeigte aber, daß das Konzept angenommen wurde. Unter das szenetypische Publikum mischten sich auch viele AnwohnerInnen. Neben diversen Antifaständen waren u.a. die PDS-Prenzlauer Berg und die MieterInnengemeinschaft vertreten. So knüpfte das Fest (vielleicht unbewußt) an Kreuzberger Traditionen an, die in die siebziger Jahre zurückreichen. Damals wurde zum 1. Mai ein Stadtteilfest organisiert, auf dem die AL, die SEW und diverse Stadtteilgruppen zusammen feierten.

Die Bullenprovokation der vorausgegangenen Nacht löste bei den FestbesucherInnen keine entsprechende Antwort aus. Am nächsten Tag konnte der konservative Beobachter von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) zufrieden notieren: "Dort, wo der polizeiliche Staatsschutz im Prenzlauer Berg eine mögliche Quelle der Randale vermutet hatte, auf einem Antifa-Fest am Humannplatz, spielen tags darauf (nach dem Polizeieinsatz am Kollwitzplatz, P.N.) die Kleinen im Sand, schmusen die Jungen auf der Wiese, bleibt das Armeezelt leer, in dem diverse Antifa-Gruppen über den 8. Mai oder die Lage der Vietnamesen debattieren wollten. ... So fahren die Mannschaftswagen der Polizei wieder ab, ehe das Fest noch richtig begonnen hat".

Es lag durchaus im Interesse der VeranstalterInnen, daß das Fest nicht, wie so oft in Kreuzberg, in einer Straßenschlacht endete. Schon im Vorfeld haben sie deutlich gemacht, daß die Lage des Festplatzes kontraproduktiv dafür wäre, weil die Leute nur verschreckt würden. Die Befürchtungen erwiesen sich dieses Mal als grundlos. Zwar standen sich am Abend einige hundert Festbesucher und schwerbewaffnete Polizei lauernd gegenüber. Doch um den Festplatz blieb es ruhig. Zwar gab es am Abend des 1. Mai sowohl in Kreuzberg als auch im Prenzlauer Berg noch einige kleinere Scharmützel zwischen der Polizei und wenigen hundert Personen. Doch diese Aktionen wurden von wesentlich weniger Personen als in vergangenen Jahren getragen und waren sicherlich keine Antwort auf den Polizeiüberfall auf dem Kollwitzplatz. So wurde die Chance vertan, mit den vielen Menschen, die das Maifest anlockte (die VeranstalterInnen sprechen von über 10.000), eine politische Antwort auf die Bullenprovokation zu geben. Dies hätte beispielsweise eine Spontandemo durch den Prenzlauer Berg vom Humann- zum ca. 500 m entfernten Kollwitzplatz sein können.

Während die FAZ sichtlich zufrieden die bereits zitierte realistische Bestandsaufnahme vornahm, knüpfte die "Sozialistische Tageszeitung" Neues Deutschland in ihrer Mainachbereitung an alte DKP-SEW-Thesen an. In einem Kommentar von Rainer Funke vom 3.5. heißt es: "Alle Jahre wieder, wenn es Mai wird, kommt es zu Straßenschlachten. Vor allem in den beiden Bergbezirken Berlins, dem Prenzlauer und dem Kreuzberger. ... Dort leben sich Autonome alternativ aus, schwelgen in dem, was sie für revolutionär halten ... und man weiß, daß sich gelegentlich jene unter den Vermummten, die den ersten Stein warfen, als Beamter in Räuberzivil entpuppten."

Es ist natürlich evident, daß sich immer wieder ZivilpolizistInnen unter linke DemonstrantInnen mischen. Nur gab es für den diesjährigen 1. Mai dafür auch nicht die geringsten Belege. Das allgemeine Schwadronieren darüber dient eher der Diffamierung der DemonstrantInnen. Mit dieser Hetze gegen die Autonomen überholt das ND die FAZ noch rechts. Auch wenn von anderen ND-Autoren der Polizeiüberfall auf den Kollwitzplatz klar verurteilt wird, so ist der erwähnte Kommentar doch ein Affront gegen radikale Linke. Weiterführende Gedanken äußern da schon die Vorwort-AutorInnen der Interim 330. "Aber um es mit den Worten der, ebenfalls mit ihrem 1. Mai-Meeting etwas unzufriedenen, Gewerkschaftsbasis zu sagen: Ob eine Grillparty wohl eine kämpferische Demonstration ersetzen kann???" Vielleicht sollten sich für die Vorbereitung einer solchen Demo zum 1. Mai 1996 rechtzeitig kritische GewerkschafterInnen, autonome und andere linke Gruppen zusammenfinden.

Peter Nowak

39. Internationaler HausbesetzerInnenkongreß in Leipzig

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Autonome; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:25

Vom 12.-14. Mai 1995 fand im Leipziger Stadtteil Connewitz ein BesetzerInnen-Kongreß statt. Ziel der Initiatoren war es, "Vorstellungen und Perspektiven von Besetzungen als Interventionsmittel autonomer Politik klären zu helfen", wie es in einem Aufruf hieß. Auf dem Kongreß sollte in Arbeitsgruppen über die Geschichte und den Stand der BesetzerInnenbewegung ebenso geredet werden, wie über Freiraumkultur versus Verweigerungshaltung, Repression gegenüber BesetzerInnen oder die Legalisierungsmöglichkeiten von besetzten Häusern und Zentren.

Im Vorfeld des Kongresses war geplant, einen Reader mit aktuellen Texten der unterschiedlichsten Gruppen zu erstellen. Doch als wenige Wochen vorher noch kaum etwas eingetroffen war, wurde die Konzeption kurzfristig verändert. Jetzt waren auch ältere Texte der BesetzerInnenbewegung willkommen. Der schließlich kurz vor dem Kongreß fertiggestellte Reader enthält lesenswerte Texte, von denen die meisten leider einige Jahre alt sind.

Tatsächlich kann seit einigen Jahren von einer politischen HausbesetzerInnenbewegung keine Rede mehr sein. In der alten BRD wurden besetzte Häuser, die noch Ende der 80er Jahre Zentren des Widerstands waren, entweder geräumt, wie die Weißhausstraße in Köln, die Böcklerstraße in Braunschweig oder integriert wie die Hafenstraße in Hamburg, in der im Dezember 1990 das letzte Treffen der BesetzerInnenbewegung stattfand. Nach 1989 schien zumindest in Ostberlin die Bewegung noch einmal aufzuleben. Zwischen Dezember 1989 und Sommer 1990 wurden dort fast 100 Häuser besetzt. Doch der kurze Sommer der Anarchie endete im November 1990 mit der Räumung der Mainzer Straße. Der politischen BesetzerInnenbewegung Berlins wurde damit das Rückgrat gebrochen. Danach begannen die meisten Häuser individuell Verträge abzuschließen. Neubesetzungen wurden sofort geräumt. Ganz wenige Ausnahmen in Berlin-Prenzlauer Berg bestätigten diese Regel. In verschiedenen Städten der Ex-DDR allerdings spielen besetzte Häuser und Zentren eine größere Rolle in der örtlichen Jugendkultur und in der linken Politik. Eines dieser Zentren ist der Leipziger Stadtteil Connewitz, der nach einigen Straßenschlachten schon mal von den Medien das Prädikat "Kreuzberg des Ostens" verliehen bekam. Ein passender Ort also für den BesetzerInnenkongreß, zumal dort auch die notwendige Infrastruktur vorhanden ist.

Ca. 200 Personen folgten der Einladung. Die OrganisatorInnen bewerteten die TeilnehmerInnenzahl als enttäuschend gering. Auch die massive Hetze der Leipziger CDU, die im Vorfeld ein Verbot des "bundesweiten Chaotentreffens" forderte, konnte nicht für mehr Beteiligung sorgen. Vor allem Ex-BesetzerInnen, deren Häuser seit Jahren legalisiert sind, waren kaum vertreten. Eine gewisse Bündnisbreite war durch die aktive Teilnahme von GenossInnen der AG Junge GenossInnen der PDS gegeben. Die Filme über die verschiedenen besetzten Häuser fanden starkes Interesse, die AGs dagegen waren nur mäßig besucht. Auf der Abschlußveranstaltung des Kongresses standen u.a. Fragen des Umgangs mit Sexismus und Drogen in besetzten Projekten im Mittelpunkt. Auch hier waren die unterschiedlichen Einschätzungen nicht auf einen Nenner zu bringen. Während einige Hausbesetzer die Ansicht vertraten, sie müßten mit Sexisten in ihrem Hausprojekt zusammenleben und könnten mit ihnen auch faschistische Angriffe zurückschlagen, erwiderten einige der wenigen anwesenden Frauen, daß sie nicht mit Sexisten zusammenleben wollen und können. Für die notwendige Auseinandersetzung blieb am Sonntagvormittag nicht mehr genügend Zeit, denn für 13 Uhr war die Abschlußdemonstration angesetzt.

Zunächst verkündete die Vorbereitungsgruppe, daß es nicht möglich gewesen sei, sich auf ein gemeinsames Motto der Demo zu einigen. Dann haben aber doch einige die Sache selbstbestimmt in die Hand genommen. Es gab ein großes Transparent mit dem Motto "Kein Frieden ohne Häuser", eine kritikwürdige Parole, kommt sie doch der staatlichen Befriedungsstrategie entgegen, die gerade darauf abzielt, besetzte Häuser für den Preis des politischen Wohlverhaltens der BesetzerInnen zu legalisieren, wie z.B. in der Hamburger Hafenstraße geschehen. Über 1.200 Menschen schlossen sich dem Zug an, darunter auch ältere BewohnerInnen von Connewitz. Dort reagierten auch die AnwohnerInnen an den Fenstern überwiegend wohlwollend. Das änderte sich, als die Demonstration durch die Leipziger Innenstadt zog. Die Polizei wurde

aggressiver, provozierte die DemonstrationsteilnehmerInnen und nahm trotz kooperativer Haltung der Demoleitung einen Jugendlichen ohne ersichtlichen Grund fest.

Der Kongreß hat den aktuellen Stand der BesetzerInnenbewegung deutlich gemacht. Kontakte zwischen den verschiedenen Projekten wurden neu geknüpft und einige aufgeworfene Fragen werden weiter diskutiert.

Peter Nowak

Wer sich für die Debatten zur Geschichte und zum Stand der BesetzerInnenbewegung, für die Debatte über Verweigerungshaltung contra Freiraumkultur etc. interessiert, kann den Reader für 5 DM bestellen bei: BesetzerInnenkongreß, Koburger Str. 3, 04277 Leipzig, Tel. & Fax: 0341-311044

40. Wege des Überlebens. Kai Ehlers" Suche nach der "Wiederentdeckung des Kollektivs von unten"

Kai Ehlers' Suche nach der "Wiedereroberung des Kollektivs von unten" in Rußland

Autor: mx. · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:10

"Im Herbst werden wir sehen", orakelt der Wirtschafter dunkel, "wenn das Experiment sich nicht als erfolgreich erweist, werden wir es abbrechen. Dann müssen wir uns etwas Neues einfallen lassen."

"Da sehen Sie es!" poltert Juri Gorbatschow: "Das Leben ist noch immer ein Experiment! Wenn es nicht klappt - dann wird eben liquidiert!"

Um es gleich vorweg zu sagen: "Jenseits von Moskau" ist eine faszinierende Lektüre. Selbst wer die Vorgängerbände "Gorbatschow ist kein Programm" und "Sowjetunion - Mit Gewalt zur Demokratie" kennt, wird überrascht sein.

Kai Ehlers war ein halbes Jahr lang auf der Suche nach den Folgen der Transformationsprozesse in der russischen Föderation, diesmal vor allem im Wolgaraum (u.a. in der Tschuwaschischen Autonomen Republik) und in Sibirien (u.a. in den Städten Nowosibirsk und in Irkutsk), also jeweils in Regionen, die sich durch ein Vielvölkergemisch wie im ehemaligen Jugoslawien auszeichnen. Ergebnis ist ein umfangreicher Reisebericht, dessen anekdotischer Erzählfluß durch dokumentierte Dialoge, thesenartige Passagen und Reflexionen angereichert wird. Stilistisch ist dies allenfalls mit den Publikationen Landolf Scherzers zu vergleichen ("Auf Hoffnungssuche an der Wolga").

Der Ansatz des Buches ist in mehrerlei Hinsicht originell. Anders als viele in den letzten Jahren erschienenen einschlägigen Werke handelt es sich um kein Nachschlagewerk oder einen Sammelband, der verschiedene Nationalitätenprobleme, Sachthemen, Interviewpartner usw. aneinanderreiht und abhakt. Grundlage der Recherchen ist ein Netz von persönlichen Kontakten, in dem der Autor immer wieder weitergereicht wird. Erst in zweiter Linie greift er auf quasi offizielle Kontakte zu staatlichen und privaten Institutionen zurück.

Aus vielen solide erzählten Mosaiksteinchen setzt Kai Ehlers die Geschichte des russischen Alltags zusammen und versucht dabei die Frage zu beantworten, wie die Menschen auf den Zusammenbruch des bisherigen ökonomischen und gesellschaftlichen Systems reagieren, wie sie unter diesen Bedingungen leben und überleben. Viele Einzelportraits ergänzen das Bild: sozialer Aufsteiger, Psychotherapeutin, Aktivist der Partei der Arbeit, örtlicher Geheimdienstchef usw.

Ein besonders spannender Aspekt ist die Frage, ob der Zusammenbruch des Imperiums nicht nur eine "hochexplosive Mischung aus Elend und aufkommenden Nationalismus" hinterläßt, wie viele linke AutorInnen apokalyptisch resümieren (so z.B. im Klappentext eines Buchs von Hannes Hofbauer), sondern auch schöpferische Potenzen freisetzt: Klassisch marxistisch formuliert vielleicht, ob sich auch Keime einer neuen Gesellschaft im heutigen Rußland finden lassen, jenseits von Kapitalismus und Poststalinismus. Solche gesellschaftlichen Keime zu beschreiben, ist ein Hauptanliegen des Buchs.

Der völlige Zusammenbruch der staatlich organisierten Ökonomie, der sozialen Versorgung sowie der bisherigen ideologischen Identität läßt die Menschen in einem Vakuum zurück, in dem auf persönliche Versorgungsstrukturen, aber auch auf verschüttete kollektive Identitäten zurückgegriffen wird. Positive Utopie ist für Ehlers die Bildung von "Wahlkollektiven" im Gegensatz zu Zwangskollektiven - wie sie der reale Sozialismus hervorgebracht hat - sowie ungebundenem Individualismus in Verbindung mit zunehmender Durchstaatlichung der Gesellschaft - typisch für westliche kapitalistische Gesellschaften.

Nationale und regionalistische Bewegungen sind für den Autor differenziert zu betrachten: An sich sei es erst einmal ein Fortschritt, wenn sich, durchaus im antikolonialen Sinn, Menschen und Kollektive auf die Suche nach einer neuen kulturellen Bestimmung machen, sich vom russischen Kolonialismus lösen ("nationale Wiedergeburt als Kulturrevolution von unten"). "In der Entkolonisierung der Sowjetunion, fortgesetzt Rußlands, vollendet sich der Prozeß der globalen Entkolonisierung - bisher nicht als Ergebnis eines Krieges." Ein Problem entstehe daraus erst, wenn als Kurzschluß die Ebenen von Ökonomie, Staat und Kultur zu einem

militanten Nationalismus zusammengefügt werden ("Kampf um die staatliche Souveränität von oben"). Eine wesentliche Rolle für den Ausgang dieses Prozesses spiele jedoch das Verhalten der russischen Zentralmacht - wie aktuell wieder in der Autonomen Republik Tschetschenien zu beobachten. Aufschlußreich sind Ehlers' Schilderungen der verschiedenen nationalen Wiedergeburtsbewegungen im Wolgagebiet und deren Differenzen.

Rußlands Probleme lassen sich nicht mit einer einfachen Kopie westlicher Rezepte lösen. Dies sei schon allein deshalb der Fall, weil in Rußland heute noch - wie schon seit langer Zeit - die ungelöste Agrarfrage im Vordergrund stehe. Konsequenterweise recherchiert Ehlers auch "jenseits von Moskau" (und St. Petersburg), teilweise in der entlegensten Provinz.

Eine Lösung der Agrarfrage bestehe weder in der Beibehaltung der herkömmlichen Formen der "verstaatlichten Obschtschina" (1) - Kolchosen und Sowchosen - noch in der Zerschlagung dieser kollektiven Strukturen, wie sie als Privatisierung durchgeführt werde. Eine Alternative zu der vielerorts stattfindenden "nomenklaturischen Privatisierung" der bisherigen Kollektivstrukturen bei gleichzeitigem Abbau des sozialen und kulturellen Versorgungsnetzes wäre die kollektive Aneignung ländlicher Betriebe, allerdings auf der Basis garantierten Grundeigentums und - anders als im traditionellen Schutzraum der Obschtschina - auf demokratischer Grundlage.

Die Not gebiert derzeit verschiedene Formen der Subsistenzwirtschaft in der Stadt und auf dem Land. Dies ist der Hauptgrund, warum es bisher nicht zu Hungersnöten kam. Während die MoskauerInnen ihre Datschen bewirtschaften oder zu diesem Zweck Land in der Umgebung pachten, betreiben die BewohnerInnen der ehemaligen Staatsgüter kleine private Landwirtschaft. Das Buch enthält beeindruckende Beispiele, wie die Menschen im Chaos überleben. "Kühlschrank, Datscha, zweiter Beruf, der schwarz neben dem offiziellen staatlichen ausgeübt wird. Neben der offiziellen Struktur der Gesellschaft lebt eine zweite, inoffizielle, ‚natürliche` Subsistenzwirtschaft; Naturalbeziehungen zwischen Mitgliedern der verschiedenen Kollektive waren immer Bestandteil des sowjetischen Systems. In dem Maße, in dem das System zerfällt, sind sie das, was übrigbleibt."

Rußland ist das Land, in dem Kai Ehlers das industrielle Zivilisationsmodell in die Krise gekommen sieht, den Glauben an linearen technischen Fortschritt, der im realen Sozialismus am extremsten ausgeprägt war und der in den westlichen kapitalistischen Ländern weiterhin ungebrochen gepredigt wird. Rußland als schwächstes Glied dieser Kette (die Versprechungen der Herrschenden waren maßlos, die ökonomischen Potenzen zu gering) sei zuerst zusammengebrochen.

Erschreckend und ernüchternd für Linke jeglicher Couleur dürften die Passagen des Buchs sein, in denen sich der Autor mit dem "Homo sowjeticus" auseinandersetzt, also dem Sozialisationstypus, wie ihn der reale Sozialismus produzierte. Der soziale Impuls wurde verstaatlicht, "garantierte Gewißheiten" standen der "Willkür einer gleichmacherischen Despotie" gegenüber. Die Utopie eines sozialistischen "neuen Menschen", "der seine moralische Erfüllung darin findet, den ihm zugewiesenen Platz als Rädchen im Getriebe einzunehmen", also das Leben auf ein sozialistisches Jenseits zu verschieben, sei in der Sowjetunion am sichtbarsten gescheitert.

Die rauchenden Trümmer des Systems lassen Individuen zurück, die häufig kaum in der Lage sind, auf den gewohnten Rahmen zu verzichten und selbständig nach Lebenswegen zu suchen. Diese Menschen seien sehr anfällig für autoritäre Lösungen im kollektiven Gewande. "Im Land der Defizite ist das Wissen darum, was man sich und wie man sich für die Wahrnehmung eigener Interessen mit anderen gemeinsam organisieren kann, das allergrößte Defizit. Dies ist wohl eines der absurdesten Paradoxe, das die Oktoberrevolution hervorgebracht hat."

Hintergrund dieser - wenn man so will - Mentalität, die bei vielen Menschen anzutreffen sei, sei die traditionell besondere Herrschaftsstruktur Rußlands: Im Gegensatz zu westlichen und auch asiatischen Herrschaftsformen sei der Staat immer nur aufgepfropft gewesen, nie mehr als ein Verwaltungssystem. Der zaristische und im Anschluß daran auch der sowjetische Staat habe sich immer nur durch unmittelbare polizeiliche und militärische Gewalt reproduziert, weitgehend ohne zivile Integrationskräfte. Jeder Klassenansatz, jede schichtenspezifische Infrastruktur wurde von oben her systematisch zerstört. Übrig blieb

das Volk als "amorphe Masse". Die Durchführung einer Privatisierung nach westlichem Modell würde dieses Zerstörungswerk im übrigen ungebrochen fortsetzen.

In die Risse der Gesellschaft dringen autoritär geführte, nationalistische und faschistoide Organisationen sowie religiöse und Psycho-Heilsbringer jeglicher Art, deren Argumente und teilweise bizarres Auftreten Kai Ehlers ausführlich dokumentiert. Was in Rußland fehlt, sind demokratische Organisationsformen, die das durch den staatlichen Zusammenbruch marginalisierte Individuum auffangen könnten. "Eine Renaissance der ‚Obschtschina`, selbst in der Form von hergebrachten Clanstrukturen, habe daher durchaus ihren sozialen und politischen Sinn, allerdings, betont Oleg Woronin (Partei der Arbeit), nicht als autoritäre Eigentumsgemeinschaft, sondern auf der Basis garantierter privater Eigentumsrechte (...), in der Form von selbstorganisierten Kooperativen und "Mikro-Rayons", das heißt, des Stadtbezirks oder der ländlichen Region im Zusammenhang mit einer allgemeinen Föderalisierung des früheren Imperiums."

Fazit: Ein Buch, das spannend zu lesen ist und gleichzeitig linke Grundfragen neu aufwirft.

mx.

Kai Ehlers: Jenseits von Moskau. 186 und eine Geschichte von der inneren Entkolonialisierung. Eine dokumentarische Erzählung, Portraits und Analysen in drei Teilen. Stuttgart: Schmetterling Verlag. 304 S., 32,50 DM.

Anmerkung:

1) "Obschtschina" ist die Bezeichnung für die traditionelle russische Dorfgemeinde, die autoritär und teilweise kollektiv strukturiert war.

41. Elefant im Porzellanladen (Replik auf "Am Problem vorbei" und "Artenschutz im ak", ak 378)

Autor: kuk · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:07

Ich war gewarnt: "Wer die PDS im ak kritisiert, bekommt Ärger." Dies prophezeite mir ein Kollege, als ich ihm erzählte, daß ich die Demokratischen Sozialisten zu einem Schwerpunkt meiner journalistischen Arbeit machen wolle. Doch jugendlicher Leichtsinn, die Unbekümmertheit des Berufsanfängers und die Überzeugung, daß die PDS-Berichterstattung der vergangenen Jahre nicht selten unter dem ak-üblichen Niveau gelegen hat, ließen mich an meinem Vorhaben festhalten. - Nun habe ich den Salat. Der Artikel "Exorzismus in der PDS" (ak 377) überführt mich des Tendenzjournalismus ("informiert ... tendenziös", "arbeitet mit Suggestionen", "tendenziös und verfälschend zusammengezimmert"), der Charakterschwäche ("entweder böswillig" oder nicht willens, das politische Problem der PDS zu erkennen) und der Faulheit ("es ist so schön einfach, sie [die PDS] beim ‚Ausgrenzen linker Stimmen`zu entlarven").

Macht es überhaupt Sinn, sich mit so einem Wutartikel auseinanderzusetzen? So wenig wie nötig, lautet die Antwort. Ich möchte daher nur zwei Punkte ansprechen. Der aus meiner Sicht schwerste Vorwurf bezieht sich auf die Wiedergabe des Artikels aus der Berliner Zeitung (22.2.1995, S. 3, geschrieben von Brigitte Fehrle). Damit sich unsere LeserInnen ein eigenes Bild machen können, wie die Zitate aus besagtem Artikel benutzt wurden, dokumentieren wir die entscheidenden Teile daraus (siehe nebenstehenden Kasten). Nachdem ich mir das alles in Ruhe noch einmal angesehen habe, steht für mich fest: Die obengenannten Vorwürfe von Claudia Gohde sind vollkommen unhaltbar! Die Zitate aus der Berliner Zeitung sind mit der erforderlichen journalistischen Sorgfalt bearbeitet worden.

Der zweite Vorwurf Claudia Gohdes, der eine Entgegnung verdient, lautet: "Der Autor des Artikels hat es nicht für nötig befunden, sich zu dieser Angelegenheit bei mir persönlich zu informieren ..." Dies nicht getan zu haben, war mein Fehler. Dazu muß gesagt werden: Selbstverständlich hatte ich sofort Zweifel an den in der bürgerlichen Berliner Zeitung abgedruckten Passagen. Selbstverständlich bin ich ins Karl-Liebknecht-Haus gegangen, um mit Claudia über diesen Artikel und die gesamte Thematik zu sprechen. Doch Claudia war als Wahlkampfleiterin in Bremen. Dieter Liehmann, Sekretär von Gregor Gysi, sagte mir, daß sie in den nächsten zwei Wochen nicht in Berlin anzutreffen sei. Ich berichtete ihm von meinem beabsichtigten ak-Artikel und fragte, ob ihm bekannt sei, daß Claudia mit dem Artikel in der Berliner Zeitung nicht einverstanden gewesen sei. Er antwortete, daß er darüber nichts wisse. Ich nannte ihm die wichtigsten Passagen. Er konnte daran nichts grob Sinnentstellendes feststellen und erläuterte den einen oder anderen Satz. Der Bitte, mir weitere Stellungnahmen des Parteivorstandes zugänglich zu machen, konnte er nicht entsprechen. Das Schreiben des Vorstands an die Bundesschiedskommission dürfe nicht veröffentlicht werden, solange das Verfahren noch laufe. Mich mit diesen Auskünften zufriedengegeben zu haben, bedaure ich heute.

Andererseits kann ich nicht verstehen, wieso Claudia Gohde sich so mißverstanden fühlt. Erfreulicherweise nutzt sie die Gelegenheit, ihre Bewertung der "TraditionskommunistInnen und - sozialistInnen" ausführlich darzulegen. Wer diesen letzten Abschnitt mit meinem "Exorzismus"-Artikel vergleicht, der/die wird feststellen, daß nahezu alle Überlegungen von Claudia Gohde zumindest sinngemäß auch in meinem Artikel ausgeführt werden. Völlige Übereinstimmung scheint in der Beurteilung zu bestehen, daß vermeintliches oder tatsächliches Sektierertum die eigentliche Ursache für das Problem der Westausdehnung sei. Bleibt die Frage: Warum diese blinde Wut? Warum diese unsachlichen und beleidigenden Angriffe gegen einen Autoren, der weder zu Claudia Gohde noch zur PDS ein feindseliges Verhältnis hat? Persönliche Differenzen, die aus der Vergangenheit herrühren, gibt es zwischen uns ebenfalls nicht.

Einige Anmerkungen kann ich mir auch zum Kommentar von Heinrich Eckhoff nicht ersparen. "Artenschutz im ak" wirft eine Reihe interessanter Fragen auf. Damit wird endlich mal wieder die Forderung eingelöst, daß sich ak-Artikel in sachlicher Form aufeinander beziehen sollen, daß also in der Zeitung diskutiert wird. Der gute Gesamteindruck wird allerdings durch eine kleine Ungenauigkeit leicht getrübt. Heinrich schreibt über meinen Artikel: "Dennoch hätte es nicht nur die Fairneß geboten, die ak-Leserinnen nicht nur über die ‚Verfolgung` des BWK innerhalb der PDS zu informieren, sondern auch über dessen eigenes Handeln." Wer in meinem Artikel den Abschnitt "Mitarbeit unerwünscht - BWK soll außen vor bleiben" liest, wird dort das Handeln des BWK

beschrieben finden. Zwar nicht in der epischen Breite, wie Heinrich es dankenswerterweise in den "Stationen einer nicht gewollten Vereinigung" (ak 378) getan hat, aber darum ging es mir ja auch nicht. Die (leidige) BWK-Diskussion ist nicht das Hauptthema meines Artikels (wie die Stellungnahmen von Heinrich und Claudia suggerieren). Vielmehr geht es darum, wie mehrere PV-Mitglieder (André Brie, Michael Harnack, Sylvia-Yvonne Kaufmann, Lothar Bisky) die Situation innerhalb der Partei und speziell in den Westverbänden einschätzen.

Etwas kryptisch kommt der Satz daher: "In einer Zeitung wie dem ak die Politik der PDS zu kommentieren, ist ein schwieriges Unterfangen." Nicht schwieriger als der Versuch, einen guten ak-Artikel zu einem beliebigen anderen Thema zu schreiben, würde ich dagegenhalten. Klar, es gibt eine mehr oder weniger stark ausgeprägte PDS-Nähe innerhalb der Redaktion, da schließe ich mich sogar ein. Es gibt einige Ex-GenossInnen in einflußreichen Positionen der PDS. Doch welche Rücksichten sind deshalb zu nehmen? Nützt es der PDS, wenn sie mit Glacéhandschuhen angefaßt wird, wenn sich im wesentlichen affirmativ auf sie bezogen wird? Das kann doch niemand glauben. Kritisch-solidarisch über die Demokratischen Sozialisten zu berichten, an dem Maßstab würde ich mich messen lassen wollen.

Heinrich erwähnt die Auffassung vieler Linker, daß sich die PDS sozialdemokratisieren könnte. Dieser Verdacht ist wohl nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Damit muß sich der ak auseinandersetzen. Nicht in der von Heinrich befürchteten Weise, einmal gefällte Vorurteile nur bestätigen zu wollen (diesen Schuh ziehe ich mir nicht an). Sondern aus einer neben der PDS stehenden Position heraus, wobei Einschätzungen möglich sind, die denjenigen nicht schmecken, die mit einem oder beiden Füßen in der PDS stehen. Die Erfahrungen der letzten Wochen haben mir gezeigt, daß es nicht leicht sein wird, eine kritische PDS-Berichterstattung im ak zu etablieren.

kuk

Dokumentation

"Flattern mit den Flügeln"

... Die Pragmatiker machen Politik bei den Grünen. Die zur PDS kommen, sind - mit wenigen Ausnahmen - die Übriggebliebenen.

Brie weiß das. Etwa die Hälfte der knapp 2.000 West-Mitglieder, so schätzt man in der Berliner Parteizentrale, sind Leute aus elitären Gruppen. Maoisten, Leninisten, Trotzkisten, auch Stalinisten. Oder aber Ehemalige aus der DKP, dem westlichen Ableger der SED.

Eine Mogelpackung

Die PDS im Westen ist eine Mogelpackung. Nur in ganz wenigen Landesverbänden dominieren die "Gysi-Sozialisten", wie sie von ihren Gegnern im Parteijargon abqualifiziert werden. Bremen ist so ein Landesverband, auch Hessen. Für die Zukunft hat sich der Parteivorstand vorgenommen, daß "wo PDS draufsteht, auch PDS drin ist". Claudia Gohde, im Parteivorstand für die Betreuung der Landesverbände zuständig, weiß genau, daß sie davon Lichtjahre entfernt ist. Sie kommt zu dem Ergebnis: "Die Partei im Westen muß sich neue Mitglieder suchen."

Aber wie? Der Parteivorstand im Berliner Liebknechthaus sucht die Antworten ganz pragmatisch. "Kampagnen" will man machen. Eine zum 8. Mai und später im Jahr eine zu den Kürzungen im Sozialbereich. Der Vorstand will damit verhindern, daß aus Mangel an Ideen "einfach die alten Sachen weitergemacht werden" und Themen wie Kurdistan, die Unterstützung der RAF-Gefangenen oder die sogenannte "Antifa"-Arbeit die Politik der PDS bestimmen. Gohde: "Das schreckt ab." Vor allem den jungen, politisch unerfahrenen Leuten will der Vorstand "Handwerkszeug" vermitteln. Gohde: "Die wissen einfach nicht, was sie als PDS machen sollen."

Was tut eine Partei, wenn gerade nicht Wahlkampf ist und wenn sie in keinem Landtag, Kreistag oder Gemeindeparlament vertreten ist? Wenn keine Plakate geklebt und keine Anträge geschrieben werden können? Sie beschäftigt sich mit sich selbst und flattert mit den Flügeln.

So auch die Tübinger Genossen. "PDS-Gruppierung fürchtet Kommunisten." Unter dieser Überschrift meldeten kürzlich die Stuttgarter Nachrichten den innerparteilichen Streit und zitierten den PDS-Landesgeschäftsführer

mit dem polemischen Satz: "Wir sind keine Entsorgungsstätte für gescheiterte Legionen der Weltrevolution." Gemeint ist vor allem der bundesweit gut organisierte "Bund Westdeutscher Kommunisten". Der altertümliche Name steht für eine Gruppe mit kommunistisch-stalinistischem Gedankengut, die versucht, unter dem Dach der PDS ihren Heimatclub weiterzupflegen. "Unheimlich konservativ" seien die, sagt Claudia Gohde und "an keiner Stelle ein Gewinn für die PDS."

Kein Machtwort

Die Tübinger erwarten in ihrem Widerstand gegen die Infiltrationen des BWK Hilfe vom Bundesvorstand. Der soll ein Machtwort sprechen. Doch die Berliner, so Gohde, tun sich schwer damit zu sagen, daß man die westliche Altkommunisten "politisch nicht will". In diesem Vakuum ist es dem BWK inzwischen gelungen, sich - was in der Satzung der PDS vorgesehen ist - in fast allen West-Landesverbänden als selbständige Arbeitsgruppe zu etablieren.

Dort arbeiten sie jetzt mit jahrelang geübter Disziplin dem entgegen, was André Brie sich unter der "Erneuerung der Linken vorstellt". Man solle im Denken "ganz offen sein", wirbt er bei den Tübingern und schlägt den Bogen von "Jutta Dithfurt bis Kurt Biedenkopf". ...

Berliner Zeitung vom 22.2.1995,

Artikel von Brigitte Fehrle

42. Berlin - Moskau - Kolyma und zurück (Vorabdruck aus "Gespräch mit Nathan Steinberger")

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak379/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:32

Nathan Steinberger: Jude, Kommunist, Intellektueller - eine tödliche Mischung in der Sowjetunion von den dreißiger Jahren bis zu Stalins Tod.

Steinberger wurde 1910 in Berlin als Kind einer strenggläubigen jüdischen Familie geboren. Er war Mitglied der jüdischen sozialistischen Jugendbewegung und des Kommunistischen Jugendverbands Deutschlands (KJVD). Wegen der Zugehörigkeit zur sog. Korsch-Fraktion wurde er vorübergehend ausgeschlossen. Mit 18 Jahren trat er in die KPD ein. Von 1929-32 studierte er Nationalökonomie. 1932 wurde er auf Vorschlag von K.A. Wittfogel, dessen Assistent er war, von der KPD nach Moskau in das dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) unterstellte Internationale Agrarinstitut delegiert.

Mit der Machtübernahme der NSDAP in Deutschland änderte sich auch Steinbergs Lage in der UdSSR, der Arbeitsplatz Moskau war für ihn zugleich zum Ort politischen Exils geworden. 1935 promovierte er in Moskau über "Die Agrarpolitik des Nationalsozialismus". 1937 wurde er verhaftet und administrativ verurteilt. Nach der Inhaftierung im Lager Kolyma von 1937-46 wurde er "auf ewig" nach Magadan verbannt. Erst 1955 wurde er rehabilitiert und konnte nach Berlin, Hauptstadt der DDR, abreisen.

Anfang 1956 wurde seine durchgängige Parteimitgliedschaft durch die Zentrale Parteikontrollkommission der SED anerkannt. Seit 1960 war er in der DDR als Professor tätig, zunächst an der Hochschule Meissen, ab 1963 an der Hochschule für Ökonomie in Berlin. Er lebt heute als Pensionär in Berlin.

Die Italienerin Barbara Broggini, bis 1993 Lehrbeauftragte für italienische Sozialgeschichte an der Universität Frankfurt, hat mit Steinberger eine Reihe von Gesprächen über seinen Lebensweg geführt. "Entscheidend war für ihn," schreibt sie, "der Lebensabschnitt in der Sowjetunion, genauer gesagt der Mechanismus der Aussonderung und Verfolgung, zu dem er im Verlauf unserer drei Begegnungen immer wieder zurückkehrte." Als Vorabdruck aus der im Decaton-Verlag erscheinenden Dokumentation dieser Gespräche bringen wir Auszüge, in denen Steinberger sich nicht allein zu seiner eigenen Verurteilung und den allgemein bekannten (gleichviel in der Linken kaum "verarbeiteten") Schauprozessen äußert, sondern auch zur Charakteristik der Verfolgung zur Zeit des stalinschen Regimes: "typisch für die millionenfache Verfolgung von Menschen [ist], daß die individuelle Schuld oder die individuelle Anklage eine ganze geringe Rolle spielte, und daß alles, was zur Begründung angeführt wurde, Lug und Trug war."

[...] Sie sagen, es gab im Grunde nicht den Einzelfall. Es gab keine besonderen Verhöre, es gab keine besonderen Anschuldigungen, die den Einzelnen betrafen, sondern die gesamte Emigration ist sozusagen verbannt und verfolgt worden. Was ist der Grund dafür?

Ja, passen Sie auf. Charakteristisch für die Verfolgung unter Stalin war, daß der individuelle Fall eine ganz unwichtige Rolle gespielt hat. Es waren bestimmte Bevölkerungsgruppen, die als antikommunistisch, antisowjetisch oder als verdächtig eingestuft wurden und die also der Verfolgung unterlagen. Auch die Schauprozesse waren in dieser Hinsicht nichts anderes, denn verdächtig und zur Vernichtung bestimmt waren alle, die jemals an einer Opposition beteiligt oder die einer Einstellung gegen Stalin verdächtig waren. Diese große Gruppe von Menschen wurde verhaftet und in den meisten Fällen administrativ verurteilt. Viele von ihnen wurden aber auch hingerichtet. Die Verfolgung begann mit der Verhaftung. Unter diesem Gesichtspunkt war die Verhaftung bereits ein Urteil. Dann aber mußte die Sache formgerecht werden, und formgerecht wurde sie dadurch, daß man eine Prozedur einhielt, also ein Ermittlungsverfahren veranstaltete. Es mußte irgendetwas schriftlich dargelegt und das sogenannte Beweismaterial zusammengestellt werden. Der Untersuchungsrichter mußte die Unterlagen für das Urteil nachliefern, z.B. feststellen, daß der Angeklagte eine verbotene Äußerung gemacht hatte. Das bedeutete nicht, daß diese Unterlagen dem entsprachen, was unter normalen Bedingungen als Begründung hätte angesehen werden können. Aber das gehörte zur Formsache. Das ganze war freilich eine Komödie, denn auch wenn es dem NKWD nicht gelang, ein Geständnis zu erzwingen, galt das Verbrechen als bewiesen. "Ermittlungsverfahren" bedeutete also lediglich, daß der Untersuchungsrichter der Form halber irgendwelche Akten anfertigte und daß man nach Abschluß dieser

sogenannten Untersuchung geholt wurde, um das Urteil zu unterschreiben. Aber die meisten wurden administrativ verurteilt. Der Angeklagte war in diesem Falle gar nicht zugegen, sondern wurde aufgrund der Akten des Untersuchungsrichters verurteilt.

In den Berichten der Überlebenden, die durch ein Gericht verurteilt wurden, heißt es, daß das Gericht aus einer Troika bestand.

Ja. Es war eine völlig anonyme Instanz, die sich an das hielt, was der Untersuchungsrichter angeblich ermittelt hatte und die keinerlei Anhörung der Beschuldigten vornahm. Mit diesem Verfahren konnten an einem Tag Hunderte, wenn nicht gar Tausende verurteilt werden.

Die Prozedur der Urteilsverkündung war so, daß vom Angeklagten eine Unterschrift verlangt wurde, im Falle einer Weigerung aber die Bestätigung durch einen Funktionär genügte, daß dem Angeklagten das Urteil mitgeteilt oder überbracht wurde.

Ja, es hieß: "Hier ist das Urteil. Sie unterschreiben nicht, daß Sie einverstanden sind, sondern nur, daß Sie das entgegengenommen haben." Viele Leute haben sich zunächst geweigert, das Urteil entgegenzunehmen, aber dann wurden sie von den Mitgefangenen überzeugt, daß das eine große Dummheit war, denn durch die Aushändigung des Urteils kam man ja wenigstens zu Papier, um den Tabak einzuwickeln!

Nur ein winziger Prozentsatz der Verhafteten hatte mit einem Gericht zu tun, während Hunderttausende von Menschen ins Gefängnis gesteckt wurden auf Befehl eines "OSO", das ist die amtliche Bezeichnung für Sonderausschüsse des NKWD, die eben ohne Gerichtsverfahren das Urteil fällten. Man konnte administrativ zuerst nur bis zu fünf Jahren, dann aber bis zu zehn und schließlich bis zu fünfundzwanzig Jahren verurteilt werden. Neun Zehntel der Verhafteten haben niemals ein Gericht gesehen, geschweige denn einen Rechtsanwalt: Sie wurden administrativ verurteilt und deportiert. Auch wenn das Urteil vor Gericht gefällt wurde, war das alles eine reine Formalität mit vorgezeichnetem Ausgang. Denn die Richter hatten eine Anweisung, die ihnen oft auch direkt schriftlich mitgegeben wurde und die besagte: "Der Mann ist zum Tode zu verurteilen." Da ein Todesurteil nur von einem Gericht ausgesprochen werden konnte, wie übrigens auch eine Verurteilung, die zwanzig Jahre überstieg bzw. auf lebenslänglich lautete, hat man diese Formalität eingehalten. Sie bestand darin, daß man dem Angeklagten die Anklageschrift vorlas, woraufhin er sagte: "Ich bin unschuldig", und das Gericht sich zurückzog, um das Urteil zu fällen. Ein Gerichtsverfahren währte in der Regel, wenn es sich nicht um die Schauprozesse handelte, eine halbe, höchstens aber eine Stunde, und endete mit dem Urteil: "Tod" oder "In ein Lager". Im Ausland wurde man "irregeführt" durch die Schauprozesse, bei denen es den Anschein hatte, als ob Ermittlungen durchgeführt worden wären, obwohl im Gerichtsverfahren alles schauspielmäßig zugerichtet war. Aber die Schauprozesse waren keineswegs in irgendeiner Weise typisch für das Gerichtsverfahren, dem Hunderttausende unterworfen wurden, die zum Tode oder zu lebenslänglicher Lagerhaft verurteilt wurden.

Typisch für Stalins Vorgehen war die Verfolgung und massenhafte Verhaftung von Nationalitäten, nicht von Individuen. Die Tatsache, daß jemand z.B. Pole oder Deutscher im ethnischen Sinne war, nicht im Sinne der Staatsangehörigkeit, genügte im und nach dem Krieg zur Deportation nach Sibirien oder nach Kasachstan, ganz egal, ob der Betroffene Parteimitglied war oder nicht. Es ist in diesem Sinne typisch für die millionenfache Verfolgung von Menschen, daß die individuelle Schuld oder die individuelle Anklage eine ganz geringe Rolle spielte, und daß alles, was zur Begründung angeführt wurde, Lug und Trug war. Demnach wurden Hunderttausende, vielleicht Millionen wegen Spionage verurteilt, aber was man unter dem Begriff "Spionage" verstand, war geradezu absurd. Denn alle Personen, die Verbindungen mit Ausländern hatten oder einmal gehabt hatten, wurden als Spione eingestuft. Die Verbindung mit Ausländern war eben ein Umstand, der zur Verhaftung und damit zur Verurteilung führte.

In den Schauprozessen mußte man so tun, als ob ein förmliches Verfahren nach westlichem Vorbild aufgezogen würde. Im Unterschied zu den Massenverfahren, mit denen Millionen Menschen aufgerieben wurden, war hier ein Geständnis notwendig. Aber um Leute wie Kamenew und Sinowjew für den Prozeß zu präparieren, brauchte man mindestens ein Jahr; solange brauchte man, um den Menschen völlig zu entpersonifizieren, um aus ihm eine Puppe zu machen. Das konnte man nicht mehr machen, als man daran ging, viele Hunderttausende zu verurteilen. Bei den nicht öffentlichen Verfahren wurde das Gerichtsurteil zu einer Farce, da brauchte man von den zu Verurteilenden ein Geständnis gar nicht mehr zu erpressen. Es

genügte, wenn man das Urteil aussprach: "Er ist der konterrevolutionären Tätigkeit überführt und ist mit dem Tode zu bestrafen." [...]

Wie reagierte die Führung der Exil-KPD auf diesen Vernichtungsfeldzug? Was unternahm sie zur Verteidigung ihrer Kader?

Die Führungskader der KPD gehörten zu einem Personenkreis der Komintern, der von Stalin vorrangig zur Vernichtung ausersehen war. Die meisten Mitglieder des bis zu seiner Verhaftung durch die Gestapo von Ernst Thälmann geführten ZK der KPD wurden in Moskau 1936 bis 1937 hingerichtet. Darunter waren fünf Mitglieder des Politbüros. Nicht viel besser erging es dem 1935 in Moskau neu formierten Parteivorstand unter Vorsitz von Wilhelm Pieck und seines Stellvertreters Walter Ulbricht, dem der Parteiapparat unterstellt war. Zu sagen aber hatten in den Schreckensjahren die von der "Säuberung" verschont gebliebenen und um ihr Leben zitternden Parteiführer so gut wie nichts. Sie hatten die Befehle des NKWD auszuführen und taten dies ohne Widerspruch. Sie sahen tatenlos zu, wie Tausende der aktivsten, von den Nazis ins Exil getriebenen Antifaschisten verhaftet, in die Gulag-Lager getrieben oder liquidiert wurden. Die vom NKWD geforderte förmliche Zustimmung zu allen gegen deutsche Kommunisten ergriffenen Repressalien wurde vom Parteivorstand getreulich erteilt. [...]

Berlin - Moskau - Kolyma und zurück. Barbara Broggini im Gespräch mit Nathan Steinberger. Mainz (Decaton Verlag) 1995. 109 S., 19,80 DM.

Nathan Steinberger: Jude, Kommunist, Intellektueller - eine tödliche Mischung in der Sowjetunion von den dreißiger Jahren bis zu Stalins Tod.

Steinberger wurde 1910 in Berlin als Kind einer strenggläubigen jüdischen Familie geboren. Er war Mitglied der jüdischen sozialistischen Jugendbewegung und des Kommunistischen Jugendverbands Deutschlands (KJVD). Wegen der Zugehörigkeit zur sog. Korsch-Fraktion wurde er vorübergehend ausgeschlossen. Mit 18 Jahren trat er in die KPD ein. Von 1929-32 studierte er Nationalökonomie. 1932 wurde er auf Vorschlag von K.A. Wittfogel, dessen Assistent er war, von der KPD nach Moskau in das dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) unterstellte Internationale Agrarinstitut delegiert.

Mit der Machtübernahme der NSDAP in Deutschland änderte sich auch Steinbergs Lage in der UdSSR, der Arbeitsplatz Moskau war für ihn zugleich zum Ort politischen Exils geworden. 1935 promovierte er in Moskau über "Die Agrarpolitik des Nationalsozialismus". 1937 wurde er verhaftet und administrativ verurteilt. Nach der Inhaftierung im Lager Kolyma von 1937-46 wurde er "auf ewig" nach Magadan verbannt. Erst 1955 wurde er rehabilitiert und konnte nach Berlin, Hauptstadt der DDR, abreisen.

Anfang 1956 wurde seine durchgängige Parteimitgliedschaft durch die Zentrale Parteikontrollkommission der SED anerkannt. Seit 1960 war er in der DDR als Professor tätig, zunächst an der Hochschule Meissen, ab 1963 an der Hochschule für Ökonomie in Berlin. Er lebt heute als Pensionär in Berlin.

Die Italienerin Barbara Broggini, bis 1993 Lehrbeauftragte für italienische Sozialgeschichte an der Universität Frankfurt, hat mit Steinberger eine Reihe von Gesprächen über seinen Lebensweg geführt. "Entscheidend war für ihn," schreibt sie, "der Lebensabschnitt in der Sowjetunion, genauer gesagt der Mechanismus der Aussonderung und Verfolgung, zu dem er im Verlauf unserer drei Begegnungen immer wieder zurückkehrte." Als Vorabdruck aus der im Decaton-Verlag erscheinenden Dokumentation dieser Gespräche bringen wir Auszüge, in denen Steinberger sich nicht allein zu seiner eigenen Verurteilung und den allgemein bekannten (gleichviel in der Linken kaum "verarbeiteten") Schauprozessen äußert, sondern auch zur Charakteristik der Verfolgung zur Zeit des stalinschen Regimes: "typisch für die millionenfache Verfolgung von Menschen [ist], daß die individuelle Schuld oder die individuelle Anklage eine ganze geringe Rolle spielte, und daß alles, was zur Begründung angeführt wurde, Lug und Trug war."

43. Asylrechtssäule verhüllt

Nürnberg: Proteste gegen Rassismus und Out-of-area-Einsätze

CD-Datei: daten/aksuche/ak379/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:21

Mehr als 700 Menschen folgten dem Aufruf des "Bündnisses 8. Mai" und füllten das Gedenken an das Kriegsende mit politischem Inhalt. Es gelang der Linken in Nürnberg, sowohl auf der Straße als auch in der veröffentlichten Meinung einen eigenen Akzent zu setzen.

Wer heute sagt, der 8. Mai sei kein Tag der Befreiung, "ist ein Nazi". Derart pointiert brachte Johannes Friedrich, Dekan der evangelisch-lutherischen Kirche, seinen Standpunkt im Vorfeld des Gedenkens an das Kriegsende auf den Punkt. Daß diese eindeutige Position eines der wichtigsten kirchlichen Würdenträger der Region für Aufregung in den Leserbriefspalten sorgte, braucht nicht weiter hervorgehoben zu werden. Zusätzliche Brisanz gewann diese Aussage dadurch, daß Johannes Friedrich Mitglied einer fünfköpfigen Herrenrunde war, die neben dem Oberbürgermeister bei der Vorbereitung der "offiziellen Feierlichkeiten" maßgeblich mitzubestimmen hatte. Wie schon bei der Stellungnahme des Dekans wurde auch dabei auf eine Gleichsetzung von Opfern und Tätern verzichtet.

Die Aktion der Linken: Erinnern ...

Das "Bündnis 8. Mai" trug diesen konkreten Umständen Rechnung und vermied es, die offizielle Gedenkveranstaltung frontal abzulehnen. Denn dies wäre weder der lokalen Debatte noch dem Tenor des Festaktes gerecht geworden, der "Völkerverständigung" lautete (Redebeiträge u.a. aus: Charkow/Ukraine, Prag/Tschechien, Krakau/Polen, Skopie/Mazedonien, Hadera/Israel und San Carlos/Nicaragua).

Die Linke mobilisierte unter dem Motto "Gedenken heißt Eingreifen" für eine eigene Kundgebung und Demonstration, die zu Ende war, bevor der offizielle Festakt begann. Während dort ausschließlich Politiker zu Wort kamen, wurde bei der alternativen Gedenkveranstaltung Opfern und Gegnerinnen des NS-Regimes ein wichtiger Platz eingeräumt. Neben der 86jährigen NS-Widerstandskämpferin Hedwig Regnat (VVN/BdA) kam Ilse Aufochs zu Wort. Weil sie Jüdin ist, mußte sie in der Reichspogromnacht aus Nürnberg fliehen. Vor wenigen Jahren kehrte sie nach Nürnberg zurück. Sie wurde einer größeren Öffentlichkeit durch Zeitungsartikel und einen Fernsehfilm über ihr Schicksal bekannt. Daß sich Ilse Aufochs bereiterklärte, auf der alternativen Demonstration zu sprechen, war schon ein wichtiger Teilerfolg. Denn mit ihrem und dem Beitrag von Hedwig Regnat wurde deutlich, daß die Linke nicht beansprucht, im Namen der Opfer und Widerstandskämpferinnen zu sprechen, sondern daß sie ein Forum bot, auf dem sie dies selbst tun können. Die 84jährige Ilse Aufochs forderte vor dem Gedenkstein der 1938 niedergebrannten Synagoge dazu auf, "dem aufkeimenden Faschismus mit Mut entgegenzutreten". Ein Beispiel für diesen Mut gab sie selbst: Sie erhielt in den letzten Monaten wiederholt Drohanrufe und Drohbriefe. Auch wurde sie von verschiedenen Seiten aufgefordert, ihre Teilnahme an der linken 8. Mai-Demonstration abzusagen.

... und eingreifen

"Konsequenzen ziehen", lautete der zweite Schwerpunkt. Redebeiträge gegen Waffenexporte und die "Out-of-Area-Einsätze" der Bundeswehr, gegen Rassismus und die Abschaffung des Asylrechts sowie die Einschränkung demokratischer Grundrechte prägten die Kundgebung. Zweierlei war bemerkenswert: Zum einen wurde während der Auftaktkundgebung, die vor der aus vierzig etwa acht Meter hohen Säulen bestehenden "Straße der Menschenrechte" stattfand, in einer Überraschungsaktion die weiße Marmorsäule Nr. 14 mit schwarzem Tuch verhüllt. Die Botschaft kam auch bei den Medien gut an: "Handfest, wenn auch nur symbolisch", schrieben die Nürnberger Nachrichten, "verhüllten sie die Säule mit der Aufschrift des Grundrechtes auf Asyl, um gegen dessen ‚Abschaffung` in der Wirklichkeit zu protestieren."

Ein zweiter Aspekt: Aufgrund der Unterstützung einiger türkischer Organisationen gelang es, türkische und kurdische Arbeitsimmigranten zum Mitmachen zu bewegen und so der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die BRD ein Einwanderungsland ist. Der Schriftsteller Habib Bektas hielt bei der Abschlußkundgebung einen zweisprachigen Beitrag, der von den mehr als 700 Anwesenden mit großem Applaus bedacht wurde.

Autonome Extrawurst

Auffallend war, daß sich an der linken Aktion nur ein Teil des autonomen Spektrums beteiligte. Im Vorfeld hatten sich die Gruppen dieses Spektrums, obwohl sie den Aufruf unterzeichnet hatten, aus der konkreten Vorbereitungsarbeit zurückgezogen. Begründet wurde dieses Verhalten nicht. Während es bei einem Teil daran gelegen haben mag, daß sie mit 1. Mai-Aktivitäten arbeitsmäßig zugedeckt waren, hatte dies bei anderen inhaltliche Gründe.

Als ein Aufruf unter dem Motto "Kein Frieden mit Deutschland" für den Samstag nach dem 8. Mai eine Demonstration im benachbarten Fürth ankündigte, war die Katze aus dem Sack. Der Aufruftext, der von einer Reihe autonomer und Antifa-Gruppen unterzeichnet wurde, endete mit den Schlagworten: "Kein Vergeben! Kein Vergessen! Tod dem Staatsterrorismus! Tod dem Faschismus! Kein Frieden mit Deutschland!" Etwa 100 bis 150 Leute kamen, um "faschistische Kontinuitäten in der BRD offen zu machen und diesem neuen Großdeutschland unseren Widerstand zu zeigen". Dieses Spektrum hat keinen Versuch unternommen, dem "Bündnis 8. Mai" gegenüber zu begründen, warum eine eigene Aktion notwendig sei. Während sich an der Straßenaktion in Nürnberg Leute aus den unterschiedlichsten Strömungen der linken und fortschrittlichen Szene beteiligten, blieben in Fürth wenige Tage später die Autonomen unter sich.

Was hat's gebracht?

Die Linke konnte mit einer inhaltlich soliden und von der Beteiligung her akzeptablen Demonstration am 8. Mai einen eigenen Akzent setzen. Sowohl die Vorberichterstattung als auch die Zeitungsberichte über die Aktion selbst zeigen, daß es gelungen ist, einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln, warum und mit welchen Zielen wir auf die Straße gingen. Auch im Vergleich mit der offiziellen Kundgebung, für die schon seit Monaten getrommelt wurde und an der 3.000 Menschen teilnahmen, kann sich das "Bündnis 8. Mai" durchaus sehen lassen. Es zeigte sich zum wiederholten Male, daß es in der Region für die Linke Handlungsspielräume gibt, wenn es gelingt, nachvollziehbare Aktionskonzepte und -orientierungen zu entwickeln. Daß die Bündnisarbeit wesentlich zum Erfolg der eigenen Anstrengungen beiträgt, bestätigte die Praxis ebenfalls. Denn ohne die aktive Mitarbeit des "Friedensforums" wäre vieles nicht möglich gewesen.

Das Hauptproblem der Linken scheint mir weniger darin zu bestehen, das Umfeld für Aktionen anzusprechen. Dies, das zeigt sich immer wieder, ist im Prinzip möglich. Es mangelt aber an Aktivistinnen und Aktivisten, die bereit und in der Lage sind, spektrenübergreifend zu denken und zu handeln. Die Logik ist viel zu oft: "Wenn die mitmachen, dann wir nicht!" Diese Herangehensweise ist weniger das Ergebnis inhaltlicher Debatten als vielmehr einer tiefgehenden politischen Resignation, die auch weite Teile der noch Aktiven erfaßt hat. Gelingt es jedoch, die eigenen Kräfte zu bündeln, kann in Richtung Grüne/SPD durchaus Druck entwickelt werden.

Al., Nürnberg

44. Quelldatei 23-bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak379/23-bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:23-bu

"Zum eisernen Bestand des linken Geredes gehört die Klage über das Monopol der Bürgerpresse und daß abweichende Meinungen und Informationen keine Chance auf Öffentlichkeit hätten. Die neue jungen Welt hat der Linken dieses Landes die Chance gegeben. Ihr Mißerfolg läßt nur den Schluß zu: Entweder gibts eine zahlenmäßig nennenswerte Linke nicht mehr oder sie zieht das Klagen über miese Verhältnisse dem Handeln der zu deren Veränderung vor. Ich fürchte, die Wahrheit liegt in der Mitte: Und darum gilt, wie es in der declaration of interdependence heißt: Keiner kann gezwungen werden, eine Zeitung für Leute zu machen, die es nicht gibt oder die keine wollen."

(Hermann L. Gremliza zur Einstellung der jW)

45. Quelldatei 30.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak379/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:30

Leserbriefe

Antisemitismus

Betr.: "Warum Auschwitz?" von Knut Mellenthin (ak 375, 8.2.95)

Oft ist es wohl so, daß ak-Leser aus aktuellen Gründen eine ältere Ausgabe vornehmen und deshalb auch erst später einen Leserbrief schreiben können. So ging es jedenfalls mir mit obigem Aufsatz. Die Frage, die Knut Mellenthin mit der Überschrift stellt, ist auch deshalb umstritten, weil viele den ins politische Handeln umgesetzten Judenhaß der Nazis nur psychologisch verstehen und mit ihm als Zentrum der NS-Ideologie nichts anzufangen wissen. Um so erfreuter war ich, hier vom "antipragmatischen, politisch-ideologischen Grundkonsens" der NS-Barbarei zu lesen. Auch, daß der Begriff Antisemitismus für die mörderische Besessenheit der Nazis unpassend ist, ist ein klärender Hinweis.

Trotzdem sind diese Ausführungen keine Antwort auf die Eingangsfrage: Warum Auschwitz? Nach der Lektüre von Knut Mellenthins Artikel hat sich nur der Ort der Frage verschoben. Denn es bleibt weiter zu fragen: Warum dieser Grundkonsens? Bei der Antwort darauf rücken die Antwortversuche von Heinsohn wieder in den Blick. Denn entweder man untersucht die historisch-ideologischen Vorläufer des NS-Wahns oder man nimmt die Besonderheit des Antisemitismus ernst oder man sucht eine Antwort in der Besonderheit des Judentums.

Der erste Weg ist wichtig, um geschichtliche Verantwortlichkeiten zu klären. Er führt aber nicht zu der gewünschten Antwort, sondern setzt die Verschiebung des Frageorts fort.

Der zweite unterscheidet Judenhaß von jederart Fremdenfeindlichkeit. Jener ist nicht an die Präsenz der Haßobjekte gebunden. Gegen Juden ist der Antisemit überhaupt. Xenophobie stört sich an Fremden, weil sie da sind. Poliakov hat einmal gesagt: "Der Schwarze wurde bestialisiert, während der Jude eher diabolisiert wurde - ein erheblicher Unterschied. (Jüdisches Denken in Frankreich, Gespräche mit Lévinas, Poliakov u.a., Jüdischer Verlag, Frankfurt 1994, S. 141). Diabolisierung zielt auf die Aberkennung der moralischen Existenzberechtigung, Bestialisierung immerhin auf die Zuerkennung einer niedrigeren Existenzform. Das erinnert an den Kern des christlichen Antijudaismus, die Juden hätten Gottes Sohn ermordet. Der absolut unmoralische Inhalt dieses Vorwurfs ist der Sache nach gleichbedeutend mit der Erklärung, die Juden seien vogelfrei. Denn alles Unmoralische sei ihnen zuzutrauen. Die seit der Antike bestehende Konkurrenz der Kirche zum Judentum, sie ersetze letzteres als das wahre Gottesvolk, kommt hier als ideologieprägendes Muster bis in die Neuzeit in den Blick.

Außerdem bleibt zu beachten, daß der jüdische Volksbegriff der einzige nichtnationalistische ist. Jude ist man durch Geburt oder aus Bekenntnis. Dem Glauben nach kann jeder Jude werden, er ist es dann auch, völlig gleichberechtigt. Ein nicht vom kulturellen oder blutsmäßigen Abstammungsgedanken getragener Volksbegriff ist jedem Denken und Fühlen in Nationen, Völkern, Herkunftsmythen und -identitäten fremd, ja zuwider. Für einen eingefleischten völkischen Blut- und Boden-Nationalisten ist das jüdische Volk bleibender, lebendiger Widerspruch, der erst bewältigt ist, wenn man ihn aus der Welt geschafft hat. Ich glaube, dazu wurde Auschwitz gebaut.

Klaus-Peter Lehmann

46. Quelldatei 49.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak379/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:49

Kalender

Widerstand von Juden

"Im Kampf gegen Besatzung und ‚Endlösung` - Widerstand der Juden in Europa 1939-1945" ist der Titel einer Ausstellung im Jüdischen Museum Frankfurt, die von Georg Heuberger, Ingrid Strobl und Arno Lustiger gestaltet worden ist. Ingrid Strobl schreibt über diese Ausstellung: "Das Schwergewicht der Ausstellung bilden die Fotos. Wir wollten dem Widerstand der Jüdinnen und Juden ein Gesicht geben: Von Marseille bis Minsk, von Brüssel bis Bialystok kämpften sie gegen die deutscher Besatzer und Vernichter. Sie kämpften als Partisanen, sie versteckten jüdische Kinder, organisierten Fluchtrouten, fälschten Papiere, schmuggelten Lebensmittel in die Ghettos, transportierten Nachrichten, und sie verbreiteten Zeitschriften und Flugblätter - und damit wichtige Information - unter der geschickt desinformierten und gewaltsam eingeschüchterten jüdischen Bevölkerung im besetzten Europa."

Bis zum 29.7.95. Jüdisches Museum Frankfurt, Museumsufer.

Volksuni

Die Berliner Volksuni (mittlerweile die 16.) hat in diesem Jahr das Thema "Zukunft(s)arbeit". Gut einhundert ReferentInnen sind aufgeboten, anhand der Themen Gewerkschaften, Frauen, Wissenschaft und Politik, Internationalismus, Ökologie, Kultur, MigrantInnen und ChristInnen den Inhalt der "Zukunft(s)arbeit" - "ein neuer Gesellschafts- und Geschlechtervertrag" - zu erörtern.

2.-5.6.95, Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, Berlin. Teilnahmegebühr 45.-, erm. 25.- DM. Weitere Auskünfte: Tel. 030-4559998 und 030-2291792.

Weltmarkt für menschliches Leben

Die Ringvorlesung an der Oldenburger Universität wird mit vier Veranstaltungen im Juni abgeschlossen:

7.6. - Annegret Winter-Stettin: Kinder als Ware oder die "letzte Chance".

14.6. - Günter Amendt: Politische und ökonomische Rahmenbedingungen einer "Lösung" des Drogenproblems.

21.6. - Dan Leskien: Genhandel - Patente auf das Leben zur Vermarktung der menschlichen DNS.

28.6. - Abschlußdiskussion.

Alle Veranstaltungen finden jeweils von 18-20 Uhr statt im Vortragssaal der Bibliothek der Universität, Uhlhornsweg, Oldenburg.

Stalinismus

"Mit der Auffassung vom ‚Stalinismus` verhält es sich heute wie mit der von vielen anderen gesellschaftlichen Erscheinungen unserer Epoche: Während die Vokabel in aller Munde ist und sich - in unserem Falle - mit vagen Vorstellungen von Willkür, Gewalt, ‚Dogmatismus`, Reglementierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und anderen Unerfreulichkeiten in der Ordnung kommunistische regierter Länder verbindet, ist eine wissenschaftliche Erforschung des Sachverhalts über dürftige Ansätze nicht hinausgelangt." Dies schrieb vor rund drei Jahrzehnten der Marburger Soziologe Werner Hofmann am Beginn seines Aufsatzes "Was ist Stalinismus?" Zwar ist die Forschung seither ein Stück vorangekommen, dennoch wird der Begriff "Stalinismus" benutzt und interpretiert, wie es gerade zweckdienlich erscheint. - Gert Meyer wird bei einem Vortrag und in einem Seminar die Position Werner Hofmanns vorstellen und diskutieren. Veranstalter des Vortrags ist die Marxistische Abendschule Hamburg, das Seminar wird von der MASCH zusammen mit der AG Politische Bildung der PDS durchgeführt.

Vortrag: 9.6.95, 19 Uhr. Universität Hamburg, WIWI-Bunker, Raum 0077, Von-Melle-Park 5, Hamburg.

Seminar: 10.6.95, 12-18 Uhr, PDS-Büro, Palmaille 24, Hamburg. (Eine Textsammlung kann unter Tel. 040-4106387 angefordert werden.)

Antirassismus

Ein mehrtägiges Seminar zu verschiedenen Aspekten des Antirassismus veranstaltet die Stiftung Salecina in der Schweiz. Im Bereich der internationalen Themen geht es um die Entwicklung in der Türkei und Kurdistan sowie um die Lage der Tamilen im europäischen Asyl. Des weiteren stehen eine Auswertung der Schweizer Volksabstimmung über das Antirassismus-Gesetz auf dem Programm und eine Beschäftigung mit "modernen" Ausformungen des Rassismus: Esoterik, New Age, "Neues Denken" und dergleichen.

10.-18.6.95. Stiftung Salecina, CH 7516 Maloja. Dortselbst können, auch unter Tel. 082-43239 oder Fax 082-43575 (Vorwahl Schweiz selbst raussuchen!), nähere Informationen eingeholt werden.

Politische Gefangene

"Von Golgatha und Stammheim bis ..." - so jedenfalls heißt es im Titel der Veranstaltungstage, die anzuzeigen wir gebeten sind - gibt es nach Bibelarbeit von 9-11 Uhr während des Tages ein Infocafé von 11-19 Uhr: mit Angehörigen politischer Gefangener, eine Gesprächsrunde zur Abschiebehaft (am ersten Tag), eine Runde mit ehemaligen poltischen Gefangenen und zu den Prozessen gegen KurdInnen in der BRD (am zweiten Tag). Am ersten Abend eine Veranstaltung zum Prozeß gegen Birgit Hogefeld (19 Uhr), am zweiten Abend "Ein Gruß in die Zellen - Lieder und Texte für die politischen Gefangenen" (20.30 Uhr).

15./16.6.95. Friedenskirche Altona, Otzenstraße, Hamburg.

Bio-Ethik

Die Veranstaltungsreihe "Bio-Ethik" der Katholischen Studentengemeinde Münster wird mit zwei Veranstaltungen im Juni bzw. Juli abgeschlossen.

22.6.95, 20 Uhr. - Theresia Degener: "Hauptsache es ist gesund." Selbstbestimmung und humangenetische Kontrolle.

6.7.95, 20 Uhr. - Petra Gehring: Im Zeichen der Bio-Macht.

Westfälische Wilhelmsuniversität, Hörsaal H4, Münster.

Jüdische Displaced Persons

Zum Zeitpunkt der Kapitulation Deutschlands befanden sich über zehn Millionen Nicht-Deutsche auf dem Gebiet früherer Naziherrschaft, unter ihnen Überlebende der Konzentrationslager und der Todesmärsche. Die alliierten Besatzungsmächte standen vor dem gigantischen Problem, in einem vom Krieg weitgehend zerstörten Land, zehn Millionen Displaced Persons (DPs) mit dem Notdürftigsten zu versorgen. Sie bemühten sich, diese Millionen möglichst schnell in ihre Heimatländer zu repatriieren. Die jüdischen DPs lehnten Repatriierung wie Verbleib in Deutschland jedoch ab. Sie sammelten sich in DP-Lagern. Ende 1946 lebten auf dem Gebiet Deutschlands und Österreichs etwa 250.000 jüdische DPs. Sie versuchten, in eine neue Heimat auszuwandern, meist in die USA oder nach Palästina. Die Möglichkeiten zur Auswanderung waren jedoch gering. Die meisten blieben etwa drei Jahre in den Lagern, warteten auf Möglichkeiten der Weiterreise und organisierten zugleich ihren Alltag in den Lagern. - Das Fritz Bauer Institut veranstaltet, in Zusammenarbeit mit weiteren Institutionen, eine "Internationale Konferenz zur Lage und Lebenswelt der jüdischen Displaced Persons 1945-1949". WissenschaftlerInnen aus Österreich, den USA, Israel und der BRD werden, ausgehend von der politischen Situation dieser Jahre, die soziale Situation der DPs u.a. anhand zeitgenössischer Filme und Berichte darstellen.

19.-21.7.95. Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs- Platz 1, München. - Schriftliche Anmeldung zur Teilnahme an das Fritz Bauer Institut, Bockenheimer Landstr. 104, 60323 Frankfurt bis spätestens 6. Juni erbeten. (Teilnahmegebühr: 50 DM)

Schickt Eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post oder als Fax. Annahmeschluß für ak 380 ist der 20.6.95.

47. Quelldatei 50.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak379/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:50

Lateinamerika

Die Lateinamerika-Nachrichten verknüpfen in ihrer Mai-Ausgabe die deutsche Geschichte, den 50. Jahrestag der Kapitulation, mit der Geschichte Lateinamerikas: Es geht um das deutschsprachige Exil in Süd- und Mittelamerika. "Das Ausmaß und die Bedeutung, die das Exil in den lateinamerikanischen Ländern im Laufe der Jahre bekam, sagt viel aus über die jeweils herrschenden Regierungen und die soziale, wirtschaftliche und politische Lage in den einzelnen Staaten. Um das Exil verstehen zu können, ist es allerdings genauso wichtig, die Ebene des Allgemeinen zu verlassen und die konkreten Schicksale aufzuzeigen, die hinter Fluchtzielen, Einwanderungsregelungen und Aufenthaltsbestimmungen stehen." Dementsprechend bringt die vorliegende Ausgabe neben Überblicksdarstellungen (kulturelle und politische Aktivitäten im Exil; deutschsprachige Flüchtlinge in Mexiko, in Chile; Wissenschaftsemigration) Porträts von Exilanten. Vorgestellt werden der sozialkritische Fotograf Walter Reuter; die Übersetzerin und Autorin Marianne Frenk-Wertheim; die Kommunistin Gertrud Düby, die im Exil eine ethnographische Arbeit über die Lacandonen veröffentlichte; die Ärztin Ruth Tichauer.

Lateinamerika-Nachrichten. H. 251, Mai 1995, A5, 76 S., 6 DM .(ISSN 0174-6342)

Frauenarbeit für den Weltmarkt

"Ich möchte, daß die amerikanischen KonsumentInnen erfahren, wieviel Leiden die Herstellung eines Pullovers der Marke ‚Liz Clairborne` kostet. Von den 90 Dollar, die Sie für so ein Kleidungsstück bezahlen, bekommen wir ganze 38 Cent pro Arbeitsstunde. Machen wir nur den kleinsten Fehler bei der Arbeit, werfen uns die Wächter die Pullover ins Gesicht und bezeichnen uns als Huren." Berichtet wird hier nicht, auch wenn von "Wächtern" die Rede ist, aus dem Knast, sondern von den Zuständen in einer Fabrik in der Freien Exportzone Honduras. Hier ebenso wie in El Salvador, in Mexiko und anderen Staaten, die "freie Exportzonen" an ihren Grenzen (zu reichen Staaten) ausgewiesen haben, finden die Unternehmer optimale Ausbeutungsbedingungen vor. Produziert wird, wo die Lebenshaltungskosten niedrig sind und die ArbeiterInnen sich mit einem Minimallohn zu begnügen haben - und letztlich noch froh sein müssen, überhaupt einen kleinen Verdienst zu haben. In der Mai-Ausgabe der ila ist die Arbeit in den Maquiladoras, den exportorientierten Fabriken, der thematische Schwerpunkt.

ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. H. 185, Mai 95, A4, 68 S., 7 DM .(ISSN 0946-5057)

Israel und Palästina

Wer wünschte sich nicht schon längst eine kleine, handliche Geschichte des israelisch- palästinensischen Konflikts - sei es zum Einstieg in die Problematik; sei es, weil gerade mal der Überblick verlorengegangen ist; sei es, daß man in einer Diskussionsrunde gerne sagen würde: Dann lies doch mal ... Diese kleine Geschichte gibt es jetzt. Auf rund fünfzig Seiten im Format eines Schulhefts: Knappe Informationen zur Vorgeschichte des Konflikts, zum modernen Zionismus, der Politik der britischen Mandatsmacht, der Entstehung des Staates Israel, den diversen Kriegen, zur PLO, zur Intifada. - Leider jedoch scheint Doppelmoral gegenüber dem israelisch-palästinensischen Konflikt, jedenfalls hierzulande, unvermeidbar zu sein. Für die Autoren dieser Broschüre ist ihre Fürsprache für eine "Selbstbestimmung der palästinensischen Araber" nur ein abgeleitetes Motiv: "Als Voraussetzung dafür, daß die gesicherte Existenz Israels" - das dominante Anliegen der Autoren - "auch noch eine Existenz in Frieden mit seinen Nachbarn sein kann", erscheine es als erforderlich, daß besagte "Selbstbestimmung", "in welcher politischen und rechtlichen Verfaßtheit auch immer", verwirklicht werde. - Das Rumgeeiere im Vorwort überstanden, sieht man jedoch, daß die Autoren sowohl einen sachlich akzeptablen, gut lesbaren Überblick auf einen seit immerhin hundert Jahren währenden Konflikt verfaßt haben wie einen Ausgangspunkt zur (notwendigen) vertiefenden Befassung mit dem Thema.

Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts. israel & palästina, Sonderheft 33, A5, 60 S., 4 DM (zzgl. Versandkosten). Bestelladresse: Deutsch-Israelischer Arbeitskreis, Bahnhofstr. 148, 67480 Edenkoben. (ISSN 0175-7032)

Atomtransporte

Atomtransporte stoßen immer wieder auf lokalen, regionalen und bundesweiten Widerspruch. Auch im Münsterland gibt es schon lange einen kontinuierlichen Protest und Widerstand gegen Atomtransporte. In ihrer Broschüre Drehscheibe für Atomtransporte: Das Münsterland dokumentiert die WIGA-Initiative (Widerstand gegen Atomanlagen) ihre Auseinandersetzung mit diesem Zweig der Atomindustrie. Nebst einer Chronologie der Transporte und Protestaktionen seit 1987 werden einige der Aktionen dargestellt, werden die Pressereaktionen dokumentiert und es wird auf die sonstigen Anti-AKW-Gruppen dieser oft übersehenen Region hingewiesen.

Drehscheibe für Atomtransporte: Das Münsterland. Protest und Widerstand. Eine Dokumentation. Hg.: WIGA Münster. A4, 44 S., 5 DM. Bezug: WIGA Münster, c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster.

Roma-Frauen

Verfolgung, Widerstand und Überlebensstrategien von Roma- und Sinti-Frauen sind das Thema des vierten Heftes der von Rom e.V. herausgegebenen Materialien zur Situation der Roma und der BRD. Diese Thematik soll in zwei Heften behandelt werden. In der jüngst erschienenen ersten Ausgabe geht es um "die Geschichte und die Gegenwärtigkeit der Geschichte". (Im zweiten Teil soll die aktuelle Arbeit von Frauen und Frauengruppen und die Gegenwart von Flüchtlingsfrauen und MigrantInnen beschrieben werden.) Ausgangspunkt der Konzeption dieser beiden Hefte ist das 1994 in Sevilla auf dem ersten europäischen Roma-Kongreß verabschiedete "Manifest der Roma-Frauen Europas", in dem es u.a. heißt: "In Anbetracht der fatalen sozialen, erzieherischen und kulturellen Situation der Roma-Frauen und der Roma-Kinder erklären wir: Es besteht die dringende Notwendigkeit, politische, soziale und ökonomische Maßnahmen zu treffen mit dem Ziel der Beseitigung von Armut, Marginalisierung und ethnischer Diskriminierung. [...] Wir gehen davon aus, daß eines der größten Probleme, an dem die Roma-Frauen leiden, das mangelnde Selbstwertgefühl ist. Aus diesem Grund halten wir es für dringend notwendig, das Bewußtsein über unseren Wert und unsere Kompetenz zu stärken, die Probleme, die wir benannt haben, aus eigener Kraft zu lösen."

Jekh Chib. Mit einer Zunge reden. Materialien zur Situation der Roma und der BRD. Nr. 4, Mai 1995, A4, 80 S., 6 DM. (ISSN 0946-1523)

48. Kapitulation und Befreiung

CD-Datei: daten/aksuche/ak379/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:51

ak-Serie

Kapitulation und Befreiung

Nach aktuellen Umfragen ist Bundespräsident Roman Herzog heute erheblich populärer als bei seinem Amtsantritt. Seine zahlreichen Auftritte zum Gedenken an Kriegsende und Befreiung wurden von der Mehrheit der Deutschen offenbar für angemessen befunden; die Medien lobten, Herzog sei "aus Weizsäckers Schatten" getreten. Seine während des Berliner Staatsakts vorgetragene Vision, die westeuropäische "Insel des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands" zu vergrößern, "Stück für Stück und Land für Land", wird nicht als Bedrohung empfunden. Dabei umschreibt sie genau das, was Wehrminister Rühe in Tagespolitik umzusetzen versucht, wenn er mit Blick auf Bosnien "sowohl politische als auch militärische Entschlossenheit" der UNO und der NATO einklagt.

In den Worten Kohls, des Meisters der blumigen Formulierung, richtet sich diese Politik nicht gegen einen klar definierten Feind - die bosnischen Serben - sondern gegen "die Gespenster von Chauvinismus und Fundamentalismus" in Europa. Das eigene Land ist damit keinesfalls gemeint. Als einer von wenigen Kritikern warf Elie Wiesel, der jüdische Auschwitz-Überlebende und Friedensnobelpreisträger, dem deutschen Regierungschef vor, kein Zeichen gegen rechte Gewalt im neuen Deutschland gesetzt zu haben. Insbesondere bedauerte Wiesel, daß eine Bitte um Vergebung an die Juden in aller Welt auch 50 Jahre nach dem singulären Völkermord ausblieb.

Kaum war der Staatsakt am 8. Mai vorüber, da provozierte Kohl ein Gründungsmitglied der "westlichen Wertegemeinschaft". Sein stolzes Bekenntnis zur deutschen Führungsrolle - "Wir sind Nummer eins in Europa; die Führungsrolle ist da, nicht weil wir sie suchen - sie ist einfach da" - schockierte vor allem die Italiener, die schon vor einem Jahr wegen mangelnder Leistungsfähigkeit aus "Kerneuropa" ausgesondert werden sollten. Der konservative Corriere della sera, ansonsten keinesfalls "antideutsch" eingestellt, protestierte gegen die Anmaßung: "Bei der Rückkehr aus Moskau, nachdem er die ‚Befreiung`von 1945 gefeiert hat, bricht der Kanzler die alten Tabus und enthüllt das wahre politische Projekt: ‚Wir sind die Besten, wir führen Europa.`"

Der Kritik steht haufenweise Lob für die guten Deutschen von gestern und heute gegenüber. Der scheidende französische Ministerpräsident Mitterrand, nach Ansicht der Konservativen verantwortlich für schreckliche "14 Jahre Sozialismus", lobte die Tapferkeit der deutschen Soldaten. Die hebräische Universität in Jerusalem will ihrem Institut für europäische Angelegenheiten den Namen "Kohl Institut" verleihen, und Englands Prinz Charles entschuldigte die nun überwundene deutsch-britische Feindschaft mit der unglaublichen Floskel, der Krieg sei "ein unerklärliches Paradox".

Auch innenpolitisch hat der "Gedenkmarathon" alte Fronten verändert. Die taz lobte den neuen deutschen Volkssport, "Geschichte im Einzelschicksal zu erkennen": Endlich "hörten die Enkel den Großeltern zu, und die durch Lebenserfahrung und Wissen milder gewordenen 68er kramten in Tagebüchern und Fotoalben, ohne gleich zu moralisieren."

Trotz - oder wegen? - aller "Lebenserfahrung" seit 68 verweigern wir uns dieser Art von Versöhnung. Die Untersuchung exemplarischer Fernsehsendungen zum Thema "Heute vor 50 Jahren" zeigt, welchen Effekt Geschichtsschreibung "von unten" auch haben kann: Der Unterschied zwischen Tätern und Opfern verschwimmt, alle sind im grenzenlosen Leid vereint. Krieg und Massenvernichtung erscheinen als unbegreifliche Katastrophe, nicht als das Werk von Menschen mit klar definierten Interessen.

Auch im Streit um die Rolle der deutschen Wehrmacht, der nunmehr auch auf der Ebene der Massenmedien ausgetragen wird, zeigt sich das gleiche Bild: Die Apologeten "entschuldigen" die Mordtaten mit dem Hinweis, "die anderen" seien auch nicht besser gewesen.

Auf der zentralen Berliner Gedenkfeier wurde das heutige Deutschland als Musterknabe dargestellt, der aus der Geschichte gelernt habe. Ein Internationales Hearing zum 50. Jahrestag der Befreiung verfolgte die entgegengesetzte Absicht. Hier kamen die Befreiten und die BefreierInnen selbst zu Wort: Jüdische

Überlebende des Völkermords, Sinti und Roma, WiderstandskämpferInnen und Soldaten der Anti-Hitler-Koalition. Wir dokumentieren die Rede von Karl Stojka, Häftling in Birkenau: "Ich bin ein Rom."

49. Quelldatei frageka2.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak379/frageka2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:379:frageka2

, Sehr gut, Gut, Mittel-mäßig, Unzu-reichend, Nicht geantwortet

Aktuelle Berichterstattung, 10,7, 48,8, 23,9, 6,3, 10,2

Antimil, 5,4, 34,6, 29,8, 7,3, 22,9

Antifa/antifaschistischer Kampf, 25,9, 47,3, 12,2, 2,9, 11,7

Frauen, 2,9, 19,5, 32,2, 24,9, 20,5

Innenpolitik/Repression/Staat, 26,8, 46,3, 15,1, 1,5, 10,2

Internationales,, allgemein, 38,0, 41,5, 7,8, 2,9, 9,8

Naher/Mittl. Osten/Kurdistan/Türkei, 39,0, 42,0, 5,9, 2,0, 11,2

Mittel-/Südamerika, 29,3, 47,3, 8,8, 1,0, 13,7

Diskussion, 6,3, 18,0, 42,9, 18,0, 14,6

Rassismus/Migration, 17,1, 48,8, 17,1, 3,4, 13,7

Imperialismus/Wirtschaft/Soziales, 7,8, 33,7, 36,1, 10,2, 12,2

Kultur, 2,4, 11,2, 38,5, 35,6, 12,2

Parteipolitik/Organisationen/Wahlen, 10,7, 42,9, 25,4, 6,3, 14,6

Ökologie/Umwelt/Anti-AKW, 3,4, 28,8, 38,0, 13,2, 16,6

Geschichte, 30,7, 35,6, 19,5, 5,9, 8,3

Kapitulation und Befreiung, 42,0, 38,0, 4,4, 1,0, 14,6